

WIRTSCHAFT IN WESTDEUTSCHLAND

1945-1948

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 30

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

WERNER ABELSHAUSER

WIRTSCHAFT
IN WESTDEUTSCHLAND
1945-1948

Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen
in der amerikanischen und britischen Zone

DUA(1975)
00001

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

© 1975 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Gesetzt aus der
Walbaum-Antiqua. Umschlagentwurf: Edgar Dambacher
Gesamtherstellung: Druckerei Georg Appl, Wemding. Printed in Germany
ISBN 3 421 01714 X

INHALT

ABKÜRZUNGEN	7
VORWORT	9
I. AM ANFANG DER „WIRTSCHAFTSWUNDER“	11
1. Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg	11
2. Westdeutschland: Stagnation und Wachstum	15
3. Erklärungsmodelle des Wiederaufstiegs der westdeutschen Wirtschaft	19
a) Zyklusmodelle	20
b) Monokausale Wachstumsmodelle	22
c) Rekonstruktionsmodelle	23
4. Zusammenfassung	30
II. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM BRITISCH-AMERIKANISCHEN BESATZUNGSGEBIET 1945-1948	52
1. Statistische Grundlagen und methodische Voraussetzungen	32
2. Die Entwicklung der Industrieproduktion	35
a) Der gescheiterte erste Rekonstruktionsversuch 1945-1946	35
Britische Zone	37
Amerikanische Zone	39
b) Der Durchbruch zur beschleunigten Rekonstruktion 1947-1948	42
Der zweite Rekonstruktionsanlauf	42
Der Durchbruch	45
3. Fehleinschätzungen von Verlauf und Niveau der industriellen Produktion	51
a) Konstruktionsfehler des Index der industriellen Produktion	51
b) Erfassungsfehler der Industriestatistik	53
Zeitgenössische Schätzungen	54
Schätzung auf der Basis der Stromproduktivität	55
c) Zusammenfassung	60
4. Erste Ergebnisse	62
III. ANALYSE DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS IM BRITISCH-AMERIKANISCHEN BESATZUNGSGEBIET 1945-1948	64
1. Das analytische Konzept	64
2. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverwaltung	66
a) Die Entstehung des Wirtschaftsraumes	67
b) Wirtschaftsverwaltung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet	70
Amerikanische Zone	71
Britische Zone	73
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	78
c) Alliierte Wirtschaftspolitik im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet	86
Vor dem Potsdamer Abkommen	86
Das Scheitern der Potsdamer Regelungen	90
Die bizonale Lösung	94
3. Rekonstruktionsbedingungen der westdeutschen Wirtschaft	100
a) Die Determinante Arbeitskraft	100
Bevölkerungsentwicklung	100
Arbeitskräftepotential	103
Qualifikationsstruktur	105
Altersaufbau und Sexualproportion	107

Erwerbstätigkeit	108
Arbeitsplatzstruktur	110
b) Die Determinante Kapitalstock	114
Eine industrielle Vermögensrechnung	115
Struktur und Produktionsbereitschaft	122
c) Zusammenfassung	126
4. Engpaßfaktoren der Wirtschaft Westdeutschlands	130
a) Ernährung	132
Nahrungsmittelversorgung und Industrieproduktion	132
Die Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung 1945–1948	133
Nahrungsmittelbewirtschaftung	135
Zusammenfassung	138
b) Kohlenversorgung	138
Das Kohlenproblem	138
Förderung	139
Verteilung	142
Versorgung der Industrie	145
Zusammenfassung	147
c) Eisen- und Stahlproduktion	147
Industrieplan und Produktionsentwicklung	148
Rohstoffversorgung	149
Verflechtung	150
Zusammenfassung	151
d) Verkehrsleistungen	151
Kriegszerstörungen	151
Erste Aufbauversuche	153
Transportkrise	153
Verstärkter Wiederaufbau	154
Zusammenfassung	156
e) Außenhandel	156
Außenwirtschaftliche Verflechtung	156
Nahrungsmittelleinfuhr	159
Gewerbliche Einfuhr	160
Export	161
Außenhandel und Industrieproduktion	161
Der Marshall-Plan als Wende?	163
Zusammenfassung	166
Ergebnis	167
Quellen und Literatur	171
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	177

ABKÜRZUNGEN

ABZ (AZ)	Amerikanische Besatzungszone Deutschlands (Amerikanische Zone)
AER	American Economic Review
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BAOR	British Army of the Rhine
BBZ (BZ)	Britische Besatzungszone Deutschlands (Britische Zone)
BE	British Element
BECG	Bipartite Economic Control Group
BICO	Bipartite Control Office
BTPA	Deutscher Bundestag – Parlamentsarchiv
CCG	Control Commission for Germany
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin
DKBL	Deutsche Kohlenbergbau-Leitung, Essen
EA	Europa-Archiv
EAC	European Advisory Commission
ECA	Economic Cooperation Act bzw. Administration
ECE	Economic Commission for Europe
ECO	European Coal Organization
ERP	European Recovery Program
FAD	Food and Agriculture Division
FAFG	Food, Agriculture and Forestry Group
FAG	Food and Agriculture Group
FBZ (FZ)	Französische Besatzungszone Deutschlands (Französische Zone)
GARIOA	Government Appropriations for Relief in Occupied Areas
GEAB	German Economic Advisory Board (Deutscher Wirtschaftsrat bei der Kontroll-Kommission für Deutschland [BE])
IARA	Inter Allied Reparations Agency
IHK	Industrie- und Handelskammer
jato	Tonne pro Jahr
JCS	Joint Chiefs of Staff
JEIA	Joint Export Import Agency
KWH	Kilowattstunde
M. D.	Monatsdurchschnitt
NGCDO	North German Coal Distribution Office, Essen
N. F.	Neue Folge
OMGUS	Office of Military Government for Germany (U.S.)
SBZ (SZ)	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (Sowjetische Zone)
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force
SKE	Steinkohleneinheit
STABB	Statistisches Amt für die Britische Besatzungszone
STAVEWI	Statistisches Amt für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
SW	Sonderabteilung Wirtschaftsplanung der Verwaltung für Wirtschaft
tato	Tonne pro Tag
UN	United Nations
UK	United Kingdom
US	United States
VAW	Verwaltungsamt für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes, Minden

VELF	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Frankfurt/M.
VfV	Verwaltung für Verkehr, Bielefeld
VfW	Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Frankfurt/M.
VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VO	Verordnung
VSE	Verwaltungsamt für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes, Amt für Stahl und Eisen, Düsseldorf
VRW	Verwaltungsrat für Wirtschaft
VWG	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet
WiSta	Wirtschaft und Statistik (Zeitschrift)
WWA	Weltwirtschaftsarchiv, Kiel
ZAW	Zentralamt für Wirtschaft in der Britischen Zone, Minden
ZEL	Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der Britischen Zone, Obernkirchen/Hamburg
ZfA	Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone, Lemgo

VORWORT

Diese Arbeit untersucht die wirtschaftliche Entwicklung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet Deutschlands vor der Währungsreform.

Gleichzeitig wird versucht, die Frage nach den Ursachen des schnellen und anhaltenden Wirtschaftswachstums der fünfziger Jahre aus dieser Perspektive zu beantworten. Die in der deutschen Wirtschaftsgeschichte ungewöhnlich lange Phase relativ problemfreien Wachstums ist gelegentlich als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet worden und war bereits vielen Interpretationsversuchen ausgesetzt. Jedoch liegt bis heute keine Studie vor, die geeignet wäre, sowohl die im Vergleich zum langfristigen Trend ungewöhnlich hohen Wachstumsraten als auch deren bis in die sechziger Jahre hinein fallenden Trend gleichermaßen zufriedenstellend zu erklären.

Ferner fällt auf, daß die Zeit vor der Währungsreform aus fast allen Untersuchungen ausgeklammert bleibt. Dafür gibt es zwei Gründe. Ein Vierteljahrhundert unkritischer Beurteilung hat die Grundlegung der Wirtschaftsordnung des westdeutschen Staates zur Legende werden lassen. Währungsreform, Abbau der Bewirtschaftung und Marshallplan werden seither meist als Ausgangspunkt und Ursache des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs Westdeutschlands selbstverständlich vorausgesetzt und alle weiteren Folgerungen darauf aufgebaut. Der zweite Grund liegt in der schwierigen Materiallage. Vor Gründung der Bundesrepublik muß die Entwicklung mehrerer Wirtschaftsgebiete verfolgt werden, um zu einem Gesamtbild zu kommen. Die amtliche Statistik setzt aber in der Regel erst in der zweiten Jahreshälfte 1948 ein, in vielen Fällen noch später.

Auch die monographische wirtschaftshistorische Literatur zu dieser Zeit ist bislang ausgesprochen spärlich. Im Gegensatz zur politischen Geschichte der Besatzungszeit, die seit dem Ende der sechziger Jahre in zunehmendem Maße die Forschungstätigkeit auf sich zog, gibt es zur Wirtschaftsgeschichte dieser Zeit nur sehr wenige Arbeiten, die sich auf Unterlagen der damaligen wirtschaftspolitischen Instanzen stützen.

Für die französische Besatzungszone liegt inzwischen mit der Arbeit von M. Manz (Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, Diss., Mannheim 1968) eine Untersuchung auf der Basis von Materialien der französischen Militärregierung vor, die zu interessanten Ergebnissen kommt. Wesentliche Unterschiede der Größenordnung, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik lassen allerdings eine Übertragung dieser Ergebnisse auf das britisch-amerikanische Besatzungsgebiet nicht zu. Für das Gebiet der britischen und amerikanischen Zone steht indes neben einigen zeitgenössischen Arbeiten nur die Studie von N. Balabkins (Germany Under Direct Controls, New Brunswick N.J. 1964) zur Verfügung, die sich auf der Grundlage zeitgenössischen Schrifttums mit den Auswirkungen der „industriellen Abrüstung“ beschäftigt. Von den zeitgenössi-

schen deutschen Autoren ist vor allem G. W. Harmssen zu nennen. Er stellt das Demontageproblem in den Vordergrund. Der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung und ihren langfristigen Aspekten schenken alle Autoren nur wenig Aufmerksamkeit. Hier liegt das zentrale Interesse der vorliegenden Arbeit.

Die Untersuchung geht von der Hypothese aus, daß auch die „Vorwährungszeit“ Teil einer Periode wirtschaftlicher Rekonstruktion ist, in der das Wirtschaftswachstum besonderen Bedingungen unterliegt. Diese Bedingungen müssen in den ersten Nachkriegsjahren nachweisbar sein, auch wenn sie sich noch nicht unmittelbar auswirken. Wirtschaftspolitische Fragestellungen werden dabei eng mit der Analyse der Wachstumsbedingungen verknüpft und in ein einfaches Modell wirtschaftlichen Wachstums eingeordnet. Die Arbeit will und kann allerdings nicht die Wirtschaftsgeschichte der „Vorwährungszeit“ darstellen oder gar „aufarbeiten“. Sie macht aber den Versuch, die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren im Hinblick auf den schnellen Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft neu einzuschätzen.

Die Darstellung der industriellen Entwicklung von 1945 bis 1948 stützt sich ebenso wie die Analyse der Wachstumsbedingungen im wesentlichen auf unveröffentlichte Quellen. Die Akten der deutschen Wirtschaftsverwaltung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebiets wurden im Bundesarchiv Koblenz eingesehen. Das Material des ZAW/VAW bzw. der VfW ist allerdings nur bruchstückhaft erhalten. Die Aufarbeitung wurde dadurch erheblich erschwert. Im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages konnten neben den Protokollen der Sitzungen des Länderrats der amerikanischen Zone und der Bizone auch einzelne unveröffentlichte Umdrucke des Office of Military Government (US) eingesehen werden. Ferner wurden dort die Akten des Zonenbeirates der britisch besetzten Zone benutzt. Daneben standen dem Verfasser die Serie „Monthly Report of the Military Governor (U.S. Zone)“ und „Monthly Report of the Control Commission for Germany (B. E.)“ an der Ruhruniversität Bochum als Kopien zur Verfügung. Schließlich wurden noch Gutachten, Vorträge und andere, meist unveröffentlichte Schriften von Mitarbeitern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin, aus der Zeit von 1946 bis 1948 ausgewertet. Diese und andere Broschüren aus den ersten Nachkriegsjahren fand der Verfasser im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg.

Die Arbeit entstand 1972/73 als Dissertation bei Professor Dr. Dietmar Petzina (Ruhruniversität Bochum). Ihm, der die Arbeit betreut hat, und Dr. Mathias Manz (früher Universität Mannheim), der mir ebenfalls wertvolle Anregungen gab, gilt mein besonderer Dank. Für die Unterstützung bei der Bereitstellung des Quellenmaterials danke ich den Herren Dr. Trumpp und Dr. Real vom Bundesarchiv Koblenz sowie Herrn Dr. Weller vom Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages. Herrn Professor John Kenneth Galbraith, Cambridge, Mass., und Herrn Ministerialdirektor a. D. Dr. Günter Keiser, München, die mir bereitwillig zu wichtigen Aspekten ihrer Tätigkeit in den ersten Nachkriegsjahren Auskunft gaben, bin ich ebenfalls dankbar verpflichtet.

W. A.

I. AM ANFANG DER „WIRTSCHAFTSWUNDER“

1. Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg

Das anhaltende und schnelle Wirtschaftswachstum der europäischen Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg hat Wirtschaftsgeschichte gemacht. Bis in die sechziger Jahre hinein schien diese im Vergleich zum langfristigen Trend einzigartige Entwicklung einen Wandel der Effektivität der Wirtschaftssysteme in Ost und West zu signalisieren. Unmittelbar nach Kriegsende wurden dafür die besonderen Bedingungen des Wiederaufbaus verantwortlich gemacht und als Wachstumsstimuli in Rechnung gestellt. Nachdem aber das Niveau der Vorkriegsproduktion einmal überschritten war, wurde versucht, die Fortsetzung des positiven Trends mit Änderungen der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zu erklären¹.

In den osteuropäischen Ländern galt lange Zeit die Auswirkung der neu angewandten Systeme zentraler Planung und Lenkung als Ursache der ungebrochenen Expansion von Industrieproduktion und Nettoprodukt. In den Industriestaaten des Westens hingegen wurde vor allem die Rückkehr zu liberalen Praktiken in Produktion und Außenhandel genannt, die allein den optimalen Einsatz der vorhandenen Ressourcen gewährleistet habe – wenn auch Hinweise auf die entstandene Konkurrenz der Wirtschaftssysteme, verbesserte konjunkturpolitische Instrumentarien, technischen Fortschritt und wirtschaftliche Integration nicht fehlten². Pessimisten hingegen sprachen von einem „Wirtschaftswunder“³.

Das „Wunder“ der hohen Wachstumsraten drängte allerdings zwei charakteristische Züge der industriellen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg in den Hintergrund: den zyklischen Charakter des Wirtschaftswachstums in den westlichen Industrieländern und den fallenden Trend der Wachstumsraten vom Beginn der Wiederaufbauperiode bis in die sechziger Jahre hinein.

Tatsächlich schienen die „inneren Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise“, wie sie Karl Marx formuliert hat, in den fünfziger Jahren nicht mehr zu gelten. Die Bedeutung dieser neuen Entwicklung wird im Lichte historischer Erfahrung evident: Zyklische Schwankungen von großer Regelmäßigkeit gaben der wirtschaftlichen Entwicklung der industrialisierten Welt vor 1914 ihren Rhythmus. Nach dem Ersten Weltkrieg verschärften gewandelte Rahmenbedingungen das Ausmaß der zyklischen Krisen, und es erschien gerechtfertigt, von der

¹ A. Maddison beispielsweise hält in den meisten europäischen Ländern die Wiederaufbaueffekte 1950 für abgeschlossen; vgl. *Economic Growth in the West*, S. 58.

² Vgl. Paige u. a., *Economic Growth: The Last Hundred Years*, S. 37; siehe auch Postan, *An Economic History of Western Europe 1945–1964*, S. 25 und Maddison, a. a. O., S. 43 ff.

³ Vgl. Aukrust, *Factors of Economic Development*, S. 39; neben dem deutschen „Wirtschaftswunder“ ist auch vom belgischen, italienischen und französischen „Wunder“ die Rede. S. a.: Hennessy u. a., *Economic ‚Miracles‘*, oder Postan, a. a. O., S. 22.

Zeit zwischen den Kriegen als einer „Niedergangsperiode des Kapitalismus“ zu sprechen, in der die Marxsche Krisentheorie ihre empirische Bestätigung fand⁴.

Während aber vor dem Ersten Weltkrieg im Verlauf eines Wachstumszyklus oft auch absolute Produktionseinbußen zu verzeichnen waren⁵ – von der Zwischenkriegszeit ganz zu schweigen –, bildeten in den fünfziger Jahren solche Einbrüche die Ausnahme⁶. Dennoch waren kurzfristige Schwankungen des Wachstumstempos auch in dieser Zeit nicht unerheblich. Auf dem Hintergrund außergewöhnlich hoher Zuwachsraten führte der Rückgang der Wachstumsgeschwindigkeit aber nur selten zur Stagnation oder gar zu absolutem Rückgang der Produktion.

Der zyklische Charakter des Wirtschaftswachstums fand deshalb erst dann in das wirtschaftspolitische Bewußtsein Eingang, als Rückschläge bei abflachenden Wachstumstrends die Produktionsziffern unter den einmal erreichten Stand absinken ließen. Dieser fallende Trend der Wachstumsraten wird aus Tabelle 1 deutlich⁷.

Tabelle 1 Wirtschaftswachstum westlicher Industrieländer 1913–1959
Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts (vH)

Land	1913–1956	1939–1949	1949–1954	1954–1959
	I	II	III	IV
Westdeutschland	2,1 ^a	-2,2	8,4	6,6
Österreich	1,4 ^b	-0,8 ^c	5,7	5,7
Italien	1,9	0,1	6,4	5,7
Frankreich	1,3	0,2	4,8	4,1
Belgien	1,6	0,6 ^f	3,7	2,5
Großbritannien	1,6	1,0 ^f	2,7	2,3
Dänemark	2,2	1,5	3,7	3,4
Schweiz	3,1	1,5 ^d	5,7	4,6
Finnland	3,1 ^e	1,6	5,3	3,5
Niederlande	2,6	2,3	4,9	4,1
Norwegen	3,0	2,4	4,2	2,7
Schweden	2,4	3,0 ^f	3,5	3,2
USA	3,2 ^g	4,4	3,6 ^h	3,3
Kanada	3,2	5,5	4,2	4,4

^a 1913–1955; ^b 1911/15–1956; ^c 1937–1948; ^d 1938–1949; ^e 1926–1956; ^f 1937–1949; ^g 1912/16–1955; ^h 1948–1954.

Quelle: UN(ECE), Some Factors in Economic Growth in Europe During the 1950's, Economic Survey of Europe in 1961, Part 2, Genf 1964 (I), (II) Ch. II, p. 3 (III), (IV) Bruttoinlandsprodukt zu Faktorpreisen; Ch. II, p. 20.

⁴ E. Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, S. 198 ff.; Vgl. auch: Varga, Die Niedergangsperiode des Kapitalismus, Hamburg 1922.

⁵ In Deutschland von 1890 bis 1913 um durchschnittlich 4%/o; siehe dazu: Maddison, Growth and Fluctuation in the World Economy, 1870–1960, S. 153; negative Wachstumsraten treten vor allem dann auf, wenn auch die Ernten schlecht waren; Daten für die Nachkriegszeit bei Maddison, Economic Growth, S. 47.

⁶ Etwa in Großbritannien, Schweden, Belgien, wenn auch nur geringfügig und kurzfristig.

⁷ Fallenden Trend weisen auch die Zuwachsraten des realen Nettoprodukts der osteuropäischen Länder während der 50er Jahre aus. Siehe dazu: UN (ECE), Some Factors in Economic Growth in Europe During the 1950's, Ch. II, p. 9, Tab. 3.

Auffallend ist die negative Korrelation der Wachstumsraten der Kriegs- und un- mittelbaren Nachkriegsperiode einerseits und der fünfziger Jahre andererseits. Sie gilt nicht für alle Länder⁸. Die Gegenüberstellung der durchschnittlichen jähr- lichen Wachstumsraten der Kriegsverlierer Deutschland, Österreich und Italien und der vom europäischen Kriegsschauplatz fernen Siegerstaaten USA und Kanada läßt jedoch an diesem Zusammenhang keinen Zweifel:

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts

Land	1939–1949	1949–1959
Westdeutschland	-2,2	7,5
Österreich	-0,8 ^a	5,7
Italien	0,1	6,0
USA	4,4	3,4
Kanada	5,5	4,3

^a 1937–1948

Diejenigen Länder, die in Tabelle 1 die Rangliste anführen, stehen auch an der Spitze der Wachstumstabelle, wenn diese nach den Ergebnissen der Jahre 1949–1959 geordnet wird. Es erscheint daher plausibel, anzunehmen, daß Deutschland, Öster- reich, Italien und andere Länder ihr hohes Wachstumstempo in den fünfziger Jah- ren zu einem guten Teil dem negativen bzw. stationären Wachstum während der Kriegsjahre verdanken. Im umgekehrten Fall müssen die relativ niedrigen Zu- wachsraten der US-amerikanischen und kanadischen Nachkriegswirtschaft vor dem Hintergrund des kriegsbedingten hohen Wachstums der vorangegangenen Periode gesehen werden. Daraus läßt sich folgender Zusammenhang ableiten:

Je tiefer das Produktionsniveau einer Volkswirtschaft durch Kriegs- und unmittel- bare Nachkriegseinwirkungen sinkt, umso höhere Wachstumsraten sind offenbar möglich, ehe diese Volkswirtschaft wieder auf ihren langfristigen Wachstumspfad gelangt.

Dieser Zusammenhang zwischen der durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Störung der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Wachstumsspur der fünfziger Jahre impliziert gleichzeitig die Rückkehr zu Zuwachsraten, die mit den langfri- stigen Durchschnittswerten der jeweiligen Länder vergleichbar sind. Sieht man von den im Zweiten Weltkrieg besonders hart getroffenen Ländern ab, die mög- licherweise in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Phase kriegsbedingten Nachkriegswachstums noch nicht abgeschlossen hatten⁹, so wird diese Aussage durch den in Tabelle 1 angestellten Vergleich zwischen langfristigem Wachstumstrend und der Wachstumsentwicklung der fünfziger Jahre gestützt¹⁰. Zumindest ist be-

⁸ Die (Rang-)Korrelationsanalyse der Reihen II und III in Tabelle 1 ergibt einen Korrela- tionskoeffizienten $r^2 = 0,55$. Die Höhe der Wachstumsraten im zweiten Nachkriegsjahr- fünft lassen sich also zu mehr als der Hälfte aus den Behinderungen des Wachstums in Kriegszeiten erklären.

⁹ In der Bundesrepublik werden intertemporal vergleichbare Wachstumsraten erst im 4. Nach- kriegszyklus erreicht.

¹⁰ Die in Tabelle 1, IV ausgewiesenen Werte liegen allerdings in den meisten Ländern etwas über den langfristigen Durchschnitt (I).

merkwürdig, daß – mit Ausnahme von Österreich und Kanada – das Wachstum der Jahre 1954–1959 deutlich niedriger ausfällt als in der vorangegangenen Periode von 1949–1954.

Die deutsche, speziell die westdeutsche Wirtschaft ist für die Analyse dieser spezifischen Wachstumsbedingungen der Nachkriegszeit aus zwei Gründen besonders gut geeignet:

1. Deutschland ist dasjenige Land, dessen Wirtschaft durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen am härtesten betroffen wurde. Ist die durch den Krieg verursachte Störung des Wirtschaftsablaufs aber Vorbedingung der Periode schnellen Wachstums der fünfziger Jahre – wie hier vermutet wird –, dann müssen die Wachstumskräfte umso stärker sein, je größer diese Störungen waren und je länger sie andauerten.
2. Westdeutschland folgt in fast idealtypischer Weise dem Wachstumstrend, den wir für die Mehrzahl der europäischen Länder feststellen konnten.

Die zweite Feststellung wird durch Abbildung 1 belegt. Sie zeigt den Verlauf der ersten vier Wachstumszyklen der Bundesrepublik Deutschland anhand der jährlichen Wachstumsrate des realen Sozialprodukts. Es wird deutlich, daß trotz hefti-

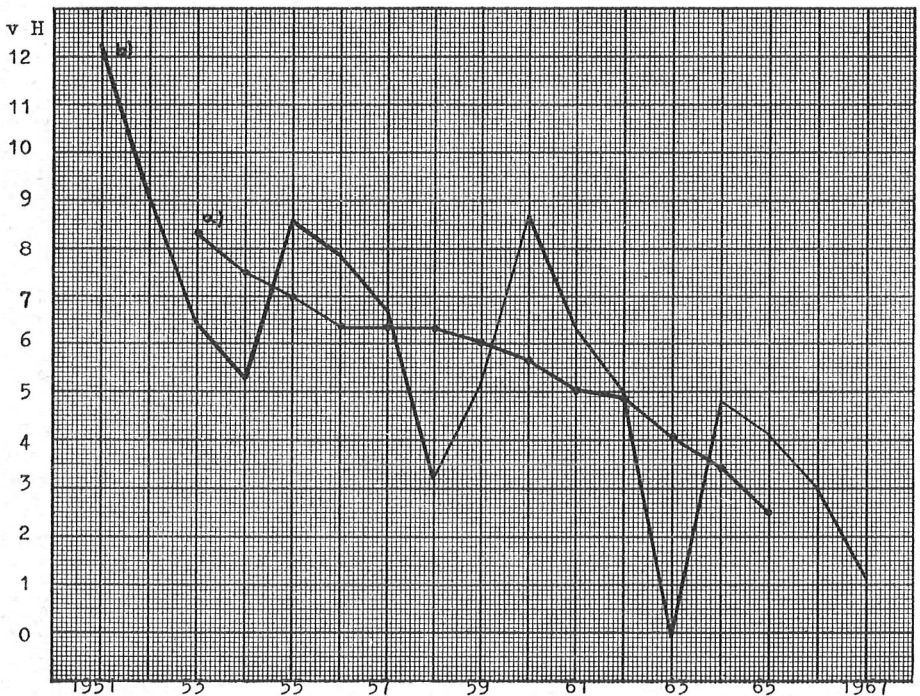


Abbildung 1

Trend^a und Zyklus^b des Wachstums des realen Bruttosozialprodukts der BRD 1951–1967

^a gleitende Fünf-Jahres-Durchschnitte

^b jährliche Zuwachsraten

Quelle: Stat. Jahrbuch der BRD.

ger konjunktureller Schwankungen¹¹ bis in die sechziger Jahre hinein auch im Abschwung noch relativ hohe, positive Wachstumsraten erzielt wurden.

Vor dem Hintergrund derart hoher Zuwachsraten des Sozialprodukts tritt aber der stetig fallende Trend des Entwicklungstempos umso klarer hervor. Während der erste Zyklus eine durchschnittliche Wachstumsrate von 8,7 % aufweist, ist diese im zweiten auf 7 % und im dritten auf 5,6 % gesunken. Es ist sicher ein Zufall, daß mit der durchschnittlichen Wachstumsrate von 3,7 % im vierten Nachkriegs-zyklus ein Wert erreicht wird, der der Größenordnung nach vergleichbar ist mit entsprechenden Daten des langfristigen Durchschnitts. Auch in der Zeit relativ ungestörter wirtschaftlicher Entwicklung von den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges können durchschnittliche Wachstumsraten in dieser Höhe registriert werden¹². Doch über die Koinzidenz von Wachstumsraten hinaus zeichnet sich der zyklisch überlagerte, abwärts gerichtete Trend der Kurve des westdeutschen Wirtschaftswachstums deutlich genug ab. Der exzeptionelle Charakter der Wachstumsraten in den späten 40er und den 50er Jahren tritt umso klarer hervor und begründet unseren Versuch, an diesem Modell jene besonderen Bedingungen und Faktoren nachzuweisen, die für das schnelle Aufholen der kriegs- und nachkriegsbedingten Verluste verantwortlich waren.

2. Westdeutschland: Stagnation und Wachstum

So sehr das Wachstumsmuster der westdeutschen Wirtschaft in den fünfziger Jahren dem europäischen Trend entspricht, so deutlich unterscheidet es sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit von den Nachbarstaaten. Im Jahre 1946, als die europäischen Volkswirtschaften¹ zu durchschnittlich neun Zehnteln ihre industrielle Vorkriegsproduktion wieder erreicht hatten, standen die westlichen Besatzungszonen Deutschlands mit 32 % der Produktion von 1938 weit am Ende der europäischen Wachstumstabelle (vgl. Tabelle 2).

Ihre relative Position hat sich bis 1947 sogar noch weiter verschlechtert. Während in Europa das Vorkriegsniveau bereits überschritten wurde, gelang es den Westzonen nicht, Anschluß an das hohe europäische Wachstumstempo zu finden. Auch das Produktionsniveau blieb bei 37 % der Vorkriegszeit stehen. Die Wachstums-schere öffnete sich zu ungunsten der westlichen Besatzungszonen (vgl. Abb. 2).

In den ersten beiden Nachkriegsjahren, in einer Zeit also, da sich in Europa der eigentliche industrielle Wiederaufbau² vollzog, verharrte die westdeutsche Industrieerzeugung in relativer Stagnation.

Es liegt nahe, den Grund hierfür in der niedrigen Anfangshöhe der westdeutschen Nachkriegsproduktion zu suchen. Ein Vergleich mit Ländern ähnlich niedriger industrieller Ausgangsbasis zeigt aber das Gegenteil. Die Gegenüberstellung von

¹¹ Der zweite Zyklus umfaßt eine Schwankungsbreite von annähernd 9 Prozentpunkten.

¹² Im fünften Nachkriegszyklus liegt der durchschnittliche Wert auch bereits wieder höher.

¹ 16 Länder (ohne Deutschland).

² ‚Wiederaufbau‘ als Periode, in der der Vorkriegsstand der Produktion wieder erreicht wurde.

Tabelle 2 Industrielle Produktion in Europa 1945–1949 (1938 = 100)

Land	Netto-Produktions- anteil 1938 in vH der Gesamtproduk- tion	1945	1946	1947	1948	1949
Belgien	3,2	38	89	106	114	116
Bulgarien	0,2	118	121	145	174	227
CSSR ^a	3,4	—	—	87	103	111
Dänemark	1,2	74	101	116	129	137
Deutschland ^b						
– U.K./U.S. Zone	19,2	—	32 ^c	37 ^c	56 ^c	83 ^d
– Franz. Zone	2,4	—	31	39	52	—
– Sowjetzone	8,3	—	—	47	59	72
Finnland	0,5	86	105	117	133	141
Frankreich	12,2	50	84	99	113	123
Griechenland	0,7	35	56	71	77	92
Großbritannien	25,8	—	96	104	116	123
Irland	0,4	99	112	121	132	143
Italien	7,0	—	(61) ^e	93	98	104
Niederlande	2,6	32	74	94	113	126
Norwegen	0,9	69	100	115	125	132
Polen	2,7	—	86	108	141	174
Österreich ^a	1,5	—	(40) ^e	56	89	119
Schweden	2,9	112	136	140	149	153
Spanien ^f	2,9	—	—	119	115	119
Alle Länder						
einschl. Deutschland	100,0 ^g	—	75	85	97	110
ohne Deutschland	70,1 ^g	—	89	102	115	124

^a 1937 = 100; ^b Index ohne Berlin; ^c amtliche Zahlen, die bis 1948 als zu niedrig gelten können; ^d Westdeutschland; ^e geschätzt; ^f 1935 = 100; ^g einschl. der Nettoproduktionswerte der ehemals deutschen Ostgebiete (2 vH).

Quelle: UN, Stat. Yearbook 1949–50, Tab. 39; UN (ECE), Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 4; UN (ECE), Economic Survey of Europe in 1949, Genf 1950, S. 3; Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 3, Oberursel 1948, S. 42; M. Manz, Stagnation und Aufschwung in der Französischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, Mannheimer Diss. 1968, S. 16 und 25.

Produktionsniveau und Wachstumsgeschwindigkeit ließe vielmehr für Westdeutschland ein wesentlich schnelleres Entwicklungstempo erwarten als es tatsächlich der Fall war (Tabelle 3). Während die Länder (Gruppe 1), die 1946 bereits wieder ihr Vorkriegsprodukt erreicht hatten, vergleichsweise langsam wuchsen, konnten die Länder der dritten Gruppe im Jahre 1947 ihren industriellen Output durchschnittlich um 50 0/0 erhöhen, obwohl – oder besser weil – sie 1946 nur wenig mehr als die Hälfte ihrer industriellen Vorkriegsleistung erzielten. Die Ergebnisse der Gruppe 2 bestätigen nur diese enge negative Korrelation zwischen Entwicklungsstand und Wachstumsgeschwindigkeit.

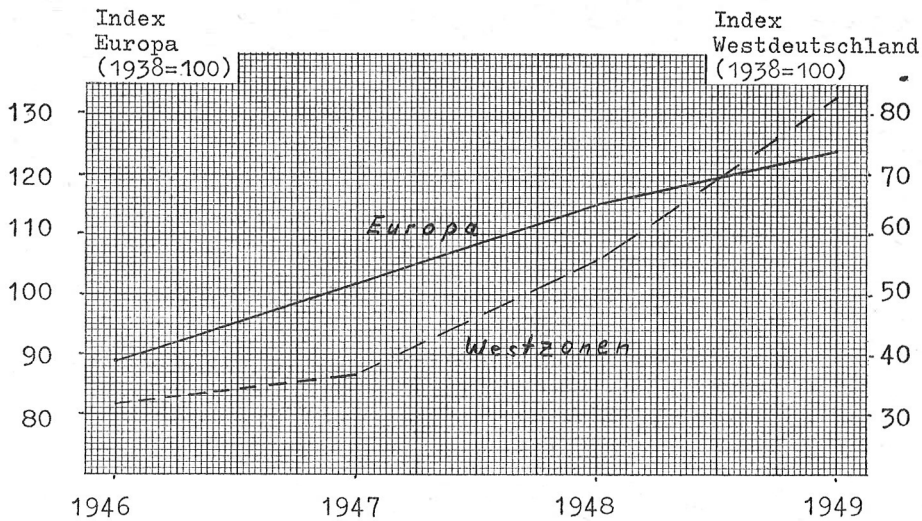


Abbildung 2

Wachstumstempo der Industrie 1946–1949: Europa^a und Westdeutschland^b

^a ohne Deutschland

^b drei westliche Besatzungszonen

Tabelle 3 Wachstum und Niveau der industriellen Produktion wichtiger europäischer Industrieländer^a 1946/1947

Land	1946	1947
<i>Gruppe 1</i>	(1938 = 100)	(1946 = 100)
Schweden	136	103
Dänemark	101	115
Gewogener Durchschnitt	126	107
<i>Gruppe 2</i>		
Großbritannien	96	126
Belgien	89	119
Polen	86	126
Frankreich	84	118
Niederlande	74	127
Gewogener Durchschnitt	91	125
<i>Gruppe 3</i>		
Italien	61	152
Österreich	40	140
Gewogener Durchschnitt	57	150
Deutschland ^b	32	118

^a Länder, deren Anteil an der europäischen Netto-Industrieproduktion 1938 größer als 1 vH;

^b 3 Westzonen.

Berechnet nach Tab. 2 und UN, Stat. Yearbook 1949/50, Tab. 39.

Demgegenüber zeichnete sich Westdeutschland durch niedrigen Stand der Produktion *und* vergleichsweise niedriges Wirtschaftswachstum aus. An ihren industriellen Wachstumsraten gemessen, wären die westlichen Besatzungszonen der zweiten Gruppe zuzuordnen. Nach ihrem Produktionsniveau beurteilt nehmen sie aber den letzten Rang in der Gruppe 3 ein.

Log. Maßstab

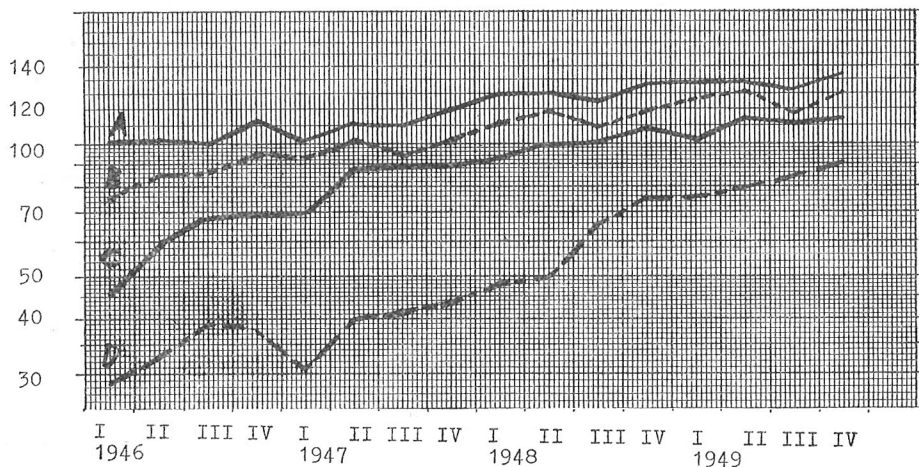


Abbildung 3

Entwicklung der industriellen Produktion in Europa, vierteljährlich, nach Ländergruppen^a unterschiedlicher Ausgangsbasis (1938 = 100)

A Großbritannien, Irland, Schweden

B Belgien, Bulgarien, CSSR, Dänemark, Frankreich, Norwegen, Polen

C Finnland, Griechenland, Italien, Niederlande

D Deutschland (1946–47 Brit.-amerik. Besatzungsgeb.; 1948–49 drei Westzonen)

^a gewogener Durchschnitt

Berechnet nach UN(ECE), Economic Survey of Europe in 1948, 1949, 1950, Genf 1949, 1950, 1951, S. 3 f.; UN(ECE), A Survey of the Economic Situation and Prospects of Europe, Genf 1948, S. 4; Europa-Archiv, Febr. 1949, S. 1929.

Die Besonderheiten der industriellen Entwicklung der westlichen Besatzungszonen Deutschlands werden auch aus Abbildung 3 deutlich. Es sind vor allem zwei Abschnitte der Kurve D, die den eigenen Weg Westdeutschlands charakterisieren.

1. Der tiefe Einbruch im Winter 1946/47, der die Industrie der Westzonen im ersten Quartal 1947 wieder auf ihre Ausgangsbasis von 1946 zurückwarf. Bei den Vergleichsgruppen läßt sich für den gleichen Zeitabschnitt entweder nur Stagnation (C), leichter Rückgang (B) oder ein zwar auffälliger, aber nach Dauer und Ausmaß mit dem westdeutschen nicht vergleichbarer Rückgang des Produktionsniveaus feststellen. Die Vermutung liegt daher nahe, daß die saisonalen Schwierigkeiten des Winters 1946/47 nur in Westdeutschland entscheidend auf die Produktionsziffer durchschlugen, weil hier im Gegensatz zu den übrigen europäischen Ländern die besonderen Wachstumsbedingungen, die einer Nachkriegswirtschaft offenbar eigen sind, noch nicht wirksam werden konnten.

2. Im Gegensatz dazu steht der plötzliche Anstieg des westdeutschen Industrieindex, der mit dem 3. Quartal 1948 einsetzt. Er fällt in eine Zeit, in der die industrielle Erzeugung der übrigen europäischen Länder entweder stagniert (C) oder sogar absolut zurückgeht (A, B). Allein Westdeutschland kann sich von diesem gesamteuropäischen Trend lösen. Erst jetzt, im Laufe des Jahres 1948, schließt sich die Wachstumsschere (Abbildung 2), um sich schließlich zugunsten Westdeutschlands wieder zu öffnen.

Es ist also nicht allein die dramatische Beschleunigung des industriellen Wachstums im Jahre 1948, die das Spezifikum der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre ausmacht und die einer Erklärung bedarf. Diese ist nur ihrem Zeitpunkt nach ein spezifisch deutsches Phänomen. Vielmehr ist es die Phase des verzögerten Aufbaus, der zumindest relativen Stagnation der industriellen Entwicklung Westdeutschlands, die in Europa ohne Beispiel ist und deren Ursachen nicht in den extrem niedrigen Ausgangsdaten der industriellen Erzeugung zu suchen sind. Aus diesem Sachverhalt folgt aber auch, daß das anhaltende hohe Wachstum der fünfziger Jahre und der Übergang von einer Phase relativer Stagnation zu eben diesem Wachstum nicht auf dieselben Ursachen zurückgeführt werden können. Ist das eine – schnelles Wachstum – eine europäische Erscheinung, so liegen die Ursachen des „take off“ selbst und vor allem sein Zeitpunkt offenbar allein in der westdeutschen Wirtschaftsgeschichte begründet. Eben dieser Unterschied wird in den bisherigen Untersuchungen der Ursachen des „Wirtschaftswunders“ – soweit sie diesen Zeitraum berühren – nicht berücksichtigt.

3. Erklärungsmodelle des Wiederaufstiegs der westdeutschen Wirtschaft

In den Standardlehrbüchern der nationalökonomischen Klassik wird bereits auf „die große Schnelligkeit“ hingewiesen, „mit der sich Länder aus einem Zustand der Verwüstung wieder erheben, wobei in kurzer Zeit . . . die Folgen von . . . Kriegsverwüstungen verschwinden“¹. Der Vorgang hat offenbar schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts bei den Zeitgenossen John Stuart Mills „oft Staunen erregt“². Hundert Jahre später verhält sich dies nicht viel anders, obwohl der rasche Aufschwung der meisten europäischen Volkswirtschaften nach 1944/45 auch in der Wirtschaftsgeschichte dieses Jahrhunderts nicht ohne Beispiel ist. In der Literatur konkurrieren drei unterschiedliche Ansätze um den Anspruch, das Phänomen der mächtigen und anhaltenden Expansion der westdeutschen Industrie umfassend zu erklären. Dabei fällt eine gewisse zeitliche Abfolge der Diskussion dieser Ansätze auf. Sie mag damit zusammenhängen, daß die empirische Basis theoretischer Überlegungen mit zunehmendem Abstand zum Kriegsende wuchs und somit Weiterentwicklungen der Erklärungsansätze möglich und nötig wurden.

¹ John St. Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie, 1. Aufl. 1848, zit. nach Bd. 1 der 2. deutschen Auflage, Jena 1924, S. 112 f.

² Ebda.

a) Zyklusmodelle

Modelle, die die Dynamik der europäischen Nachkriegswirtschaft den Bedingungen des „Nachkriegszyklus“ zuschreiben, wurden schon in den ersten Nachkriegsjahren diskutiert³. Sie gehen zumeist von den empirischen Erfahrungen der auf den Ersten Weltkrieg folgenden Jahre aus. Bald nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war in den Industrieländern eine starke Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der gesamten wirtschaftlichen Aktivität zu registrieren. Der Boom dauerte indes nur zwei Jahre, gefolgt von der kleinen „Weltwirtschaftskrise“⁴ der Jahre 1920/21, die in der Hauptsache aber nur drei der wichtigsten Industrieländer betraf⁵: Großbritannien, Japan und die USA.

Die Fortsetzung des kapitalistischen Zyklus nach dem Kriege ist offensichtlich, wenn auch der Weltkrieg selbst den Zyklus nachhaltig beeinflusste. Der Kriegsausbruch von 1914 hatte gewaltsam einen „normalen“ Zyklus unterbrochen, der in den meisten Ländern bereits in den Abschwung übergang. Der Krieg – mit der Vernichtung gewaltiger Produktivkräfte – trat damit an die Stelle der Krise, die bei normaler konjunktureller Entwicklung Voraussetzung einer zyklischen Wiederbelebung der Produktion ist.

Die weitere Entwicklung läßt sich modellhaft wie folgt skizzieren: Dort, wo als Folge der Rüstungsproduktion „Kriegskonjunktur“ herrscht, erstreckt sich diese ausschließlich auf die Bereiche der Produktionsgüterindustrie unter Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie, deren Erzeugung absolut sinkt. Dadurch entsteht eine Disproportionalität der Produktionsstruktur, die bis Kriegsende einen bedeutenden, zurückgestauten Bedarf an Verbrauchsgütern schafft. Aber auch in den Bereichen der Produktionsgüterindustrie, in denen während des Krieges Investitionen unterlassen wurden, werden nun Ersatzinvestitionen notwendig. Hinzu kommt die allgemeine Einschränkung des Warenaustausches auf den Weltmärkten. So entsteht während der Kriegsjahre auch in den nicht unmittelbar am Krieg beteiligten Ländern ein Nachfragestau nach Gütern, die vor dem Kriege aus den kriegführenden Staaten importiert wurden. Die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung sind von da her nach einer kurzen Zeit der Anpassung des Produktionsapparates gegeben. Der Krieg schafft einen „besonderen Markt“⁶, der dem „Nachkriegszyklus“ kräftige Impulse gibt. Dem Aufschwung voraus geht eine kurze Phase der Reorientierung der Produktionsstruktur an der veränderten, zivilen Nachfragestruktur. Das Auslaufen der Rüstungsnachfrage führt insbesondere im Produktionsgüterbereich zu vorübergehendem Produktionsrückgang. Die vorhandenen Kapazitäten werden nur zum Teil ausgelastet und einzelne Produktionsstätten vollständig stillgelegt. Ihrer Erscheinungsform nach hat diese Über-

³ Vgl. etwa: Detmolder Memorandum vom 17. 11. 1945, abgedr. bei Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 116–132.

⁴ Varga, Krise des Kapitalismus, S. 3.

⁵ Vgl. Lewis, Economic Survey 1919–1939; Sventnilson, Growth and Stagnation in the European Economy; UN (ECE), A Survey of the Economic Situation and Prospects of Europe, S. 14 ff.; in Deutschland war der Nachkriegszyklus durch Inflation und die Stabilisierungskrise von 1923/24 deformiert.

⁶ Heininger, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945–1950, S. 14.

gangsphase große Ähnlichkeit mit der Depression, die einer Konjunkturkrise folgt. Doch liegt das Charakteristikum der Nachkriegsdepression nicht in übervollen Lagern, die eine allgemeine Überproduktion entstehen ließ. Vielmehr ist es Warenmangel, verursacht durch „Überproduktion“ an Rüstungsgütern, der die Szene kennzeichnet. Allmählich werden die durch die „Krisenfunktion des Weltkrieges“⁷ geschaffenen Voraussetzungen für eine starke zyklische Belebung wirksam. Der Produktionsapparat wird erneuert – vor allem im Konsumgüterbereich und in all jenen Bereichen, deren Ausbau während des Krieges vernachlässigt wurde. So steigt die Produktion – zusätzlich stimuliert durch steigende Auslandsnachfrage – schnell an. Schließlich übersteigt sie die kaufkräftige Nachfrage, die als Konsequenz des auf den Boom folgenden Nachlassens der Investitionsneigung stagniert. Die Krise beginnt. Der spezifische Nachkriegszyklus ist zu Ende.

Diese skizzenhafte Darstellung von „Kriegskonjunktur“ und „Nachkriegszyklus“ läßt sich zur Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg heranziehen. Ein Blick auf Tabelle 2 zeigt, daß auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges in den meisten der dort ausgewiesenen Ländern nach einer kurzen Periode der industriellen Reorientierung (1945) ein außerordentlich kräftiger Boom einsetzte. Dieser Aufschwung flachte erst im Jahre 1949 spürbar ab. Die USA, als größte Industriemacht der Welt, erlebte in diesem Jahr einen absoluten Rückgang ihrer industriellen Erzeugung. Angesichts dieser Daten kann wohl mit Recht behauptet werden, daß der allgemeine Nachkriegszyklus mit dem Ende der vierziger Jahre ausläuft.

Ganz anders sieht die Entwicklung in jenen Ländern aus, die aus dem Zweiten Weltkrieg als Besiegte hervorgegangen sind oder deren Industriekapazität durch Kriegseinwirkungen wesentlich vermindert wurde. Dort setzt der Nachkriegsboom später ein (1947) und hält 1949 noch an⁸, wenn auch sein Höhepunkt bereits überschritten ist. Dies gilt in besonderem Maße für Westdeutschland. Dort beginnt der industrielle Nachkriegszyklus im Jahre 1947/48 und erreicht sein erstes zyklisches Tief im Jahre 1952 – einen Tiefstand allerdings auf sehr hohem Niveau⁹. Damit ist aber noch nicht erklärt, warum die zyklischen Auftriebskräfte in Westdeutschland erst so spät wirksam wurden. Auch die hohen Wachstumsraten, die weit über das Maß und die Dauer des zu erwartenden westdeutschen Nachkriegszyklus anhalten, legen die Vermutung nahe, daß die bekannten Kategorien der Konjunkturtheorie nicht ausreichen, um den Trend des bundesrepublikanischen Wirtschaftswachstums der fünfziger Jahre zu erklären. Das zeigte sich auch in der zeitgenössischen wirtschaftswissenschaftlichen Prognose. Stellte das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung noch zu Beginn der fünfziger Jahre fest, „daß nach allen Anzeichen die Periode des dringlichen Wiederaufbaus und damit die erste Phase des Wachstums mit ihrer besonderen Dynamik, die im Ausland gelegentlich als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurde, beendet ist“¹⁰, so mußte man später

⁷ Ebda.

⁸ Ausnahme: Italien.

⁹ Das Wachstum der industriellen Nettoproduktion beträgt auch im Jahre 1952 noch 6,7%.

¹⁰ Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Fünf Jahre Deutsche Mark, Vorwort.

konstatieren, daß auch und vor allem die westdeutsche Entwicklung „acquired a new momentum of growth which has gone well beyond the point at which recovery might normally be expected to end“¹¹. Diese „neue Triebkraft“ zu analysieren ist das Ziel zahlreicher Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

b) *Monokausale Wachstumsmodelle*

Die meisten Autoren bieten mono- oder oligokausale Erklärungsmodelle an, um das deutsche „Wirtschaftswunder“ als einfaches Wachstumsphänomen zu erklären. So macht Henry C. Wallich ein Syndrom aus Marshallplan-Hilfe, deutscher Tüchtigkeit und „bemerkenswertem Glück“¹² für das „im internationalen Vergleich . . . äußerst schnelle“¹³ Wachstumstempo in Westdeutschland verantwortlich. Per Jacobsson¹⁴ und Patrick M. Boarman¹⁵ sehen hingegen den Grund in der „resolute credit policy“¹⁶ der Deutschen Bundesbank. Egon Sohmen¹⁷ wiederum kommt zu dem Schluß, „that only more efficient resource allocation can explain the difference between West Germany’s rate of growth and that of other countries in a comparable state of development“¹⁸. Frederic Reuss¹⁹ mißt aktiver Fiskalpolitik diese Bedeutung zu, worunter er aber hauptsächlich „hohe Staatsausgaben für Zwecke der Kapitalbildung“²⁰ versteht, in der auch Karl W. Roskamp²¹ den Kern einer „public policy . . . to repress consumption and increase overall capital formation“²² erblickt. Charles P. Kindleberger²³ stellt die These auf, „that the major factor shaping the remarkable economic growth . . . has been the availability of a large supply of labor“²⁴. Angus Maddison²⁵ und M. M. Postan²⁶ rücken als Ursache des schnellen Wachstums eine Politik in den Vordergrund, die darauf gerichtet war, das Niveau der Nachfrage zu stabilisieren, den Wettbewerb zu erhalten und das Wachstum der Ressourcen zu fördern. Sie halten den Boom der fünfziger Jahre für das „product of economic growthmanship“²⁷.

Es ist gewiß evident, daß alle diese Faktoren dazu beigetragen haben, die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage in der Bundesrepublik zu beeinflussen bzw. das Pro-

¹¹ Maddison, *Economic Growth in the West*, S. 29.

¹² Wallich, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, S. 18.

¹³ Ebda, S. VII.

¹⁴ Jacobsson, *Some Monetary Problems*.

¹⁵ Boarman, *Germany’s Economic Dilemma*.

¹⁶ Jacobsson, a. a. O., S. 264.

¹⁷ Sohmen, *Competition and Growth: The Lesson of West Germany*, in: *AER*, 49 (1959), S. 986–1003.

¹⁸ Ebda, S. 994.

¹⁹ Reuss, *Fiscal Policy for Economic Growth without Inflation*.

²⁰ Roskamp, *Capital Formation in West Germany*, S. 71.

²¹ Ebda.

²² Ebda, S. 208.

²³ Kindleberger, *Europe’s Postwar Growth. The Role of Labor Supply*.

²⁴ Ebda, S. 3.

²⁵ Maddison, *Economic Growth in the West*.

²⁶ Postan, *An Economic History of Western Europe*.

²⁷ Ebda, S. 25.

duktionspotential der westdeutschen Wirtschaft zu vermehren. Soweit aber der Anspruch erhoben wird, eine Erklärung für das westdeutsche Wirtschaftswachstum gefunden zu haben, hält er im einzelnen einer Überprüfung anhand der statistischen Tatsachen nicht stand.

Zunächst ist unmittelbar einsichtig, daß spezifisch deutsche Phänomene und Wachstumsstrategien nicht Ursache einer international gleichartigen Erscheinung sein können. Ein Wachstumstrend, der in ganz Europa – einschließlich der Länder des Ostblocks – nachzuweisen ist²⁸, muß auf Bedingungen zurückgehen, die für ganz Europa zutreffen – in einem Land mehr, in anderen weniger.

Aber auch der bescheidenere Anspruch, die genannten Ursachen seien wenigstens für das über den europäischen Rahmen hinausgehende Wachstum der deutschen Wirtschaft verantwortlich, muß in Zweifel gezogen werden.

Werden nämlich die zitierten Faktoren als wesentliche Determinanten des wirtschaftlichen Wachstums angesehen, so gibt es, solange sie wirksam bleiben, keinen Grund, ein zwangsläufiges Absinken der Wachstumsraten auf ein geringeres „Normal“-Maß²⁹ zu erwarten. Prognosen für die sechziger Jahre, die eine Stabilisierung des Zuwachses der industriellen Produktion auf der Höhe von 7 0/0, wie in den fünfziger Jahren erzielt, erwarteten, „if developments are peaceful and satisfactory“³⁰, waren daher nicht selten³¹.

Dem widerspricht die tatsächliche Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft (vgl. Abbildung 1). Wenn man den Wachstumsprozeß der Nachkriegszeit in seinem Ablauf überblickt, wird der abwärts gerichtete Trend der Wachstumsraten deutlich, obwohl die in der Literatur genannten Faktoren im wesentlichen unverändert geblieben sind.

c) Rekonstruktionsmodelle

Welches sind aber die Bedingungen, die in der Nachkriegszeit hohes Wachstum ermöglichten – auch dann noch, als das Vorkriegsproduktionsergebnis erreicht worden war – und die gleichzeitig den fallenden Trend der Wachstumsraten verständlich machen? Gibt es – um mit Bombach zu sprechen – „speziell eine Theorie der ‚normalen Zuwachsraten‘, auf die immer wieder Kräfte zurückführen, wenn einmal Kriege, Depressionen u. a. von ihr weggeführt haben?“³²

Diese Fragen müssen im Zusammenhang mit einer empirischen Beobachtung gesehen werden, deren wachstumstheoretische Relevanz erst im Laufe der sechziger

²⁸ Vgl. Tab. 1 und UN (ECE), *Some Factors in Economic Growth in Europe During the 1950's*, a. a. O.

²⁹ Krengel, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie auf dem Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956*, S. 69.

³⁰ Krengel, *Some Reasons for the Rapid Economic Growth of the German Federal Republic*, S. 136.

³¹ Vgl. Kuhlo, *Die Wachstumsprognose, insbesondere auch die Prognose der Produktivitätsentwicklung*, in: *Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme*, S. 258.

³² Borchardt, *Methodenprobleme bei der Vorausschätzung langfristiger Entwicklungen*, ebda., S. 528.

Jahre in diesem Zusammenhang diskutiert wurde³³: dem langfristig äußerst gleichmäßigen Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung (siehe Tabelle 4). Da die wirtschaftliche Entwicklung in der Vergangenheit aber ganz anders als gleichmäßig verlief, sondern immer wieder erheblichen Störungen ausgesetzt war, die auf Wirtschaftskrisen oder exogene Einflüsse wie Kriege, Naturkatastrophen u. a. zurückgingen, liegt der Schluß nahe, daß solche Rückschläge durch Phasen erhöhten

Tabelle 4 Durchschnittlich jährliches Wachstum des realen Sozialprodukts je Einwohner 1870–1968 (vH)

	1870–1913 I	1913–1950 II	1950–1968 III	1913–1968 IV	1870–1968 V
Belgien	1,7	0,7	2,9	1,4	1,5
Frankreich	1,4	0,7	3,8	1,7	1,6
Italien	0,7	0,6	5,1	2,1	1,5
Schweiz	1,3	1,5	3,1	2,0	1,7
Deutschland	1,7	0,4	5,1	1,9	1,8
England	1,3	1,3	2,2	1,6	1,5
USA	2,2	1,7	2,5	2,0	2,1
Japan	3,4 ^a	1,7	9,0	4,1	3,8

^a seit 1880.

Berechnet nach: A. Maddison, *Economic Growth in the West*, a. a. O., S. 37; D. C. Paige u. a., a. a. O., S. 26 ff.; Stat. Jahrbuch der BRD.

Wachstums wieder aufgeholt wurden. So wird der erstaunlich stetige Trend der langfristigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität und ihr in nahezu allen industriell entwickelten Ländern annähernd gleiches Tempo ‚technisch‘ überhaupt möglich.

Tabelle 4 zeigt, daß in der Periode von 1913 bis 1968 – trotz Weltwirtschaftskrise und zweier Weltkriege – das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Wachstum des realen Sozialprodukts gerade in den wichtigsten Industrienationen sich nicht signifikant unterscheidet von jenem der gesamten Periode seit 1870³⁴. Besonders deutlich wird dieser Sachverhalt im Falle Frankreichs, Belgiens, Deutschlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten (vgl. Tabelle 4, IV und V). Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, die hohen Wachstumsraten der fünfziger Jahre als „some kind of spurt rates“³⁵ zu sehen, die die Produktivitätsentwicklung einer Nachkriegswirtschaft „back on its trend line“³⁶ bringen.

³³ Vgl. Paige u. a., *Economic Growth*, a. a. O.; UN (ECE), *Some Factors in Economic Growth in Europe During the 1950's*, a. a. O.; Kendrick, *Productivity Trends in the United States*; G. Philippi, *Produktivität und Produktion*, in: *Konjunkturpolitik*, 10 (1964), S. 349–371; Aukrust, a. a. O.

³⁴ Für Deutschland und Großbritannien läßt sich dies auch für die Periode ab 1853 bzw. 1857 nachweisen, da auch für diesen Zeitraum Zahlen vorliegen.

³⁵ Paige u. a., *Economic Growth*, S. 24.

³⁶ Ebda, S. 29; Paige u. a. weisen allerdings darauf hin, daß es für die zwanziger Jahre keine Beweise für diese These gibt; Kuznets, *Postwar Economic Growth*, S. 101 vermutet in diesem Zusammenhang, daß „not only from the war and its aftermath but from the effects of the depression that were not completely overcome even by the late 1930's“ Wachstumsimpulse nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst wurden.

Dadurch ist allerdings nur die Erscheinungsform beschrieben, nicht jedoch die Frage beantwortet nach dem „mechanism which ensures, more or less automatically, that temporary set-backs are made good“³⁷. Dieser „Mechanismus“ ist als Anpassungsprozeß an ein theoretisches Wachstumsgleichgewicht beschrieben worden³⁸. Für dieses Gleichgewicht gilt, daß der Kapitalstock einer Volkswirtschaft bei gegebenem Stand der Technik in einem bestimmten Verhältnis zur Höhe der Erwerbsbevölkerung steht und zusammen mit dem Sozialprodukt in einer durch technischen Fortschritt und Bevölkerungswachstum bestimmten Rate wächst. Steht nun weniger Kapital zur Verfügung, als diesem Gleichgewichtsverhältnis entspricht, so ist nach den klassischen Produktionsgesetzen die Produktivität des Kapitals relativ hoch. Hohe Produktivität garantiert aber eine schnellere Akkumulation des Kapitals, weil – wie Harrod und Domar zeigen³⁹ – die Wachstumsrate des Kapitals direkt proportional zur Kapitalproduktivität ist. Im Ausgangspunkt liegt der Kapitalstock zwar unter seinem Gleichgewichtsstand. Da er schneller wächst als im Wachstumsgleichgewicht, nähert er sich aber an diesen an. Gleichzeitig gilt, daß mit zunehmender Kapitalakkumulation die Produktivität des Kapitals abnehmen muß. Dies äußert sich in einem entsprechenden Anstieg des marginalen Kapitalkoeffizienten⁴⁰. Dann sinken auch die Wachstumsraten des Sozialprodukts – je kleiner der Abstand zum Gleichgewicht wird. Hat schließlich die Akkumulationsrate ihren Gleichgewichtswert erreicht und ist die „harmonische“ (Gleichgewichts-) Relation des Kapitals zur Erwerbsbevölkerung hergestellt, so bleibt die Kapitalproduktivität und somit auch die Wachstumsrate konstant. Die Wirtschaft wächst nunmehr im Gleichgewicht.

Wenn man den Wachstumsprozeß der Nachkriegszeit als einen derartigen Einschwingungsvorgang auf einen (im Harrodschen Sinne) „natürlichen“ Gleichgewichtspfad interpretiert, wird die Abflachung des Trends ebenso erklärbar wie der ursprünglich steile Anstieg der Wachstumskurve. Die ungewöhnlich hohen Steigerungsraten wurden „gewissermaßen durch ihre eigene Existenz“⁴¹ zum Verschwinden gebracht. In dieses formalisierte Ablaufschema läßt sich die Entwicklung der wichtigsten Indikatoren westdeutschen Wirtschaftswachstums einordnen. Die Entwicklung der Zuwachsraten des realen Brutto sozialprodukts und ihr Trend (Abbildung 1) korrelieren eng und positiv mit der Entwicklung der Investitionsquote und deren Trend (Abbildung 4). Das heißt, bei abnehmender Kapitalproduktivität haben selbst trendmäßig steigende Investitionsquoten tendenziell fallende Wachstumsraten des Sozialprodukts zur Folge. Deutlich wird dieser Zusammenhang auch an der Entwicklung des marginalen Kapitalkoeffizienten, der bis in die sechziger Jahre hinein im Trend stetig ansteigt.

Diese durch empirische Beobachtung gestützte Theorie macht auch deutlich, warum gerade in den Ländern, die am meisten unter den Folgen des Krieges litten, gege-

³⁷ Aukrust, a. a. O., S. 30.

³⁸ Vgl. Vogt, Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft, S. 4 ff.

³⁹ Vgl. R. F. Harrod, An Essay on Dynamic Theory, in: Economic Journal, 49 (1939) S. 14–33.

⁴⁰ Relation der Veränderung des Bruttoanlagevermögens (Bruttoinvestition) während einer bestimmten Periode zur Veränderung der effektiven Produktion.

⁴¹ Vogt, a. a. O., S. 6.

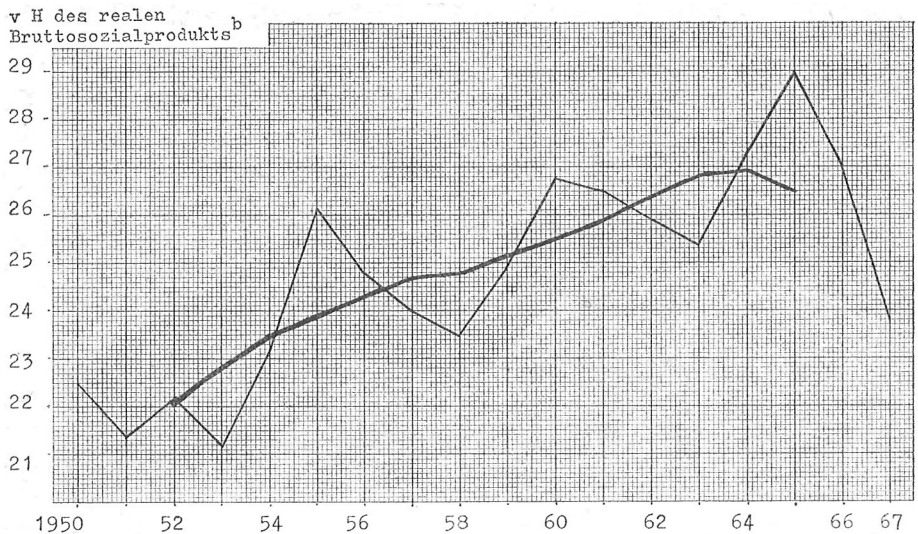


Abbildung 4

Reale Investitionsquote in der BRD: Trend^a und Zyklus 1950–1967

^a gleitende Fünfjahresdurchschnitte

^b in Preisen von 1962

Berechnet nach Stat. Jahrbuch der BRD.

bene Investitionsquoten mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten korrelieren. Bei Kriegsende war in diesen Ländern offenbar die Kapitalintensität⁴² äußerst niedrig und die Kapitalproduktivität⁴³ hoch. Während in Perioden „normaler“ Wirtschaftsentwicklung die Höhe der Kapitalakkumulation offenbar nicht unmittelbar entscheidend ist für das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung⁴⁴, wird unter den Bedingungen der Nachkriegswirtschaft gerade die Investitionsquote zum strategischen Wachstumsfaktor.

Auch der Rekurs auf Wachstumsmodelle des Typs Harrod-Domar liefert allerdings, über den ‚wachstumstechnischen‘ Zusammenhang hinaus, keine wesentlichen Einsichten in die Ursache der hohen Kapitalproduktivität am Ende von Störungsperioden der wirtschaftlichen Entwicklung. Hier setzt das Konzept der „Rekonstruktionsperiode“⁴⁵ ein, eine allgemeine Wachstumstheorie, deren spezielle An-

⁴² Brutto- bzw. Netto-Anlagevermögen je Beschäftigtem bzw. je Arbeitsplatz.

⁴³ Reziproker Wert des Kapitalkoeffizienten $\frac{K}{O}$.

⁴⁴ Ein internationaler Vergleich, wie er von UN (ECE) bei 22 europäischen Ländern durchgeführt wurde, zeigt, daß die Unterschiede im Wachstumstempo dieser Volkswirtschaften nicht darauf zurückgeführt werden können, daß einige Länder größere, andere aber kleinere Teile ihres Sozialprodukts für Zwecke der Kapitalbildung verwendet haben. Die Korrelationsanalyse der Reihe der durchschnittlichen Investitionsquoten der Jahre 1949 bis 1959 und der durchschnittlichen Wachstumsraten im selben Zeitabschnitt ergibt den niedrigen Koeffizienten $r^2 = +0,20$. Some Factors in Economic Growth in Europe During the 1950's, a. a. O.; vgl. auch: Aukrust, a. a. O., S. 27; Kuznets, Postwar Economic Growth, S. 41; Maddison, Economic Growth in the West, S. 77.

⁴⁵ Dieses Konzept wurde erstmals im Zusammenhang entwickelt von Franz Jánossy. Das 1965 in Budapest fertiggestellte deutsche Manuskript erschien 1966 in ungarischer Übersetzung. Die deutsche Ausgabe liegt unter dem Titel „Das Ende der Wirtschaftswunder, Erscheinung

wendung auf Nachkriegsphasen wirtschaftlicher Entwicklung plausible Ergebnisse liefert. Eine empirische Überprüfung des Konzepts – insbesondere der Bedingungen der Frühphase der Rekonstruktionsperiode – steht bis heute aus.

Zum formalen Apparat des Rekonstruktionskonzeptes gehören zwei zentrale Begriffe: die Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung und die Rekonstruktionsperiode selbst. Die Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung ist inhaltlich definiert als der Wachstumspfad, den eine Volkswirtschaft erreichen kann, wenn ihre Entwicklung störungsfrei verläuft. Sie stellt nicht das jeweils gegebene Wirtschaftspotential dar, sondern zeigt diejenige Entwicklung, „welche gegeben wäre, wenn die zur Verfügung stehenden Produktionsmittel genügten, die vorhandene Arbeitskraft ihrer Qualifikation und Struktur entsprechend wirken zu lassen“⁴⁶.

Graphisch ist die Trendlinie definiert als Verbindungslinie aller Maxima des Produktionsniveaus in Perioden ungestörten wirtschaftlichen Wachstums⁴⁷. Mit ihrer

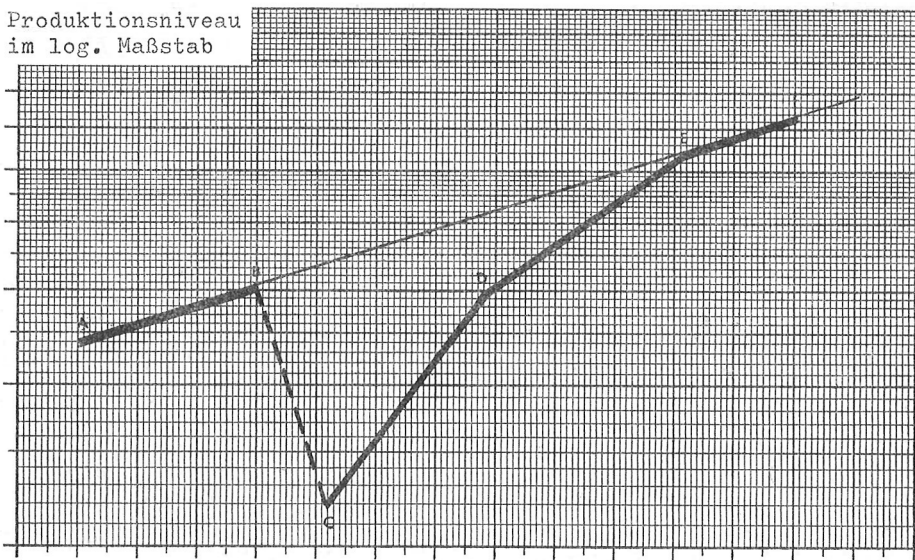


Abbildung 5 Zeit

- Schematische Darstellung des Verlaufs der Rekonstruktionsperiode
- AF – Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung
 - AB – Verlauf der Produktionsniveau-Linie bis Kriegausbruch
 - BC – Durch den Krieg verursachtes Abfallen des Produktionsniveaus
 - CE – Verlauf der Produktionsniveau-Linie während der Rekonstruktionsperiode und zwar
 - CD – bis zum Erreichen des Vorkriegsniveaus und
 - DE – bis zum Erreichen der Trendlinie
 - EF – Verlauf der Produktionsniveau-Linie nach Ende der Rekonstruktionsperiode

und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung“, vor. J. ist leitender Beamter in der ungarischen Planungsbehörde und Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften.

⁴⁶ Ebda, S. 104.

⁴⁷ G. Philippi, a. a. O., S. 363 f. verwendet diese Verbindungslinie auch: „In Zeiten guter Wirtschaftslage ... entspricht sie etwa der Kurve der Industriekapazität. In solchen Zeiten, in denen sie schwere Einbrüche überdeckt, ... liegt sie weit über der Kapazität“; auch Kendrick verwendet eine „Produktivitätstrendlinie“ zur Darstellung der langfristigen Konstanz des Wachstums der Produktivität (a. a. O., S. 60 ff.).

Hilfe kann jetzt ein bekannter Begriff neu bestimmt werden. Während „Wiederaufbau“, „recovery“ oder – seltener – „reconstruction“ die Dauer der Entwicklung einer Volkswirtschaft vom Kriegsende bis zum Wiedererreichen der Vorkriegsproduktion kennzeichnet, währt nun die Rekonstruktionsperiode vom Ende der Störung des Wirtschaftsprozesses bis zum Wiedererreichen der Trendlinie. Graphisch ergibt sich das in Abb. 5 wiedergegebene Bild.

Die Trendlinie entspricht zu jedem beliebigen Zeitpunkt einem dynamischen Gleichgewichtszustand⁴⁸. Dieses Gleichgewicht wird von Krieg oder Wirtschaftskrise vorübergehend gestört, stellt sich aber wieder ein, sobald die Folgen des Eingriffs in den ‚normalen‘ Wirtschaftsablauf überwunden sind. Dabei wird Gleichgewicht auf dem Niveau erreicht, das dem in der Zwischenzeit erreichten Entwicklungsstand der Produktivität entspricht.

Dieser Stand der Produktivität ist nicht allein im Kapitalstock verkörpert, sondern wird gleichsam widergespiegelt in der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials. Das dort akkumulierte Wissen und Können wird über den Krieg hinweg praktisch unvermindert bewahrt, auf bestimmten Gebieten sogar noch erweitert⁴⁹. Dies läßt einen schnellen Wiederaufbau des zerstörten Kapitalstocks zu. Der Kapitalkoeffizient stellt dabei ein relativ leicht zu überwindendes Hindernis dar⁵⁰. Wirtschaftliches Wachstum in der Rekonstruktionsperiode umfaßt über Fortschritte im Beschäftigungsgrad vorhandener Produktionskapazität hinaus auch das Größenwachstum der Wirtschaft, das sich in der Zunahme der Produktionskapazität selbst niederschlägt.

Da auf Grund der Kriegseinwirkungen nicht alle Arbeitskräfte gemäß ihrer Qualifikation beschäftigt werden können, bleibt die tatsächliche Arbeitsplatzstruktur nach dem Kriege hinter der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials zurück. Hohe effiziente Investitionsraten und damit schnelles Wachstum werden möglich. Während langfristig jegliche Produktivitätssteigerung Veränderungen in der Qualifikation der Arbeitskräfte voraussetzt, die Rate, in der sich Veränderungen der Qualifikationsstruktur erzielen lassen, aber langfristig praktisch gleich bleibt, ist diese Wachstumsschranke in der Rekonstruktionsperiode vorübergehend unwirksam. Die Dynamik der Rekonstruktionsperiode wird deshalb vom Grad des Gefälles bestimmt, das zu Anfang zwischen der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials und der tatsächlichen Arbeitsplatzstruktur besteht. Ausdruck dieses Gefälles ist die Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung, die daher auch nicht ein fiktives Produktionsniveau darstellt, „das sich ergeben hätte, wenn der

⁴⁸ Hier wird die Nähe Jánossys zur neoklassischen Wachstumstheorie deutlich.

⁴⁹ Dieser Sachverhalt steht bereits im Mittelpunkt der „Rekonstruktionstheorie“ Mills (a. a. O., S. 113); vgl. auch Kuznets, *Postwar Economic Growth*, S. 44.

⁵⁰ Schon Mill wußte, daß „das Kapital . . . von einem Jahr zum anderen nicht durch Bewahrung sondern durch beständige Erneuerung erhalten“ wird (a. a. O., S. 112); Der (durchschnittliche) Kapitalkoeffizient der Industrie ist zwar unmittelbar nach dem Kriege relativ

hoch (1948: $\frac{K}{O} = 2$), in Verbindung mit dem relativ niedrigen marginalen Kapitalkoeffizienten aber nicht restriktiv. Vgl. Kregel, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung*, S. 31.

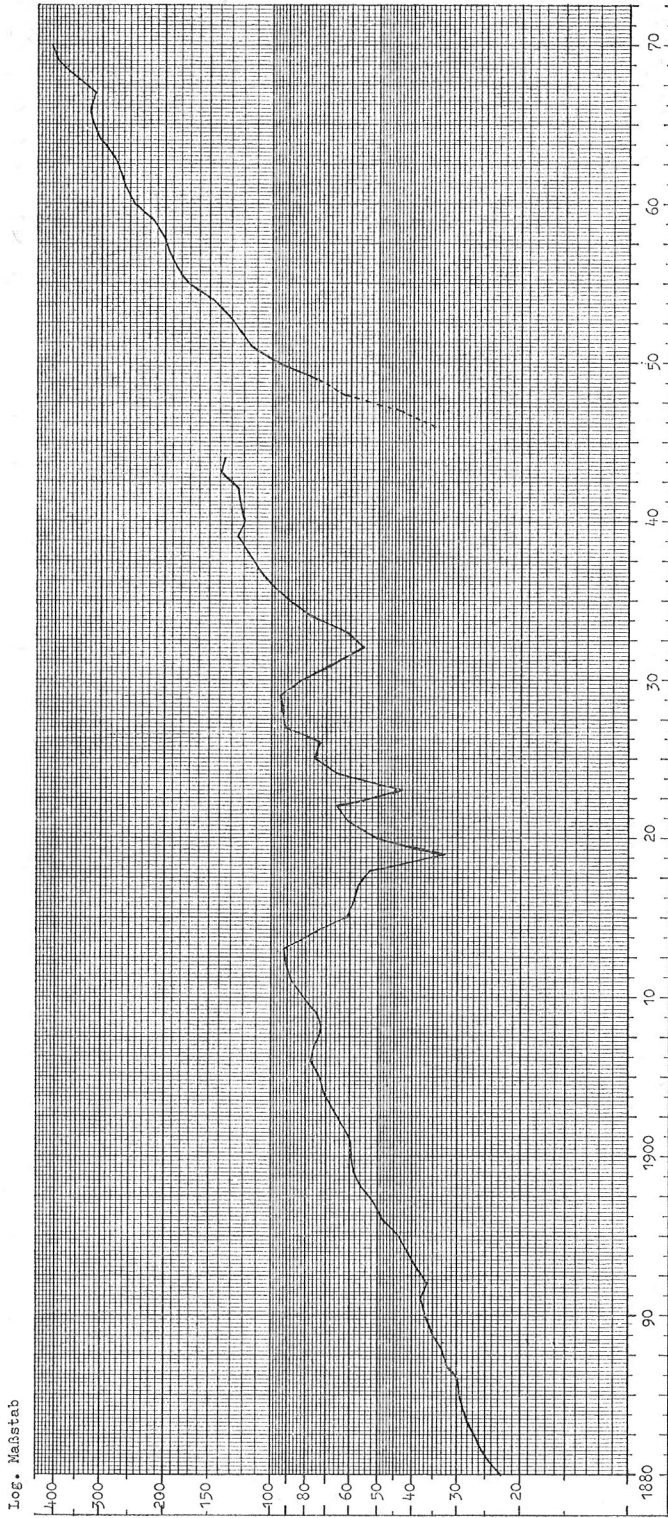


Abbildung 6

Wachstum der industriellen (Netto-)Produktion im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland 1880-1970 (1936 = 100)

Quelle: R. Wagenführ, Die Industriewirtschaft, in: Vjh. zur Konjunkturforschung, Sonderhefte Nr. 51, Berlin 1953, S. 64; Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, hrsg. v. Stat. Bundesamt, Stuttgart 1972; R. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege, S. 191.

Krieg nicht dazwischengekommen wäre“⁵¹. Sie ist vielmehr Ausdruck einer in der Nachkriegszeit tatsächlich vorhandenen Möglichkeit⁵². Diese nachzuweisen und – soweit dies möglich ist – in ihrem Ausmaß zu bestimmen, muß Aufgabe einer Analyse der Wachstumsbedingungen der westdeutschen Nachkriegswirtschaft sein.

Graphisch läßt sich die Trendlinie für Deutschland nur äußerst schwer festlegen, da man auf der Suche nach einem Punkt „maximaler“ und gleichzeitig „normaler“ Vorkriegsproduktion offenbar weit zurückgehen muß. Aus Abbildung 6 wird dies deutlich. Es ist daher notwendig – über die Plausibilität des Rekonstruktionskonzepts hinaus –, die Existenz der Trendlinie und der Wachstumsmöglichkeiten aus den Bedingungen der Ausgangslage der westdeutschen Rekonstruktion nachzuweisen.

4. Zusammenfassung

Die mächtige und anhaltende Expansion der europäischen Industrie hat in den fünfziger Jahren den Anschein erweckt, Europa habe den Weg zum ökonomischen Paradies gefunden oder sei wenigstens in einen neuen, den Trend der Vorkriegszeit brechenden Wachstumspfad getreten, der die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt und glättet. In Westdeutschland, wo der Aufschwung später einsetzte als in den meisten anderen europäischen Ländern, dann aber spektakuläre Ausmaße annahm, gewann die Auffassung an Boden, neo-liberale Wirtschaftsordnung und -politik hätten die Grundlagen zu stetigem, schnellem und problemlosem Wirtschaftswachstum gelegt. Diese nicht selten noch heute vertretene Position steht in scharfem Kontrast zur tatsächlichen Entwicklung, die durch einen fallenden, von zyklischen Schwankungen überlagerten, Trend geprägt wird. Diesem Sachverhalt versucht das oben skizzierte Rekonstruktionskonzept gerecht zu werden, indem es die gesamte Phase im langfristigen Vergleich überdurchschnittlicher, aber trendmäßig fallender Wachstumsraten als zusammenhängende Rekonstruktionsperiode betrachtet. Es liefert dieser Studie die Arbeitshypothese.

Für Deutschland kann die Dauer der Rekonstruktionsperiode nicht hinreichend exakt bestimmt werden. In der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte sind Perioden „normaler“ Zuwachsraten, die dazu erforderlich wären, selten und nur von kurzer Dauer (vgl. Abbildung 6). Umso wichtiger wird es, die besonderen Wachstumsbedingungen, die für den Verlauf der Rekonstruktionsperiode charakteristisch sind, an ihrem Beginn zu analysieren. Diese Überlegungen müssen die Suche nach den Triebkräften der europäischen „Wirtschaftswunder“ – von vermeintlichen Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weg – auf die

⁵¹ Jánossy, a. a. O., S. 105.

⁵² Es versteht sich von selbst, daß dieser Wachstumspfad nur ‚ceteris paribus‘ die Entwicklung der Vorkriegszeit mit konstanten Zuwachsraten fortsetzt. Ändern sich wesentliche Determinanten – etwa das Verhältnis Arbeitskräftepotential zu Gesamtbevölkerung – so muß sich seine Lage und/oder sein Anstiegswinkel verschieben.

Startbedingungen des Wiederaufstiegs lenken. Westdeutschland ist hierfür in vieler Hinsicht gut geeignet:

1. Westdeutschland verkörpert ausgeprägt den europäischen Wachstumstrend der fünfziger Jahre.
2. Die industrielle Produktion der westlichen Besatzungszonen nimmt nach Kriegsende eine besonders niedrige Ausgangsposition ein. Wenn ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Produktionsunterbrechung durch den Krieg und dem Wirtschaftswachstum nach dem Krieg besteht, müssen die Rekonstruktionskräfte gerade hier am stärksten wirken.
3. Die Rekonstruktionskräfte kommen in Westdeutschland relativ spät zum Durchbruch. Es kann daher in einer Phase verzögerter Rekonstruktion 1945–47 untersucht werden, welche Faktoren das Wirtschaftswachstum dieser Jahre limitieren.
4. Aus der relativen Stagnation der unmittelbaren Nachkriegszeit heraus, lassen sich in der Phase des „take off“ der Jahre 1947/48 die Triebkräfte der wirtschaftlichen Rekonstruktion Westdeutschlands analysieren.

Lassen es diese Überlegungen geraten erscheinen, das Phänomen der Rekonstruktion am westdeutschen Beispiel zu untersuchen, so legen es Materiallage und Forschungsdesiderata nahe, die Arbeit auf das Gebiet des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes einzugrenzen. Zur wirtschaftlichen Entwicklung vor der Währungsreform liegt hier keine Studie vor, die der skizzierten Fragestellung gerecht wird¹. Andererseits bildet das britisch-amerikanische Besatzungsgebiet einen Wirtschaftsraum, der für die Wirtschaftsstruktur des gesamten Reiches als weitgehend repräsentativ gelten kann².

Die vorliegende Arbeit versucht daher, zuerst die in der Literatur weitgehend vernachlässigte und statistisch wenig dokumentierte wirtschaftliche Entwicklung der „Vorwährungszeit“ im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet zu rekonstruieren.

¹ Für die französische Besatzungszone sieht die Materiallage anders aus. Auf der Grundlage von Quellen des „Archive de l'Occupation“ in Colmar hat Mathias Manz (Stagnation und Aufschwung in der französischen Zone von 1945 bis 1948, Diss. Mannheim 1968) Ursachen und Zeitpunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs in dieser Zone untersucht. Erhebliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur der Zonen und der Wirtschaftspolitik der Militärregierungen lassen die französische Zone für die westdeutsche Gesamtentwicklung indes nicht repräsentativ erscheinen.

² Vgl. dazu Strukturdaten in: Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948.

II. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM BRITISCH-AMERIKANISCHEN BESATZUNGSGEBIET 1945–1948

1. Statistische Grundlagen und methodische Voraussetzungen

Im folgenden wird zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1945 bis 1948 der Index der industriellen Produktion verwendet. Dieses Vorgehen hat gegenüber der Verwendung des Sozialproduktes mehrere Vorteile. Produktions- und/oder Wertschöpfungsreihen liegen nur für einige Sektoren der Gesamtwirtschaft vor, und die vorhandenen Preisindizes sind angesichts der „zurückgestauten“ Inflation vor der Währungsreform wenig aussagekräftig. Beide – vollständige Zeitreihen und realistische Preisindizes – wären aber zur Berechnung des Sozialproduktes erforderlich¹. Der Index der industriellen Produktion hingegen besteht im wesentlichen aus gewichteten Mengenindizes, d. h. die laufende monatliche Produktion einzelner Industriegruppen – gemessen in Mengeneinheiten – wird durch die durchschnittliche Monatsproduktion des Basisjahres dividiert. In den relativ wenigen Fällen, in denen die ausschließlich mengenmäßige Erfassung der Produktion nicht sinnvoll erscheint², kann auf den Input wichtiger Halbfabrikate zurückgegriffen werden³.

Um die eigentliche industrielle Leistung unter Ausschaltung nicht-industrieller Beiträge⁴ sowie unter Bereinigung von Doppelzählungen bei verschiedenen Erzeugnisarten in der Indexziffer zum Ausdruck zu bringen, werden die Einzelreihen in ihrer Zusammenfassung zu Gruppenindexziffern nach dem von ihnen repräsentierten Nettoproduktionswert des Basisjahres gewogen⁵. Die wertmäßige Erfassung der laufenden Produktion, die die oben genannten Schwierigkeiten mit sich bringt, bleibt damit auf einen verhältnismäßig geringen Teil des Gesamtindex beschränkt.

Bei Kriegsende waren die Organisationen der Statistischen Ämter und der Wirtschaftsgruppen weitgehend funktionsunfähig und viele statistische Unterlagen verlorengegangen oder zerstört. Die Besatzungsmächte stützten sich daher sehr bald auf die Evakuierungsstellen des dem Reichswirtschaftsministerium unterstehenden Statistischen Reichsamtes, die über das ganze Reichsgebiet zerstreut waren. Die Zonengrenzen schränkten die Arbeit einzelner Abteilungen des Reichsamtes, die sich vorher auf das gesamte Reichsgebiet bezogen hatte, auf den Bereich der jewei-

¹ Der Versuch der Berechnung des Sozialproduktes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wurde erst im Jahre 1949 für das 2. Halbjahr 1948 im Statistischen Amt des VWG (STAVEWI) durchgeführt (WiSta, N. F. 1 (1949), Heft 4, S. 94 ff.). Sehr grobe Schätzungen, insbesondere für das gesamte Reichsgebiet, hat das DIW vorgenommen: Grünig, Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit, S. 68 ff.

² Z. B. im Stahl- und Eisenbau, im Maschinenbau, oder in der Elektroindustrie.

³ Z. B. im Stahl- und Eisenbau.

⁴ Etwa Leistungen der Landwirtschaft oder der ausländischen Wirtschaft.

⁵ Vgl. STABB, Hauptabt. C, Indexziffern der industriellen Produktion, Heft 2, Minden 1946, BA, Z 8/1334.

ligen Besatzungszone ein. In den anderen Zonen mußten dagegen entsprechende Fachabteilungen unter großem Zeitaufwand neu aufgebaut werden⁶. Die institutionellen Voraussetzungen der Erfassung der Industrieproduktion sind in der britischen und der amerikanischen Zone dennoch recht günstig. Mit dem Kriegsende nahm zwar die Industrieberichterstattung, die seit ihren Anfängen im Jahre 1903 zu einem Instrument der Wirtschaftsanalyse ausgebaut worden war⁷, zunächst ein plötzliches Ende, da ihre Träger – seit 1939 die Reichsgruppe Industrie für die technische Durchführung und das Statistische Reichsamts für die methodische Überwachung und Veröffentlichung – die Tätigkeit einstellen mußten. Die erste Nachkriegserhebung des Industrieberichts fand in der US-Zone für den Monat Juni 1946 statt. Sie umfaßte Fragen nach der Zahl der Beschäftigten und Lohnstunden, der Höhe des Umsatzes, der Bruttolohn- und Gehaltssumme, dem Verbrauch von Roh-, Hilfs- und Werkstoffen sowie dem Energieverbrauch. Schließlich verlangte sie Angaben über die Mengen der erzeugten Güter anhand einer Warenliste⁸.

In der britischen Zone schuf die Militärregierung Anfang 1946 ein deutsches statistisches Büro, das der britischen „Zonal Statistical Section“ unterstellt war. Hieraus wurde im November das Statistische Amt für die britische Besatzungszone (STABB) gebildet⁹. Schon vorher hatte die Militärregierung im Zusammenhang mit dem Permittierungsverfahren, dem alle Betriebe mit 25 Beschäftigten und mehr und/oder einem Kohlenverbrauch von über 10 t monatlich (Großpermit) sowie teilweise Betriebe mit 10 Beschäftigten und mehr (Kleinpermit) unterzogen wurden, eine Befragung über Beschäftigtenzahl, Lagerbestände und Rohstoffverbrauch durchgeführt. Seit August 1946 wurde schließlich auf einem Fragebogen „Monthly Industrial Return RESD/F 14“ systematisch auch die laufende Produktion aller Betriebe mit 25 Beschäftigten und mehr erfaßt¹⁰.

Im August 1947 übernahm die Verwaltung für Wirtschaft (VfW) und später das Statistische Amt für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet (STAVEWI) die Koordinierung der Industrieberichterstattung für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, nachdem die Militärregierungen auf eigene Befragungen verzichtet hatten. Der neue Fragebogen enthielt die Rubriken Beschäftigung, Umsatz, Brennstoff- und Energiever-

⁶ So konnte die amerikanische Militärregierung die Abt. Steuerstatistik des Reichsamtes, sowie zahlreiche andere Beamte des Reichsamtes und des Reichswirtschaftsministeriums, die im Krieg in den Bereich der späteren amerikanischen Zone ausgewichen waren, im „Ministerial Collecting Center“ in Fürstentagen (Kassel) zur „Arbeitsgruppe Statistik“ zusammenfassen. Außerdem verfügte sie über die zur Reichsgruppe Industrie und zur Wirtschaftsgruppe Maschinenbau gehörende „Industrieberichterstattung“, die nach Bad Nauheim verlagert worden war. Vgl. 45 Jahre Industrieberichterstattung, a. a. O., S. 51. Die Stelle erhielt den Namen „Statistical Office of German Industries“. Dort entstand auch das „Statistische Handbuch von Deutschland“ (hrsg. v. Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949), das die Kontinuität der deutschen Statistik von 1928 bis 1944 wahren und statistische Vergleiche auf der Basis der territorialen Verhältnisse der Nachkriegszeit ermöglichen sollte.

⁷ Vgl. 45 Jahre Industrieberichterstattung, a. a. O., S. 49 f.

⁸ Ebda, S. 51.

⁹ Vgl. VO Nr. 71 vom 30. 11. 46; 45 Jahre Industrieberichterstattung, a. a. O., S. 52.

¹⁰ Ebda.

sorgung, Produktion, Roh-, Werk- und Hilfsstoffe sowie Gründe für Produktionsschwierigkeiten. Er mußte von allen Betrieben mit 10 Beschäftigten und mehr ausgefüllt werden¹¹.

Obwohl der Index der industriellen Produktion nur als partieller Indikator der ökonomischen Gesamtleistung gelten kann, erscheint es aus guten Gründen vertretbar, ihn zur Kennzeichnung der Richtung der Gesamtentwicklung der Wirtschaft im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet heranzuziehen. Dafür spricht die in Industriegesellschaften hohe funktionale Abhängigkeit der übrigen Wirtschaftssektoren von der Industrie und die daraus folgende enge Korrelation der Entwicklung der übrigen Sektoren mit dem industriellen Bereich. Daneben fällt sein hoher Anteil an der gesamten Wertschöpfung ins Gewicht. Im Jahre 1936, beispielsweise, betrug dieser Anteil auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bezogen 13,8 Mrd. RM oder 42 0/0. Der Anteil der Landwirtschaft belief sich dagegen nur auf 4,4 Mrd. RM oder 13 0/0¹².

Als Basisjahr wird eben dieses Jahr 1936 herangezogen. Dafür sprechen drei wichtige Gründe:

- a) 1936 ist eines der wenigen Jahre der deutschen Wirtschaftsstatistik der Zwischenkriegszeit, das als „Normaljahr“ gelten kann. Die konjunkturellen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sind im wesentlichen überwunden. Es herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Andererseits ist die Struktur der deutschen Industrie noch nicht in dem Maße durch die Erfordernisse der Aufrüstung geprägt, wie dies in den folgenden Jahren der Fall sein sollte.
- b) Außerdem liegen gerade für 1936 die für Vergleiche von Vorkriegs- und Nachkriegszeit benötigten statistischen Daten in umfassender Weise vor. Als Ergebnis der ersten industriestatistischen Totalerhebung, die das statistische Reichsamt 1937 für das Jahr 1936 durchführte, veröffentlichte 1939 das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung¹³ Daten, die sich auf die Produktion, den Umsatz, die Beschäftigtenzahl, auf Löhne und Gehälter, Verbrauch an Rohstoffen etc. erstrecken und hinreichend regional untergliedert sind¹⁴.
- c) Das Territorium des Reiches ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht durch Anschluß und Annexion erweitert.

Bis August 1947 werden die Produktionsindizes in den beiden Zonen getrennt berechnet. In den Gesamtindex für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, der mit Hilfe dieser Reihen konstruiert wird, geht das nördliche Gebiet¹⁵ mit einem Anteil von 66 0/0, das südliche Gebiet mit einem Gewicht von 34 0/0 ein. Seit Mitte 1948 wird ein „echter“ Index für die „Bizone“ auf der Basis gemeinsamer Produktionsreihen

¹¹ Ebda, S. 53.

¹² WiSta, N. F. 1 (1949), Heft 9, S. 258.

¹³ 1938 aus der früheren Abt. Industrielle Produktionsstatistik des Stat. Reichsamtes gebildet.

¹⁴ Die deutsche Industrie, Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik, Berlin 1939; das Erhebungsmaterial („Wehrwirtschaftliche Gebietsübersichten“), das der amerikanischen Militärregierung nach dem Krieg zur Verfügung stand, erlaubte eine weitergehende regionale Gliederung. Bei speziellen Produkten konnten auch auf Berichte einzelner Unternehmen zum Industriezensus zurückgegriffen oder Unterlagen der Verbände herangezogen werden.

¹⁵ Britische Besatzungszone unter Einschluß von Bremen.

aufgestellt und rückwirkend ab August 1947 errechnet¹⁶. Die vorliegenden Indexreihen sind weder saisonbereinigt noch sind Unterschiede in der Zahl der monatlichen Arbeitstage ausgeglichen. Dazu wären umfangreiche Manipulationen erforderlich, deren mögliches Ergebnis nicht gerade zuverlässig sein könnte. Da die saisonbereinigten Reihen dann aber ebenso interpretationsbedürftig wären wie die unbereinigten, ist hier von einer rechnerischen Bereinigung der Monatswerte abgesehen worden.

2. Die Entwicklung der Industrieproduktion

Die Entwicklung der realen Industrieproduktion des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes, anhand der jährlichen Indexziffern verfolgt, vermittelt den Eindruck eines sich von Jahr zu Jahr verstärkenden Aufschwunges¹:

1936	100
1946	34
1947	40
1948	60

Der jährliche Monatsdurchschnitt des Produktionsindex wächst von 1946 bis 1947 um mehr als 17 0/0, im darauf folgenden Jahr sogar um 50 0/0. Wird allein die Entwicklung der Jahresraten der Industrieproduktion betrachtet, so entsteht der Eindruck stetigen wirtschaftlichen Wachstums. Dieser Eindruck täuscht. Durch zeitliche Disaggregation der jährlichen Durchschnittsraten wird die Diskontinuität industriellen Wachstums im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet deutlich. Dies und der Vergleich mit den Wachstumsraten anderer europäischer Industriestaaten (vgl. Tabelle 3) relativieren die scheinbar günstige statistische Gesamtbilanz.

a) *Der gescheiterte erste Rekonstruktionsversuch 1945–1946*

Die Industrieproduktion der britischen und der amerikanischen Zone entwickelte sich in den ersten beiden Jahren nach Kriegsende im einzelnen durchaus unterschiedlich. Dennoch weist sie ein gemeinsames Merkmal auf: den – unter saisonalen Schwankungen – schnellen Anstieg des industriellen Output, der bis in das vierte Quartal 1946 anhält. Bei unterschiedlicher Intensität ist beiden Zonen auch der Einbruch des Produktionsniveaus im Winter 1946/47 gemeinsam, ein Einbruch, der erst im zweiten Quartal 1947 wieder überwunden werden konnte. Intensität und Breite dieses Rückschlages in beiden Zonen sprechen dafür, den Zeitabschnitt von Sommer 1945 bis Winter 1946/47 als eine erste Phase der Rekonstruktion anzusehen, die sich vom weiteren Verlauf der Produktionsentwicklung deutlich abhebt.

¹⁶ Vgl. OMGUS, Monthly Report 59, Stat. Annex, S. 40.

¹ Vgl. OMGUS, Monthly Report 49, Stat. Annex, S. 144.

Tabelle 5 Die Entwicklung der industriellen Produktion in der britischen Zone nach Hauptgruppen 1945-1947 monatlich^a; 1936 = 100

Monat	Insg. ^b	Produktionsgüter			Verbrauchsgüter ^e
		Insg.	Invest. güter ^c	Allgemeine Prod.güter ^d	
1945					
Sep.	14,6*	16,6	7,9	34,2	—
Okt.	18,4*	20,9	11,2	40,7	—
Nov.	21,5*	24,4	13,7	46,0	—
Dez.	22,4*	25,4	14,9	46,6	—
1946					
Jan.	26,5	30,2	21,1	48,6	16,6
Feb.	27,1	31,0	22,0	48,2	16,4
März	29,1	32,4	24,3	49,2	20,0
Apr.	29,1	32,3	23,4	48,8	20,5
Mai	31,0	35,3	27,1	50,4	19,5
Juni	30,7	34,9	25,4	51,8	19,4
Juli	33,7	38,2	30,1	54,1	21,4
Aug.	34,5	39,3	31,9	54,5	21,6
Sept.	33,5	38,0	28,8	54,3	21,2
Okt.	34,6	38,5	29,2	56,7	22,8
Nov.	35,1	40,7	32,1	58,3	20,1
Dez.	30,3	35,2	24,6	56,6	17,0
M. D.					
1946	31,3	35,5	26,7	52,6	19,7
1947					
Jan.	28,3	32,0	20,0	56,2	18,3
Feb.	26,4	29,6	17,3	54,5	17,7
März	30,2	33,1	21,6	56,4	22,3
Apr.	33,1	36,8	25,6	59,4	23,2
Mai	34,1	38,3	26,9	61,5	22,6
Juni	34,0	37,9	26,8	60,5	23,6
Juli	35,8	40,1	28,8	62,9	24,3
Aug.	37,3	41,7	30,0	65,5	25,3
Sept.	37,9	42,3	30,7	65,3	25,8
Okt.	39,5	44,6	32,7	67,0	27,1
Nov.	40,1	45,1	32,6	68,5	26,4
Dez.	40,1	45,1	32,7	70,2	26,4
M. D.					
1947	34,7	38,9	27,1	62,3	23,6

Quelle: STABB, Veröffentlichungen für den Dienstgebrauch, Heft 2, BA, Z 8/1334; Heft 15, BA, Z 8/193; Heft 44, BA, Z 8/195.

* Schätzung des Stat. Amtes für die BBZ; ^a nicht saisonbereinigt; ^b ohne Nahrungs- und Genussmittel; ^c Eisen u. Stahl, NE-Metall, Gießerei, Fahrzeugbau, Baustoffe; ^d Kohle, Kraftstoffe, Strom, Gas, Chemie; ^e Textilien, Leder, Schuhe, Papier, Pappe usw. ausschl. Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Britische Zone Die industrielle Produktion der britischen Zone kam nach ihrem Zusammenbruch bei Kriegsende im Laufe des Sommers 1945 zunächst im Bereich der lebenswichtigen Grundstoffindustrien allmählich wieder in Gang. Den Tiefpunkt der Produktion nach dem Zusammenbruch exakt zu bestimmen, läßt das verfügbare Datenmaterial nicht zu. Es erscheint jedoch richtig, ihn im zweiten Quartal 1945 anzunehmen, da auch die Kohlenproduktion in diesem Zeitabschnitt ihren tiefsten Stand erreicht hat². Im September, dem ersten Nachkriegsmonat, für den einige statistische Unterlagen vorliegen, dürfte das Volumen der industriellen Gütererzeugung in der Zone etwa 15 0/0 des Standes von 1936 betragen haben (Tabelle 5). Diesem Stand der Produktion entspricht allerdings ein höherer Anteil produzierender Betriebe, da die britische Militärregierung bei Erteilung der Produktionserlaubnis („Permit to Re-open“) Betrieben mit weniger als 25 Beschäftigten und geringem Energieverbrauch in der Anfangsphase den Vorzug gab³. Im Ganzen hat die industrielle Produktion der Zone im zweiten Halbjahr 1945 stetig zugenommen, wobei die Entwicklung im Investitionsgüterbereich, von einem sehr niedrigen Produktionsstand ausgehend, vergleichsweise am schnellsten voranging. Über den Verlauf der Produktion im Verbrauchsgüterbereich liegen für diesen Zeitraum keine Anhaltspunkte vor.

Bemerkenswert ist der kontinuierliche Anstieg der gesamten Industrieerzeugung über die Wintermonate hinweg. Nur der Output von Produktionsgütern des allgemeinen Bedarfs stagnierte saisonbedingt, ohne allerdings signifikant rückläufig zu werden. Entsprechendes gilt für den Verbrauchsgüterbereich. So konnte die Industrie der britischen Zone ohne spürbare Rückschläge bis August des Jahres 1946 expandieren. Von diesem Zeitpunkt an bis November setzt sich dieser Trend – trotz günstiger saisonaler Bedingungen – nur noch schwach fort. Im Sommer 1946 war die erste Welle der Rekonstruktion in der Industrie offensichtlich verebbt. Das Tempo der Expansion war bis zu diesem Zeitpunkt beträchtlich. Die Industrieproduktion stieg von Januar bis November 1946, ihrem Höchststand nach dem Kriege, um 25 0/0 an. Besonders günstig entwickelte sich die Investitionsgütererzeugung. Sie nahm sogar um 52 0/0 zu, während im übrigen Produktionsgüterbereich und im Verbrauchsgüterbereich das Entwicklungstempo unterdurchschnittlich blieb.

Gerade im Investitionsgüterbereich war der Rückgang des Produktionsniveaus in den Monaten Dezember 1946, Januar 1947 und Februar jedoch am größten. Hier sank die Produktion um mehr als 85 0/0 auf einen Stand, der bereits zur Jahreswende 1945/46 erreicht worden war. Obwohl die Abwärtsbewegung bei den allgemeinen Produktionsgütern mit 7 0/0 und im Verbrauchsgüterbereich mit 13,5 0/0 nicht dieses Ausmaß erreichte, reduzierte sich das Niveau der Industrieproduktion

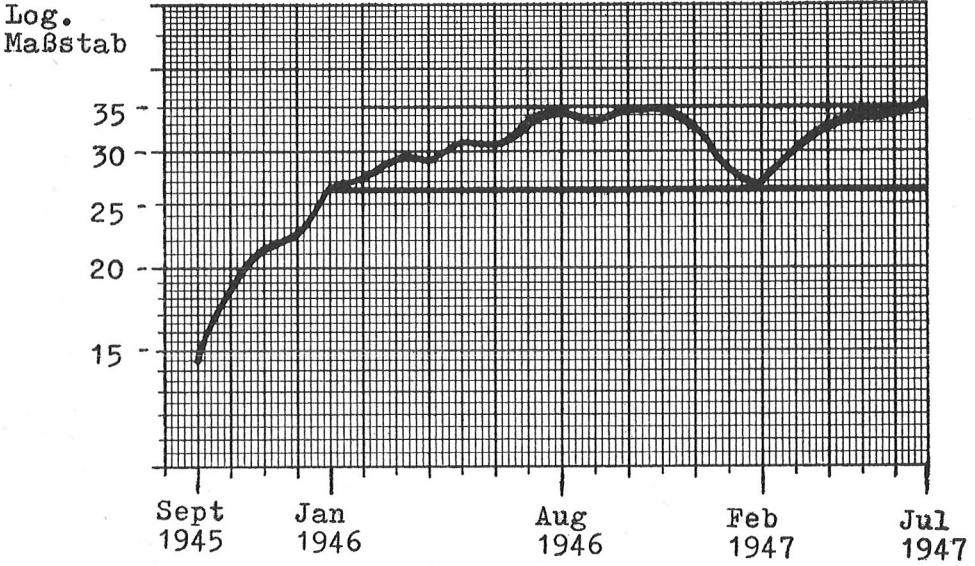
² OMGUS, Monthly Report (Industry) 12, S. 32 u. 34.

³ Im Bezirk der IHK Hagen besaßen z. B. Mitte September 1945 von den rund 2250 Firmen des Kammerbezirkes über 1000, d. h. 44 0/0 bereits das Permit, nachdem das Zulassungsverfahren im Juni angelaufen war. Vgl. Köllmann, Die strukturelle Entwicklung des südwestfälischen Wirtschaftsraumes, S. 36 f.

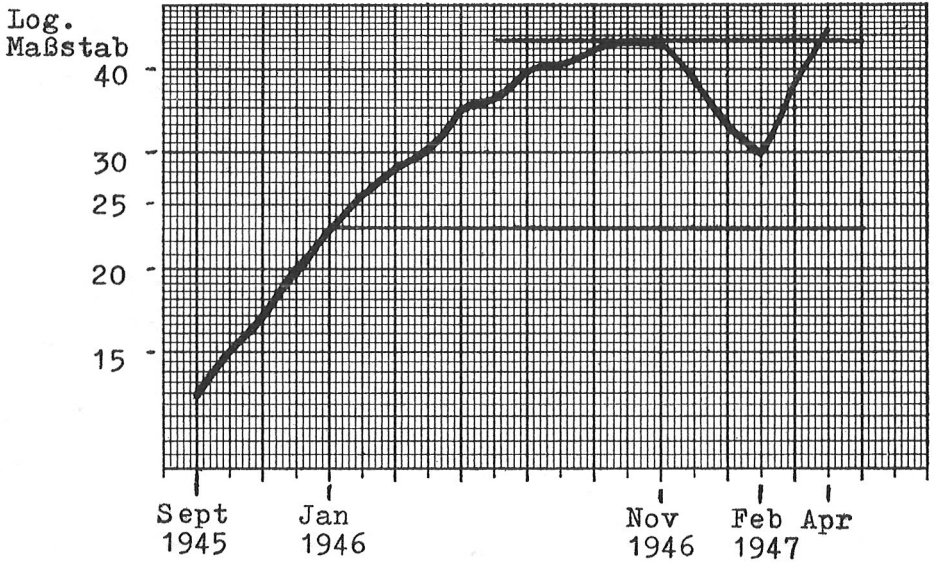
Abbildung 7

Die Entwicklung der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet während der ersten Phase der Rekonstruktion 1945-1947

a) Britische Zone (1936 = 100)



b) Amerikanische Zone (1936 = 100)



Untere Linie: Ausgangspunkt 1946

Obere Linie: Produktionsmaximum 1946

Quelle: a) Tabelle 5; b) OMGUS, Monthly Report (Industry) No 12; No 20, S. 1; No 30, Stat. Annex, S. 26.

in der britischen Zone insgesamt auf einen schon zu Beginn des Jahres 1946 erreichten Stand. (Vgl. Abbildung 7a). Der gesamte im vorangegangenen Jahr erreichte Zuwachs des industriellen Güterausstosses war im Februar 1947 wieder verloren gegangen. Erst im Juli konnte das Produktionsmaximum des Jahres 1946 wiedererlangt werden. Der erste Versuch der industriellen Rekonstruktion in der ihrem ökonomischen Gewicht nach wichtigsten Zone des Besatzungsgebietes war schon im zweiten Nachkriegswinter gescheitert.

Amerikanische Zone Die erste Phase der Rekonstruktion in der amerikanischen Zone verlief im Trend ähnlich, wie es für die britische Zone gezeigt werden konnte. Gerade deshalb sind jedoch die Abweichungen von jener Entwicklung bemerkenswert. Auch in der amerikanischen Zone erholte sich die Industrie in der zweiten Jahreshälfte 1945 zusehends, „from a practical standstill“⁴. Im Juli 1945 waren noch weniger als 10 0/0 der Industrieanlagen der US-Zone „reported operating“ – allein die Hälfte davon Sägemühlen, die für den Bedarf der US-Army produzierten⁵. Der Rest konzentrierte sich auf die Nahrungsmittelindustrie, Strom- und Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung⁶.

Die Angaben der amerikanischen Militärregierung ergeben, auf das Basisjahr 1936 umgerechnet, für die weitere Entwicklung der industriellen Produktion im zweiten Halbjahr 1945 folgendes Bild⁷:

Juli	10		
August	11		
September	13	3. Quartal 1945	11
Oktober	15		
November	17		
Dezember	20	4. Quartal 1945	17

(1936 = 100)

Diesen Produktionsverlauf bestätigen auch die verfügbaren Daten über den Verbrauch an elektrischer Energie⁸. In Relation zum höchsten Kriegsstand wird die Industrieproduktion am Ende des Jahres mit 15 0/0 angegeben⁹. Das stetige Industriewachstum konnte während der Wintermonate aufrechterhalten werden (vgl. Tabelle 6). Während in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 das Schwergewicht ökonomischer Aktivität in der amerikanischen Zone noch auf der Vorbereitung wirksamer industrieller Produktion lag, erlebte die Industrie im folgenden Jahr bis in den Herbst hinein „a limited but genuine revival of industrial activity“¹⁰.

⁴ OMGUS, Monthly Report (Industry) 12, S. 4.

⁵ OMGUS, Monthly Report 1, S. 6.

⁶ OMGUS, Monthly Report (Industry) 12, S. 4.

⁷ Ebd.; die Umrechnung hat den Charakter einer Schätzung.

⁸ OMGUS, Monthly Report (Industry) 1–6.

⁹ OMGUS, Economic Developments since the currency Reform, Special Report of the Military Governor, Nov. 1948.

¹⁰ OMGUS, Monthly Report (Industry) 12, S. 5.

Tabelle 6 Die Entwicklung der industriellen Produktion nach wichtigen Industriegruppen 1946-1947
US-Zone (1936 = 100) vierteljährlich

	1946				1947					
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	M.D.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	M.D.
Industriegruppe										
Insgesamt	28	34	42	45	37	34	48	50	50	46
Bergbau	55	62	74	80	67	70	81	94	96	85
Stahl u. Eisen	10	29	49	52	35	43	49	58	66	54
Maschinenbau	46	37	43	48	44	36	47	46	39	42
Fahrzeugbau	5	2	10	11	7	9	16	19	15	15
Elektroindustrie	17	28	39	60	36	40	67	73	77	64
Feinmech. u. opt. Ind.	28	27	31	33	30	22	34	32	31	30
Steine u. Erden	15	22	34	32	26	9	28	40	36	28
Keramik	7	19	39	66	33	57	80	99	84	80
Glas	99	111	105	93	102	77	94	104	89	91
Holzverarb. und Sägeindustrie	54	69	84	88	74	68	90	98	85	85
Chem. Ind.	35	48	51	48	46	26	49	47	43	41
Kautschuk Ind.	16	22	27	29	24	21	38	32	36	32
Papier und Pappe	24	29	33	29	29	22	34	37	38	33
Leder	29	29	33	31	31	27	36	34	34	33
Textilindustrie	12	22	31	31	24	26	41	44	45	39
Elektrizitäts- u. Gasversorgung	76	77	87	97	84	89	94	92	98	93

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 30, Stat. Annex, S. 26.

Der erste Rekonstruktionsaufschwung in der amerikanischen Zone unterscheidet sich dabei in dreierlei Hinsicht von der Entwicklung in der nördlichen Zone¹¹:

1. Der Anstieg der Produktion wird in diesem Zeitabschnitt weder von Rezession noch von Stagnation unterbrochen.
2. Das Wachstumstempo ist von Januar bis Oktober/November, dem maximalen Produktionsniveau von 1946, wesentlich höher als in der britischen Zone.
3. Das 1946 erreichte maximale Produktionsniveau selbst liegt mit 44 0/0 des Standes von 1936 beträchtlich über dem Ergebnis der nördlichen Zone.

Der dynamische Aufschwung der US-Zone wurde – wie der bescheidenere in der UK-Zone – im wesentlichen von der Produktionsgüterindustrie getragen. Bergbau, Metallherzeugung, Metallverarbeitung, chemische Industrie und die Holzverarbeitende und Sägeindustrie entwickelten sich neben der Elektrizitäts- und Gasversorgung überdurchschnittlich gut (vgl. Tabelle 6). Die Verbrauchsgüterindustrien haben hingegen im Durchschnitt nur etwa 37 0/0 ihres Vorkriegsstandes (1936) erreicht.

Im Dezember 1946 sank der industrielle Output der amerikanischen Zone zum ersten Mal seit Beginn der Besetzung im Vergleich zum Vormonat. Waren hier noch saisonale Faktoren verantwortlich zu machen¹², so wurde im weiteren Verlauf der Rezession deutlich, daß „the inherent vitality of German industry“ vorerst gezügelt war¹³. Der Produktionseinbruch hielt sich im Vergleich zur britischen Zone jedoch in Grenzen. Der Fortschritt des Jahres 1946 wurde nicht völlig zunichte gemacht. Das Produktionsniveau lag selbst am Tiefpunkt der Entwicklung, im Februar 1947, und zwar nach einem Produktionsrückgang von 47 0/0¹⁴ zum Stand im November 1946, noch deutlich über dem Ausgangsniveau zu Beginn des Jahres 1946 (vgl. Abbildung 7b). Entsprechend schnell konnte die Wirtschaft der amerikanischen Zone den Rückschlag aufholen. Im zweiten Quartal 1947 war das Vorjahrsmaximum der Produktion bereits wieder überschritten.

Aus den Abbildungen 7a und 7b werden die Unterschiede und Besonderheiten im Wachstumsprozeß der beiden Zonen deutlich. Sie müssen in der Analyse des ersten Rekonstruktionsaufschwunges im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet berücksichtigt werden. Dennoch bestätigen die Abbildungen die zu Beginn dieses Kapitels aufgestellte These. In der Tat ist der erste Rekonstruktionsversuch nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bei Kriegsende im Gebiet der britischen und amerikanischen Zone im Winter 1946/47 gescheitert. In der britischen Zone wird diese „katastrophale Entwicklung“¹⁵ evident. Aber auch in der südlichen Zone geht das Produktionsniveau weit über ein durch saisonale Einflüsse erklärbares Maß

¹¹ Siehe zu allen drei Punkten Abbildung 7a und b.

¹² Im Dezember wurde nur an 18 Tagen gearbeitet.

¹³ OMGUS, Monthly Report (Industry) 16, S. 1.

¹⁴ Zum Vergleich: Das Produktionsniveau der britischen Zone sank im selben Zeitraum um 25 0/0.

¹⁵ Einschätzung des VAW (Die Industrie der vereinten Zone im Januar/Februar 1947, BA, Z 8/202); G. Keiser, Hauptabteilungsleiter Planung und Statistik im ZAW/VAW, verwendet in seiner Denkschrift „Die deutsche Wirtschaftsnot“, Minden, 18. 6. 1947, BA, Z 8/1326 zur Charakterisierung der Lage auch den Ausdruck „Lähmungskrise“.

zurück. Der Produktionsverlauf in beiden Zonen legt die Vermutung nahe, daß die Rekonstruktionskräfte der deutschen Wirtschaft, die noch den vorausgegangenen Winter ungeschwächt überwunden und in einem raschen Aufschwung fast vier Zehntel des Vorkriegsstandes der Industrieproduktion wiederhergestellt hatten, im zweiten Nachkriegswinter an Grenzen stießen, die ihrer weiteren Expansion vorläufig ein Ende setzten.

b) Der Durchbruch zur beschleunigten Rekonstruktion 1947–1948

Der zweite Rekonstruktionsanlauf Im Februar 1947 war die Industrie der vereinten Zone am Tiefpunkt der Winterrezession angelangt. Mit einem Stand von 29 % der Produktion des Jahres 1936 (vgl. Tabelle 7) war das Niveau weit unter den Jahresdurchschnitt 1946 abgesunken. Was diese Entwicklung bedeutet, wird in seiner ganzen Tragweite erst im Vergleich mit dem Produktionsmaximum des Krieges klar. Im Februar 1947 – fast zwei Jahre nach dem Zusammenbruch – wurde nur etwa ein Fünftel des höchsten monatsdurchschnittlichen Outputs an Industriewaren erzeugt¹⁶. Der gescheiterte Rekonstruktionsversuch hinterließ der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes nur eine äußerst schmale Grundlage für einen neuen Anlauf.

Umso schneller kam der zweite Rekonstruktionsversuch in Gang. Von Februar bis März stieg die Industrieproduktion um 17 % an (vgl. Tabelle 7). Ein Teil dieses Anstiegs ist saisonalen Einflüssen zuzurechnen. Im Kohlenbergbau hatte der März beispielsweise 26 Arbeitstage, während im Februar nur an 24 Tagen gearbeitet wurde. Die saisonale Komponente dürfte demnach den Zuwachs etwa zur Hälfte erklären¹⁷. Doch der Aufschwung hielt auch im April an. Die Erzeugung der Industrie erhöhte sich um 15 %. Der Aufschwung wurde von nahezu allen Industriegruppen getragen: am stärksten wirkte er sich aus im Fahrzeugbau, in der Feinmechanik und Optik und in der Industrie der Steine und Erden, in der elektronischen Industrie sowie in der Kautschuk- und Papierindustrie. Dies entspricht spiegelbildlich dem Ausmaß der Rezession bei den einzelnen Hauptgruppen. Die Produktion ist dort am schnellsten wieder angelaufen, wo sie von der Rezession am weitesten zurückgeworfen worden war. Dagegen liegt das Absinken der Strom- und Gaserzeugung im jahreszeitlichen Rhythmus. Auffallend ist der Rückgang der Kohlenförderung. Hier wirkte sich die Ernährungskrise an der Ruhr unmittelbar auf den Output aus.

Bereits im Mai schwächte sich das Wachstumstempo wieder ab. Der Produktionszuwachs betrug nur noch 5 %. Im Juni stagnierte der industrielle Output völlig. Nachdem inzwischen das Produktionsmaximum des Vorjahres wieder erreicht worden war, wurden die Wachstumsschranken, die im Winter zur Rezession geführt hatten, erneut spürbar. Die Produktionsvoraussetzungen gestalteten sich schwieri-

¹⁶ Vgl. auch VAW, Hauptabt. Planung und Statistik, Die Industrie der vereinten Zone im Januar/Februar 1947, BA, Z 8/202.

¹⁷ Wie bereits erwähnt, sind die vorliegenden Monatszahlen nicht saisonbereinigt. Der Einfluß der saisonalen Komponente auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Jahre kann daher nur geschätzt werden.

Tabelle 7 Die Entwicklung der industriellen Produktion^a im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946–1948 (1936 = 100)

Periode	Insges. Kohle	Bergbau (o. Kohle)	Eisen und Stahlpro-dukte	NE-Metalle	Stahl- und Eisenbau	Masch.-bau u. opt. Ind.	Fahrzeugbau	Elekt. ind.	übrige Metallind.	Steine und Erden	Glas u. Keramik	Petro-leum und Kohle-Produkte	Chem. Ind.	Kautschukind.	Holzverarb. und Sägeind.	Papier und Pappe	Lederind.	Textil- u. Bekleidind.	Elektrizi-täts- u. Gasver-sorg.	
Gewicht-																				
tung	100,0 ^b	8,6	8,7	2,7	2,9	9,9	5,6	3,8	11,4	4,4	1,5	1,1	8,6	1,4	3,6	4,5	2,4	11,0	6,7	
1946	34	51	78	24	42	35	15	33	18	29	42	38	39	45	49	29	34	20	85	
1947	40	65	80	28	47	34	15	59	21	35	54	46	40	48	47	31	34	30	96	
1948	60	79	103	50	72	52	39	105	36	64	78	60	61	82	59	52	51	52	121	
1947 Jan	30	60	68	17	22	45	9	41	15	22	41	35	30	22	38	24	29	23	95	
Feb	29	59	50	16	19	28	7	40	14	18	42	27	28	28	35	19	26	21	87	
Mär	34	66	52	21	23	25	8	44	15	20	51	40	37	38	37	23	32	28	96	
Apr	39	56	76	22	28	47	15	57	19	28	52	41	45	52	46	31	34	31	89	
Mai	41	58	83	22	28	47	16	57	20	36	53	45	46	50	49	31	34	30	86	
Jun	41	61	84	21	28	42	17	64	22	39	54	53	42	52	52	33	34	30	86	
Jul	42	67	92	23	28	42	20	71	21	42	58	52	46	56	51	35	34	32	94	
Aug	42	68	93	24	27	49	32	65	23	45	59	52	44	50	52	34	34	31	96	
Sept	43	69	90	24	30	52	36	69	24	46	57	56	39	55	50	33	34	32	95	
Okt	45	73	93	26	32	66	41	67	26	47	63	45	41	58	50	35	38	34	105	
Nov	45	72	90	26	32	51	40	68	23	44	62	52	42	59	50	34	37	33	107	
Dez	44	72	90	26	30	50	40	68	23	38	58	46	43	60	48	36	36	30	115	
1948 Jan	47	73	94	27	34	56	40	68	27	37	58	52	46	60	49	38	38	36	122	
Feb	47	70	89	26	35	55	44	73	27	36	60	45	48	70	49	40	40	39	112	
Mär	51	78	96	29	36	54	45	84	29	42	62	50	53	71	52	41	42	41	119	
Apr	53	76	101	31	40	59	46	95	31	47	67	53	56	79	55	45	43	44	115	
Mai	47	66	91	27	35	56	41	72	27	48	62	55	52	62	52	36	34	38	108	
Jun	51	80	97	32	37	62	43	81	27	58	64	50	53	64	52	43	32	44	108	
Jul	61	83	104	40	56	74	45	94	36	73	76	68	64	90	57	58	55	54	112	
Aug	65	81	108	44	59	80	53	112	42	84	83	66	68	92	62	60	61	61	115	
Sept	70	82	110	47	65	84	60	130	45	87	93	67	70	97	67	64	65	63	127	
Okt	74	86	114	51	66	93	65	142	44	90	99	72	72	99	72	67	64	67	132	
Nov	76	84	113	51	70	91	73	153	48	86	105	71	75	97	73	68	66	67	134	
Dez	79	89	118	55	73	99	69	165	51	76	111	71	76	102	74	68	68	69	144	

^a Nicht saisonbereinigt; ^b Flugzeugind. (Gewicht: 2,2) ist mangels laufender Produktion nicht enthalten. Im Index der gesamten Industrie sind Schätzungen für diejenigen Industriegruppen enthalten, über deren Produktion keine Informationen vorliegen.

Quelle: OMGUS, Monthly Report, No. 49 Stat. Annex 144 f.

ger. In einer Reihe von Industrien – so vor allem in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie – kam die Erzeugung auf den Vorstufen dem Tempo der Verarbeitung nicht mehr nach¹⁸. Während der Eisen- und Stahlbau im Mai bereits wieder 47 0/0 des Vorkriegsstandes hielt, stand die Eisen- und Stahlproduktion selbst erst bei 22 0/0 von 1936, und ihre Produktion sank im Juni weiter ab (vgl. Tabelle 7). Da Materialbestände nicht mehr vorhanden waren oder nicht mehr angegriffen wurden¹⁹, mußte auch der Stahl- und Eisenbau seine Produktion einschränken. Der leichte Produktionsanstieg im Juli (2 0/0) ist ausschließlich auf eine höhere Zahl monatlicher Arbeitstage zurückzuführen²⁰. Im August blieb der Output dann allerdings auf Vormonatshöhe, obwohl einen Tag weniger gearbeitet wurde als im Juli. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hatte der Stahl- und Eisenbau. Auch die Kohlenproduktion stieg nach Überwindung der Ernährungs-krise in Nordrhein-Westfalen wieder an.

In den folgenden Monaten konnte diese positive Entwicklung – gefördert durch günstige saisonale Bedingungen – beschleunigt werden. Im jahreszeitlichen Ablauf betrachtet, erreicht die industrielle Produktion gewöhnlich während des Oktobers ihren saisonalen Höchststand. Die Indexziffer der industriellen Produktion der vereinten Zone hat sich daher auch nach leichtem Anstieg der Produktion im September im Monat Oktober auf den maximalen Stand des Jahres und der Nachkriegszeit überhaupt erhöht. Seit Jahresbeginn konnte damit die Produktion um nicht weniger als 50 0/0 gesteigert werden. Im Vergleich zum Vorjahreshöchststand des VWG machte der Zuwachs immerhin noch 22 0/0 aus.

Hinter der globalen Indexziffer verbirgt sich allerdings ein sehr differenziertes Bild der einzelnen Industriegruppen:

Tabelle 8 Die industrielle Produktion der vereinten Zone im Oktober 1947, verglichen mit 1936 (1936 = 100)

Nahe am Vorkriegsstand		Etwa durchschnittliche Entwicklung		Unterdurchschnittliche Entwicklung	
Elektrizitäts- und Gasversorgung	105	Glas und Keramik	63	Papier und Pappe	35
Bergbau	95	Kautschuk	58	Textilindustrie	34
Kohle	73	Holzindustrie	50	NE-Metalle	32
Elektroindustrie	67	Steine und Erden	47	Eisen- und Stahlproduktion	26
Stahl- und Eisenbau	66	Petroleum und Kohleprodukte	45	Übrige Metallindustrie	26
		Chemische Industrie	41	Fahrzeugbau	17
		Maschinenbau und optische Industrie	41		

In der Spitzengruppe erscheinen vorwiegend Produktionsgüter mit allgemeinem Verwendungszweck. Alle Industriegruppen, die mehr als zwei Drittel ihrer Vor-

¹⁸ Siehe dazu VAW, Die Wirtschaftslage, Juni 1947, BA, Z 8/204.

¹⁹ Vgl. ebda; Gerüchte über die angeblich unmittelbar bevorstehende Währungsreform – wie sie in gewissen Abständen entstanden – trugen dazu bei.

²⁰ Vgl. VAW, Die Wirtschaftslage, Juli 1947, BA, Z 8/205.

kriegsleistung erzielt haben, gehören dieser Hauptgruppe an, auf die sich die besonderen Anstrengungen der Planungsbehörden konzentrierten. Insbesondere bei Strom, Gas und Kohle gibt der Vergleich mit dem Jahre 1936 nur einen sehr unvollkommenen Eindruck von der Kapazität dieser Industrien vor dem Zusammenbruch: Im „Altreich“²¹ war die Stromerzeugung von 1936 bis 1943 um 77 0/0 angestiegen, die von Gas um 37 0/0 und die Kohlenproduktion um immerhin 27 0/0²². Die Elektrotechnische Industrie schließlich gehört zu den wenigen Zweigen, die 1947 schon einen gewissen Kapazitätsausbau betrieben²³. 1936 lag der größte Teil ihrer Erzeugung in Berlin (49 0/0) und in der nachmaligen sowjetischen Zone (12 0/0)²⁴. Diese „Verluste“ von Anlagen im Osten schufen den Zwang, zusätzlich Produktionsmöglichkeiten in der vereinten Zone zu schaffen. Zu den bis dahin stärker zurückgebliebenen Industrien gehören wichtige verbrauchsgüterherstellende Zweige, etwa Textilien und Papier, also sehr rohstoffabhängige Industrien. Besonders schwer wiegt aber auch das niedrige Produktionsniveau in der Eisenindustrie, an deren Erzeugung der Fortschritt vieler verarbeitender Industriezweige hängt.

Der Durchbruch Mit dieser ungleichgewichtigen Wachstumsstruktur, die derjenigen des Rezessionswinters 1946/47 nicht unähnlich ist (vgl. Tabelle 5 und Tabelle 6), ging die Industrie der Bizone auch in den dritten Nachkriegswinter. Doch im Gegensatz zum Vorjahr konnte der Entwicklungsstand auch in den saisonal ungünstigen Monaten gehalten werden. Selbst der Rückgang des Produktionsindex um einen Punkt im Dezember ändert an dieser Sachlage nichts. Angesichts der geringen Zahl von Arbeitstagen, die sich natürlich auf das Produktionsergebnis des Monats auswirkte, kann dies durchaus als Fortsetzung der seit September anhaltenden Aufwärtsentwicklung auch in den Winter hinein gewertet werden. Völlig gegen den saisonalen Trend bewegte sich das industrielle Wachstum auch in den Monaten Januar, Februar und März 1948. War während der Rezession des Vorwinters die Produktion von November 1946 bis Februar 1947 in der britischen Zone um mehr als ein Viertel zurückgegangen, so nahm nunmehr im selben Zeitraum des Winters 1947/48 die industrielle Erzeugung sogar um 4,4 0/0 zu. Produktionseinbußen als Folge jahreszeitlicher Einflüsse blieben ihrer Intensität und Reichweite nach beschränkt. Lediglich im Bergbau – im Kohlenbergbau haben sich bei sinkenden Produktionsziffern die Haldenbestände um 140 000 t im Februar verringert –, in der Mineralölindustrie, die weniger Bohrungen niederbrachte, und in der Gasproduktion wirkte sich die kalte Witterung nachhaltig produktionsmindernd aus²⁵. Günstige Verkehrsbedingungen sorgten dennoch für eine bisher nicht gekannte gute Energieversorgung, so daß selbst die Elektrizitätswerke im Februar, d. h. zur Zeit der sonst jahreszeitlich stärksten Anspannung, ihre Kohlen-

²¹ In den Grenzen von 1937.

²² Siehe VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone September/Oktober 1947, BA, Z 8/207.

²³ Ebda.

²⁴ Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen, a. a. O., S. 45.

²⁵ Vgl. VfW, Die Wirtschaftslage im Februar 1948, BA, Z 8/210.

bestände leicht erhöhen konnten²⁶. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der Stahlproduktion, die gerade in diesen Monaten erreicht wurde: Sie ist bei Rohstahl in der vereinten Zone von 270 000 t im September 1947 auf 299 000 t im Februar und 363 000 t im April 1948 gestiegen²⁷. Damit holte die Produktionstätigkeit dieser „Basisindustrie“²⁸ die bis dahin schnellere Entwicklung der gesamten eisenverarbeitenden Industrie zum Teil wieder auf. Kein Zweifel, der nach der Rezession von 1946/47 erneut einsetzende Aufschwung hatte damit seinen saisonalen Charakter verloren und mit der Beschleunigung der Wachstumsgeschwindigkeit in den Wintermonaten 1947/48 den Beginn eines zweiten Rekonstruktionsversuches eingeleitet.

Diese Tendenz schlägt sich auch in den Lageberichten der VfW zur Wirtschaftslage der vereinten Zone nieder. Immer häufiger finden sich positive Einschätzungen der Gesamtentwicklung, die sich „weiter kräftig belebt“²⁹ habe, oder Erfolgsmeldungen der Art: „Die Produktionszunahme erfolgt auf breiter Front.“³⁰ Im März erhöhte sich das Wachstumstempo beträchtlich. Mit einer Zunahme der Produktion um 9 0/0 gegenüber dem Vormonat erfuhr das Wachstum der industriellen Erzeugung eine Beschleunigung, wie sie „sonst erst im Mai üblich war“³¹. Auch im April hielt dieser Trend an. Besonders bedeutsam ist der Produktionsanstieg in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, die für die Erneuerung der Produktionsanlagen eine Schlüsselstellung einnimmt. Binnen Monatsfrist hat die Erzeugung hier wie folgt zugenommen³²:

Fahrzeugindustrie	+ 11 0/0
Feinmechanik/Optik	+ 11 0/0
Stahlbau	+ 12 0/0
Elektrotechnik	+ 18 0/0

Grundlage dieser günstigen Entwicklung bildete die bereits erwähnte erhebliche Produktionszunahme bei Rohstahl.

Im Verbrauchsgütersektor war die Aufwärtsbewegung hingegen noch schwächer. Trotz Verbesserung der Importsituation wirkte sich hier eine hohe Rohstoffabhängigkeit aus. Zudem zeichneten sich gerade in diesem Sektor die Vorauswirkungen der Währungsreform vorzeitig ab. Schon im April wurde die Zurückhaltung wichtiger Industrien im Hinblick auf die Währungsreform sehr groß³³. Importierte Waren wurden nicht mehr ausgeliefert, Bezugsberechtigungen nicht mehr eingelöst, obwohl deckungsfähige Ware vorhanden war³⁴. Ein erheblicher Teil der Produktion von Halb- und Fertigwaren verschwand in den Lagern.

Vor diesem Hintergrund muß auch der Rückgang des amtlich ausgewiesenen Pro-

²⁶ Ebda.

²⁷ Ebda.

²⁸ Ebda.

²⁹ VfW, Bericht der Sonderabteilung Wirtschaftsplanung, März 1948, BA, Z 8/210.

³⁰ VfW, Bericht SW, April 1948, a. a. O.

³¹ VfW, Bericht SW, März 1948, a. a. O.

³² Ebda.

³³ VfW, Bericht SW, April 1948, a. a. O.

³⁴ Ebda.

duktionsindex um 11 0/0 im Monat Mai gesehen werden. Der Flucht in die Hortung war am 21. April 1948 eine Grundsatzrede des Direktors der VfW, Ludwig Erhard, vor dem Frankfurter Wirtschaftsrat vorausgegangen, die von der Industrie – unter den gegebenen Verhältnissen – als Aufforderung zum Horten verstanden werden mußte. Erhard sprach im Hinblick auf Währungsreform und Marshallplan-Hilfe von der „entscheidenden Stunde, da sich völlig neue Perspektiven abzeichnen“³⁵, und glaubte verpflichtet zu sein, seine „Bedenken gegen eine über das volkswirtschaftlich berechnete Maß hinausreichende Entleerung der Lager und gegen die Preisgabe unserer letzten volkswirtschaftlichen Güterreserven anmelden zu müssen“³⁶. Damit mußte auch dem letzten Unternehmer klar sein, daß die Währungsreform unmittelbar vor der Tür stand und von Seiten der Wirtschaftsverwaltung selbst eine über das bisher schon praktizierte Maß hinausgehende Hortbildung toleriert werden würde. Aus den Quellen illegaler Transaktionen waren über Nacht von höchster deutscher Stelle eingeseignete „volkswirtschaftliche Güterreserven“ geworden, einzelwirtschaftlicher Nutzen auf das harmonischste mit dem Gemeinwohl verbrämt. So war der Mai-Einbruch in der industriellen Produktionsstatistik nicht der Schlag aus heiterem Himmel, für den man ihn nach den Prognosen der VfW im März – „die Aufwärtsentwicklung der Industrieproduktion (dürfte sich) auch in den nächsten Monaten fortsetzen“³⁷ – halten könnte. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, daß die Produktion im Monat Mai sogar erhöht werden konnte, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie im Vormonat, da die erhöhte Lagerhaltung die Zwischenproduktversorgung – etwa im Maschinenbau – nicht unerheblich beeinträchtigte³⁸.

Tabelle 9 Versand auf der Schiene im 2. Quartal 1948. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. Öffentl. Verkehr; Mengen in 1000 Tonnen

April	Mai	Juni		IV in vH von III
		1.–30. 6.	21.–30. 6.	
I	II	III	IV	V
5680	5150	5429	3668	68

Nach der monatlichen Versandstatistik der Reichsbahnverwaltung bei A. Kerschbaum, Die Güterversorgung vor und nach dem 20. Juni, in: Wirtschaftsverwaltung, hrsg. v. VfW des VWG ,Heft 13, Frankfurt/M., Dez. 1948, S. 5f. Dort auch Spezifizierung nach Hauptgütergruppen.

³⁵ Deutsche Wirtschaftspolitik, Rede des Direktors für Wirtschaft, Dr. Ludwig Erhard, vor dem Wirtschaftsrat am 21. April 1948, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), S. 4.

³⁶ Ebda S. 9; Diese „Bedenken“ hatte Erhard schon früher angemeldet. In dieser Rede wurden sie nun „ex cathedra“ zur „Deutschen Wirtschaftspolitik“ erhoben. In der Presse wurde ihm vorgeworfen, er komme den „Zwingherren der Kompensation und Warenhortung zu Hilfe“ und fordere die Unternehmer zur privaten Bereicherung geradezu auf. (G. Kreyssig, Währungsreform und Warenhortung, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. 3. 1948). Kreyssig schätzte, daß „die volle Produktion von zwölf bis achtzehn Monaten im Lande liegt“.

³⁷ VfW, Bericht SW, März 1948, BA, Z 8/210.

³⁸ VfW, Bericht SW, April 1948, a. a. O.

Einen ersten Eindruck vom Ausmaß des Rückstaus in der Zwischenproduktversorgung vermittelt die Transportstatistik für den Monat Juni. Tabelle 9 weist denjenigen Anteil am Juni-Versand in der vereinten Zone aus, der im letzten Drittel des Monats stattfand, nachdem die Währungsreform vom 20. Juni 1948 die Gründe für die Zurückhaltung von Gütern beseitigt hatte. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: Auf das letzte Drittel des Monats entfallen mehr als zwei Drittel des schienengebundenen Güterversands im VWG.

Die Währungsreform, der in der Literatur und von Zeitgenossen fast magische Bedeutung für die hohe Dynamik der Rekonstruktion in Westdeutschland zugesprochen wird, hat in ihrem Vorfeld eher das Gegenteil bewirkt: In Erwartung des bevorstehenden Währungsschnittes erreichten die „wirtschaftlichen Kreislaufstörungen“³⁹, die bereits im Mai das in den Vormonaten übliche Maß überschritten hatten, im Juni ihren Höhepunkt. Angesichts des seit Herbst 1947 anhaltenden Wachstums der Industrieproduktion liegt der Schluß nahe, die ‚wunderbare‘ Wirkung der Währungsreform habe in erster Linie in der Beseitigung dieser erwartungsinduzierten Schwäche des Kreislaufes der Zwischenproduktversorgung gelegen. Die unmittelbaren Auswirkungen des Währungsschnittes auf die Produktion selbst müßten dann hinter dieser Wirkung zurücktreten.

Tatsächlich weist die Produktionsstatistik Wachstumsraten von 9% im Juni und 20% im Juli aus, ehe die Zuwachsraten wieder auf ein allerdings noch immer

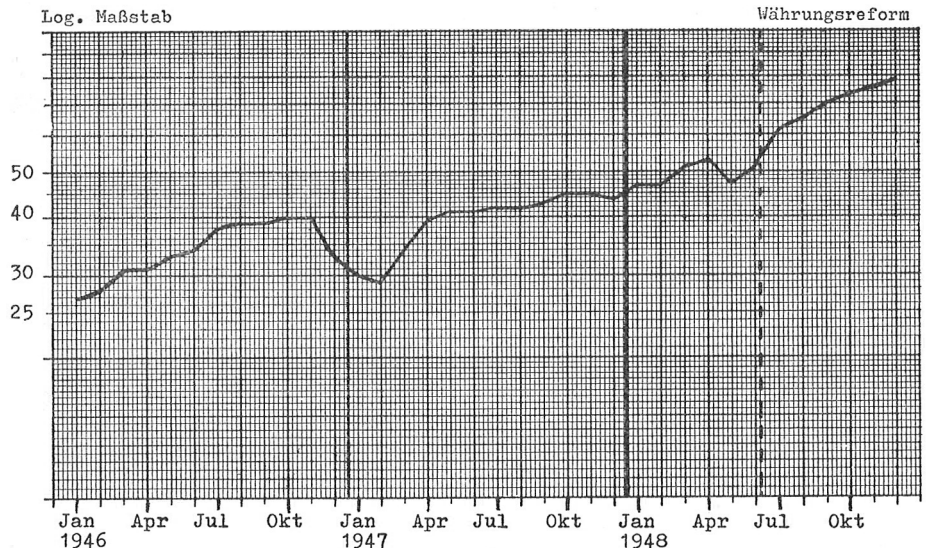


Abbildung 8

Die Entwicklung der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946-1948

Monatlich^a; 1936 = 100

^a nicht saisonbereinigt

Quelle: Monthly Stat. Bulletin of the CCG (BE), Vol. III, No 12, Dez. 1948 S. 46; Tabelle 7.

³⁹ Kerschbaum, Die Güterversorgung vor und nach dem 20. Juni, S. 5.

hohes Niveau abflachen. Dieser auf die Währungsreform zurückgeführte Wachstumsimpuls wäre jedoch nichts anderes als die logische Folge eines vor der Reform zu niedrig ausgewiesenen Produktionsniveaus, das einen großen Teil des für die Lager produzierten industriellen Output nicht einschließt. Der amtliche Produktionsindex entspricht unter diesen Bedingungen eher einem Index der Zwischenproduktversorgung der Industrie als einem realistischen Produktionsindex. Gleichwohl müssen Abflüsse aus dem Produktionskreislauf in spekulativer Erwartung



Abbildung 9

Zuwachsraten der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946 bis 1948

Monatliche und gleitende Fünf-Monats-Durchschnitte

— monatlich

— gleitender Fünf-Monats-Durchschnitt

Quelle: Monthly Stat. Bulletin of the Control Commission for Germany (BE), Vol. III, No 12, Dez. 1948, S. 46; Tabelle 7.

höherer Gewinne das tatsächliche Produktionsvolumen negativ beeinflußt haben. Vor diesem Hintergrund schrumpft der Rückgang der Produktion im Mai 1948 zu einer wirtschaftspolitisch induzierten kurzen Unterbrechung der seit September/Oktober 1947 anhaltenden Entwicklung zu einem zweiten, beschleunigten Rekonstruktionsabschnitt.

Die Entwicklung der Industrie des VWG im zweiten Rekonstruktionsabschnitt läßt sich am besten anhand von Abbildung 8 nachzeichnen. Nachdem die Winterrezession 1946/47 überwunden war, stagnierte die Produktion zunächst während der Sommermonate. Ab September ist dann ein kräftiger Aufschwung zu verzeichnen, der sich nicht einmal während der Wintermonate wesentlich verlangsamte. Im Gegenteil: Mit dem Jahreswechsel 1947/48 tritt der zweite Rekonstruktionsanlauf der Industrie des VWG in eine Beschleunigungsphase ein, die nur im Vorfeld der Währungsreform kurz unterbrochen wurde. Das Ausmaß dieses Rückschlags wird in der amtlichen Statistik offensichtlich überschätzt. Nach der Währungsreform hält der Wachstumstrend an, der zu Jahresbeginn 1948 bereits bestand. Die Kontinuität dieser Entwicklung erhellt auch aus Abbildung 9. Sie zeigt die monatlichen Zuwachsraten der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet in den Jahren 1946 bis 1948. Der Kurvenverlauf vor und während der Winterrezession 1946/47 belegt erneut den über den Saisonzyklus hinausgehenden Charakter des Zusammenbruchs. Die Zuwachsraten der industriellen Produktion, die üblicherweise im Herbst einen Höhepunkt erreichen, sinken 1946 bereits seit August deutlich ab, und bleiben während der drei Wintermonate negativ. Im Vergleich zu diesem Einbruch nimmt sich der Einfluß des Winters 1947/48 geradezu unbedeutend aus, d. h. der Herbstaufschwung wird im Winter nicht nachhaltig gebremst. Die nach Überwindung der Rezession anhaltende Stagnation des wirtschaftlichen Wachstums im Sommer 1947 deutet auf ein Fortbestehen der Einflüsse hin, die die industrielle Expansion des vorangegangenen Jahres zum Stehen gebracht hatten.

Ab September/Oktober 1947 änderte sich das Bild. Von diesem Zeitraum an steigen die Maxima der Saisonzyklen auf ein jeweils höheres Niveau an. In monatlicher Betrachtung tritt vor diesem Hintergrund der gegen den jahreszeitlichen Rhythmus und den Rekonstruktionstrend eintretende Rückschlag im Mai 1948 deutlich als Folge eines statistischen Fehlers hervor. Die Kurve der gleitenden Fünf-Monats-Durchschnitte, die saisonale Zyklen und Unterschiede in der Zahl der monatlichen Arbeitstage glätten soll, zeigt den Durchbruch zur beschleunigten Rekonstruktion seit September/Oktober 1947 noch deutlicher. Die Vermutung liegt daher nahe, daß der Einschnitt der Währungsreform – läßt man ihre Vorauswirkungen einmal außer Ansatz – nicht zu einer zusätzlichen Beschleunigung des Anstiegs der Wachstumsraten führte.

3. Fehleinschätzungen von Verlauf und Niveau der industriellen Produktion

a) *Konstruktionsfehler des Index der industriellen Produktion*

Die Darstellung des realen Produktionsverlaufs in der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes ging bisher grundsätzlich von der Annahme aus, der amtlich errechnete Index der industriellen Produktion gebe – innerhalb der üblichen statistischen Fehlergrenzen – Verlauf und Niveau der Entwicklung der Industrie im untersuchten Wirtschaftsgebiet annähernd genau wieder. Diese Annahme muß nunmehr revidiert werden. Am Beispiel der Hortbildung am Vorabend der Währungsreform wurde auf eine Schwäche des Index bereits hingewiesen. Sie betrifft in erster Linie den Produktionsverlauf. Es gibt jedoch Grund zur Annahme, daß diese Verzerrung der amtlichen Produktionsstatistik nicht allein steht. Es muß vor allem bezweifelt werden, ob das Niveau der Erzeugung durch den Index korrekt wiedergegeben wird.

Die für die britische Zone im September 1946 neu berechnete Indexziffer der industriellen Produktion stützt sich in ihrer Zusammensetzung auf 48 Einzelreihen aus 17 (von insgesamt 27) Industriegruppen¹. Sie repräsentieren durch direkte Erfassung schätzungsweise 73 0/0 des Nettoproduktionswertes dieser Gruppen und etwa 40 0/0 des Nettoproduktionswertes der gesamten Industrie der Zone. Die Repräsentationsgrundlage ist breit im Bereich der Produktionsgüterindustrie, deren Produktionswert zu 46 0/0 durch direkte Erfassung von Einzelreihen vertreten ist. Für die Konsumgüterindustrie wird hingegen nur ein Repräsentationsgrad von 28 0/0 erreicht.

Die dadurch entstehenden statistischen Fehler dürften sich allerdings zum Teil gegenseitig aufheben, da die fehlenden Industriezweige sich weitgehend entgegengesetzt bewegen: Auf der einen Seite fehlen wichtige Zweige der Eisen- und Metallverarbeitung, deren Produktionsvolumen besonders niedrig war, auf der anderen Seite ist vor allem die Nahrungs- und Genußmittelindustrie nicht erfaßt, die nach Einschätzung von STABB schon früh einen vergleichsweise hohen Prozentsatz ihrer Vorkriegsproduktion wieder erreicht hatte². Zudem erweitert sich die Repräsentationsgrundlage ständig, so daß im August 1947 schon 80 0/0 des industriellen Nettoproduktionswertes vertreten sind³. Nur 5 0/0 der repräsentierten Industrien werden zu diesem Zeitpunkt noch nicht direkt erfaßt.

Ernster müssen hingegen die Auswirkungen des verwendeten Gewichtungsschemas genommen werden. Sowohl innerhalb der Industriebauptgruppen als auch beim Gruppengewicht selbst werden die Strukturquoten der Industrieproduktion von 1936 als Gewichte herangezogen. Infolgedessen gehen in den Index der BBZ Investitionsgüter mit 49 0/0, sonstige Produktionsgüter mit 24 0/0 und Konsumgüter

¹ Vgl. STABB, Hauptabt. C, Indexziffern der industriellen Produktion für die Britische Besatzungszone, September 1945 bis Juli 1946, Heft 2, Minden Sept. 1946, BA, Z 8/1334.

² Ebda.

³ Alle Industriegruppen außer Bau- und Lebensmittelindustrie; vgl. OMGUS, Monthly Report 39, Stat. Annex, S. 40.

mit 27 0/0 in das Schema ein⁴. Dem entspricht aber bei weitem nicht die tatsächliche Struktur der Industrieproduktion der britischen Zone nach dem Kriege. Mitte 1946 beträgt nämlich der Investitionsgüteranteil an der gesamten Industrieproduktion nur 41 0/0 und der Anteil der sonstigen Produktionsgüter nicht weniger als 42 0/0. Auf die Verbrauchsgüterindustrie fallen hingegen lediglich 17 0/0 der Gesamtproduktion⁵. Ähnlich verhält es sich mit dem Index des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes, wie die folgende Übersicht zeigt⁶:

Tabelle 10 Gliederung der Industrieproduktion der vereinten Zone in Prozenten der Nettoproduktionswerte (in Preisen von 1936)

	1936	1946	1947	1948 (1. Quartal)
Investitionsgüter	55,9	42,8	45,0	45,1
Sonst. Produktionsgüter	23,5	41,6	39,3	38,9
Verbrauchsgüter	20,6	15,6	15,7	16,0
	100,0	100,0	100,0	100,0

Kein Zweifel, während die Investitionsgüter im verwendeten Produktionsindex ein Gewicht beanspruchen, das ihrem tatsächlichen Anteil an der Industrieproduktion der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht entspricht, geht der relativ große Anteil der sonstigen Produktionsgüter zu „leicht“ in den Index ein. Bei den Verbrauchsgütern ist das Mißverhältnis nicht ganz so groß. Gleichwohl liegt ihr tatsächlicher Anteil unter ihrem Indexgewicht.

In den Nachkriegsjahren nähern sich die Strukturquoten tendenziell ihrem Vorkriegswert wieder an. Ungeachtet dieser Tendenz hält das Mißverhältnis zwischen statistischer Praxis und Wirklichkeit während des gesamten Untersuchungszeitraumes jedoch an. Da gerade der Investitionsgüterbereich, der mit so großem Gewicht in den Produktionsindex eingeht, sich unterdurchschnittlich schnell entwickelte (Tabelle 5 und Tabelle 7), während der wachstumsstarke Bereich der allgemeinen Produktionsgüter weit unter seiner tatsächlichen Quote gewogen wird, sind erhebliche Verzerrungen im Ergebnis des Gesamtindex zu erwarten. Sie müssen um so größer sein, je weiter die Strukturquoten der Hauptgruppen vor und nach dem Kriege auseinanderliegen. Der Grad der Unterschätzung ist also 1946 am größten und schwächt sich allmählich ab. Für 1947 und das erste Quartal 1948 sind die Abweichungen in folgender Tabelle festgehalten:

⁴ STABB, Gewichtung der Indexziffer der industriellen Produktion der Britischen Besatzungszone (1946), BA, Z 8/1334.

⁵ Vgl. Anm. 1.

⁶ VFW, Bericht SW, März 1948, BA, Z 8/210.

Tabelle 11 Die Auswirkung der trendwidrigen Veränderung der Produktionsstruktur seit 1936 auf das Niveau des Index der industriellen Produktion in der vereinten Zone 1947–1948

	Produktionsniveau (1936 = 100)	
	1947	1948 (1. Quartal)
Investitionsgüter	31,3	36,8
Allg. Produktionsgüter	65,2	75,6
Konsumgüter	29,7	35,4
Gesamtindex		
a) bei Gewichtung nach den Strukturquoten von 1936	39,0	45,6
b) bei Gewichtung nach den tatsächlichen Strukturquoten	44,4	51,7
Unterschätzung (in vH)	13,9	13,4

Die verwendeten Indices sind nicht revidiert, woraus sich Differenzen zu Tabelle 7 ergeben. Von einer Anpassung an den später konstruierten und dann rückwärts gerechneten neuen Index wurde abgesehen, um die Vergleichbarkeit mit den ebenfalls unrevidierten Strukturquoten, die in der selben Quelle ausgewiesen sind, nicht zu beeinträchtigen. An den Relationen ändert dies nichts.

Quelle: VfW, Bericht SW, März 1948, BA, Z 8/210.

Die Beibehaltung des Gewichtungsschemas läßt die gegenüber 1936 trendwidrig eingetretenen Änderungen der Produktionsstruktur unberücksichtigt. Sie führt zu einer Unterschätzung des industriellen Produktionsniveaus im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet, die über den untersuchten Zeitraum hinweg mit fallender Tendenz anhält. Auch die Währungsreform hat darauf keinen unmittelbaren Einfluß, wengleich der Trend der Rückkehr zur Vorkriegsstruktur – vor allem im Investitionsgüterbereich – sich bei anhaltend schnellem Wachstumstempo verstärkte. Insgesamt darf wohl im Untersuchungszeitraum – und noch weit über ihn hinaus – von einem um die oben ausgewiesenen Sätze höheren Produktionsniveau in der Industrie des VWG ausgegangen werden⁷.

b) Erfassungsfehler der Industriestatistik

Eine weitere Fehlerquelle muß in der Erfassung der Produktion vermutet werden. Es gibt Gründe für die Annahme, daß ein mehr oder weniger großer Teil der Industrieproduktion den Bewirtschaftungsinstanzen verheimlicht, d. h. auf den Meldebögen nicht ausgewiesen wurde. Auf der Basis dieser in der BBZ auf Formblatt RESD/F 14 erhobenen Angaben erstellten die Landeswirtschaftsämter Einzelreihen der monatlichen Produktionsmengen bei bestimmten Erzeugnissen der Industriezweige, die dann von STABB zu Gruppenindexziffern zusammengefaßt wurden⁸. Fehler, die in der Erfassung liegen, schlagen also unmittelbar in den

⁷ Zahlreiche methodische Probleme (z. B. Gewichtungssproblematik innerhalb der Hauptgruppen, Probleme der Vergleichbarkeit eines mit Nachkriegsgewichten gewogenen Index mit 1936 u. a.) verbieten es allerdings, den amtlichen Index einfach in dieser Höhe zu revidieren. Die in Tab. 11 ausgewiesene Größenordnung der Unterschätzung des Niveaus der industriellen Produktion bleibt davon unberührt.

⁸ Vgl. Anm. 1.

Produktionsindex durch. Dieses Verfahren wurde in den monatlichen Industrieberichten für das VVG beibehalten⁹.

Zeitgenössische Schätzungen Der Wunsch der Produzenten und Händler, einen Teil der Erzeugung gegenüber der Wirtschaftsverwaltung nicht zu deklarieren, war angesichts der immer wieder beschworenen, jeweils angeblich kurz bevorstehenden Währungsreform übermächtig. In den Lageberichten des VAW bzw. der VfW taucht immer wieder die Feststellung auf, daß „im Hinblick auf die zu erwartende Währungsreform die Produzenten an der Ware festhalten“¹⁰. Die spekulative Warenhortung erreichte im Mai/Juni 1948 ihren Höhepunkt. Hinzu kam der Zwang, den Input-Bedarf gegen Kompensation aus der eigenen Produktion zu decken, ein Verfahren, das bis hin zur Naturalentlohnung Anwendung fand¹¹. „Wesentlich aber war, daß eine Kontrolle der Produktion unterblieb“¹², so daß der illegale Sektor des Marktes Bedeutung erlangen konnte. Die Folge waren Schwarzmarktgeschäfte „in geometrisch steigender Linie“¹³.

Wie groß der Prozentsatz dieser der Bewirtschaftung entzogenen und nicht deklarierten Güter war, ist für keinen Zeitpunkt der Untersuchungsperiode genau bekannt. Vermutlich ist das Ausmaß der Güterunterschlagung durch die Hersteller und den Handel im Zeitablauf und mit Sicherheit nach einzelnen Gütergruppen sehr unterschiedlich. Schätzungen liegen im Bereich von 10 bis 80 (!) 0/0. In einer Denkschrift des VAW¹⁴ wird die Entwicklung wie folgt charakterisiert: „Die britische Militärregierung rühmte noch 1945 den Deutschen nach, daß Deutschland das einzige Land ohne schwarzen Markt sei. In einem Jahr ist aus Westdeutschland ein großer schwarzer Markt geworden, während der reguläre Handel eine Ausnahme ist, die nur der Tarnung dient.“ Im Herbst 1946 beklagte Viktor Agartz, der Leiter des Zentralamts für Wirtschaft der BBZ, daß „bei den zu erfolgreichen Meldungen über Bestände und Neuproduktion nur ein Drittel, höchstens die Hälfte der tatsächlichen Mengen angegeben werden“¹⁵. Im März 1947 stellte der Wirtschafts-Informations-Dienst ebenfalls fest, daß „ein wesentlicher Teil desjenigen, was heute produziert wird, nicht in die ordnungsgemäßen Kanäle geht“; er erwähnt Schätzungen, die „zum Teil bis zu 80 0/0 der Produktion außerhalb der Wege der Bewirtschaftung“ an den Abnehmer gelangen sehen¹⁶. Drei Monate später veranschlagte der Bremer Senator Harmssen, „daß im Mittel etwa 30 bis

⁹ Vgl. 45 Jahre Industrieberichterstattung, a. a. O., S. 53 f.

¹⁰ VfW, Bericht SW, Nov./Dez. 1947, BA, Z 8/208.

¹¹ Vgl. Robert Nieschlag, Die Entwicklung der Warenbewirtschaftung in den letzten Jahren, Vortrag am 24. Diskussionsabend des DIW, Berlin, im März 1948.

¹² Der Leiter des VAW, Viktor Agartz, auf dem Kongreß des DGB (BZ) im April 1947 in Bielefeld; Die westdeutsche Wirtschaftskrise, S. 175.

¹³ Ebda.

¹⁴ Plan zur Organisation der Wirtschaft und der Wirtschaftsverwaltung in Deutschland, Februar 1947, (Verf. H. Buschmann), BA, Z 6 I/76.

¹⁵ Agartz, an Leiter ZEL, Schlange-Schöningen, Minden, 7. Okt. 1946, Abschrift im BA, Z 6 I/65.

¹⁶ WID (Hrsg. Pressebüro Roebel, Düsseldorf), Sonderausgabe März II, 1947, BA, Z 8/1332.

35 0/0 der kontingentierten Güter in unkontrollierbare Seitenwege abwandern“¹⁷. Amtliche Schätzungen für 1947 äußerten sich dagegen vorsichtiger. So unterstellt das VAW, „daß mindestens 10 0/0 der Produktion schon jetzt auf dem schwarzen Markt umgesetzt wird“¹⁸. Horst Mendershausen, der von 1947 bis 1948 als „Assistant Chief of Price Control“ bei der amerikanischen Militärregierung arbeitete, berief sich auf „informed guesses“, wenn er den Umfang der Schwarzmarkttransaktionen auf „nicht mehr als 10 0/0“ schätzte¹⁹.

Schätzung auf der Basis der Stromproduktivität Den alliierten und deutschen Lenkungsbehörden war der Sachverhalt demnach bekannt, wenngleich sie vom Ausmaß der illegalen Lagerbestände keine allzu genauen Vorstellungen besaßen. Die deutsche Wirtschaftsverwaltung versuchte von Zeit zu Zeit Kontrollen auszuüben, indem sie an Rohstoffzuteilungen Produktions- und Lieferauflagen knüpfte²⁰. Dieses Prinzip wurde indes nie verbindlich durchgesetzt. Auch ein Überblick über das Ausmaß der Produktionsunterschlagungen anhand der Kohle- und/oder Stromeinsatzschlüssel scheiterte an praktischen Problemen²¹. Dies gilt für die Kontrolle einzelner Unternehmen ebenso wie für die Schätzung der Gesamtproduktion, da sich selbst der Verbrauch an Energieträgern, deren Produktion den schärfsten Kontrollen alliierter Seiten unterlag, nicht hinreichend genau ermitteln ließ. Sogar Kohle wurde auf dem Schwarzmarkt angeboten²². Der Leiter des VAW, Mueller, konnte sich Anfang 1947 auf den Augenschein berufen, als er konstatierte: „Offensichtlich ist es bisher nicht möglich gewesen, die geförderte Kohle restlos in der Planung zu erfassen, ein gewisser Prozentsatz entzieht sich der Lenkung.“²³

Beim Stromverbrauch ergibt sich das Problem der Stromeigenerzeugung, über die der Bizonenverwaltung erst 1949 genauere Gesamtdaten ab August 1947 vorlagen²⁴. Mit Hilfe dieser Daten kann nunmehr der Versuch gemacht werden, das tatsächliche Niveau der Industrieproduktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet in den Monaten vor der Währungsreform zu schätzen. Wenn eine Schätzung des Produktionsniveaus in den drei der Währungsreform vorangehen-

¹⁷ G. W. Harmssen, Der Weg der deutschen Wirtschaft, Vortrag gehalten in der Volks- und Betriebswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Essen, 13. 6. 1947, S. 11.

¹⁸ VAW, Aktenvermerk ‚Gauer‘, Minden 29. 4. 1947, BA, Z 8/267.

¹⁹ Mendershausen, Prices, Money and the Distribution of Goods in Postwar Germany, in: AER, 39 (1949), S. 652.

²⁰ Vgl. 17. VAW-Hauptabteilungsleiterbesprechung, Minden, 28. April 1947, BA, Z 8/39.

²¹ Ebda.

²² Wheeler, Die amerikanische Politik in Deutschland, S. 198 zitiert den ehem. Berater der Militärregierung für Außenwirtschaftsfragen, Jean Pajus (nach associated press vom 28. Juni 1948), wonach „mindestens zwanzig Prozent der deutschen Kohlenproduktion auf dem schwarzen Markt“ angeboten werden.

²³ Protokoll der Kohlenzuteilungssitzung für Februar im VAW am 7. 1. 1947, BA, Z 8/1197.

²⁴ Vgl. 17. VAW-Hauptabteilungsleiterbesprechung, a. a. O.; Vfw, Die Energiewirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Stromerzeugung der öffentlichen Elektrizitätswerke und industriellen Eigenanlagen sowie Stromverbrauch, 1947/1948, Statistische Informationen, Reihe V K – Heft 1/49, Frankfurt/M. 1949, BA, Z 8/218.

den Quartalen, für die allein genaue Zahlen vorliegen, auf der Basis des Strom-einsatzes sinnvoll erscheinen soll, müssen folgende Annahmen gelten:

1. Der amtlich festgestellte Index der Industrieproduktion gibt *nach* der Währungsreform das Produktionsniveau ohne größeren Erfassungsfehler wieder. Davon kann in der Tat ausgegangen werden. Nachdem das Geld wieder in seine Funktion eingesetzt worden war und die Zwischenproduktversorgung über Märkte abgewickelt und vor allem sichergestellt werden konnte, erschien es nicht mehr nötig, nennenswerte Teile der Erzeugung in der Industrierichterstatung zu unterschlagen. Nach der Währungsreform wurden zudem Befürchtungen, die statistischen Unterlagen könnten zu wie auch immer gearteten Kontrollen herangezogen werden, gegenstandslos. Davon unberührt bleibt die Niveauunterschätzung als Folge des starren Gewichtungsschemas. Diese Verzerrung hält jedoch auch über die Währungsreform hinaus – mit abnehmender Tendenz – an. Sie berührt daher nicht das Problem der Unterschätzung *vor* der Währungsreform, das mit dem Währungsschnitt überwunden wurde.
2. Im betrachteten Zeitraum ist die saisonbereinigte durchschnittliche Stromproduktivität konstant. Dies ist nicht selbstverständlich, da sowohl langfristige Einflußgrößen, wie technischer Fortschritt und Wandel der Produktionsstruktur, als auch kurzfristige Determinanten, wie der Auslastungsgrad der Produktionsanlagen, die saisonbereinigte Stromproduktivität bestimmen. Der langfristige Aspekt kann angesichts der nur einjährigen Schätzperiode wohl vernachlässigt werden. Schwankungen der Kapazitätsauslastung stellen hingegen eine Fehlerquelle dar, die mit den vorhandenen Mitteln nicht gut abgesehen werden kann. Hinzu kommt, daß die Stromversorgung nur einer der Engpaßfaktoren ist²⁵. Trotz dieser Bedenken soll die Annahme für den kurzen Betrachtungszeitraum gelten. Der sparsamere Verbrauch von Strom vor der Währungsreform hat vermutlich ausgleichend gewirkt.
3. Zur Saisonbereinigung kann die Entwicklung des spezifischen Energieverbrauchs²⁶ in der Verarbeitenden Industrie der britischen Zone im Jahre 1947 herangezogen werden²⁷. Danach ist der spezifische Energieverbrauch jeweils in den Quartalen I, IV und II, III annähernd gleich, während die Abweichung zwischen beiden Gruppen durchschnittlich 7% ausmacht. Allein wegen des hohen Anteils des Stromverbrauchs in der BBZ am Gesamtverbrauch im VWG gewinnt diese Hypothese an Wahrscheinlichkeit.
4. Der Stromeinsatz, der als Basis der Schätzung dient, unterliegt nicht den gleichen Erfassungsmängeln, die durch die Schätzung gerade behoben werden sollen. Diese Annahme kann für den aus öffentlichem Netz kommenden Stromverbrauch als sicher gelten. Die Kontrollen der Wirtschaftsverwaltung sind gerade

²⁵ Vgl. Schreiber, Der spezifische Energieverbrauch der Industrie, S. 10.

²⁶ Spez.-E-Verbrauch = $\frac{\text{effektiver E-Verbrauch}}{\text{Produktionsindex}} \times 100$. Er gibt an, wieviel Energie je Produktionseinheit eingesetzt werden muß.

²⁷ Vgl. Stat. Monatsheft für die BBZ, Heft 10, Jan. 1949, S. 45; die Entwicklung in 1947 verläuft dort quartalsweise wie folgt: I/104,0; II/97,3; III/96,3; IV/103,0; (1947 = 100).

im Energiesektor außergewöhnlich streng gewesen und elektrischer Strom ist als Schwarzmarkt-Ware weitgehend ungeeignet.

Für den Verbrauch aus Eigenanlagen gilt dies nicht unbeschränkt. Er kann auch nicht vernachlässigt werden. Immerhin machte der Verbrauch aus Eigenanlagen – unmittelbar oder mittelbar – über die Hälfte des Gesamtverbrauchs aus²⁸. Doch unterlag der unmittelbare Industrieverbrauch aus Eigenanlagen ebenfalls strengeren Kontrollen, als dies bei anderen Inputfaktoren der Fall war. Und schließlich gilt auch hier, daß Elektrizität nur in beschränktem Umfang speicherbar ist. Darüber hinaus läßt sich in der Entwicklung des Verbrauchs aus Eigenanlagen keine signifikante Abweichung von der Bewegung des Industrieverbrauchs aus öffentlichem Netz nachweisen²⁹.

Tabelle 12 Tatsächlicher Verlauf der industriellen Produktion des VWG, Schätzung auf der Basis des Stromverbrauchs der Industrie 1947–1948

	Amtl. (Volumen-) Index M. D. (1936 = 100)	Zuwachsraten vH	Stromverbrauch M. D. in Mio. KWH	Geschätzter (Volumen-) Index M. D. (1936 = 100)	Zuwachsraten vH	IV in vH von I
	I	II	III	IV	V	VI
1947						
1. Quartal	31,0	– 17,8	–	(34,1)	–	(110,0)
2. Quartal	40,3	+ 30,0	–	(44,3)	+ 29,9	(110,0)
3. Quartal	42,3	+ 5,0	–	(46,5)	+ 5,0	(110,0)
4. Quartal	44,7	+ 5,7	1415,8	50,1	+ 7,7	112,1
1948						
1. Quartal	48,3	+ 8,1	1517,6	53,7	+ 7,2	111,2
2. Quartal	50,3	+ 4,1	1498,5	57,0	+ 6,1	113,2
3. Quartal	65,3	+ 29,8	1717,4	65,3	+ 14,6	100,0
4. Quartal	76,0	+ 16,4	–	76,0	+ 16,4	100,0

^a Einschl. des Selbstverbrauchs der öffentlichen Elektrizitätswerke.

Quelle: I) Tabelle 7; III) VfW, Die Energiewirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, 1947–1948, Stat. Informationen Reihe VK-Heft 1/49, BA, Z 8/218; IV) Saisonbereinigt nach dem spezifischen Energieverbrauch in der Verarbeitenden Industrie der BZ (Stat. Monatsheft für die BBZ, Heft 10, Jan. 1949, S. 43). Werte in Klammern stellen nur sehr grobe Größenordnungen dar.

Die mit Hilfe dieses Schätzverfahrens gewonnenen Korrekturen des Index des industriellen Produktionsvolumens sind in Tabelle 12 ausgewiesen. Die Unterschiede zwischen den amtlichen und den geschätzten Werten sind erheblich. Aus Spalte VI der Tabelle lassen sich die jeweiligen Abweichungen von der amtlichen Indexziffer ablesen. Im zweiten Quartal 1948 ist die Abweichung – wie zu vermuten war – mit 13,3 % am größten. Aber auch in den vorangehenden Quartalen liegt sie über 10 %. Für diejenigen Quartale des Jahres 1947, für die keine brauchbaren Schätzunterlagen vorliegen, wurde eine Abweichung von 10 % angenommen. Sie stellt wohl ein Minimum dar.

²⁸ Vgl. VfW, Die Energiewirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, a. a. O.

²⁹ Ebda.

Der amtliche Index weist zwischen dem zweiten und dritten Quartal 1948 einen steilen Anstieg der Produktionskurve aus (vgl. Abbildungen 8 und 10), der als Folge der Währungsreform gilt. Nach Einsetzen der Schätzwerte wird dieses Bild nun erheblich korrigiert: Durch die Anhebung des Produktionsniveaus vor der Währungsreform verschwindet jener Knick in der Produktionskurve weitgehend. Dieses Ergebnis wird durch die Entwicklung der realen Nettoproduktionswerte

Tabelle 13 Das Produktionsniveau in der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1946–1948

	Nettoproduktionswerte ^a (in Millionen RM von 1936) M. D.		Index der industriellen Nettoproduktion (1936 = 100) M. D.		
	Amtl. Schätzung I	Eig. Schätzung II	Amtl. Schätzung III	Eig. Schätzung IV	Zuwachsraten (vH) V
1936	1329	1329	100,0	100,0	
1946					
4. Quartal	478	(526)	36,0	(39,6)	
1947					
1. Q.	423	(456)	31,8	(35,0)	– 11,7
2. Q.	513	(564)	38,6	(42,4)	+ 21,1
3. Q.	562	(618)	42,3	(46,5)	+ 9,7
4. Q.	583	656	43,9	49,3	+ 6,1
1948					
1. Q.	684*	703	51,9	52,9	+ 7,2
2. Q.	705**	745	53,0	56,1	+ 6,0
3. Q.	856***	856	64,4	64,4	+ 14,8

^a Ohne Lebensmittelindustrie; ab 1948 Anteil der Bauindustrie-, Gas- und Stromproduktion nach ihrem Anteil im 4. Quartal 1947 vom Verf. geschätzt.

Quelle: I) 1936 und 4. Quartal 1946 bis einschl. 4. Quartal 1947 nach Angaben des VAW (Die Wirtschaftslage der vereinten Zone im November/Dezember und im Jahre 1947, BA, Z 8/208). Daten für 1948 sind vom Verf. auf der Basis der Bruttoproduktionswerte zu jeweiligen Preisen, wie sie von Bipartite Commerce and Industry Group ausgewiesen werden (OMGUS, Monthly Report No. 45, Stat. Annex, S. 108) geschätzt. Als Deflator (1936 = 1) wurde verwendet:

* 1,4 nach Angaben des VAW (Die Wirtschaftslage (. . .) im Nov./Dez. und im Jahre 1947 a. a. O.);

** 1,57 nach Angaben von H. Mendershausen, a. a. O., S. 650 (umgerechnet auf 1936 = 1);

*** 1,79 nach Stat. Jb. BRD 1952.

Die „Nettoquote“ wurde als Durchschnittswert der Jahre 1933 bis 1944 für die BBZ errechnet. Sie bleibt in diesem Zeitraum praktisch konstant bei 55 vH (STABB, Hauptabt. C, Die Produktionswerte der Industrie der britischen Zone, 1933 bis 1944, Veröffentlichungen für den Dienstgebrauch, Heft 1, Minden September 1946, BA, Z 8/1334). Diesem Wert entspricht auch die „Nettoquote“ der Industrie in der ABZ im Jahre 1946 (Vgl. Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948, a.a.O., S. 78 f.).

II) Schätzung des Verf. auf der Basis von I und des Stromverbrauchs der Industrie (VfW, Die Energiewirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, a. a. O.).

Werte in Klammern geben nur ungefähre Größenordnungen wieder.

1947–1948 bestätigt³⁰ (Tabelle 13). Die geschätzten, „halbamtlichen“ Werte³¹ für das erste und zweite Quartal 1948 liegen schon beträchtlich über den Größenordnungen des vierteljährlichen amtlichen Volumen-Index, während ihm die Netto-produktionswerte für 1947 in etwa entsprechen oder eher niedriger ausfallen (vgl. Tabelle 13 mit Tabelle 12). Werden die auf diese Art errechneten realen Netto-produktionswerte nunmehr ebenfalls dem bereits auf den Index des Produktionsvolumens angewandten Schätzverfahren unterzogen, so ist im Ergebnis die Übereinstimmung zwischen beiden geschätzten Indexreihen groß (vgl. Tabelle 13, IV, mit Tabelle 12, IV).

Demnach gilt auch für die Entwicklung der realen Nettoproduktionswerte, was schon für das Produktionsvolumen festgehalten wurde: Das Produktionsniveau der Industrie des VWG war *vor* der Währungsreform beträchtlich höher als gemeinhin angenommen wird, weil ein erheblicher Teil der Produktion der Erfassung

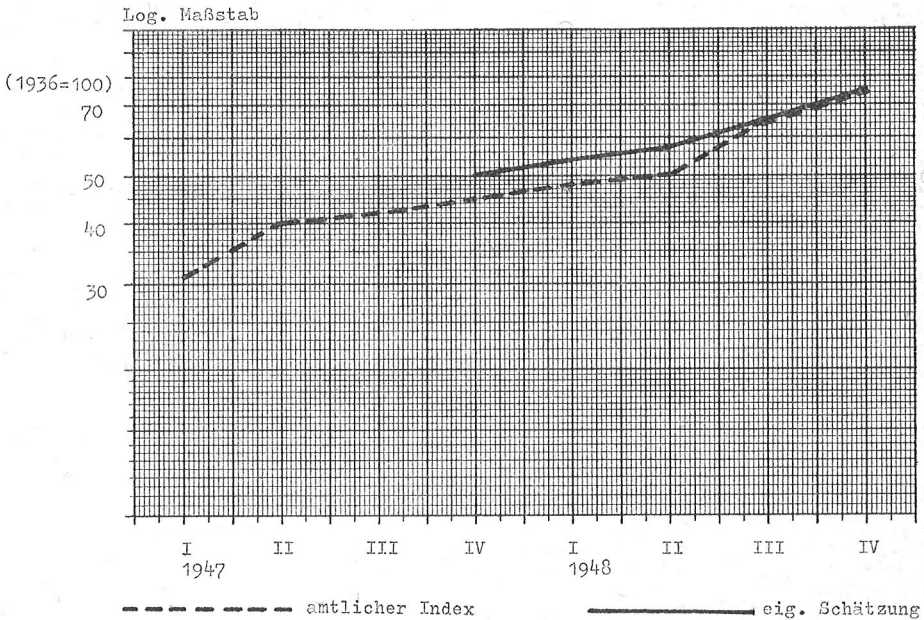


Abbildung 10
Korrektur von Verlauf und Niveau der industriellen Produktion des VWG
Schätzung auf der Basis der Stromproduktivität der Industrie 1947–1948
Quelle: Tabelle 12.

³⁰ Ein amtlicher Index der industriellen Nettoproduktion liegt nicht vor. Es wurden jedoch die realen monatlichen Nettoproduktionswerte von der Vfw für das Jahr 1947 geschätzt (Vfw, Die Wirtschaftslage im November/Dezember und im Jahre 1947, a. a. O.). Für 1948 steht lediglich ein monatlicher Ausweis der Bruttoproduktionswerte der Industrie der vereinten Zone zu laufenden Preisen zur Verfügung, der bis Sept. 1948 fortgeführt wird (ab Oktober 1948 werden nur noch Umsätze ausgewiesen) und bis Aug. 1947 zurückreicht. OMGUS, Monthly Report 45, Stat. Annex, S. 108.

³¹ Zum Verfahren, insbes. zur verwendeten ‚Nettoquote‘ und zum Deflator, siehe Anm. zu Tabelle 13.

durch die Wirtschaftsverwaltung entzogen wurde. Lag das tatsächliche Produktionsniveau aber höher, kann der steile Anstieg der offiziell ausgewiesenen Produktionskurve, wie er in Abbildung 10 hervortritt, nur auf statistischer Täuschung beruhen. Welche Auswirkungen die durchgeführte Korrektur des Produktionsniveaus *vor* der Währungsreform auf die Daten des Produktionsverlaufs nach sich zieht, geht aus den Tabellen 12 und 13 hervor. Der amtliche Index (Tabelle 12, II) belegt zwar den stetigen Anstieg der Wachstumsraten seit dem dritten Quartal 1947, gibt dann aber im zweiten Quartal 1948 mit 4,1 % einen viel zu niedrigen Wert an, der das gesamte Ausmaß der Zwischenproduktionshortung widerspiegelt. Entsprechend hoch fällt dann die Zuwachsrate der Industrieproduktion im dritten Quartal 1948 aus. Es ist gerade dieser Bruch der Entwicklung, der in der Literatur immer wieder als Beleg für folgende charakteristische Behauptung herangezogen wird: „The recovery from the trough of 1947 has been by no means evenly spread over time. In 1948, as a result of the impact effect of the monetary reform, the pace was dramatically fast . . .“³²

Weniger dramatisch nimmt sich dieselbe Entwicklung im Spiegel der durch die Schätzung revidierten Werte aus (Tabelle 12, V und Tabelle 13, V). Zwar zeigen auch diese Zahlen den Wachstumsverlust an, den die Störungen des Zwischenproduktkreislaufs im Mai und Juni 1948 verursacht haben. Doch ist sein Ausmaß nicht ganz so groß, wenn die statistischen Erfassungsfehler – wenigstens zum guten Teil – eliminiert sind. Gleichzeitig läßt das geschätzte höhere Niveau *vor* der Währungsreform die Zuwachsrate der industriellen Produktion im dritten Quartal 1948 auf etwa die Hälfte ihres amtlichen Wertes zusammenschrumpfen. Eine wesentliche Beschleunigung der Wachstumsraten löste die Währungsreform offensichtlich nicht aus.

c) Zusammenfassung

Es mußte zu Beginn der Untersuchung vermutet werden, die amtliche Statistik gebe im Beobachtungszeitraum Verlauf und Niveau der industriellen Produktion des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes nicht korrekt wieder. Die Ergebnisse des Index der industriellen Produktion sowie die „halbamtlich“ ausgewiesenen realen Nettoproduktionswerte der Industrie des VWG wurden deshalb einer kritischen Prüfung unterzogen. Zuerst zeigt sich, daß die Indexkonstruktion selbst – über die üblichen statistischen Fehlergrenzen hinaus – strukturelle Mängel aufweist. Während die Auswirkungen des unterschiedlich hohen Repräsentationsgrades der in den Gesamtindex eingehenden Einzelreihen noch vernachlässigt werden können, führt das verwendete Gewichtungsschema angesichts trendwidriger Änderung der Produktionsstruktur seit 1936 zu Fehlern von beachtlicher Größenordnung. Werden die tatsächlichen Strukturquoten der jeweiligen Nachkriegsjahre

³² UN (ECE), Economic Survey of Europe in 1950, S. 56; auch das Wort vom „Wirtschaftswunder“ hat offenbar hier seine Wurzeln. Schon am 27. August 1948 kennzeichnete der Oberdirektor der Bizone, Pünder, die Entwicklung der Produktion nach der Währungsreform mit den Worten: „Es ist fast wie ein Wunder“ (Allgemeine Kölnische Rundschau v. 27. 8. 1948).

als Gewichte unterlegt, so steigt der Indexwert der industriellen Produktion für diese Zeit um mehr als 13 0/0.

Die aus dieser Quelle herrührende Unterschätzung des Produktionsniveaus hält während des gesamten Untersuchungszeitraumes an und wirkt sich sowohl *vor* als auch *nach* der Währungsreform aus. Allerdings nimmt dieser Effekt im Zeitablauf ab – im gleichen Maße, wie die Industrie des Besatzungsgebietes sich ihrer Vorkriegsstruktur wieder annähert. Für den hier beobachteten Zeitraum muß diese systematische Unterschätzung des Produktionsniveaus durch die amtliche Statistik allerdings in voller Höhe berücksichtigt werden. Sie sollte vor allem im internationalen Vergleich beachtet werden. Ihre allmähliche Aufhebung im Zuge der laufenden Strukturanpassung lieferte eine zusätzliche statistische Komponente des schnellen Wachstums der industriellen Produktion während der fünfziger Jahre.

Eine zweite Fehlerquelle wurde in der lückenhaften Erfassung der Industrieproduktion entdeckt. Zeitgenössische Schätzungen streuen in diesem Punkte sehr weit und können nicht auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden. Es wurde deshalb der Versuch unternommen, die tatsächliche Höhe der Industrieerzeugung zu schätzen. Die Ergebnisse der Schätzung belegen, daß das Produktionsniveau *vor* der Währungsreform in der amtlichen Statistik – als Folge lückenhafter statistischer Erfassung der Produktion – beträchtlich unterschätzt wird. Die folgende Übersicht läßt das Ausmaß des Fehlers deutlich werden:

	Amtl. Index des Prod.-Volumens (1936 = 100)	Eigene Schätzung des Prod.-Volumens (1936 = 100)
1947		
4. Quartal	44,7	50,1
1948		
1. Quartal	48,3	53,7
2. Quartal	50,3	57,0
3. Quartal	65,3	65,3
4. Quartal	76,0	76,0
1. Halbjahr	49,3	55,4
2. Halbjahr	70,7	70,7
M.-D.	60,0	63,0

Danach unterschätzt der amtliche Index das Produktionsniveau im 1. Halbjahr 1948 um mehr als 12 0/0.

Wird aber das Niveau der Produktion *vor* der Währungsreform zu niedrig angesetzt, wird die Entwicklung *nach* dem Währungsschnitt zwangsläufig überschätzt. Durch die den Ergebnissen der Schätzung entsprechende Korrektur des Anstiegs der Produktionskurve wird die Kontinuität des Wachstums der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet seit Beginn des zweiten Rekonstruktionsaufschwungs im Herbst 1947 unterstrichen.

Die Wachstumsraten der Industrieproduktion in der Zeit *vor* und kurz *nach* der

Währungsreform müssen gleichfalls der Wirklichkeit angepaßt werden. Die brüske Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, bisher als gesicherte Folgeerscheinung der Währungsreform geltend, fand offenbar nur in der amtlichen Statistik statt. Der Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft selbst war am 20. Juni 1948 schon seit Monaten in vollem Gange.

4. Erste Ergebnisse

Nachdem nun die Wirtschaftsentwicklung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes näher charakterisiert worden ist und erste Ergebnisse der Untersuchung vorliegen, erscheint es notwendig, auf dieser Grundlage die im ersten Teil grob skizzierte Fragestellung zu präzisieren. Die Frage nach den Startbedingungen der westdeutschen Wirtschaft war vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschaftsentwicklung der fünfziger und sechziger Jahre und im Hinblick auf den langfristigen Wachstumstrend gestellt worden. Ihre Formulierung konnte sich nur des groben Rasters von Jahresdurchschnittswerten der industriellen Produktion bedienen. Diese Informationen schienen die Vermutung der „relativen Stagnation“ der westdeutschen Wirtschaft bis zur Währungsreform – vor allem im Vergleich mit europäischen Nachbarländern – zu rechtfertigen.

Die Untersuchung hat jedoch gezeigt, daß es in der Zeit von 1945 bis 1947 im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet gerade nicht jene „Phase des diskontinuierlichen, mit Rückschlägen verbundenen Wachstums“ gab, wo „Wachstumsanläufe in der ersten . . . in der zweiten Hälfte der beiden Jahre keine Fortsetzung (fanden)“¹. Anders als in der französischen Besatzungszone durchlief vielmehr die Industriewirtschaft in den beiden angelsächsischen Besatzungszonen seit dem Sommer 1945 einen anhaltenden Rekonstruktionsprozeß, der erst im Herbst 1946 an seine Schranken stieß. Dem ungebrochenen Aufschwung folgte der jähe Zusammenbruch, der auch nach Ende der besonderen jahreszeitlichen Anspannung als „Lähmungskrise“ nachwirkte.

Es gilt also den Rahmen der Ressourcen abzustecken, die den ersten Rekonstruktionsanlauf ermöglicht haben, d. h. die Frage nach den Rekonstruktionskräften zu stellen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Aufschwung auf viel höherem Niveau zusammenbrach, als nach den bisher bekannten Zahlen angenommen werden mußte. Zwar läßt sich nur für 1947 und 1948 das vermutliche Ausmaß der statistischen Unterschätzung des Produktionsniveaus ermitteln. Es kann jedoch als sicher gelten, daß auch im Jahre 1946 die amtliche Ermittlung des Produktionsniveaus um rund ein Viertel zu niedrig ausfiel.

Die Produktionsschranke blieb etwa für die Dauer eines Jahres wirksam: Von Herbst 1946 bis Herbst 1947 war der Rekonstruktionsprozeß im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet unterbrochen, ehe die Schranke entfernt oder von der Industrie aus eigener Kraft überwunden werden konnte. Die Währungsreform spielt in dieser Perspektive lediglich eine Nebenrolle. Nach den bisherigen Ergeb-

¹ Manz, a. a. O., S. 40.

nissen steht fest, daß sie das Wachstum der *Erzeugung* nicht wesentlich beschleunigt hat. Umgekehrt wäre die Währungsoperation ohne den stetigen Wirtschaftsaufschwung seit Herbst 1947, der wenigstens die Warenlager füllte, zum Scheitern verurteilt gewesen. Nicht die Währungsreform steht daher am Beginn der westdeutschen Rekonstruktionsperiode, sondern der erfolgreiche zweite Rekonstruktionsaufschwung hat sie erst möglich gemacht².

Dieses Ergebnis steht in scharfem Gegensatz zu den in der Literatur stereotyp wiederkehrenden Einschätzungen der Wirkung der Währungsreform auf die industrielle Erzeugung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet. Besonders entschieden – dabei aber nicht untypisch – fällt das Urteil Jacques Rueffs aus: „Aber war schon der Umfang dieses Wiederaufstiegs erstaunlich, so noch mehr seine Plötzlichkeit. Er setzte auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens auf den Glockenschlag mit dem Tag der Währungsreform ein.“³ Auch André Piéttre läßt den Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft mit der Währungsreform beginnen: „C'est de ce moment que date . . . le redressement décisif de l'économie allemande.“⁴ Dabei berücksichtigt er durchaus die Auswirkungen der Warenspekulation der Monate Mai und Juni 1948, kommt aber dennoch zu dem Ergebnis: „Selbst wenn man das Zurückhalten eines Teils der Produktion vor der Währungsreform und als Konsequenz die Mängel der statistischen Zahlen in Rechnung stellt, ist der brüske Produktionsaufschwung unleugbar.“⁵ Die Unvereinbarkeit dieser Behauptung mit Abbildung 10 ist evident. Die auslösenden Faktoren des westdeutschen Rekonstruktionsaufschwungs müssen daher schon früher zu finden sein – spätestens am Jahresbeginn 1948.

² Dies war den Planungsbehörden vor der Währungsreform wohl bewußt. In seinem Bericht vom 18. 9. 1946 stellt der Finanzausschuß des Zonenbeirates zur Währungsreform auf Anforderung der Kontrollkommission fest, daß „alle . . . gemachten Vorschläge dann als nicht gegeben anzusehen sind, wenn die . . . unerläßlichen Vorbedingungen für das Wiederingangkommen der deutschen Wirtschaft nicht erfüllt werden“ (BTPA 1/180). Vgl. auch Aufbauplan 1948/49, B 2, BA, Z 8/198.

³ Rueff, *Natürliche Erklärung eines Wunders*, S. 205.

⁴ Piéttre, *L'Economie Allemande Contemporaine*, S. 207.

⁵ Ebda; Belege für diese Position finden sich auch in zahlreichen anderen Arbeiten, z. B. Lutz, *The German Currency Reform and the Revival of the German Economy* („production increased rapidly“); Wallich, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs* („rascher Aufschwung“); Balabkins, *Germany Under Direct Controls* („rapid economic upsurge“); Häuser, *Die Teilung Deutschlands*, in: Stolper/Häusser/Borchardt, *Deutsche Wirtschaft seit 1870* („Tempo, das selbst die Optimisten nicht zu hoffen gewagt hatten“). Schon wenige Seiten später relativiert dies Knut Borchardt, indem er die Frage nach dem Stellenwert der Währungsreform für das „Wirtschaftswunder“ bewußt offen läßt.

1. Das analytische Konzept

Die Theorie der Rekonstruktion soll nun zur Analyse der Wachstumsbedingungen der Wirtschaft des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes eingesetzt werden. Sie geht von der Kernthese aus, daß am Ende einer Periode tiefgreifender Wachstumsstörungen in einer Volkswirtschaft grundsätzlich alle Voraussetzungen angelegt seien, schnell zu einem dynamischen Gleichgewichtszustand der Wirtschaft auf einem Niveau zurückzukehren, das ihrem in der Zwischenzeit weiterentwickelten Produktivitätsstandard entspricht. Die Untersuchung des Verlaufs der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet hat schon hinreichend belegt, daß nicht der vertraute Nachkriegszyklus vorliegt, sondern ein – allerdings 1946/47 durch Engpässe auf der Angebotsseite blockierter – Prozeß der Anpassung des Produktionsniveaus an die von den Ressourcen ermöglichte Höhe. Es ist auch evident, daß der bestimmende Einfluß auf die Produktion in dieser Zeit praktisch ausschließlich von der Angebotsseite ausging. Die Nachfrage war zu jedem Zeitpunkt wesentlich größer als die im Rahmen der Ressourcen mögliche Produktion. Das Produktionsniveau wurde daher wesentlich durch die vorhandenen Ressourcen determiniert. Die Analyse der Wachstumsbedingungen muß sich daher sinnvollerweise auf das Instrumentarium der angebotsorientierten Wachstumstheorie stützen. Die Wahl des anzuwendenden Modells orientiert sich sowohl an der Fragestellung als auch an Art und Qualität der verfügbaren Daten. Letztere erlauben nur den Einsatz eines überaus einfachen Modells. Eine ökonometrische Zurechnung des Wirtschaftswachstums an seine Determinanten ist schon aus diesem Grunde nicht anzustreben.

Die Fragestellung selbst läßt sich in drei Punkten zusammenfassen. Es gilt

1. zu prüfen, ob die Voraussetzungen eines Rekonstruktionsprozesses im untersuchten Gebiet vor der Währungsreform gegeben waren;
2. festzustellen, welches die Schranken waren, die den etwaigen Rekonstruktionsprozeß im Winter 1946/47 aufhielten und weit zurückwarfen;
3. zu bestimmen, wann diese Rekonstruktionshemmnisse beseitigt wurden und somit die Rekonstruktion der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes endgültig begonnen hat.

Das verwendete Analysemodell muß daher sowohl die materiellen Grundlagen des Wachstums einschließen, die in den Produktionsprozeß eingehen, als auch die Lenkungsbedingungen der Produktion berücksichtigen. Von den makroökonomischen Determinanten Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt, deren Entwicklung die empirische Wachstumsforschung üblicherweise betrachtet¹, muß der technische Fortschritt hier außer Ansatz bleiben. Der Beobachtungszeitraum ist zu kurz, um

¹ Vgl. etwa F. Grünig, Die makroökonomischen Determinanten des Wirtschaftspotentials.

signifikante Entwicklungen des technischen Fortschritts als selbständige Variablen deutlich werden zu lassen. Im übrigen liegt kein Material vor, das eine eigenständige Analyse dieser Determinante zuließe. Dennoch darf nicht von der organisatorischen und technischen Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren, in der sich der technische Fortschritt konkret niederschlägt, abstrahiert werden. Es soll daher auch der qualitative Standard der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in der Analyse Berücksichtigung finden.

Die Erfassung von Qualität und Menge der Produktionsfaktoren allein wird dem prozessualen Charakter wirtschaftlicher Entwicklung indes nicht gerecht. Hemmend auf das Wachstumstempo wirkten in der Nachkriegszeit der hohe Grad der Arbeitsteilung innerhalb der Volkswirtschaft und ihre Außenhandelsverflechtung. Die zeitliche Parallelität der Produktionsumwege, die in normalen Zeiten und bei funktionsfähiger Infrastruktur Voraussetzung modernen Wirtschaftswachstums ist, wirkt sich nach einem Stillstand des Wirtschaftskreislaufs verzögernd auf den Rekonstruktionsprozeß aus. Dies gilt umso mehr, wenn – wie im Falle des britisch-amerikanischen Wirtschaftsgebietes – über längere Zeit hinweg kein nennenswerter Außenhandel stattfinden kann und selbst der deutsche Wirtschaftsraum durch Zonengrenzen in unorganische, zwangs-autarke Wirtschaftsgebiete zerschnitten ist. In das vorgestellte Analysemodell muß daher auch ein Faktor eingehen, der den Grad der Gleichschaltung der Endproduktion mit der Vorproduktion anzeigt. Dieser Faktor umfaßt neben der Zwischenproduktversorgung auch den Einsatz von Rohstoffen und Nahrungsgütern. In diesem Zusammenhang ist die Leistungsfähigkeit des Transportsystems ebenfalls von großer Bedeutung.

Gerade im untersuchten Zeitraum wird Wirtschaftswachstum nicht allein durch die Verfügbarkeit materieller Produktionsfaktoren bestimmt. Der Umfang produktiver Kombination an sich vorhandener Ressourcen hängt wesentlich von den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der Lenkungsbehörden ab. Einen Automatismus, der immer das tatsächliche an das mögliche Wachstum anpaßt, gibt es – insbesondere vor der Währungsreform – nicht. Die Wirtschaftspolitik der Militärregierungen und die Effizienz der alliierten und deutschen Lenkungsbehörden werden daher zu entscheidenden Faktoren.

Die Produktionsfunktion, auf der die folgende Analyse beruht, hat demnach folgende Gestalt: Das Produktionsniveau soll abhängig sein von den Variablen Arbeit, Kapital, Materialeinsatz und dem von den Militärregierungen angestrebten und administrativ ermöglichten Wachstum. Das Modell ist limitational in dem Sinne, daß in einem bestimmten Zeitabschnitt für ein bestimmtes Produktionsniveau die im Modell enthaltenen Faktoren in einer bestimmten Menge und Relation vorhanden sein müssen und nicht gegenseitig substituierbar sind. Diese Annahme trägt der Tatsache Rechnung, daß Wirtschaftslagen, in denen die Produktion nicht durch die Nachfrage bestimmt wird, „fast regelmäßig durch einen knappen Produktionsfaktor (Engpaßfaktor) gekennzeichnet sind“². Dieser Engpaßfaktor verhindert eine der Nachfrage entsprechende Ausdehnung der Produktion, ob-

² Vogt, Makroökonomische Bestimmungsgründe des wirtschaftlichen Wachstums der Bundesrepublik Deutschland, S. 30.

wohl andere Faktoren dies zuließen. Ein Engpaß soll dann vorliegen³, wenn der dringendste Bedarf nach einem Gut oder nach einer Dienstleistung durch das Angebot nicht gedeckt werden kann und

1. die Ausweitung des Angebots dieses Gutes oder der Dienstleistung kurzfristig nicht möglich ist,
2. nicht auf andere Güter oder Dienstleistungen ausgewichen werden kann und
3. die dadurch hervorgerufene Unterversorgung so wesentliche gesamtwirtschaftliche Auswirkungen hat, daß die Rekonstruktionskräfte der Wirtschaft nicht wirksam werden können.

2. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverwaltung

Die Deutschlandpolitik der Alliierten steht nicht im Mittelpunkt dieser Analyse der industriellen Wachstumsbedingungen in der britischen und amerikanischen Zone¹. Sie muß aber in den Gang der Untersuchung einbezogen werden, soweit sie als Wirtschaftspolitik im Besatzungsgebiet wirksam und/oder selbst zum Engpaßfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Zonen wird. Dabei sind zwei Schauplätze wirtschaftspolitischer Eingriffe in den deutschen Wirtschaftsprozeß zu beleuchten:

Einmal stellt sich die Frage, inwieweit die Politik der „industriellen Entwaffnung und Demilitarisierung Deutschlands mit fortgesetzter Aufsicht über Deutschlands Fähigkeit, Krieg zu führen“², etwa in Gestalt der Industrieniveaupläne, in direkter Weise ein höheres als das tatsächliche Produktionsniveau verhindert hat.

Daneben muß der alliierte Einfluß auf die Lenkungsbedingungen der Wirtschaft des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes berücksichtigt werden. Die Besatzungsmächte trafen auf eine Volkswirtschaft, in der die Allokation der produktiven Ressourcen seit Jahren nicht mehr durch Märkte bei funktionsfähiger Geldordnung gesteuert wurde.

Dieses System war vielmehr gekennzeichnet durch

1. ein mehr oder weniger umfassendes Netz direkter Kontrollen über den Einsatz der produktiven Ressourcen;
2. eine nahezu totale Kontrolle über die Preise;
3. die Bewirtschaftung der meisten Güter im Sinne einer Rationierung;
4. einen Stau monetärer Nachfrage weit über das Angebot an verfügbaren Gütern und Dienstleistungen hinaus.

Dieses wegen des letzteren Kennzeichens auch als „disequilibrium system“ charakterisierte Lenkungsmodell war auch in den angelsächsischen Kriegswirtschaften –

³ Vgl. Salomon, Begriff und Problematik der wirtschaftlichen Engpässe, S. 98 f.

¹ Die Basis, auf der dies geleistet werden könnte, ist nach wie vor schmal. Immerhin liegt seit einigen Jahren mit der Arbeit John Gimbels (The American Occupation of Germany, Stanford 1968 – deutsche Ausgabe 1971) eine erste, auf den Akten der Militärregierung und des Kriegsministeriums beruhende Studie vor, die in vielem zu wesentlich neuen Ergebnissen kommt.

² JCS 1067 vom 26. April 1945, abgedr. bei Stolper, Die deutsche Wirklichkeit, S. 312.

„highly satisfactory“ – angewandt worden³. Dennoch wurde es nach Beendigung des Krieges dort im wesentlichen bald zugunsten eines marktwirtschaftlich bestimmten Systems wieder abgebaut, nachdem der Zwang, alle verfügbaren Ressourcen planvoll auf bestimmte Produktionsschwerpunkte zu konzentrieren, gewichen war. In Deutschland bestand wohl noch diese Notwendigkeit, das System der direkten Kontrollen selbst war aber mit der Auflösung der sie ausübenden Apparate in Staat und Wirtschaft bei Kriegsende unwirksam geworden⁴. Mit der Übernahme der obersten und uneingeschränkten Regierungsgewalt lag es nunmehr in den Händen der Alliierten, den Kontroll- und Lenkungsapparat in ihren Zonen wieder in Gang zu bringen und ihn mit neuer Autorität auszustatten oder alternativ dazu ein marktwirtschaftliches System zu etablieren, dessen Produktionsplanung von privaten Unternehmen und dessen Allokationsmechanismus vom Preis bestimmt wurde.

a) *Die Entstehung des Wirtschaftsraumes*

Die alliierten Besatzungszonen Deutschlands verdanken ihre Entstehung in erster Linie militärisch-strategischen und logistischen Überlegungen. Die gleichzeitigen Verhandlungen über alliierte Zergliederungspläne für das deutsche Staatsgebiet wurden damit nicht unmittelbar verknüpft. Ökonomische und politische Ziele blieben in der Diskussion um den Verlauf der Zonengrenzen im Hintergrund. Trotz dieser formalen Trennung der beiden Themen wurden im Zuge der Verhandlungen dennoch die Voraussetzungen für die faktische Teilung des deutschen Wirtschaftsgebietes geschaffen, die die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege so nachhaltig beeinflusst hat.

In den Kriegsjahren spielte in den Überlegungen zur politischen Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege das „dismemberment“ des Reichsgebietes eine wichtige Rolle⁵. Als sich im Laufe des Jahres 1943 mit dem Fall von Stalingrad und der Landung der Westalliierten in Süditalien die militärische Niederlage der deutschen Truppen ankündigte, trat die Deutschlandplanung der Anti-Hitler-Koalition in ein konkretes Stadium. Nach ihrem Kriegseintritt waren vor allem die USA an der Entwicklung von Teilungsplänen für Deutschland beteiligt. Konkrete Entwürfe, die von dem Anfang 1942 auf Initiative des State Department gebildeten „Advisory Committee on Post-War Foreign Policy“ erörtert wurden und alternativ eine Aufteilung Deutschlands in drei, fünf oder sieben Kleinstaaten vorsahen, stießen allerdings auf starken Widerstand gerade der „Deutschlandkenner“ in diesem Gremium⁶. So stimmten die alliierten Vertreter auf der Moskauer Außenministerkonferenz (18. bis 30. Oktober 1943) und der anschließenden Konferenz der „Großen Drei“ in Teheran zwar in der prinzipiellen Frage der Teilung grundsätzlich überein, verwiesen aber die Einzelheiten der Durchführung an ein neu zu schaffendes Gremium: Die „European Advisory Commission“ (EAC) wurde gebildet⁷. Sie

³ Galbraith, *The Disequilibrium System*, in: AER, 37 (1947), S. 287.

⁴ Zum System der direkten Kontrollen am Ende des Krieges siehe: Balabkins, a. a. O.

⁵ Vgl. Winston Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. III, 2, Bern 1950, S. 180 f., 294.

⁶ Vgl. Mosley, *Dismemberment of Germany*, in: *Foreign Affairs*, 28 (1950), S. 488.

⁷ Vgl. Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, Bd. 1, S. 36 ff.

nahm ihre Beratungen am 14. Januar 1944 in London auf. Solange die Diskussion um die Teilungspläne, die ihren Höhepunkt im kurzlebigen angelsächsischen Einvernehmen über den Morgenthau-Plan für die deutschen Nachkriegsgrenzen⁸ anlässlich der 2. Quebec-Konferenz (11. bis 19. September 1944) erreichte, in den westlichen Hauptstädten noch anhielt⁹, konnte die Kommission jedoch nicht in konkrete Verhandlungen eintreten. Die Vertreter, die die drei Mächte nach London entsandt hatten, waren in ihrer Verhandlungsführung auf detaillierte Instruktionen und schließlich auf den Konsens ihrer Regierungen angewiesen¹⁰. Umso dringlicher wurde es, die Frage der Besetzung Deutschlands und seine Aufteilung in Besatzungsräume zu regeln. Eine interalliierte Besetzung Deutschlands – zumindest im Operationsgebiet der angelsächsischen Truppen – war zuerst erwogen worden¹¹. Der Plan scheiterte am Einspruch des State Department, das fürchtete, durch zu enge militärische Kooperation mit den Briten die Sowjetunion in eine diplomatische Isolierung zu drängen. Allgemeine militärische und logistische Überlegungen kamen hinzu¹². Damit war eine wichtige Vorentscheidung über die territoriale Gliederung des westdeutschen Wirtschaftsgebietes zumindest für die Zeit unmittelbar nach dem alliierten Einmarsch gefallen, obwohl General Eisenhower den Gedanken der interalliierten Besetzung – ohne Erfolg – im Januar und April 1944 erneut aufgriff¹³.

Schon auf der ersten Sitzung der EAC legte der britische Vertreter einen Entwurf vor, der vorsah, Deutschland in den Grenzen von 1937 in drei Besatzungszonen aufzuteilen und dieses Muster auch für die gemeinsame Besetzung Groß-Berlins anzuwenden¹⁴. Der Entwurf war bemüht, die Zonen nach Territorium, Bevölkerung und Wirtschaftspotential möglichst gleichgewichtig einzuteilen. Ein anderer Grundsatz des britischen Vorschlages betraf die deutschen Länder- und Verwaltungsgrenzen¹⁵. Die Zonengrenzen sollten so verlaufen, daß sie den Länder- bzw. Provinzgrenzen folgten und traditionelle Verwaltungsräume nicht zerschnitten¹⁶. Daher wurde in dem Entwurf vorgeschlagen:

Eine Ostzone (Sowjetunion): Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie die ostwärts gelegenen Gebiete;
eine Südwestzone (USA): Saargebiet, Pfalz, Hessen-Darmstadt, Württemberg, Baden und Bayern und
eine Nordwestzone (Großbritannien): Das übrige Nordwestdeutschland mit dem Ruhrgebiet und den Nordseehäfen.

Während die Sowjetunion diesem Vorschlag sogleich zustimmte, waren die USA mit der ihnen zgedachten Südwestzone nicht einverstanden. Sie legten vor allem

⁸ Vgl. Henry Morgenthau, *Germany is Our Problem*.

⁹ Siehe dazu Mosley, *Dismemberment*, a. a. O.; Deuerlein, a. a. O., S. 45 ff.

¹⁰ Vgl. Mosley, *The Occupation of Germany*, in: *Foreign Affairs*, 28 (1950), S. 580–604.

¹¹ Ebda, S. 589.

¹² Ebda; Balabkins, a. a. O., S. 7 gibt auch wirtschaftliche Rivalitäten als Grund an.

¹³ Dwigth D. Eisenhower, *Crusade in Europa*, London 1948, S. 218 f.

¹⁴ Vgl. Mosley, *The Occupation of Germany*, a. a. O., S. 589.

¹⁵ Für die innerdeutschen Verwaltungsgrenzen wurde Bezug genommen auf die deutsche VO vom 25. Juni 1941, RGBl. I, S. 357 f.

¹⁶ Vgl. Mosley, *The Occupation*, S. 587.

Wert auf freien Zugang zu ihrer Zone über die Nordseehäfen und befürchteten andernfalls eine logistische Abhängigkeit der amerikanischen Zone von französischem oder britischem Wohlwollen. Die Briten, die mit dem baldigen Abzug der US-Truppen aus Deutschland rechneten, wollten hingegen schon jetzt durch ein entsprechendes Arrangement der Besatzungszonen das Nachrücken französischer Besatzungstruppen erleichtern¹⁷. Eine Einigung konnte kurzfristig nicht erzielt werden. Die Zeit aber drängte, wenn bei der militärischen Besetzung Deutschlands ein Wettlauf der verbündeten Streitkräfte um günstige territoriale Positionen verhindert werden sollte. So wurde der britische Vorschlag dennoch von den Bevollmächtigten der drei Regierungen am 12. September 1944 schriftlich fixiert (1. Zonenprotokoll), die Namen der Besatzungsmächte im Falle der Nordwest- und der Südwestzone aber offengelassen¹⁸.

Der Streit wurde schließlich beigelegt, als auf der 2. Quebec-Konferenz die USA die Südwestzone – mit einigen Modifikationen – als ihre Besatzungszone anerkannten. Das 2. Zonenprotokoll (14. November 1944) bestimmte ergänzend, daß die Streitkräfte der USA „die Kontrolle über die Häfen von Bremen und Bremerhaven ausüben“ und „Durchgangsverbindungen durch die Nordwestzone“ erhalten¹⁹. Außerdem wurden Hessen-Nassau und Hessen-Kassel zur Südwestzone, das Saargebiet und die Pfalz dagegen zur Nordwestzone geschlagen. Noch ehe das 2. Zonenprotokoll von den beteiligten Regierungen gebilligt worden war²⁰, kündigte der Eintritt Frankreichs in die EAC (27. November 1944) eine Revision der dort getroffenen Abmachungen an. General de Gaulle hatte schon am 12. September erklärt, „que décider sans la France quoi que ce soit qui concerne l'Europe, serait une grave erreur“²¹, und eine französische Beteiligung an der Besetzung Deutschlands gefordert. Seine Bemühungen wurden auf der Konferenz der drei Großmächte in Jalta (4.–11. Februar 1945) von Churchill unterstützt, der mit einem amerikanischen Rückzug aus Europa – wie nach dem Ersten Weltkrieg – rechnete²². Churchill schlug vor, eine französische Besatzungszone aus der Nordwest- und der Südwestzone herauszuschneiden²³. Die nähere Ausgestaltung dieses Plans wurde an die EAC überwiesen.

Die Franzosen beanspruchten fast die gesamte preußische Rheinprovinz, Hessen-Nassau, den größten Teil von Hessen, das Saargebiet, die Pfalz und Baden für ihre Besatzungszone²⁴. Mit Großbritannien kam es darüber zu schneller Einigung²⁵. Die amerikanische Delegation hingegen sah erneut den freien Zugang über die Nordseehäfen und die Autobahn zu ihrer Zone gefährdet. Obwohl Frankreich durch die willkürliche militärische Besetzung großer Teile Nordbadens und Würt-

¹⁷ Ebda, S. 590.

¹⁸ Vgl. Deuerlein, a. a. O., S. 314 ff.

¹⁹ Ebda, S. 321; Vgl. auch S. 325.

²⁰ Die britische Regierung stimmte ihm am 5. Dez. 1944, die amerikanische am 2. Febr. 1945 und die sowjetische am 6. Febr. 1945 zu; vgl. Mosley, *The Occupation*, S. 599.

²¹ Charles de Gaulle, *Discours et Messages, 1940–1946*, Paris 1946, S. 484.

²² Vgl. Marienfeld, *Konferenzen über Deutschland*, S. 196.

²³ Ebda; entsprechendes gilt für Berlin.

²⁴ Vgl. Willis, *The French in Germany*, S. 15.

²⁵ Vgl. Mosley, *The Occupation*, S. 600.

tembergs den Gang der Verhandlungen zu beeinflussen versuchte²⁶, setzte sich die amerikanische Seite schließlich durch.

Im 3. Zonenprotokoll, am 26. Juli 1945 in London unterzeichnet, wurden die Zonengrenzen endgültig gezogen und der französischen Zone schließlich folgende Gebiete zugeschlagen²⁷: Das Saargebiet; die Pfalz; Teile der Rheinprovinz, von Hessen-Nassau und von Hessen; Südbaden; Südwürttemberg einschließlich der preußischen Enklave Hohenzollern; der bayerische Landkreis Lindau²⁸.

Damit war der Grundsatz, bestehende Länder- bzw. Provinzgrenzen nicht mit Zonengrenzen zu durchschneiden, gleich mehrfach gebrochen. Es wurden nicht nur Bezirke – wie z. B. im Falle der Rheinprovinz²⁹ –, sondern auch einzelne Landkreise aus ihrem früheren Verwaltungszusammenhang gelöst³⁰ und damit die Wirtschaftsverwaltung im besetzten Deutschland zusätzlich erschwert.

b) *Wirtschaftsverwaltung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet*

Im Mai 1945 war die deutsche Verwaltung handlungsunfähig geworden. Einem Versuch des Großadmirals Dönitz, eine von ihm geführte „Reichsregierung“ über den militärischen Zusammenbruch hinaus im Amt zu halten, war 14 Tage nach der deutschen Kapitulation von britischen Truppen ein Ende bereitet worden. Die letzten Überreste eines deutschen Regierungsapparates waren zerschlagen. Bis hinunter zur Ebene der Gemeinden war jegliche staatliche Aktivität aus eigener Initiative und Verantwortung gelähmt. In der Berliner Erklärung der Oberbefehlshaber der vier Besatzungsarmeen vom 5. Juni 1945 wird daher festgestellt, daß es „in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde (gibt), die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen“³¹. Gleichzeitig wurden Vorkehrungen für die Verwaltung des Landes angekündigt, wobei davon auszugehen sei, daß die vier Mächte „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung . . . und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“³² übernehmen.

Die Besetzung des westlichen Teils Deutschlands erfolgte noch unter gemeinsamem Kommando der Westalliierten³³. Das von ihren Armeen besetzte Gebiet bildete das

²⁶ Damit war das eingetreten, was durch EAC verhindert werden sollte: der Wettlauf alliierter Truppen um günstige Ausgangspositionen für die wirtschaftliche und politische Kontrolle Deutschlands.

²⁷ Deuerlein, a. a. O., S. 344 f.

²⁸ Der Kreis Lindau gehörte staatsrechtlich noch zu Bayern, der praktischen Verfügung nach aber zur Französischen Zone.

²⁹ Regierungsbezirke Koblenz und Trier.

³⁰ Schon vorher wurde der thüringische Bezirk Ostheim (Rhön) zur Amerikanischen Zone (Bayern) geschlagen. Im Verlauf des Jahres 1945 wurden noch Korrekturen auf der Ebene von Landkreisen an anderen Zonengrenzen vorgenommen. Diese dienten jedoch der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit.

³¹ Deuerlein, a. a. O., S. 338.

³² Ebda.

³³ Das Oberste Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte in Europa (SHAEF) hatte zuletzt seinen Sitz in Frankfurt/M und unterstand General Eisenhower.

sogenannte Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers. In seiner Person als Militärgouverneur war die „höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende . . . Gewalt“³⁴ vereint. Die von ihm erlassenen Gesetze, Befehle und Verordnungen traten im Zuge der Besetzung in Kraft und hatten einheitlich im gesamten Kontrollgebiet Geltung. Auf dieser Basis wurden die Voraussetzungen geschaffen, die grundlegenden ökonomischen Funktionen des öffentlichen Bereichs, wie Strom-, Wasser- und Gasversorgung, Nahverkehr und Nahrungsmittelverteilung auf lokaler Ebene aufrechtzuerhalten und sie dort, wo sie zusammengebrochen waren, wieder in Gang zu bringen. Die Alliierten bedienten sich dabei der bestehenden kriegswirtschaftlichen Verwaltungseinrichtungen der unteren Ebenen³⁵. Sie setzten Bürgermeister und Landräte ein und kontrollierten die deutschen Behörden durch eigene Verwaltungsapparate, die gerade in den Anfängen der Besetzungszeit bis zu den unteren Gebietskörperschaften reichten³⁶. Eine neue Struktur der Wirtschaftsverwaltung ist in dieser frühen Zeit interalliiert besetzter Westdeutschlands indes noch nicht zu erkennen, wie überhaupt „die Gemeinden, Städte und Landkreise nicht nur die unterste, sondern die einzige Stufe deutscher öffentlicher Verwaltung“ darstellten, wo alliierte „Majore und Obersten zu verwalten sich bemühten“³⁷. Es war die Zeit des „muddling through“.

Die Neugliederung der Wirtschaftsverwaltung vollzog sich – nach Zonen getrennt und in der Sache unterschiedlich – erst nach der Übernahme der bis dahin von SHAEF ausgeübten Machtbefugnisse durch die schon vorher gebildeten Militärregierungen der Westzonen. So begann am 14. Juli 1945, wenige Tage vor Beginn der Potsdamer Konferenz, die faktische Teilung des westlichen Deutschland in mehrere quasi-autonome Wirtschaftsgebiete. Die in Potsdam beschlossenen deutschen Zentralverwaltungen für die Bereiche des Verkehrs, der Finanzen, des Außenhandels, der Industrie und des Post- und Fernmeldewesens, die unter der Leitung des Kontrollrates die Behandlung Deutschlands „as a single economic unit“³⁸ gewährleisten sollten, wurden nie geschaffen. Zentrale Organe entstanden – noch während der Konferenz – lediglich in der sowjetischen Besatzungszone. Die Organisation der Wirtschaftsverwaltungen der westlichen Zonen sah anders aus.

Amerikanische Zone Gemäß Direktive 1067 der Vereinten Stabschefs vom 26. April 1945, die zumindest bis zur Konferenz von Potsdam alleinige offizielle Grundlage der Politik der Militärregierung in der amerikanischen Zone blieb,

³⁴ Proklamation Nr. 1 vom 18. Sept. 1944, Amtsblatt der Militärregierung, Deutschland, Kontrollgebiet der Zwölften Armeegruppe, Nr. 1, S. 5.

³⁵ Kreiswirtschaftsämtler und städtische Wirtschaftsämtler. Die Landeswirtschaftsämtler blieben zwar bestehen, erlangten aber erst nach der Neubildung der Länder in den einzelnen Zonen wesentliche Funktionen.

³⁶ Vgl. Vogel, Westdeutschland 1945–1950, Teil 1, S. 11.

³⁷ Arnulf Klett, Rede vor der Hauptversammlung des deutschen Städtetages am 11. 6. 1965 in Nürnberg, in: Leben in der Stadt, Stuttgart 1965, S. 23.

³⁸ The Potsdam Agreement, Report of the Tripartite Conference of Berlin, abgedr. bei: Friedmann, The Allied Military Government in Germany, S. 264.

folgte die Neuordnung der Wirtschaftsverwaltung dem Prinzip der „Dezentralisierung des politischen und administrativen Aufbaus“ mit dem Ziel der „Entwicklung örtlicher Verantwortlichkeit“³⁹. Schon im Mai hatten die Landeswirtschaftsämter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, und noch im Laufe desselben Jahres wurden in den Ländern der amerikanischen Zone Landesregierungen gebildet⁴⁰. Die Länder erhielten volles Selbstverwaltungsrecht und formal weitreichende Befugnisse⁴¹, die allerdings aufhörten, wo „basic occupation policies“⁴² der Militärregierung angingen.

Das Schwergewicht der Verwaltungskompetenz auf ökonomischem Gebiet – wenn man angesichts der amerikanischen General-Vorbehaltsklausel davon sprechen kann – lag bei den Wirtschaftsministern der Länder. Angelegenheiten, die den Länderrahmen sprengten und einheitlicher Regelung auf Zonenebene bedurften, kamen vor den Länderrat der amerikanischen Besatzungszone, der am 6. November 1945 als gemeinsames Organ der Länder gebildet worden war und dem die Ministerpräsidenten der Länder und der Präsident des Senats der Hansestadt Bremen angehörten. Um übergeordnete wirtschaftliche Probleme – insbesondere ehemalige Reichsaufgaben – schneller und einheitlicher zu lösen, richtete der periodisch tagende Länderrat noch im Dezember 1945 einen Ausschuß für Wirtschaft, Industrie und Handel ein, der im Februar 1946 – dann unter der Bezeichnung Hauptausschuß Gewerbliche Wirtschaft – eine Reihe von Unterausschüssen konstituierte. Eine eigene Ministerialabteilung entstand hier allerdings nicht. Die Ausschüsse setzen sich aus Vertretern der Landeswirtschaftsministerien zusammen, die zur Beratung von Gesetzentwürfen in der Regel die Betroffenen selbst als Sachverständige hinzuzogen. Den Rang einer eigenständigen Zoneneinrichtung erlangte erst der Wirtschaftsrat der amerikanischen Besatzungszone, der im August 1946 die Nachfolge des Hauptausschusses antrat. Er übernahm dessen Funktionen und zusätzlich – da seine Mitglieder die Wirtschaftsminister der Länder waren –, die Aufsicht über andere Zoneneinrichtungen, wie z. B. über die Stellen der Sonderbeauftragten⁴³. Das Abhängigkeitsverhältnis zum Länderrat blieb allerdings bestehen.

Zoneneinrichtungen, die geeignet gewesen wären, Verwaltungsarbeit zu leisten und die Grundlagen für die in Potsdam beschlossenen zentralen deutschen Verwaltungen abzugeben, gab es in der amerikanischen Zone nicht – sieht man vom Ver-

³⁹ Directive of the United States Joint Chiefs of Staff to the Commander-in-Chief of the United States Forces of Occupation vom 26. April 1945 (JCS 1067), abgedr. bei Ruhm v. Oppen, Documents on Germany, S. 15.

⁴⁰ Durch Proklamation Nr. 2 vom 19. Sept. 1945 wurden die Länder Bayern, Hessen und Württemberg-Baden gebildet. Durch Proklamation Nr. 3 vom 21. 1. 1947 trat Bremen hinzu, nachdem es dem amerikanischen Besatzungsgebiet wieder eingefügt worden war.

⁴¹ Vgl. dazu: G. v. Schmoller, H. Maier und A. Tobler, Handbuch des Besatzungsrechts, Tübingen 1951.

⁴² Relationships between Military and Civil Government (U.S. Zone) Subsequent to Adoption of Land Constitutions, § 3, abgedr. bei Friedmann, a. a. O., S. 283 ff.

⁴³ Es gab in der US-Zone je einen Sonderbeauftragten für Ernährung und Landwirtschaft, für Preisbildung und für Interzonen- und Außenhandel.

kehr- und Kommunikationsbereich ab⁴⁴. Einrichtungen wie der Wirtschaftsrat oder die Stellen der Sonderbeauftragten verfügten nicht über eigene Beamtenapparate, waren personell, wie im Fall des Wirtschaftsrates, eng mit den Länderregierungen verbunden und übten als Folge dieser Abhängigkeit nur solche Kompetenzen aus, die von den Landesregierungen abgeleitet waren. Ihre Organisation beruhte auf dem Kollegialitäts-(Länderrat) oder dem Ausschußprinzip (nachgeordnete Einrichtungen). So entsprach hier in diesen beiden ersten Jahren der weitgehenden Übertragung legislativer und exekutiver Befugnisse⁴⁵ auf deutsche Behörden eine auffällige institutionelle Schwäche zentraler deutscher Einrichtungen. Für eine konsequente Lenkung von Produktion und Verteilung in der Industrie – wenn sie je beabsichtigt gewesen wäre – fehlte in der amerikanischen Zone jede organisatorische Voraussetzung.

Entsprechend schwach wurde die Lenkung der wichtigen industriellen Produktionsfaktoren gehandhabt. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Verteilung knapper Güter – insbesondere des Kohlenkontingents – auf die einschlägige verarbeitende Industrie durch die Länderwirtschaftsministerien. Roh- und Hilfsstoffe wurden im allgemeinen nach der Verarbeitungskapazität, Fertigwaren nach Bevölkerungszahlen oder anderen, sehr groben Verbrauchsschlüsseln verteilt. Bei bestimmten Einsatzgütern, wie z. B. Eisen, waren an die Zuweisung gewisse Produktionsauflagen geknüpft, doch folgten diese keinem Produktionsplan. Auf der Zoneebene wurden nur einige wenige Güter verplant (Häute, Leder, Zellstoff, Papier u. a.), da zu diesem Zweck lediglich Planungsausschüsse des Länderrates, nicht aber leistungsfähige Behörden installiert waren. Hier liegt auch die Ursache der Realitätsferne der durch die Militärregierung im Frühjahr 1946 angeordneten längerfristigen „Gesamtproduktions- und Außenhandelsplanung“⁴⁶. Sie blieb im Stadium „papierner Vorbereitung“⁴⁷ stecken – was bei der Vorbereitung der gemeinsamen Zwei-Zonen-Wirtschaftsverwaltung amerikanische Wirtschaftsoffiziere damit erklärten, „daß man hierzu nicht imstande war, . . . aber auch eine grundsätzliche Abneigung gegen ein solches Unternehmen“⁴⁸ gehegt habe.

Britische Zone In der britischen Zone hatten die örtlichen Dienststellen der Militärregierung zunächst versucht, mit Hilfe der lokalen Wirtschaftsämter die wichtigsten Produktionsbereiche wieder in Gang zu setzen. Die Gliederung der Wirtschaftsverwaltung der britischen Kontroll-Kommission nach den bisherigen Verwaltungsbezirken, Provinzen und Ländern brachte es aber mit sich, daß die Landeswirtschaftsämter als Mittelinstanzen der früheren Reichswirtschaftsverwaltung

⁴⁴ Die Verkehrsdirektion und Oberpostdirektion entstanden durch Staatsvertrag der Länder der amerikanischen Zone, sie unterstanden auf ausdrücklichen Wunsch der Militärregierung direkt dem Länderrat; vgl. Härtel, *Der Länderrat*, S. 23.

⁴⁵ Jedes vom Länderrat verabschiedete Gesetz bedurfte allerdings der ausdrücklichen Zustimmung der Militärregierung.

⁴⁶ OMGUS – Memorandum vom 15. März 1946; siehe dazu: Emminger, *Wirtschaftsplanung in der Bizone*, S. 145 f.

⁴⁷ Ebda, S. 146.

⁴⁸ Protokoll zum Treffen der amerikanischen und britischen Wirtschaftsoffiziere beim Verwaltungsamt [für Wirtschaft] in Minden am 22. 11. 1946, BA, Z 8/36.

in immer stärkerem Umfang Planung, Verteilung und Kontrolle in der Industrie ihres Wirkungsbereiches unabhängig voneinander betrieben. So wuchs schließlich die Gefahr, daß „ein Wirtschaftsaustausch innerhalb der britischen Zone und gar mit den anderen Zonen nicht mehr in Gang kam“⁴⁹. Diesen regionalen Autarkiebestrebungen der Wirtschaftsverwaltungen der Provinzen begegnete die britische Militärregierung im Oktober 1945, indem sie die zentrale Ebene der Wirtschaftsverwaltung ihrer Zone stärkte. Gleichzeitig schuf sie auf zentraler Ebene ein korrespondierendes deutsches Organ in Gestalt des „Deutschen Wirtschaftsrates bei der Kontroll-Kommission für Deutschland (BE)“⁵⁰. Seine Angehörigen gehörten drei sozio-ökonomischen Gruppen an: Produzenten, Konsumenten und freien Berufen einschließlich Wissenschaftler⁵¹. Sie sollten „soviel Verantwortung auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung und des Management wie möglich“ übernehmen, und zwar „innerhalb der von Zeit zu Zeit von der Militärregierung abgesteckten Grenzen“ zusammen mit den Wirtschaftsämtern⁵². Neben beratenden Aufgaben wurden im Gründungserlaß bereits künftige Exekutivfunktionen im Rahmen einer zentralen deutschen Wirtschaftsverwaltung angesprochen⁵³.

Ein beratendes Gremium ehrenamtlicher „Sachverständiger“ konnte diese Aufgabe aber nicht erfüllen. Folgerichtig wurde das Sekretariat des GEAB – ursprünglich zur Unterstützung des Wirtschaftsrates eingerichtet – nach und nach zu einer Behörde ausgebaut. In ihrer fachlichen Gliederung lehnte sie sich eng an den Aufbau der britischen Wirtschaftsverwaltung an. In Arbeitsstil, Aufgabengebiet und nicht zuletzt nach ihrem Selbstverständnis entsprach sie jedoch weitgehend dem ehemaligen Reichswirtschaftsministerium. Als „Zentralamt für Wirtschaft (ZAW)“ wurde das Sekretariat des GEAB schließlich im April 1946 „höchste (deutsche – d. Verf.) Wirtschaftsautorität in der Britischen Zone“⁵⁴. Weitere exekutive und koordinierende Befugnisse wurden in Aussicht gestellt, doch erlangten erst seit September 1946 einige Abteilungen des ZAW Einfluß auf Planung und Lenkung einzelner Wirtschaftsbereiche⁵⁵.

⁴⁹ Frowein, Erinnerungen an seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat, S. 11.

⁵⁰ Der German Economic Advisory Board (GEAB), wie seine englische Bezeichnung lautet, wurde am 20. 10. 45 durch „Technical Instruction No. 8“ der „Economic Division“ der britischen Sektion der Kontroll-Kommission eingesetzt (BA, Z 8/6).

⁵¹ Aus jeder Gruppe wurden von der Militärregierung 10 Personen berufen. „Acting President“ des Deutschen Wirtschaftsrates wurde am 3. November 1945 der Wuppertaler Fabrikant Abraham Frowein.

⁵² Technical Instruction No. 8, a. a. O.

⁵³ „GEAB will use regional economic offices for its work in the provinces“, ebd.

⁵⁴ Rundverfügung der Economic Sub-Commission CCG (BE), Minden, 12. April 1946, BA, Z 8/6.

⁵⁵ Vgl. Schreiben des Leiters des ZAW, Viktor Agartz, an Reichsminister a. D. Schlange-Schönningen, Leiter des ZEL vom 7. Oktober 1946 (BA, Z 6 I/65). Agartz bezieht sich hier auf die Praxis des ZAW. Die Voraussetzungen, „unter Leitung der CCG die Wirtschaft in der britischen Zone zu lenken“ wurden durch Anweisung des Oberbefehlhabers formal schon am 20. Juni 1946 geschaffen. Die selbständige Lenkungscompetenz beschränkte sich vorerst auf den Bereich der Textil- und Leichtindustrie (Gebrauchs- und Verbrauchsgüterindustrie). Verwaltungsanweisung von Textiles and Light Industries Branch der Trade and Industry Division an das ZAW, vom 20. 6. 1946, betr. Übertragung der Exekutive an das ZAW, Richtlinien Nr. 2, BA, Z 8/1313; vgl. auch Bericht über den Stand der Exekutivbefugnisse des ZAW im Juli 1946, in: Report for the Month of July 1946, (BE), Vol. 1, No. 2, S. 21 f.

Ebenfalls noch im Jahre 1945 wurde der Grundstock einer zonalen deutschen Behörde für den Bereich der Ernährung und Landwirtschaft gelegt. Aus der Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft bei der britischen Militärregierung⁵⁶ entwickelte sich im Frühjahr 1946 das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone (ZEL). Mit Wirkung vom 1. August wurde ihm durch Food and Agriculture Instruction No. 108 die Exekutive „über alle Angelegenheiten, die unter die Befugnisse und in den Bereich des Zentralamtes fallen“⁵⁷, übertragen.

Im Laufe des Jahres 1946 entstanden weitere zentrale Zonenämter und -einrichtungen, die ebenfalls aus ursprünglich konsultativem Status heraus allmählich mit exekutiven Funktionen ausgestattet wurden. Ihrer rechtlichen Konstruktion nach stellten diese Zentralämter Hilfs- und Exekutivorgane der Militärregierung dar. Sie bildeten „gewissermaßen ihre deutsche Seite“⁵⁸. Da sie aber schon vor der Bildung der Länder der britischen Zone⁵⁹ über Exekutivgewalt in deutschen Angelegenheiten verfügten, konnten sie sich zu einem von den Ländern unabhängigen Verwaltungsapparat entwickeln, der als Vorstufe einer deutschen Zentralgewalt ein gewisses Eigengewicht⁶⁰ erlangte. Zur Profilierung gerade der im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Zentralämter für Wirtschaft und für Ernährung und Landwirtschaft trug auch die Persönlichkeit ihrer Leiter bei. Mit Viktor Agartz und Hans Schlange-Schöningen standen politisch denkende und selbstbewußte Männer an ihrer Spitze, die auch von der britischen Militärregierung respektiert wurden⁶¹.

⁵⁶ Die Zentralstelle wurde am 12. 7. 45 in Obernkirchen/Krs. Grafschaft Schaumburg eingerichtet und befaßte sich vor allem mit der Beratung der Militärregierung in Fragen des übergebietlichen Ausgleichs der Lebensmittelversorgung in der britischen Zone. (Vgl. K. Passarge, ZEL 1945–1948, Ein Rückblick, BA, Z 6 I/4b).

⁵⁷ Schlange-Schöningen, Im Schatten des Hungers, S. 299.

⁵⁸ Dorendorf, Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone, S. 23.

⁵⁹ Aus der Rheinprovinz (Nordteil) und der Provinz Westfalen wurde am 18. 7. 1946 das Land Nordrhein-Westfalen gebildet. Es folgten Schleswig-Holstein (23. 8. 1946), Niedersachsen (1. 11. 1946 – aus den Ländern und Provinzen Hannover, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Oldenburg) und die Hansestadt Hamburg.

⁶⁰ Selbst von den wichtigsten Wirtschafts-Hauptabteilungen bei den Oberpräsidenten und Ländern wurde das ZAW als zentrale wirtschaftspolitische Autorität von Anfang an anerkannt. Angesichts der „Unordnung in der immer noch sehr improvisierten Provinzialregierung“, die deren „Wirksamkeit aber auch ihre Autorität“ mindert, schreibt der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft beim Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, Kuske, am 7. 4. 1946 an Agartz (BA, E B 1288 N): „Mir erscheint es sehr notwendig, daß der Wirtschaftsrat . . . von Anfang seines Wirkens an die Länder – und Provinzspitzen strikte Anweisungen über die einheitliche Gestaltung der Wirtschaftspolitik bei den Hauptverwaltungen gibt oder durch die Militärregierung anordnen läßt“.

⁶¹ Vor seiner Berufung zum Leiter des ZAW hatte Agartz die „förmliche Bedingung“ gestellt, es dürfe nicht von ihm verlangt werden, in dieser Position „politisch farblos“ zu werden, und betont, „daß die Ausübung der in Aussicht genommenen Tätigkeit nicht nur in voller Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft, sondern auch gegenüber den Organisationen, denen ich nahe stehe [SPD und Gewerkschaften], zu erfolgen habe. Insoweit dürfe keine Beschränkung in der politischen und wirtschaftspolitischen Bewegungsfreiheit“ auftreten. (Schreiben Agartz an Frowein vom 12. 2. 1946 über seine Besprechung mit den Brigadiers Anderson und Alexander in Minden, BA, Nachl. Frowein Nr. 10, zit. bei Frowein, a. a. O., S. 19). Auch der ehemalige Reichsminister Schlange-Schöningen ließ keinen Zweifel daran aufkommen, „daß ich hier nicht nur Kartoffeln bauen will“. (Schr. an seinen späteren Stellvertreter Passarge am 12. 2. 1946, BA, Z 6 I/1).

Der zentrale⁶² Aufbau der Wirtschaftsverwaltung in der britischen Zone wird im Vergleich mit der Verwaltungsstruktur der amerikanischen Zone deutlich. In der amerikanischen Zone fungierten als Spitzen der deutschen Wirtschaftsverwaltung die Wirtschaftsministerien der Länder. Die wenigen übergreifenden Angelegenheiten wurden in Zonenausschüssen ohne Behördencharakter nach dem Kollegialprinzip verwaltet. In der britischen Zone verlagerte sich hingegen auch auf deutscher Seite schon sehr früh das Schwergewicht der Verwaltung auf zentrale Institutionen. Wenngleich formal völlig von der Militärregierung abhängig, konnten die Wirtschaftszentralämter der britischen Zone im Laufe des Jahres 1946 den personellen⁶³ und rechtlichen Voraussetzungen zur Lenkung und Kontrolle der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion – wenn auch nur sehr langsam – näher kommen. Als dem ZAW im Oktober 1946 die Befugnis übertragen wurde, Verordnungen und Erlasse zu verabschieden, die „allen bestehenden deutschen Gesetzesbestimmungen übergeordnet“⁶⁴ sein sollten, waren aber die Fusionsverhandlungen der Alliierten schon im Gange. Das „Vorläufige Abkommen über die Bildung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung“⁶⁵, von den deutschen Seiten ausgehandelt, lag bereits vor. Die Sicherung „der Lenkung und Koordination der Wirtschaftsverwaltung in der britischen Zone“, der die Verordnung Nr. 52 dienen sollte, konnte somit nur noch in der Übergangsperiode zur Wirtschaftsverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wirksam werden. Der stetige „transfer of power“ auf deutsche Behörden⁶⁶ wurde durch den Zusammenschluß der Zonen vorerst unterbrochen.

Der Zusammenschluß der Zonen entzog auch einem System der Wirtschaftsplanung den Boden, das sich völlig konträr zu den Planungsansätzen der US-Zone entwickelte. Anders als in der amerikanischen Zone hatten die deutschen Behörden der britischen Zone von Anfang an „das Gefühl, daß England von uns eine totale Planwirtschaft erwartet“⁶⁷. Anlaß dazu gab das sogenannte „Spartasystem der

⁶² „Zentralistisch“ war der Verwaltungsaufbau in der britischen Zone nur im Verhältnis zur amerikanischen (und zur französischen) Zone. Das ZAW verfügte zwar über einige Außen- und Treuhandstellen für Aufgaben der Produktionslenkung und -verteilung, hatte aber selbst keinen administrativen Unterbau.

⁶³ Im Sommer 1946 zählte das ZAW 525 Mitarbeiter. Nach der Eingliederung des Verwaltungsamtes für Stahl und Eisen, das von September 1945 bis zum 1. 10. 1946 als Selbstverwaltungsorgan der eisenschaffenden Industrie fungierte, erhöhte sich diese Zahl um mehr als 200 (vgl. Bericht über den Stand der Exekutivbefugnisse des ZAW im Juli 1946, a. a. O., S. 21). Frowein bescheinigte im März 1946 dem Generalsekretariat des GEAB (= ZAW), es sei „praktisch jetzt schon eine zentrale Behörde“ (Schreiben Froweins vom 28. 3. 1946, Abschrift, BA, Z 8/4).

⁶⁴ VO Nr. 52 vom 8. 10. 1946, abgedr. bei Pollock/Meisel/Bretton, *Germany Under Occupation*, S. 177 f.; die VO Nr. 52 war eine Rahmenbestimmung, die den „transfer of power“ Zug um Zug ermöglichen sollte.

⁶⁵ Das „Vorläufige Abkommen“ wurde am 8. 9. 1946 von der Militärregierung genehmigt, am 11. 9. 46 von den deutschen Vertragspartnern unterzeichnet.

⁶⁶ Im formal staatsrechtlichen Sinne gingen die Befugnisse der süddeutschen Länder sicher weiter. Was den Umfang praktischer ökonomischer Gestaltungsmöglichkeiten auf zentraler Ebene angeht, war der Übertragungsprozeß in der britischen Zone aber zweifellos erheblich weiter vorangeschritten.

⁶⁷ G. Keiser, ehem. Leiter der Hauptabt. Planung u. Statistik des ZAW/VAW gegenüber dem Verf. am 5. 4. 1972.

Industrieplanung“⁶⁸. Beginnend im zweiten Quartal 1946 wurden in diesem Rahmen vierteljährliche Produktions- und Rohstoffeinsatzpläne aufgestellt, die von Bedarfsschätzungen der einzelnen Industriezweige ausgingen und einen äußerst geringen Zivilverbrauch in Rechnung stellten. Die britische Militärregierung verfolgte dabei vorrangig die folgenden Ziele: Wiederankurbelung des Produktionsprozesses bei besonderer Förderung des Produktionsgüterbereiches und baldige Reduzierung der britischen Nahrungsmittelzuschüsse. Daneben war der Spartaplan von Anfang an zugleich Mittel einer möglichst wirkungsvollen Kontrolle der Wirtschaft der BBZ. Planung und Ausführung lagen bis August 1946 ausschließlich in den Händen der britischen Militärregierung. Lediglich „technische Mitarbeit bei der Ermittlung des zu deckenden Bedarfes“ und ein „Vorschlagsrecht für die Verteilung der Grundstoffe“ wurden den Fachabteilungen des ZAW eingeräumt⁶⁹. Der deutschen Wirtschaftsverwaltung fehlten zu diesem Zeitpunkt „sowohl Apparat, Personal und nicht zuletzt der Wille“⁷⁰, an der Produktionsplanung mitzuwirken. Die Hauptabteilung Planung und Statistik des ZAW, auf die allmählich die Aufgabe der Kohlenverteilung im Rahmen des deutschen Kontingents und nach Maßgabe festumrissener Prioritäten der Militärregierung übertragen wurde, hatte nicht einen einzigen früheren Beamten in ihren Reihen. Auch aus der gewerblichen Wirtschaft konnte nur schwer Personal rekrutiert werden. Abschreckend hatte hier das Verfahren der Engländer gewirkt, von deutscher Seite vorgeschlagene Kandidaten besonders eingehend nach ihrer politischen Vergangenheit zu durchleuchten, was in sehr vielen Fällen zur Verhaftung des Bewerbers führte⁷¹. Leitende Beamte der Planungsabteilung waren daher in der Mehrzahl junge Hochschulabsolventen ohne praktische Erfahrung⁷². Lediglich in den Fachabteilungen des ZAW konnten sich vereinzelt frühere Beamte halten, soweit sie als Experten unentbehrlich waren.

Personalprobleme hatte auch die englische Wirtschaftsverwaltung, deren Leiter besonders in der Anfangszeit der Besetzung als ehemalige Kolonialoffiziere nur über Fachkenntnisse sehr spezieller Art verfügten⁷³. Dennoch kann der Sparta-Planung als Versuch einer totalen Produktions- und Verteilungsplanung ein gewisser Erfolg nicht abgesprochen werden. Zumindest eines der angestrebten Ziele, die Förderung der Produktionsgüterindustrie, wurde bis zum Zusammenbruch der ersten Rekonstruktionsphase weitgehend erreicht (vgl. Tabelle 5). Ansonsten war der Wert des Spartaplanes allerdings gering. Die britische Verwaltung verschaffte

⁶⁸ Vgl. dazu: ZAW, Hauptabt. A, Die Einschaltung deutscher Stellen in die Industrieplanung des Spartasystems, Minden, 3. Okt. 1946, BA, Z 8/1088.

⁶⁹ Ebda.

⁷⁰ S. Anm. 67.

⁷¹ Besonders in der Phase des GEAB führte dies zur Lähmung der Arbeit, da Vorschläge Froweins häufig abgelehnt wurden und zu Verhaftungen führten, vgl. Frowein an Werkmeister am 1. 12. 1945, BA, Z 8/4.

⁷² Die fehlende Verwaltungserfahrung macht sich auch im Zustand der Akten des Amtes bemerkbar. Eine Aktenordnung wurde nicht eingehalten, offenbar wurden auch Vorgänge nicht abgelegt.

⁷³ Bei der deutschen Verwaltung trug ihnen diese Vergangenheit den Spitznamen „Affenjäger“ ein.

ihren eigenen Anordnungen im Sinne der Planung nicht nachdrücklich genug Geltung. Vor allem das Produktionsergebnis in den Betrieben entzog sich weitgehend ihrer Kontrolle. So blieben Produktionsmeldungen der Landeswirtschaftsämter, deren Ergebnisse „wieder derart niedrig“ waren, „daß von vornherein angenommen werden muß, daß die Meldungen falsch sind“⁷⁴, ohne Folgen.

Auf die Dauer war eine Gesamtplanung unter diesen Umständen naturgemäß nicht möglich. Im August 1946, als das ZAW die Exekutive über Teile des Bewirtschaftungssystems erlangte, war „zur Genüge bekannt, daß beim Handel größere Handelsbestände lagern, als von uns kontingentiert werden“⁷⁵, und die „gegenwärtig zur Verfügung stehenden Exekutivorgane (der Polizei – d. Verf.) nicht geeignet sind, die Staatsautorität auf dem Gebiet der Warenbewirtschaftung durchzusetzen“⁷⁶. Trotz dieser offenkundigen Schwächen stand zu Beginn der Zonenverschmelzung in der britischen Zone ein Apparat zur Planung und Lenkung der Industrie zur Verfügung, der nur eingesetzt werden mußte. Der Erfüllung der ihm gesetzten Ziele standen allerdings – neben der fehlenden Kontrollbefugnis – die in anderem Zusammenhang erwähnte schleppende Wiederaufnahme des Außenhandels und die Forcierung der Kohlenexporte bis Ende 1946 entgegen. Mit dem Zusammenschluß der Zonen und der Verlagerung des VAW nach Frankfurt a. M. wurde zwar die innere Effizienz des Amtes verbessert, seine Kompetenz zunächst aber wieder eingeschränkt⁷⁷.

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Die Bedeutung der wirtschaftlichen Fusion der beiden angelsächsischen Zonen als potentieller Rekonstruktionsfaktor tritt im Hinblick auf die Harmonisierung der Wirtschaftsstruktur dieses Raumes offen zu Tage. Ein Blick auf die regionale Gliederung der deutschen Wirtschaft zeigt, daß unter den wirtschaftspolitisch homogenen Räumen des besetzten Deutschlands vor 1948 das Vereinigte Wirtschaftsgebiet von seinem Gewicht her am ehesten in der wirtschaftshistorischen Kontinuität der deutschen Volkswirtschaft der Vorkriegszeit stand. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet umfaßte 58 0/0 der Fläche und 58,7 0/0 der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Vierzonengebietes (Tabelle 14).

Der Anteil an der Wohnbevölkerung dieses Gebietes war 1946 mit 60,4 0/0 im Vergleich zur Vorkriegszeit noch gewachsen. Entsprechend groß war der Anteil am Arbeitskräftepotential, das auch vor dem Krieg mit 57,6 0/0 den mit Abstand größten Block im „Vierzonengebiet“ darstellte und damals – bezogen auf das Reichsgebiet – etwa die Hälfte des Gesamtpotentials ausmachte. Auch an der gesamtwirtschaftlichen Leistung und am Nettoproduktionswert der Industrie gemessen, bewegte sich der Anteil des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes in diesen Größenordnungen. Der Anteil der Bizone am Auslandsabsatz lag mit 59,7 0/0 noch über ihrem Volkseinkommensanteil (Tabelle 15).

⁷⁴ ZAW, Abt. B 3, Vermerk für Abteilungsleiter, 2. 11. 1946 betr. Produktionsmeldung September, BA, Z 8/1627.

⁷⁵ ZAW, Abt. B 3, Vermerk für Herrn Dr. Trömpel, Minden 20. August 1946, BA, Z 8/1627.

⁷⁶ Agartz an Schlange-Schöningen am 7. 10. 1946, BA, Z 6 I/65.

⁷⁷ S. Anm. 67.

Tabelle 14 Anteil der Besetzungszonen an Fläche, landwirtschaftlicher Nutzfläche, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential des Gebietes der vier Besetzungszonen Deutschlands (1946; vH)

Gebiet	Fläche	landw.	Wohnbevölkerung		Arbeitskräfte-
	1946	Nutzfläche 1946	1939	1946	potential 1939
Amerikanische Zone	30,4	28,9	24,3	26,2	33,5
Britische Zone	27,6	29,8	33,6	34,2	24,1
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	58,0	58,7	57,9	60,4	57,6
Französische Zone ^a	11,4	10,5	9,0	7,8	8,7
Sowjetische Zone	30,3	30,8	25,8	26,9	25,7
Berlin	0,5	— ^b	7,4	4,9	8,0
Vier Zonen und Berlin	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a Einschl. Saargebiet; ^b nach Sektoren den einzelnen Besetzungszonen zugeschlagen.

Berechnet nach: Stat. Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 8 ff., 20 ff. und Wirtschaftsstatistik der deutschen Besetzungszonen, a. a. O., S. 41.

Tabelle 15 Anteil der Besetzungszonen am Volkseinkommen, dem Nettoproduktionswert und dem Auslandsabsatz der Industrie im Gebiet der vier Besetzungszonen Deutschlands (1946; vH)

Gebiet	Volkseinkommen	Nettoproduktionswert	Auslandsabsatz
Amerikanische Zone	22,0	19,1	18,8
Britische Zone	35,6	36,9	40,9
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	57,6	56,0	59,7
Französische Zone ^a	6,8	8,7	10,1
Sowjetische Zone	23,7	26,0	23,2
Berlin	11,9	9,5	7,0
Vier Zonen und Berlin	100,0	100,0	100,0

^a Einschl. Saargebiet.

Quelle: Tabelle 16; Wirtschaftsstatistik der deutschen Besetzungszonen, a. a. O., S. 41.

Die Wirtschaftsstruktur des Reiches spiegelte sich in der Doppelzone genau wider. Vor dem Krieg stimmte die Sektoralstruktur des Reichsgebietes mit der des nachmaligen Vereinigten Wirtschaftsgebietes praktisch völlig überein⁷⁸.

Der intrasektorale Vergleich unterstreicht außerdem die strukturelle Affinität der beiden Zonen, die ihre Industriestruktur in so günstiger Weise ergänzten, daß das Vereinigte Wirtschaftsgebiet eine ausgewogenere Struktur aufwies, als sie jeder Zone für sich vor dem Zusammenschluß eigen war (Tabelle 16).

⁷⁸ Statist. Handbuch von Deutschland, S. 43–45.

Tabelle 16 Anteil der einzelnen Zonen an den industriellen Nettoproduktionswerten der einzelnen Industriegruppen im Jahre 1936 (vH)

Industriegruppen	ABZ	BBZ	VWG	FEZ ^a	(Saar)	SBZ	Berlin	Vier-Zonen-Gebiet ^b
Gesamte Industrie	19,1	36,9	56,0	8,7	1,4	26,0	9,3	100,0
Bergbau	3,5	67,0	70,5	7,5	6,4	22,2	—	100,0
Kraftstoffindustrie	5,4	59,0	64,4	2,9	1,7	31,8	0,9	100,0
Eisenschaffende Industrie	2,6	75,6	78,2	15,6	11,6	—	0,3	100,0
Nichteisenmetallindustrie	13,2	39,9	53,1	7,2	—	30,4	9,3	100,0
Gießereiindustrie	20,1	44,6	64,7	9,8	3,1	21,8	3,7	100,0
Eisen- und Stahlwarenindustrie	11,7	59,7	71,4	6,6	1,1	17,5	4,5	100,0
Maschinenbau	20,2	31,0	51,2	7,5	0,5	29,2	12,1	100,0
Stahl- und Eisenbau	8,2	72,8	81,0	3,7	1,5	9,6	5,7	100,0
Fahrzeugindustrie	39,9	21,7	61,6	6,8	0,1	23,8	7,8	100,0
Elektroindustrie	20,7	15,4	36,1	2,8	0,3	12,1	49,0	100,0
Feinmechanische u. opt. Ind.	20,7	12,1	32,8	17,1	—	31,1	19,0	100,0
Metallwarenindustrie u. verwandte Gewerbe	28,6	21,0	49,6	6,2	—	34,7	9,5	100,0
Industrie der Steine u. Erden	23,1	34,4	57,5	14,0	1,5	26,7	1,8	100,0
Keramische u. Glasindustrie	21,2	26,4	47,6	8,6	3,1	40,9	2,9	100,0
Sägeindustrie	30,2	24,0	54,2	16,4	0,4	27,9	1,5	100,0
Holzverarbeitende Industrie	21,8	33,5	55,5	10,3	0,2	26,4	8,0	100,0
Chemische u. chemisch-technische Industrie	20,0	34,6	54,6	11,2	0,2	27,8	6,4	100,0
Kautschuk- u. Asbestindustrie	21,7	51,3	73,0	2,6	0,0	13,9	10,5	100,0
Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstoffindustrie	24,7	22,8	47,5	11,7	—	40,8	—	100,0
Druck u. Papierverarbeitung	19,6	26,4	46,0	5,4	0,4	27,8	20,8	100,0
Lederindustrie	33,6	19,0	52,6	21,8	0,3	21,4	4,2	100,0
Textilindustrie	18,1	31,6	49,7	9,7	—	38,9	1,7	100,0
Bekleidungsindustrie	16,7	20,5	37,2	4,9	0,3	19,5	58,4	100,0
Ind. d. Öle u. Fette, Futtermittel u. tierischen Leime	10,8	74,0	84,8	2,6	0,3	10,3	2,3	100,0
Spiritusindustrie	12,6	42,3	54,9	9,1	—	25,1	10,9	100,0
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	20,4	35,4	55,8	9,6	1,0	26,1	8,5	100,0
Elektrizitäts- und Gasversorgung	20,7	32,3	53,0	7,8	0,9	24,7	14,5	100,0
Bauindustrie u. sonstige Industriezweige	25,0	28,2	53,2	7,7	0,9	32,7	6,4	100,0

^a einschl. Saargebiet; ^b mit Saargebiet und Berlin.

Quelle: Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen, a. a. O., S. 45.

Die Inkongruenz der Struktur der Wirtschaftsverwaltungen der beiden Zonen hingegen mußte ihren wirtschaftlichen Zusammenschluß komplizieren. Das System zentraler Wirtschaftsverwaltungen, das in der britischen Zone zu einem wichtigen Instrument der Planung und Lenkung der Produktion werden sollte, lehnten die süddeutschen Länder entschieden ab. Sie wollten vielmehr ihr betont föderalistisches Verwaltungssystem auf beide Zonen übertragen und stimmten in dieser Frage mit der amerikanischen Militärregierung voll überein⁷⁹. Die britische Verhandlungsposition war verhältnismäßig schwach. Der Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes, gemeinsame deutsche Verwaltungsorgane ohne Regierungscharakter für die wirtschaftlichen Angelegenheiten zu schaffen, wurde vor allem unter dem Aspekt einer Umverteilung der finanziellen Lasten⁸⁰ zugunsten Großbritanniens gesehen. Hinter dieses Ziel mußten die britischen Gestaltungswünsche hinsichtlich der bizonalen Verwaltungen zurücktreten. Die US-Amerikaner nutzten ihre starke Position.

Die gemeinsamen Zoneneinrichtungen wurden nicht mit voller Exekutivgewalt ausgestattet, wie es dem Konzept einer deutschen wirtschaftlichen Zentralgewalt entsprochen hätte und wie sie dem ZAW beinahe zur selben Zeit von der britischen Militärregierung schon eingeräumt worden war⁸¹. Andererseits scheiterte der Versuch, das Länderratsmodell konsequent auf das gesamte britisch-amerikanische Besatzungsgebiet zu übertragen, am Einspruch der Briten. Schließlich wurde eine Lösung gefunden, die zwar das ZAW in seiner personellen Substanz erhielt, als Beschlußorgan aber einen Verwaltungsrat vorsah, der paritätisch mit den Wirtschaftsministern der beiden Zonen besetzt war⁸². Der Vorsitzende des Verwaltungsrates für Wirtschaft (VRW) war gleichzeitig Leiter des Verwaltungsamtes für Wirtschaft (VAW), das die Nachfolge des ZAW und des Wirtschaftsrates des Länderrates antrat. In seinem inneren Aufbau war die Tradition des ZAW für das VAW prägend. Es wurde im wesentlichen aus dem Kader des ZAW aufgebaut, zu dem Beamte aus den Landeswirtschaftsministerien der amerikanischen Zone stießen. Die Abteilungsgliederung des VAW entsprach ebenfalls völlig der Gliederung der alliierten Zweimächteverwaltungsverwaltung. Als gemeinsame britisch-amerikanische Kontrollstelle, die dem VRW und damit auch dem VAW unmittelbar vorgesetzt war, wurde die Bipartite Economic Control Group (BECG) gegründet. Sie war nach dem Kollegialprinzip geordnet und arbeitete nicht nach den Grundsätzen einer Behörde. Ihre Aufgabe bestand darin, die deutschen Dienststel-

⁷⁹ Vgl. die Denkschrift des hessischen Ministerpräsidenten Geiler vom 4. 8. 1946, auszugsweise abgedr. bei Strauß, Die parlamentarische Aufgabe der Ministerpräsidenten, S. 7 f.

⁸⁰ Die britische Regierung gab jährlich über 80 Millionen Pfund für ihre Zone aus (vgl. Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 213), die aus dem Budget aufzubringen waren, während etwaige finanzielle Vorteile der Besetzung in erster Linie der englischen Industrie zugute kamen.

⁸¹ VO Nr. 52 vom 8. 10. 1946.

⁸² In der amerikanischen Zone nominierte sie der Länderrat, für die britische Zone die Militärregierung. Neben dem VRW entstanden im September 1946 auch der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat, der Gemeinsame Deutsche Finanzrat, der Verwaltungsrat für Verkehr und der Verwaltungsrat für Post- und Fernmeldewesen. Der geplante Verwaltungsrat für Personalwesen wurde nicht realisiert. (Vgl. Vogel, Westdeutschland I, S. 23).

len über die Wirtschaftspolitik der Militärregierung zu unterrichten, die vom Bipartite Board in Berlin beschlossenen Richtlinien an den VRW und das VAW weiterzuleiten und ihnen Anweisungen zu geben, Entschließungen des VRW zu genehmigen oder abzulehnen und Neueinstellungen von Mitarbeitern in der deutschen wirtschaftlichen Verwaltung zu überprüfen⁸³. Als ab 1. Januar 1947 die Exekutive für kurze Zeit in deutsche Hände (VRW) übergang, blieb der BECG die Kontrollfunktion.

Wurde durch die Bildung der BECG die Zusammenarbeit mit der Militärregierung vereinfacht, so hob die Art der Konstruktion des Verwaltungsrates und die Schwerfälligkeit des Gesetzgebungsmechanismus diesen Vorteil wieder auf. Beschlüsse des Verwaltungsrates bedurften einer Mehrheit von fünf Stimmen. Bei Stimmengleichheit und im Falle eines Minderheitsvotums lag es im Ermessen der Militärregierung, diese Beschlüsse für alle Länder als verbindlich zu erklären oder sie nicht in Kraft zu setzen. Auch wurde die Gesetzgebungsbefugnis des VRW von den süddeutschen Ländern grundsätzlich bestritten. Naturgemäß mußten dieser Entscheidungsgang und der politische Widerstand die Beweglichkeit und das Durchsetzungsvermögen der Wirtschaftsverwaltung entscheidend hemmen. Die offizielle Rücknahme der Rechtsetzungsbefugnisse der bizonalen Ämter im März 1947⁸⁴ stellte daher nur die Notifizierung eines in der Praxis bereits weitgehend vollzogenen wirtschaftspolitischen Rückschritts dar. Die Rücknahme erfolgte offenbar auf amerikanischen Druck, um Beschlüsse des VRW in Richtung auf Sozialisierung der Schlüsselindustrien im Zwei-Zonen-Gebiet zu verhindern, die durch die SPD-Mehrheit im VRW möglich wurden. Offiziell wurde die im Potsdamer Abkommen festgelegte, ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis des Kontrollrates und der Zonenbefehlshaber in den Vordergrund gestellt, wobei die Rücksichtnahme auf die laufende Außenministerkonferenz in Moskau in der Tat eine Rolle gespielt haben mag⁸⁵.

Es war nunmehr unmißverständlich klargelegt, daß es „keine deutsche Regierungsstelle (gibt), die ein für beide Zonen bindendes Gesetz erlassen kann“⁸⁶. Deutsche bizonale Verwaltungsräte durften Gesetze zwar empfehlen, „aber weder erlassen, noch andere Stellen ersuchen, sie zu erlassen“⁸⁷. Verordnungsempfehlungen des VAW überprüfte auf britischer Seite ein Dreier-Ausschuß. In der amerikanischen Zone wurde wieder der Länderrat als Gutachter eingeschaltet. Lag dessen Stellungnahme vor, konnten die Ministerpräsidenten durch die Militärregierung angewiesen werden, die Verordnung in Kraft zu setzen. In der britischen Zone mußte dagegen eine Militärregierungsverordnung erlassen werden⁸⁸. Unter

⁸³ Technische Anweisung Nr. 1 der BECG vom 5. 10. 1946, betr. Zweizonen-Wirtschaftsorganisation, BA Z 8/140.

⁸⁴ Vgl. Verfügung von BECG an den VRW vom 12. 3. 1947, betr. Befugnisse des VRW, BA, Z 1/244, abgedr. bei Vogel, Westdeutschland II, S. 378 f.

⁸⁵ Vgl. Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 161 f.

⁸⁶ S. Anm. 84.

⁸⁷ Ebda.

⁸⁸ Vgl. Sten. Bericht über die Sitzung des VRW am 21. 3. 1947, betr. Rücknahme der Rechtsetzungsbefugnisse der bizonalen Ämter, BA, B 102/Zug. 83/59-012, abgedr. bei Vogel, Westdeutschland II, S. 382.

diesen Bedingungen war eine Gesetzesempfehlung des VAW bzw. VRW nicht zu verwirklichen⁸⁹. Verstärkt wurden die eher negativen Auswirkungen des Zusammenschlusses der Wirtschaftsverwaltung in der Phase der „vorläufigen Abkommen“⁹⁰ durch die Verlagerung der voneinander unabhängigen Verwaltungen auf fünf verschiedene Städte der Doppelzone. Die notwendige Koordinierung der Verwaltungstätigkeit war unter den herrschenden Verkehrs- und Kommunikationsbedingungen nicht zu leisten.

Die Beseitigung dieser offenkundigen Mängel war Ziel der Reorganisation der bizonalen Verwaltung. Sie wurde nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz (10. 3. bis 24. 4. 1947) politisch möglich und führte im Mai 1947 schließlich zum „Abkommen über Neugestaltung der zweizonalen Wirtschaftsstellen“⁹¹. Danach wurden die Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt zusammengefaßt. Dort trat auch der neugeschaffene Wirtschaftsrat zusammen, dem zur „Leitung des zulässigen Wiederaufbaus“ das Recht zur „Annahme und Verkündung von Gesetzen“ übertragen wurde⁹². Seine 52 Mitglieder wurden von den Landtagen gewählt. Sie ernannten die Direktoren der Verwaltungen. Die Direktoren wurden vom Exekutivrat, der aus je einem Vertreter der Länderregierungen bestand, vorgeschlagen und bei der „Ausführung von Gesetzen und Durchführungsbestimmungen . . . in Übereinstimmung mit den vom Wirtschaftsrat festgelegten Grundsätzen“⁹³ koordiniert und überwacht. In ihrer Amtsführung waren sie jedoch dem Wirtschaftsrat verantwortlich.

Die Neuordnung legte die exekutive und legislative Gewalt in den zentralen Bereich zurück. Die Länder konnten zwar über den Exekutivrat Gesetzesinitiativen einbringen, waren aber aus dem Gesetzgebungsprozeß selbst ausgeschlossen.

Ihre endgültige Struktur fand die Wirtschaftsverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Frühjahr des Jahres 1948. An die Stelle des Exekutivrates, dessen Kompetenzen umstritten waren, trat nun ein Länderrat, der neben dem zum Parlament aufgewerteten Wirtschaftsrat die Funktion einer zweiten Kammer im Gesetzgebungsprozeß übernahm. Die Koordinationsaufgaben des Exekutivrates gingen auf den Verwaltungsrat über, dem neben einem „koordinierenden Vorsitzenden ohne besonderen Geschäftsbereich“⁹⁴ die Direktoren der Verwaltungen des

⁸⁹ Vgl. Pünder, Das Bizonale Interregnum, S. 85.

⁹⁰ Die Verwaltungsräte wurden durch „Vorläufige Abkommen“ von deutschen Vertretern beider Zonen nach Zustimmung der Militärregierung im September 1946 gebildet. Die rechtliche Grundlage der gemeinsamen Verwaltung schuf schließlich das sog. „Bevin-Byrnes-Abkommen“ (Fusionsabkommen), das erst nach schwierigen Verhandlungen über den Umfang der beiderseitigen finanziellen Verpflichtungen für die Zonen zwischen den beiden Besatzungsmächten am 1. 1. 1947 in Kraft treten konnte.

⁹¹ Das Abkommen (Anhang A zur Proklamation Nr. 5 (U.S.) bzw. VO Nr. 88 (U. K.) vom 10. 6. 1947) ist abgedr. bei Pünder, a. a. O., S. 373 ff.

⁹² Proklamation Nr. 5/VO Nr. 88, ebda.

⁹³ Ebda, S. 374.

⁹⁴ Proklamation Nr. 7/VO Nr. 126 vom 9. 2. 1948, abgedr. bei Pünder a. a. O., S. 377; die Zahl seiner Mitglieder wurde verdoppelt, es erhielt gewisse Budgetrechte, das Recht, den Vorsitzenden des Verwaltungsrates (Oberdirektor) und die Direktoren der Verwaltungen zu wählen und vor allem die legislative Gewalt – soweit sie nicht der Militärregierung vorbehalten blieb.

Vereinigten Wirtschaftsgebietes angehörten. Damit hatte die Verwaltungsstruktur des Vereinigten Wirtschaftsgebietes „den Charakter . . . wenn auch nicht den Namen einer Regierung“⁹⁵ angenommen, die von einem nicht nur auf wirtschaftliche Fragen beschränkten Parlament kontrolliert wurde. Die Rolle des „Wirtschaftsministeriums“ übernahm die Verwaltung für Wirtschaft (VfW), die auch personell mit 2045 Amtsangehörigen⁹⁶ an die Dimensionen eines Ministeriums erinnerte. Der innere Aufbau der VfW entsprach ebenfalls wieder der Tradition des Reichswirtschaftsministeriums⁹⁷. Reine Bewirtschaftungsaufgaben wurden besonderen „Lenkungsämtern“ übertragen. Eine Sonderabteilung Wirtschaftsplanung (SW) wurde „ihrer besonderen Bedeutung wegen . . . als wesentliches Instrument der Wirtschaftslenkung“⁹⁸ dem Direktor selbst unterstellt.

In scharfem Kontrast zu dieser organisatorischen Hervorhebung der Planungsabteilung steht ihr tatsächlicher Funktionsverlust. Der Grund für Umbenennung und Ausgliederung lag weniger in der Sache als in der Person des SW-Leiters. Als früherer Leiter der Hauptabteilung Planung und Statistik des VAW sollte er weder in der Hierarchie des Amtes absteigen noch sich einem anderen Hauptabteilungsleiter unterordnen müssen. Unter den in Frankfurt herrschenden politischen Bedingungen bedeutete diese Separierung der Planungsabteilung eher eine Schwächung als eine Stärkung der Planungsmöglichkeiten, da die formale Hervorhebung der Planungstätigkeit des Amtes bei der Mehrheit im Wirtschaftsrat auf Ablehnung stieß. Die Sonderabteilung hatte denn auch nichts eiligeres zu tun, als „klar zu machen, daß sie nicht plane“⁹⁹.

Der in der britischen Zone mit dem Spartasystem eingeschlagene Weg war nach dem Zusammenschluß unwiderruflich verlassen worden. Obwohl im September 1946 Wirtschaftsplanung und Produktionslenkung für beide Zonen dem VRW übertragen wurden, führte die Fusion im Vergleich zu den in der britischen Zone vorher bestehenden Verhältnissen zu einem schweren Rückschlag. Die Rücknahme der Exekutivbefugnis, Kompetenzstreitigkeiten zwischen verschiedenen Institutionen der Zonen, das Fehlen ausreichender statistischer Arbeitsgrundlagen und die Dislokation der Verwaltungsämter lähmten die praktische Arbeit des VAW bis in den April des Jahres 1947. Die schwere Krise des Winters 1946/47 traf die deutsche Verwaltung in einer desorganisierten und rechtlich wie politisch ohnmächtigen

⁹⁵ Clay, *Decesion in Germany*, S. 176.

⁹⁶ Stand 1. 4. 1948 einschl. Bewirtschaftungsstellen; vgl. Vogel, *Westdeutschland II*, S. 25; das VAW hatte im Februar 1947 noch 1454 Angestellte und 336 Arbeiter an BECG gemeldet (BA, Z 8/76).

⁹⁷ Hauptabt. I Allgemeine Aufgaben und Verwaltung
Hauptabt. II Wirtschaftspolitik
Hauptabt. III Binnenwirtschaft I (Eisen u. Metalle, Chemie, Mineralöle u. Konsumgüter, Bauwesen)
Hauptabt. IV Binnenwirtschaft II (Energie und Wasser, Bergbau, Kohle)
Hauptabt. V Außenwirtschaft
Vgl. BA, Z 8/126 (Bemerkungen zum Organisationsplan der VfW des VWG).

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Auskunft des ehem. Leiters der SW, Dr. G. Keiser, am 5. 4. 1972.

Verfassung. Gewiß hat auch diese Schwäche der deutschen Verwaltung das Ausmaß des industriellen Zusammenbruchs beeinflußt.

Am 1. April 1947 begann schließlich die Phase der bizonalen Kohlenplanung, deren Rahmen allerdings inhaltlich und zeitlich sehr eng abgesteckt war. Immerhin wurde damit die Kohlenzuteilung als Zuständigkeitsbereich zentraler Planungsstellen „fast uneingeschränkt akzeptiert“¹⁰⁰. Die Militärregierung griff dennoch immer dann in den Planungsprozeß ein, wenn sie die Ziele ihrer eigenen Wirtschaftspolitik durch deutsche Planungsentscheidungen gefährdet sah. So ordnete sie beispielsweise im Juni 1947 an, die Stahlproduktion unter keinen Umständen zu drosseln¹⁰¹ – eine Entscheidung, der die deutschen Planer auf Kosten der Hausbrandbevorratung und der gewerblichen Kleinverbraucher nachkommen mußten. Im übrigen beschränkten sich die Maßnahmen der deutschen Seite auf die Sicherung der inneren Proportionalität der industriellen Entwicklung. Ihre besondere Beachtung galt dabei der Verflechtung der einzelnen Industriezweige, um Wachstumsverluste durch disproportionale Entwicklung auszuschließen. Dies ist ihr – auf allerdings sehr niedrigem Niveau – auch weitgehend gelungen (vgl. Tabelle 7).

Gegen Ende 1947 fanden im Zuge einer Neuordnung zum ersten Mal auch marktwirtschaftliche Elemente Eingang in das Bewirtschaftungssystem. Die Einführung des durchlaufenden Bezugsrechtes mit Verbraucherkontingentierung auf dem Gebiet der Eisenbewirtschaftung, die seit Mitte 1947 ebenfalls bizonal geregelt wurde, signalisierte die Abkehr vom Anspruch der umfassenden Produktionsplanung und dem Spartasystem. Im Ziel, „ein Maximum an wirtschaftlicher Freizügigkeit mit einem Minimum an Lenkung zu verbinden“¹⁰², kam die neue Richtung, in die das Wirtschaftssystem der Bizone sich seit dem Zusammenschluß bewegte, klar zum Ausdruck. Das neue System rückte von der Herstellerkontingentierung ab. Geplant wurde nunmehr anstelle der Produktion der Verbrauch. Das Bezugsrecht versetzte den Verbraucher¹⁰³ erstmals in die Lage, selbst den für ihn günstigsten Produzenten auszuwählen. Den Produzenten gab es die Chance, um die Kontingente, d. h. um die Zuteilung der nötigen Rohstoffe, zu konkurrieren.

Die Lenkung der Industrieproduktion über den Einsatz strategischer Rohstoffe förderte in dieser frühen Phase des Wiederaufbaus indirekt auch die Konzentration aller Kräfte auf den Investitionsbereich. Sobald Kohle und Eisen über die Erfordernisse des „Gleichgewichts des Mangels“ hinaus verfügbar waren, garantierte die Konzentration der Zuweisungen auf wenige Großverbraucher Investitionsschwerpunkte in den jeweiligen Engpaßbereichen. Auf diese Weise konnten – insbesondere während des Jahres 1947 – die erforderlichen Ressourcen zur Wiedererrichtung des Transportsystems und anderer Einrichtungen der Infrastruktur abge-

¹⁰⁰ Vgl. Emminger, Wirtschaftsplanung, S. 147.

¹⁰¹ Ebda, S. 155.

¹⁰² G. Keiser, Die Neuordnung des Bewirtschaftungssystems, in: Mitteilungsblatt des VAW, 1 (1947), S. 293 f.

¹⁰³ Gemeint sind nicht Konsumenten, sondern die Hauptverbrauchergruppen für Eisenerzeugnisse wie der Bergbau, der Verkehr oder die Landwirtschaft.

zweigt werden, obwohl die Industrieproduktion nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau stand. Nach der Währungsreform, als Investitionsentscheidungen wieder mit Finanzierungsproblemen zusammenfielen, mußte gerade im öffentlichen Sektor die Investitionstätigkeit „infolge der angespannten Finanzlage“¹⁰⁴ stark eingeschränkt werden. Der zunehmende Kompensationshandel und der Schwarze Markt lassen sich nicht zuletzt aus dieser Konzentration der offiziellen Zuteilung auf die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien erklären. Hierin lag die Schwäche des Bewirtschaftungssystems. Es konnte nicht verhindern, daß sich in der späten Phase der vermutlich größere Teil der Industrierzeugung der Bewirtschaftung entzog.

Einige Bedeutung erlangte während der bizonalen Phase auch die Planung des Außenhandels. Es handelte sich dabei in erster Linie um Rahmenpläne, die unter bestimmten – meist zu optimistischen – Annahmen Vorausschätzungen über die Entwicklung der Produktion und des Außenhandels der Bizone enthielten. Obwohl auf die Erfahrung der Sparta-Planung zurückgegriffen werden konnte, lohnte es sich in der Regel nicht, den Plan konkret durchzurechnen. Entweder blieben die Kohlenzuteilungen weit unter Ansatz, oder aber JEIA erfüllte das genehmigte Einfuhr-Soll nicht bzw. nur schleppend. Meist erwiesen sich aber beide Grundvoraussetzungen des Planes binnen kurzem als falsch¹⁰⁵. Der Planungsapparat selbst war ebenfalls zu schwach, um ein kompliziertes System von Einzelplänen erfolgreich zu koordinieren. So blieb auf dem Sektor der Produktionsplanung allein der Teilplan Kohle übrig. Erst später folgte die Eisenbewirtschaftung. Im Außenhandel reduzierte sich die Planung mehr und mehr auf die Koordination der Anforderungen der einzelnen Fachabteilungen der Wirtschaftsverwaltung.

Gewiß darf nicht übersehen werden, daß der Planungs- und Bewirtschaftungsapparat dennoch durch „planmäßige Konzentration der Energien auf bestimmte Schwerpunkte einzelne Grundstoffindustrien gefördert und bestehende Engpässe gemildert“¹⁰⁶ hat. Der Versuch, die Steuerung der Bizonenindustrie mit Hilfe eines Systems direkter Kontrollen zu handhaben, wurde aber nach der Fusion der beiden angelsächsischen Zonen nicht ernsthaft weiterverfolgt. Die US-Direktive, „den Aufbau und die Verwaltung der deutschen Wirtschaft im größtmöglichen Umfang zu dezentralisieren“¹⁰⁷, nahm mit der Ausweitung des amerikanischen Einflusses auf beide Zonen Gestalt an.

c) Alliierte Wirtschaftspolitik im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet

Vor dem Potsdamer Abkommen Als die ersten alliierten Truppen deutschen Boden betraten, waren die späteren Zonengrenzen schon (vorläufig) gezogen, die künftige Wirtschaftspolitik im westlichen Besatzungsgebiet hingegen noch nicht

¹⁰⁴ Deutsche Bundesbahn, Sechs Jahre Wiederaufbau, S. 20.

¹⁰⁵ Es handelt sich hier um den nach dem ersten Leiter des VAW, Mueller, so genannten „Mueller-Plan“. Auf der Grundlage der durch das Fusionsabkommen geschaffenen Perspektiven sah er für 1947 eine Ausfuhr zwischen 420 und 760 Mill. \$ vor. (Vgl. Tab. 52). Ihm folgten: Guide-Plan, Working-Plan und BECG-Plan. Vgl. Emminger, a. a. O.

¹⁰⁶ Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, S. 4.

¹⁰⁷ JCS 1067 vom 26. April 1945.

konkret festgelegt. Weder bestand in dieser Frage Einverständnis unter den Alliierten, noch hatte sich in Washington aus der kontrovers geführten Diskussion über die Art der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands eine Entscheidung herausgeschält.

In Großbritannien hatte das Kriegsministerium vergeblich versucht, im Rahmen der EAC eine gemeinsame Deutschlandpolitik abzustimmen. Im Oktober 1944 veröffentlichte es daher ein Deutschland-Handbuch, das weder eine grundsätzliche Aussage zur Wirtschaftspolitik, noch spezielle Instruktionen zu einzelnen Problemen, wie Ernährung oder Kohlenförderung, enthielt¹⁰⁸. Auch in der Reparationsfrage fehlte jede Festlegung. Die Briten verfolgten damit die Absicht, in möglichst pragmatischer Weise das Ziel, Deutschlands Kriegspotential zu zerstören, mit der Notwendigkeit zu verbinden, den verbleibenden Rest der Industrie wieder in Gang zu setzen. London ging dabei von der realistischen Vorstellung aus, daß weder politische Wirren noch wirtschaftliches Chaos in Deutschland einer schnellen Verwirklichung der Hauptziele der Alliierten, nämlich Demilitarisierung, Entnazifizierung und Wiedergutmachung, zuträglich sein könnten. Die vage Formulierung der britischen Direktive entsprach auch dem Wunsch Londons, in den Kernfragen der Deutschlandpolitik mit Washington zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen. In den USA war nämlich zu diesem Zeitpunkt die Diskussion über die Behandlung des besiegten Deutschland noch in vollem Gange.

Im State Department entwickelte sich im Laufe des Jahres 1944 die Auffassung, die Einheit Deutschlands müsse respektiert und langfristig Deutschland politisch auf die Seite der USA gezogen werden¹⁰⁹. In dieser Perspektive lag auch das im Spätsommer 1944 in Vorbereitung stehende „Handbuch für die Militärregierung in Deutschland“, das SHAEF für die Zeit während und unmittelbar nach der militärischen Besetzung seinen militärischen und zivilen Verwaltungsbeamten als Richtlinienkatalog zur Verfügung stellen wollte. Das Handbuch unterstellte ebenfalls die Einheit Deutschlands, strebte einen weitgehend zentralen Aufbau der Verwaltung an, sah positiv die Umstellung der deutschen Kriegs- auf Friedensindustrie vor und sprach vom Wiederaufbau des deutschen Außenhandels zugunsten der Kriegsbündigen¹¹⁰.

In Kenntnis dieser Strömungen entwickelte Henry Morgenthau, Finanzminister der Roosevelt-Administration, sein „Program to Prevent Germany from Starting a World War III“¹¹¹. Morgenthau gelang es, den Präsidenten für sein Programm – nämlich „in den neu errichteten Staaten [Deutschlands] den Aufbau oder die Erweiterung von Schlüsselindustrien, die Grundlage des deutschen Kriegspotentials

¹⁰⁸ Vgl. Donnison, *Civil Affairs and Military Government North-West Europe 1944–1946*, S. 259 f.

¹⁰⁹ Ihren Niederschlag fand diese Politik in der unveröffentlichten „Denkschrift über Deutschland“ des State Department, die im Juli 1944 von Außenminister Cordell Hull gebilligt wurde. Vgl. Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, S. 45 ff.

¹¹⁰ Vgl. Donnison, a. a. O., S. 199 ff.

¹¹¹ Das Programm wurde niemals als amtliches Dokument, sondern von Morgenthau selbst in seinem Buch „*Germany is Our Problem*“, mit ausführlichen Erläuterungen versehen, veröffentlicht.

sein könnten“, zu verhindern¹¹² – zu gewinnen. Dieser Plan wurde am 15. September 1944 auf der zweiten Quebec-Konferenz auch von Churchill paraphiert, und zwar offenbar im Hinblick auf einen gleichfalls ausgehandelten 6,5 Mrd. Dollar-Kredit an Großbritannien. Die Übereinstimmung währte indes nur kurze Zeit. Der Morgenthau-Plan stieß in den USA auf so nachhaltigen Widerstand der Öffentlichkeit und der für die Deutschlandpolitik zuständigen Ministerien, daß ihn Roosevelt bald wieder fallen ließ¹¹³.

Dennoch hatte die Morgenthau-Episode Konsequenzen für die amerikanische Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegsphase. Das SHAEF-Handbuch für die Militärregierung in Deutschland wurde zurückgezogen oder – soweit dies nicht mehr möglich war – mit einem restriktiven Zusatz versehen. Nunmehr durften von alliierten Besatzungsbeamten „keine Schritte unternommen werden, die der wirtschaftlichen Wiedergesundung Deutschlands dienen, soweit sie nicht unmittelbar militärische Operationen unterstützen“¹¹⁴. Das System der direkten Kontrollen, das SHAEF in die Hände deutscher Behörden hatte legen wollen, sollten diese nun nur noch im Rahmen konkreter Befehle der Militärregierung beeinflussen können. Die Briten, die diesen Kurs ablehnten, erhoben keinen Widerspruch, da die verbleibende Relevanz des Handbuches gering sein mußte. Sie akzeptierten allerdings auch nicht die im Mai dem alliierten Hauptquartier übermittelte Direktive 1067 der Vereinten Stabschefs der Vereinigten Staaten, die mit ihrer Aufforderung, „keine Maßnahmen (zu) ergreifen, die a) die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands oder b) die Aufrechterhaltung oder Stärkung der deutschen Wirtschaft zum Ziel haben“¹¹⁵, an den Morgenthau-Plan erinnerte. So kam es, daß zu Beginn der gemeinsamen Besetzung Westdeutschlands Briten und Amerikaner mit unterschiedlichen Direktiven versehen waren und erst das Potsdamer Abkommen eine gemeinsame Grundlage ihrer Deutschlandpolitik schuf.

In zwei bedeutsamen Punkten war allerdings schon früher eine Entscheidung gefallen¹¹⁶. Die beiden Westmächte kamen auf der Konferenz von Jalta (4.–11. 2. 1945) überein, die Bildung einer französischen Besatzungszone in Westdeutschland und Berlin zu ermöglichen und Frankreich einzuladen, Mitglied des Alliierten Kontrollrates für Deutschland zu werden. Dieser Beschluß sollte im Hinblick auf die Einheit Deutschlands nicht ohne Folgen bleiben. Gleichfalls verständigten sich alle drei an der Konferenz beteiligten Mächte darüber, daß Deutschland „in natura“ für die Verluste der Länder zu zahlen habe, „welche die Hauptlast des Krieges getragen, die schwersten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind gestaltet haben“. Wiedergutmachung sollte auf drei Arten geleistet werden: Durch Demontage und Beschlagnahme deutschen Kapitals im In- und Ausland, durch

¹¹² Ebd.

¹¹³ Morgenthaus Plan entbehrte nicht der Logik, was die Zerstörung der Fähigkeit Deutschlands, Krieg zu führen, betrifft. Nicht genügend reflektiert war das Problem der ökonomischen Verflechtung Deutschlands mit Europa.

¹¹⁴ Zusatz zum SHAEF-Handbuch, zit. nach Donnison, a. a. O., S. 201.

¹¹⁵ JCS 1067, abgedr. bei Stolper, Deutsche Wirklichkeit, S. 318.

¹¹⁶ Vgl. Protokoll der Verhandlungen der Konferenz von Jalta, abgedr. bei Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, S. 327 ff.

jährliche Lieferungen aus der laufenden Produktion und durch „Benutzung deutscher Arbeitskräfte“¹¹⁷. Diese Bestimmungen gehen offensichtlich – bis in einzelne Formulierungen – auf sowjetische Vorstellungen zurück, wie sie schon 1943 in Moskau entwickelt worden waren¹¹⁸. Die russische und die amerikanische Seite einigten sich als „Grundlage“ für spätere Verhandlungen auf eine Gesamtforderung von 20 Mrd. Dollar, wovon die UdSSR die Hälfte erhalten sollte. Großbritannien lehnte es überhaupt ab, eine Gesamtsumme der deutschen Reparationen vorzeitig festzulegen. Daher wurde eine Reparationskommission, die in Moskau tagen sollte, eingerichtet.

Indes wäre es falsch, anzunehmen, die Briten hätten nach ihrer Ankunft in Deutschland eine „weiche“, die Amerikaner hingegen eine „harte“ Einstellung zur wirtschaftlichen Zukunft ihrer Zone entwickelt. In Wahrheit waren die führenden Männer der amerikanischen Militärregierung unter dem Eindruck von Zerstörung und Not im besetzten Deutschland mit dem in Direktive JCS 1067 skizzierten „Charthaginian peace“¹¹⁹ nicht einverstanden. Ihre Einschätzung: „Germany would starve unless it could produce for export.“¹²⁰ Sie waren daher überzeugt, „that immediate steps would have to be taken to revise industrial production“¹²¹. Da JCS 1067 beides untersagte und auf einigen Gebieten bis auf weiteres sogar die Einstellung der Produktion verlangte, forderte Clay schon im Mai 1945 von Washington die Modifikation der Direktive, damit „so rasch wie möglich ein positives Programm entwickelt werden“¹²² könne. Darin stimmte ihm das Kriegsministerium und wohl auch das State Department grundsätzlich zu, beide hielten es aber für politisch nicht opportun, zu diesem frühen Zeitpunkt die Diskussion um die wirtschaftliche Behandlung Nachkriegsdeutschlands in der Öffentlichkeit erneut aufzunehmen. Der Leiter der Abteilung für zivile Angelegenheiten im Kriegsministerium, John H. Hilldring, gab Clay vielmehr zu verstehen, daß ihm JCS 1067 genügend Spielraum lasse, seine Vorstellungen zu verwirklichen. Dieser Auffassung schloß sich Clay an¹²³. Entgegen der von vielen Historikern¹²⁴ zur herrschenden Meinung erhobenen Auffassung gab es eine Kontinuität „positiver“ amerikanischer Deutschlandpolitik vom ersten Tag des Besatzungsregimes an, ob-

¹¹⁷ Ebda, S. 329 f.

¹¹⁸ Vgl. Eugen Varga, *Vozmešćenie Uščerba Gitlerovskoj Germaniej i eë Soobščnikami* [Ersatz für Schaden, der durch Hitlerdeutschland und seine Verbündete verursacht worden ist], in: *Vojna i rabocij klass*, Nr. 9, Moskau 1943; Varga beziffert dort den (vorläufigen) Gesamtschaden der UdSSR auf 600 bis 800 Mrd. Goldmark.

¹¹⁹ Clay, a. a. O., S. 19.

¹²⁰ Ebda, S. 18.

¹²¹ Ebda.

¹²² Vgl. Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik*, S. 24.

¹²³ Ebda, S. 25; Harold Zink schätzt die Lage wohl richtig ein, wenn er schreibt: „General Clay hatte in Deutschland mehr oder weniger freie Hand, solange er sich nach außen hin an die Vorschriften hielt und die Direktive JCS 1067 als allgemeine Richtlinie akzeptierte. Die amerikanische Militärregierung folgte immer mehr einem gemäßigten Kurs, an den auch die Planer in der German Country Unit in der US Group des Kontrollrats für Deutschland und in Washington gedacht hatten.“ (The United States in Germany, S. 95).

¹²⁴ Z. B. Manuel Gottlieb, *The German Peace Settlement and the Berlin Crisis*, und Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*.

wohl die restriktive Direktive JCS 1067 offiziell erst im Juli 1947 zurückgenommen und durch JCS 1779 ersetzt worden ist. Auch in der Praxis ergaben sich für Amerikaner und Briten kaum grundsätzliche Probleme in der Zusammenarbeit.

Diese Feststellung – zuerst von John Gimbel aus den Akten des Kriegsministeriums und der Militärregierung gewonnen – findet ihre ökonomische Bestätigung durch die in dieser Arbeit herausgearbeitete Entwicklung der ersten Phase industrieller Rekonstruktion in der amerikanischen Besatzungszone. Von einem Dissens britischer und amerikanischer Besatzungspraxis kann, zumindest in Fragen der unmittelbaren Produktionssphäre, keine Rede sein. Die Kurve der industriellen Entwicklung spricht für das Gegenteil (vgl. Abbildung 7). Die Rekonstruktion war in der amerikanischen Zone bis zum Zusammenbruch der Produktion im Winter 1946/47, der beide Zonen betraf, nicht nur schneller vorangekommen, sondern hatte auch ein höheres Niveau erreicht als in der britischen Zone.

Das Scheitern der Potsdamer Regelungen Mit der Konferenz von Potsdam bot sich für die Westalliierten erneut eine Chance, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik für ihre Besatzungszonen zu formulieren. Der amerikanischen Seite eröffnete sich zudem die Gelegenheit, den bereits in praxi ausgedehnten Spielraum von JCS 1067 in den Vereinbarungen der Konferenz festzuschreiben und noch zu erweitern. Genau dies scheint der amerikanischen Delegation in Potsdam gelungen zu sein. Einerseits stammen viele der Formulierungen des Potsdamer Abkommens aus amerikanischen Entwürfen¹²⁵. Andererseits ging das Ergebnis von Potsdam über die offizielle amerikanische Politik hinaus und sicherte somit die in der Zwischenzeit von der amerikanischen Militärregierung in Deutschland eingenommene Haltung ab.

Die Bestimmung des Abkommens, „Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“¹²⁶, stand dabei im Mittelpunkt der Hoffnung der amerikanischen – aber auch der britischen – Militärregierung, die strukturelle Schwäche ihrer Zonen im gesamtdeutschen Rahmen soweit auszugleichen, daß das Besatzungsgebiet in absehbarer Zeit ohne fremde Hilfe existieren und gleichwohl seine Verpflichtungen erfüllen könne. In dieselbe Richtung zielte auch die Verknüpfung der Reparationsfrage mit der Wiederbelebung des deutschen Außenhandels: „Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist.“¹²⁷ Schließlich wurden auch sofortige Maßnahmen angestrebt, das Verkehrswesen instandzusetzen, die Kohlenerzeugung zu heben, die landwirtschaftliche Produktion „weitestmöglich“ zu steigern und Wohnungen sowie wichtige öffentliche Einrichtungen wiederaufzubauen.

¹²⁵ Auf Ähnlichkeiten des Textes mit JCS 1067 wurde u. a. von Hajo Holborn (American Military Government, S. 60) hingewiesen.

¹²⁶ Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945, Potsdam, 2. Aug. 1945, abgedr. bei Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, S. 350.

¹²⁷ Ebda, S. 351.

Zur Durchführung dieser wirtschaftlichen Ziele war eine zentrale Verwaltung für folgende Bereiche vorgesehen¹²⁸:

1. Erzeugung und Verteilung der Produkte des Bergbaus und der verarbeitenden Industrie;
2. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei;
3. Löhne, Preise und Rationierung;
4. Import und Export für Deutschland als Ganzes;
5. Währung und Bankwesen, zentrale Besteuerung und Zölle;
6. Reparationen und Beseitigung des militärischen Industripotentials;
7. Transport- und Verkehrswesen.

Das Zustandekommen dieses Vertrages signalisierte einen Wandel der offiziellen amerikanischen Deutschlandpolitik, von dem Clay behauptet, seine Militärregierung habe ihn „almost from the start“¹²⁹ beeinflusst. Die Modifizierung von JCS 1067 wurde zusammen mit ihrer Veröffentlichung am 17. Oktober 1945 durch den Zusatz angezeigt, daß überall dort, wo zwischen ihr und dem Potsdamer Abkommen Unterschiede bestünden, das letztere gelte¹³⁰.

War schon vor Potsdam die Notwendigkeit, den Wirtschaftsprozeß wieder anzukurbeln, in beiden Zonen erkannt und ansatzweise in die Tat umgesetzt worden, so konnte jetzt auch der Widerspruch zwischen Praxis und erklärter amerikanischer Deutschlandpolitik ausgeräumt werden. Die wirtschaftlichen Richtlinien von Potsdam wurden im Berliner Kontrollrat in den „Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft“ umgegossen und am 26. März 1946 veröffentlicht¹³¹. Dieser sogenannte Industrieplan sah für Deutschland eine Kapazität vor, die einer Produktion von etwa 70–75 0/0 des Standes von 1936 entsprach. Seine Bestimmungen, die auch die Höhe des Außenhandels regelten, wurden indes niemals wirksam, da eine wichtige Voraussetzung des Planes nicht erfüllt wurde: die wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

Obstruktion gegen dieses Potsdamer Grundprinzip alliierter Deutschlandpolitik kam in erster Linie von Seiten Frankreichs. Die französische Regierung hatte nicht an der Konferenz teilgenommen und machte ihre Zustimmung zu Teilen des Abkommens von der Erfüllung eigener Forderungen abhängig, die wiederum den Sinn des Abkommens und seine wirtschaftspolitischen Ziele in Frage stellten. Auf der Londoner Außenministerkonferenz im September 1945 lehnten die Franzosen die Einrichtung von Zentralverwaltungen entschieden ab, wenn sich deren Autorität auch auf das Rheinland und das Ruhrgebiet erstrecken sollte¹³². Auch im Kontrollrat legte Frankreich sein Veto ein. Versuche Clays, das State Department zu veranlassen, in dieser Frage Druck auf Frankreich auszuüben, blieben erfolglos. Das State Department verfolgte offenbar das Ziel, „den politischen und wirtschaft-

¹²⁸ Ebda, S. 350.

¹²⁹ Clay, a. a. O., S. 42.

¹³⁰ Vgl. Ruhm von Oppen, Documents on Germany Under Occupation, S. 13; hier findet sich auch ein amtlicher Hinweis auf weitgehende Übereinstimmung des Potsdamer Abkommens mit amerikanischen Vorstellungen.

¹³¹ Abgedr. bei: Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Heft 1, S. 91 ff.

¹³² Vgl. EA, 9 (1954), S. 6747.

lichen Wiederaufbau Frankreichs zu fördern und nötigenfalls im Interesse dieser Politik die Tatsache der französischen Obstruktion in Deutschland zu verschleiern oder zu bagatellisieren“¹³³.

Die Weigerung des amerikanischen Außenministeriums, die politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Frankreich zu ergreifen, um die die Armee ersuchte, hatte negative Folgen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes, zumal aus eben jenen „auf höchster Ebene“ gehegten Motiven „jede zusätzliche Tonne Kohle“¹³⁴ nach Frankreich geschickt wurde. War Deutschland bis zur Potsdamer Konferenz nur in zwei große Besatzungsräume gespalten, so führte das Ausbleiben zentraler Verwaltungen für ganz Deutschland zur Abschottung jeder einzelnen Besatzungszone. In den ersten Monaten der Besetzung war ein überregionaler Austausch von Gütern und Produktionsfaktoren mangels Masse und aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich. Nun, da der beginnende Rekonstruktionsaufschwung dazu die Voraussetzungen wieder zu schaffen begann und die Vorteile regionaler Arbeitsteilung wieder zu Tage traten, mußte sich die De-facto-Teilung des historisch gewachsenen deutschen Wirtschaftsraumes in quasi-autonome Wirtschaftszonen sehr unterschiedlicher Struktur besonders wachstumshemmend auswirken. Der in Potsdam vorgesehene Außenhandel konnte ebenfalls nicht in Gang kommen. Eine isolierte Initiative in einer der angelsächsischen Zonen oder in beiden mußte schon an der Finanzierungsfrage scheitern. Haushaltsmittel zur Finanzierung der ersten Importe waren nicht vorgesehen. Ihre Beantragung wäre aber einem Eingeständnis des Scheiterns eines Außenhandelsprogrammes für ganz Deutschland gleichgekommen.

Beispiele für die rekonstruktionshemmende Wirkung mangelnder Zusammenarbeit und Koordination der Zonen werden an anderer Stelle dieser Arbeit – über die hier genannten Gebiete hinaus – in fast allen Bereichen festgestellt, für die eine zentrale Verwaltung geplant war. Daraus folgt, daß nicht die Bestimmungen des Industrieplanes der Alliierten das industrielle Wachstum in der zweiten Hälfte 1946 gedrosselt haben und schließlich zum Zusammenbruch der Industrielwirtschaft überhaupt führten, sondern im Gegenteil die Sabotage seiner Voraussetzungen den Plan niemals wirksam werden ließ. Ein Vergleich des geplanten mit dem tatsächlichen Industrieniveau zeigt, daß ersteres während des gesamten Beobachtungszeitraumes ein durchaus erstrebenswertes Ziel gewesen wäre. Die deutsche zeitgenössische Diskussion über die Durchführbarkeit des Industrieplanes der Alliierten konzentrierte sich daher auch in erster Linie auf das Problem der zukünftigen Industriekapazität Deutschlands im Zusammenhang mit dem Umfang der Reparationslieferungen und weniger auf die aktuelle wirtschaftliche Bedeutung seiner Durchführung¹³⁵. Die vom DIW beklagte Beschränkung der

¹³³ Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: VfZG 20 (1972), S. 56.

¹³⁴ Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 55.

¹³⁵ Vgl. F. Seume und K. Mahnke, Über die Durchführbarkeit des Industrieplanes der Alliierten, DIW, Maschinenschrift, Berlin 1946; R. Nieschlag, Was sagt der Wirtschaftsplan des

„freien Industrien“ auf 62 0/0 ihrer Produktionsleistung von 1936, als Folge der Kürzung von Leitrohstoffen, beschreibt ein Limit, das tatsächlich erst nach der Währungsreform erreicht worden ist (vgl. Tabelle 7).

Als mindestens ebenso wichtig wie die direkten ökonomischen Auswirkungen der französischen Weigerung, das Potsdam-Konzept mitzutragen, müssen ihre Konsequenzen für das sowjetisch-amerikanische Verhältnis eingeschätzt werden. Sie berührten damit indirekt ebenfalls die wirtschaftliche Zukunft ganz Deutschlands. Die UdSSR ging nach den Umständen der Aufnahme Frankreichs in den Kontrollrat und in Würdigung der weitgehenden Abhängigkeit der Franzosen von amerikanischer Wirtschaftshilfe davon aus, daß Frankreich seine Obstruktionspolitik nur mit stillschweigender Duldung der USA betreiben könne. Sie war daher nicht bereit, der Bildung einer Zentralbehörde der drei Mächte unter Ausschluß Frankreichs zuzustimmen, solange Washington nicht zu den französischen Forderungen im Hinblick auf Rheinland und Ruhrgebiet Stellung bezogen hatte¹³⁶. Gleichwohl war die Sowjetunion grundsätzlich an der zentralen Verwaltung interessiert, um auf diesem Wege an der Kontrolle über das Ruhrgebiet zu partizipieren.

Möglicherweise war dies der Grund für Clays Mißerfolg in Washington. Seine Bitte um diplomatische Intervention in Paris wurde jedenfalls abgelehnt, und das State Department machte gegenüber der amerikanischen Militärregierung in Deutschland unter Hinweis auf Bodenreform, Verstaatlichung, Pressekontrolle und ähnliche Vorgänge in der SBZ geltend, „es sei nicht klar, ob die Sowjets die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze des Berliner Protokolls erfüllen wollten“¹³⁷. Clay wies diese Unterstellung zurück und zeigte sogar ein gewisses Verständnis für die sowjetische Politik. Er stellte fest, daß – ehe die im Potsdamer Abkommen geforderte wirtschaftliche Einheit nicht Wirklichkeit sei – „jeder Zonenbefehlshaber in seiner Zone einseitige Maßnahmen ergreifen könne, was auch der amerikanische Befehlshaber getan habe“¹³⁸.

Einen letzten Versuch, die beteiligten Regierungen zu einer Übereinkunft über das Wirtschaftsprogramm von Potsdam zu bewegen, stellte der Demontagestop der amerikanischen Militärregierung vom 3. Mai 1946 dar. Die Maßnahme wurde offiziell mit dem Schutz der Wirtschaft in der US-Zone begründet und später als erster Schlag gegen politische Sabotage der Sowjetunion im Kontrollrat gewertet¹³⁹. Es ist aber klar, daß diese Maßnahme weder erforderlich war, um das Produktions-

Alliierten Kontrollrates über die Verbrauchsgüter?, DIW, Maschinschrift, Berlin 1946; F. Grünig, Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Industriepfanes, DIW, Maschinschrift, Berlin 1946.

¹³⁶ Vgl. Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 49; Gimbel gibt die Auffassung Clays wieder, die dieser bei Gesprächen in Washington vorgetragen hatte, um das Außenministerium zu veranlassen, diplomatischen Druck auf Frankreich auszuüben.

¹³⁷ Ebda; Halle, The Cold War as History, S. 38, weist ebenfalls darauf hin, daß „es keine Zeit gab, in der die von der Sowjetunion drohende Gefahr nicht Gegenstand besorgter Gespräche der Beamten des State Department war“.

¹³⁸ Gimbel, a. a. O., S. 50.

¹³⁹ So beispielsweise von Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 207 f.; und Gottlieb, The German Peace Settlement and the Berlin Crisis, S. 126 f.; Clay selbst hat in seinem Buch – offenbar gegen besseres Wissen – den Grundstein für diese Interpretation gelegt, a. a. O., S. 120 ff.

niveau der Zone zu sichern, noch die Sowjetunion besonders hart traf. Im Mai lastete die Industrieproduktion in der amerikanischen Zone gerade 26 0/0 der im Industrieplan zugestandenen Kapazität aus¹⁴⁰. Auf der anderen Seite gingen nur 25 0/0 der Reparationsleistungen aus den Westzonen an die UdSSR – mehr als die Hälfte davon gegen Warenlieferungen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß gerade aus der US-Zone der geringere Teil der Reparationen kam. Schon eher wurde Frankreich von den Auswirkungen des Demontagestops betroffen. Dorthin flossen 22,8 0/0 der übrigen demontierten Industrieanlagen¹⁴¹. Wenn unter diesen Umständen die Einstellung der Demontagen in der US-Zone hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet war¹⁴², so wurde schließlich doch das Embargo im Falle Frankreichs wieder aufgehoben, gegenüber der Sowjetunion aber aufrechterhalten. So geriet dieser Versuch der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, den wirtschaftlichen Grundsätzen von Potsdam Geltung zu verschaffen, da er weder in Washington noch in Paris die erwarteten Reaktionen auslöste, gleichzeitig zum Schlußakt im Kampf um die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens. Gleichwohl gab die amerikanische Militärregierung die Hoffnung auf eine Realisierung des Potsdamer Abkommens noch nicht auf. Eine grundsätzliche Überprüfung ihrer Politik, die der neuen Lage Rechnung getragen hätte, wurde bis September 1946 „tatsächlich noch nicht ernsthaft“ erwogen¹⁴³.

Als die Revision der amerikanischen und dann auch der britischen Wirtschaftspolitik schließlich erfolgte – am 19. Oktober wurde die Planung einer zentralen deutschen Transportabteilung endgültig eingestellt –, bestand sie im wesentlichen in der Begrenzung der Anwendung der bekannten Grundsätze auf das Gebiet der amerikanischen und britischen Zone.

Die bizonale Lösung Der wirtschaftliche Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone gab der Rekonstruktion der Zwei-Zonen-Wirtschaft nicht sofort den entscheidenden Anstoß. Die Verwaltungssysteme hatten sich – wie gezeigt wurde – auf verschiedenen Wegen entwickelt. Ihre Verschmelzung führte nun zu Verwaltungen, die keines der vorgeprägten Muster übernahmen, insgesamt aber weniger Kompetenzen besaßen. Ihre Effizienz litt darunter. Zusätzliche

¹⁴⁰ OMGUS, Monthly Report (Industry) 11, S. 1; OMGUS stellt im Gegenteil im Mai einen „bemerkenswerten Aufschwung“ fest.

¹⁴¹ Vgl. Draft Agreement on Reparation from Germany, Paris Conference of Reparation, 21. 12. 1945, in: United States economic policy towards Germany, S. 106.

¹⁴² Der Inhalt eines am 26. Mai von Clay an das Kriegsministerium gesandten Telegrammes, den Gimbel mitteilt (a. a. O., S. 92), läßt daran keinen Zweifel. Clay drückt dort die Überzeugung aus, die Sowjets würden seine Empfehlungen unterstützen, während Frankreich sich ihnen energisch entgegenstelle.

¹⁴³ Vgl. Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede, S. 42; die Rede, die der US-Außenminister am 6. September 1946 in Stuttgart gehalten hat, und die später als erster Schritt in einer Reihe von Annäherungen an Westdeutschland interpretiert worden ist, muß im Lichte der Akten der amerikanischen Militärregierung als eine in mildem Ton gegen Frankreich gerichtete, fast wörtliche Wiederholung der bis dahin praktizierten und von Clay im Juli schriftlich zusammengefaßten Grundsätze der Militärregierung angesehen werden. Vgl. dazu die Clay'sche Zusammenfassung, teilweise wiedergegeben bei Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 109 ff.

Schwierigkeiten folgten aus dem provisorischen Charakter der Ämter, der vor der Moskauer Konferenz unter Betonung ihrer rein wirtschaftlichen Funktionen von Seiten der Militärregierung besonders hervorgehoben wurde. In diese Umbruchstimmung hinein brach die Krise des Winters 1946/47; der Warenaustausch zwischen den Zonen konnte nicht – wie es das Ziel des Zusammenschlusses war – gesteigert werden, vielmehr erzwang die Krise zeitweise die völlige Abschnürung des südlichen Gebietes von den Bergbau- und Industriezentren des Ruhrgebietes.

Den Außenhandel wieder in Gang zu setzen, erwies sich ebenfalls als schwierig. Im Januar hielt es die Militärregierung noch für geboten, die Einfuhr von Rohbaumwolle zu Veredelungszwecken, die angesichts weltweiter Textilknappheit im amerikanischen Interesse lag, nicht als „Werk der Barmherzigkeit“¹⁴⁴ erscheinen zu lassen. Nun gab es zwar mit dem „Fusionsabkommen“¹⁴⁵ eine Grundlage für ein gemeinsames Einfuhr-Finanzierungsprogramm und mit der Errichtung der JEIA auch das im Abkommen vorgesehene alliierte Ausfuhr- und Einfuhramt. Ein Anstieg des Außenhandelsvolumens blieb dennoch aus (vgl. Tabelle 52). Für die Nahrungsmiteleinfuhr galt angesichts weltweiter Lebensmittelknappheit vor der Ernte des Jahres 1947 noch immer der Grundsatz, daß „Deutschland als besiegtes Feindland“ sich „am Ende der Schlange“ der Hungernden anzustellen habe¹⁴⁶.

Die Industrieimporte litt während des ganzen Jahres 1947 vor allem unter der fachlichen und organisatorischen Unzulänglichkeit der JEIA. In der Ausfuhr nahm das Amt naturgemäß in erster Linie die Interessen der Besatzungsmächte – auch unter Einschluß privatwirtschaftlicher Interessen – wahr. Diese lagen vor allem in billigen Importen deutscher Rohstoffe, wie Kohle, Schrott und Holz. Daneben gibt es Anzeichen dafür, daß – gerade von englischer Seite – deutsche Waren vom Weltmarkt ferngehalten werden sollten. Bis zum 8. April 1947 wurde die gesamte Ausfuhr in der Form von Regierungsgeschäften abgewickelt. Doch auch nach Wiedereinführung des Individualgeschäfts wirkte sich das Übermaß an Reglementierung auf das Ausfuhrvolumen der Bizone nahezu prohibitiv aus. Die traditionelle Mengenstruktur der deutschen Ausfuhr stand einer bürokratisierten Abwicklung im Wege. In der Vorkriegszeit setzte sich der deutsche Export hauptsächlich aus kleinen Einzellieferungen zusammen, deren Wert durchschnittlich zwischen 400 und 800 RM lag. Durch die Verlagerung zur Rohstoffausfuhr stiegen die Durchschnittswerte auf 5000 Dollar im Frühjahr 1948. Gleichzeitig wurden von JEIA täglich nur etwa 150 Ausfuhrkontrakte bearbeitet, während vor dem Kriege täglich im Durchschnitt 30 000 Verträge abgeschlossen werden konnten¹⁴⁷.

¹⁴⁴ Reactivation of Cotton Textile Industry in Germany, Press release of January, 21, 1946, in: United States economic policy towards Germany, S. 129.

¹⁴⁵ Abkommen über die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone, New York, 2. Dez. 1946, abgedr. bei Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, S. 407 f.

¹⁴⁶ OMGUS-Memorandum betr. Ausfälle deutscher Leistungen in der Ernährungs- und Landwirtschaft, a. a. O.

¹⁴⁷ Nach der „Individualisierung“ des Außenhandels am 8. 4. 1947 mußte ein deutscher Exporteur, der einen Interessenten im Ausland gefunden hatte, 46 Formulare in 9 verschiedenen Ausführungen bewältigen und mit acht verschiedenen Stellen verkehren: der zuständigen Ausführungen bewältigen und mit acht verschiedenen Stellen verkehren: der zuständigen Zweigstelle der JEIA, dem Außenhandelskontor des zuständigen Wirtschaftsministeriums,

Die unterschiedliche Haltung der beiden Besatzungsmächte in der Frage der Sozialisierung stellte den wirtschaftlichen Erfolg der Zonenverschmelzung ebenfalls in Frage. In der britischen Zone bestand zu Beginn der Besetzung „völlige Unklarheit darüber, welche Wirtschaftsverfassung nunmehr herrschte“¹⁴⁸. Diese Unklarheit war Ende 1945 noch immer nicht überwunden, „wenngleich die tatsächlichen Anordnungen der Militärregierung . . . erkennbar machen, daß jedenfalls zunächst an einer straffen behördlichen Lenkung der Wirtschaft festgehalten werden soll“¹⁴⁹. Die deutsche Wirtschaftsverwaltung hatte ebenfalls „das Gefühl, daß England von uns eine totale Planwirtschaft erwartet“¹⁵⁰. In diese Richtung zielte die Einführung des Spartasystems der Planung ebenso wie die Enteignung der Zechen im Oktober 1945, die mit der Ankündigung verknüpft war, sie würden ihren privaten Eigentümern nicht mehr zurückgegeben werden¹⁵¹. Die sich daraus entwickelnde positive Haltung der Briten in den Fragen von Sozialisierung und Planwirtschaft ergab sich somit mehr durch pragmatisches Handeln denn durch Proklamation. Sie war im wesentlichen bestimmt von pragmatischen Überlegungen, die in einer Auflösung der zentralen Lenkung und Kontrolle von Produktion und Verteilung unter den gegebenen Umständen „einen Akt krimineller Verantwortungslosigkeit“ und „ein Spiel mit Menschenleben“ sahen¹⁵².

Trotz mehrmaliger Ankündigung¹⁵³ folgte jedoch keine Festlegung der Politik der britischen Militärregierung. Widerstand leistete in erster Linie die amerikanische Militärregierung. Es gehörte von Anfang an zu ihren Zielen, „den Bestand des freien Unternehmertums zu gewährleisten“¹⁵⁴. Demzufolge unternahmen die Amerikaner nichts, was die Sozialisierung in ihrer Zone gefördert hätte, und versuchten darüber hinaus, ihrer Auffassung auch im gesamten britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet Geltung zu verschaffen. Entscheidungen über die Eigentumsverhältnisse in der Industrie sollten nach offizieller Lesart zwar die Parlamente der neu errichteten Länder fällen. Geschah dies – wie in Hessen – zugunsten der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, war die amerikanische Militärregierung jedoch nicht bereit, die demokratisch zustande gekommene Entscheidung zu akzeptieren.

dem Zollamt, der Bank des Exporteurs, der Joint Foreign Exchange Agency der Militärregierung, der Finance Division in Berlin, der Landespreisbehörde und der von der Militärregierung im Ausland bestimmten Zentralbank.

¹⁴⁸ Detmolder Memorandum der Länder u. Provinzen der britischen Zone für die Gesundung des deutschen Geldwesens u. die Regulierung der inneren Kriegsschuld, abgedr. bei Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 118.

¹⁴⁹ Ebda.

¹⁵⁰ G. Keiser, Befragung am 5. 4. 1972.

¹⁵¹ Friedmann, The Allied Military Government of Germany, S. 143.

¹⁵² Zonal Executive Offices C.C.G. BOAR, FAD, am 16. 9. 1946 an VELF, BA, Z 6 I/17.

¹⁵³ Bevin sprach zum ersten Mal am 22. Okt. 1946, zuletzt am 4. Aug. 1947 von der Absicht seiner Regierung, die Schlüsselindustrien der britischen Zone zu verstaatlichen; vgl. Friedmann, a. a. O., S. 143.

¹⁵⁴ Gimbel, a. a. O., S. 13; JCS 1067 befahl kategorisch, „um den Aufbau und die Verwaltung der deutschen Wirtschaft im größtmöglichen Umfang zu dezentralisieren . . . auf keinen Fall im Kontrollrat vor[zuschlagen, oder zu[zustimmen, daß zentralisierte Verwaltung der Kontrolle über die deutsche Wirtschaft eingerichtet werde.“

Artikel 41 der neuen Hessischen Verfassung sah die Überführung des Bergbaus, der Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energieerzeugung und des schienegebundenen Verkehrs in Gemeineigentum vor. Großbanken und Versicherungsunternehmen sollten unter staatliche Aufsicht oder Verwaltung gestellt werden. In Einzelabstimmung wurde dieser gemäßigte Sozialisierungsplan zusammen mit der Verfassung im Dezember 1946 von mehr als zwei Dritteln der hessischen Wähler gebilligt. Dennoch entschied Clay, den Artikel zwar in der Verfassung zu belassen, seine Durchführung aber „zunächst auszusetzen“¹⁵⁵.

Nach der wirtschaftlichen Fusion der britischen und amerikanischen Zone gewann die anti-sozialistische Haltung der Amerikaner auch auf die Regelung der Eigentumsverhältnisse in der britischen Zone unmittelbaren Einfluß. Sie wurde vor allem zum Hemmschuh von Sozialisierungsbestrebungen für die Kohle- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes. Die Amerikaner vertraten entschieden den Standpunkt, daß das Fehlen klarer Eigentumstitel an der Ruhr „die Anstrengungen der Besatzungsmächte, die Erzeugung von Kohle und Stahl zu erhöhen, spürbar behindert hat“¹⁵⁶. Wirtschaftsoffiziere der US-Militärregierung machten daher während der vorbereitenden Fusionsverhandlungen gegenüber britischen Kollegen aus ihrer „grundsätzlichen Abneigung“¹⁵⁷ gegen jede Art von umfassender Planung der Produktion durch die Wirtschaftsverwaltung keinen Hehl und setzten sich schon im Mai 1947 als „Privatpersonen“, aber in der Öffentlichkeit, für „freies Unternehmertum“ im Ruhrkohlen-Bergbau ein¹⁵⁸. Vor diesem Hintergrund muß auch die Rücknahme der Gesetzgebungsbefugnisse deutscher Bizonenbehörden am 12. März 1947 gesehen werden. In den VRW wurden von den Ländern nach Neuwahlen ausschließlich Minister entsandt, die, mit Viktor Agartz an der Spitze, als Sozialdemokraten auf ein Sozialisierungsprogramm festgelegt waren. Auf die Schwierigkeiten, die dieser Schritt der Alliierten für die Verwaltungspraxis der Bizone mit sich brachte, ist bereits hingewiesen worden.

Eine Konsolidierung der Eigentumsverhältnisse an der Ruhr brachte der amerikanische Druck in der Sozialisierungsfrage indes, kurzfristig gesehen, nicht. Er verhinderte jedoch eine frühe Klärung dieser Frage im Sinne der britischen Vorstellungen. Konkrete Pläne, wie sie die britische Militärregierung mit der „operation severance“ für die Stahlindustrie und dem „segregation-plan“ für den Kohlenbergbau verfolgte, scheiterten nicht zuletzt an den direkten und indirekten Konsequenzen der amerikanischen Ablehnung¹⁵⁹. Konnten die Briten ihre Pläne nicht

¹⁵⁵ Zink, *The United States in Germany*, S. 181.

¹⁵⁶ OMGUS, *Ownership and Control of the Ruhr Industries*, Special Report of the Military Governor, Nov. 1948, S. 1.

¹⁵⁷ Treffen der amerikanischen und britischen Wirtschaftsoffiziere beim Verwaltungsrat in Minden am 22. 11. 1946, Protokoll, BA, Z 8/36.

¹⁵⁸ Friedmann, a. a. O., S. 146.

¹⁵⁹ Die „operation severance“ wurde bis November 1948, dem Monat der Einführung der deutschen Treuhandverwaltung, nicht vollendet. Viele „Altunternehmen“ weigerten sich – wohl nicht zuletzt weil sie sich von der amerikanischen Seite in dieser Frage Rückendeckung versprachen – die Verträge zu unterschreiben, die die Abtretung des Unternehmenskapitals an die neuen „severance companies“ besiegelt hätten. Der „segregation-plan“ wurde gar nicht erst in Angriff genommen. Dafür sorgten die amerikanischen Vertreter in der UK/US Coal

realisieren, so wollten sie aber wenigstens die endgültige Entscheidung der Wirtschaftsfrage weiter offenhalten. Die offizielle amerikanische Politik stimmte damit sogar überein. Gouverneur Clay betonte, er werde einer Sozialisierung der deutschen Industrie zustimmen, wenn sie dem „frei geäußerten Willen des deutschen Volkes“ entspreche, schränkte freilich ein, „unter den gegenwärtigen Verhältnissen“ sei freie Willensäußerung in Deutschland ausgeschlossen, da es weder eine deutsche Regierung noch zentrale Verwaltungen gäbe¹⁶⁰. In der Praxis fiel im Sommer 1947 allerdings schon eine wichtige Vorentscheidung. Im August setzten die Amerikaner für den Kohlenbergbau die Aufschiebung der geplanten Verstaatlichungsmaßnahmen um fünf Jahre durch, indem sie diese Forderung politisch mit ihrem Entgegenkommen bei der Lösung britischer Finanzprobleme verknüpften. Die amerikanische Militärregierung hatte damit ihre Absicht verwirklicht, „die Angelegenheit hinaus(zu)zögern, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen“¹⁶¹. Juristisch war damit die Frage des Eigentumstitel in der Kohle- und Stahlindustrie noch immer „suspended in midair“, wie OMGUS die Situation treffend umschrieb¹⁶². Politisch war aber weit über den Kohlenbergbau hinaus eine für die Öffentlichkeit sichtbare Vorentscheidung über die künftige Wirtschaftsordnung gefallen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Vorentscheidung Triebkräfte freisetzte, die über den Mechanismus des privaten Gewinnstrebens Produktion und Produktivität voranbrachten. Gleichzeitig wurde aber die britische Alternative zunichte gemacht, die Produktion der Industrie durch Übertragung höherer Verantwortung auf die Belegschaften selbst zu fördern, was im Rahmen der Umwandlung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum möglich geworden wäre. Die Vorentscheidung über die Wirtschaftsordnung wirkte sich ab Sommer 1947 ebenso positiv auf den Wiederaufstieg der bizonalen Industrie aus, wie die Offenhaltung dieser Frage durch amerikanischen Einspruch bis dahin die Rekonstruktion verzögert hatte.

Wesentlich geringer sind dagegen die Auswirkungen einzuschätzen, die von der Änderung der amerikanischen Einstellung zum Entnazifizierungsprogramm auf die Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ausgingen. Am 3. Oktober 1947 genehmigte die Militärregierung weitreichende Erleichterungen im Verfahren, das sie noch im November 1946 mit aller Härte gegen deutschen Widerstand hatte durchsetzen wollen. Die ursprüngliche Entschlossenheit entsprach der Einschätzung Clays, eine gründliche Entnazifizierung sei die politische Voraussetzung amerikanischer Wirtschaftshilfe¹⁶³.

In seiner Haltung bestärkt wurde er durch einen von OMGUS vorbereiteten „Bericht über die Auswirkung des Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungsgesetzes

Control Group, die schon bald nach dem Zusammenschluß eingerichtet worden war. Vgl. OMGUS, Ownership and Control of the Ruhr Industries, a. a. O., S. 2.

¹⁶⁰ Gimbel, a. a. O., S. 207.

¹⁶¹ Clay an Draper am 20. Okt. 1947, zit. nach: Gimbel, a. a. O., S. 225.

¹⁶² S. Anm. 156.

¹⁶³ Vgl. Gimbel, a. a. O., S. 213.

bei Behörden und in Privatunternehmen“¹⁶⁴, der ihm in den wichtigsten Ergebnissen im September vorlag. Der Anteil der auf Grund politischer Vorbelastung Entlassenen kam dem Bericht zufolge bei Behörden selbst in den höheren Beamtenrängen kaum über 0,5 % und lag im Durchschnitt bei 0,24 %. Auf Privatbetriebe wirkte sich die Entnazifizierung noch weniger aus: Der Anteil der aus politischen Gründen Entlassenen war hier mit 0,32 % bei den Eigentümern am höchsten und pendelte sich – nach der Einkommenshöhe gestaffelt – auf einen Durchschnitt von 0,04 % ein. Der Bericht stufte die wirtschaftlichen Entnazifizierungsfolgen daher unverhüllt als ‚quantité négligeable‘ ein und schloß mit der Erkenntnis, „daß der Entnazifizierungsprozeß den wirtschaftlichen Wiederaufstieg in der US-Zone nicht hinauszögert“¹⁶⁵. Umso mehr wurde die amerikanische Militärregierung in Deutschland von Vorstößen aus Washington überrascht, das Verfahren zu erleichtern und insgesamt abzukürzen. Die neuen Bestimmungen erlaubten die Beschäftigung von Mitläufern im privaten Bereich, schlossen sie aber nach wie vor aus Dienstverhältnissen in der Verwaltung und im Erziehungswesen aus. Diese Differenzierung läßt auf die Motive der Kursänderung schließen. Der praktische Effekt dürfte aber gering gewesen sein, wie die Zahlen des OMGUS-Berichts beweisen.

Die Revision des Planes für das Industrieniveau des Vereinigten Wirtschaftsgebiets vom 26. August 1947 und die damit verbundene Kürzung der Reparationsliste waren weitere Signale der Entschlossenheit der angelsächsischen Besatzungsmächte, die Rekonstruktion der Wirtschaft ihrer beiden Zonen aktiver als bisher zu fördern. Dazu sollten nunmehr die wirtschaftlichen Verbesserungen realisiert werden, die die Konferenz von Potsdam in Aussicht gestellt hatte. Notwendigerweise mußte dieses Vorhaben auf das Gebiet der Bizone beschränkt werden. Der revidierte Industrieplan und die neue Demontageliste stehen daher durchaus noch in der Tradition des Potsdamer Abkommens. Der zweite Industrieplan sah Kapazitäten in der Metall-, Maschinen- und chemischen Industrie vor, die ausreichten, eine Produktion auf einem nur 5 bis 10 % unter dem Stand von 1936 liegenden Niveau zu garantieren¹⁶⁶. Dazu wurde die Beschränkung der Stahlproduktion von bisher 5,8 Mill. jato auf nunmehr 10,7 Mill. jato gelockert.

Eine bruske Wende der alliierten Industriepolitik bedeutete diese Revision indes nicht. Die Erhöhung des deutschen Industriestandards war auch von Molotow auf der Moskauer Tagung des Rates der Außenminister im März 1947 gefordert worden. Die im revidierten Industrieplan der Bizone eingeräumte Stahlproduktion bewegte sich der Größenordnung nach durchaus im Bereich auch der sowjetischen Vorstellungen, die von einer jährlichen Stahlproduktion in ganz Deutschland von

¹⁶⁴ Sopade Informationsdienst, Denkschriften, 15, Bericht über die Auswirkung des Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungsgesetzes bei Behörden und Privatunternehmen (1948).

¹⁶⁵ Ebda.

¹⁶⁶ „Revidierter Plan für das Industrieniveau der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands vom 16. August 1947“, abgedr. bei Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, S. 95–98.

10 bis 12 Mill. t ausgingen¹⁶⁷. Ähnliches gilt für die Demontageliste vom 16. Oktober 1947. Sie trug der wirtschaftlichen Abtrennung des Saargebietes Rechnung, der Großbritannien und die USA etwa zur gleichen Zeit zustimmten¹⁶⁸, versuchte aber auch die gegenüber der IARA eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Die Höhe der verbleibenden disponiblen Reparationsmasse rechtfertigte OMGUS gegenüber der in Washington aufkeimenden Kritik an der Fortsetzung des Reparationsprogrammes mit Hinweisen auf den niedrigen Auslastungsgrad der Anlagen in Westdeutschland.

Das Beispiel der Reparationslieferungen, deren Erfüllung gerade von der amerikanischen Militärregierung gegen wachsenden Druck aus Washington weit über den hier betrachteten Zeitraum hinaus befürwortet wurde, illustriert die Kontinuität der Politik der Militärregierung in Deutschland. Während der negative Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz in Washington offenbar eine wirkliche Änderung der Deutschlandpolitik nach sich zog, bedeutete dies für die amerikanische Administration in Deutschland – und damit auch für die alliierte Besatzungspolitik in der Bizone – lediglich günstigere Voraussetzungen zur Realisierung einer Politik, die schon vor Potsdam konzipiert worden war. Diese Politik scheiterte mit ihrem Anspruch auf Geltung für ganz Deutschland und konnte im Zonenrahmen nicht wirksam realisiert werden, da wichtige Voraussetzungen, wie zentrale Verwaltungen oder das Außenhandelsprogramm, fehlten. Mit der Konsolidierung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung und der vorläufigen Entscheidung über die künftige Wirtschaftsordnung waren nunmehr einige Grundlagen geschaffen, um die seit Beginn des Besatzungsregimes angestrebte Wirtschaftspolitik der alliierten Verwaltungen wirksamer greifen zu lassen.

3. Rekonstruktionsbedingungen der westdeutschen Wirtschaft

a) *Die Determinante Arbeitskraft*

Bevölkerungsentwicklung Auf eine trendwidrig schnelle Entwicklung des Arbeitskräftepotentials der vereinten Zone deutet bereits das Wachstum der gesamten Wohnbevölkerung in den Jahren 1939 bis 1946 hin. Tabelle 17 vermittelt einen ersten Eindruck. Gegenüber der Volkszählung 1939 hat die Bevölkerung im Jahre 1946 in der britischen Zone um 2,2 Millionen oder 11,3% und in der amerikanischen Zone um 2,6 Millionen oder 18,1% zugenommen¹. Der Zuwachs verteilte sich auf die Länder der Zonen sehr ungleichmäßig. Am stärksten tritt er in den Ländern agrarischer Struktur hervor. Schleswig-Holstein liegt mit einer Bevölkerungszunahme von 63,0% an der Spitze, gefolgt von Niedersachsen (+38,3%) und Bayern (+24,9%). Gebiete, die unter den Einwirkungen des Luftkrieges

¹⁶⁷ Rede des sowjetischen Außenministers Molotow auf der Tagung des Außenministerrates am 17. 3. 1947, in: Das bizonale Industrieabkommen führt zur Teilung Deutschlands, S. 6–19.

¹⁶⁸ Vgl. Gimbel, a. a. O., S. 232 f.

¹ Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1946 müssen als relativ unzuverlässig gelten. Sie unterschätzen den Stand der Bevölkerung tendenziell.

Tabelle 17 Bevölkerungsentwicklung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1939-1946

Länder bzw. Zonen	Wohnbevölkerung		Zu- oder Abnahme (vH)	Zuwanderung ^a in vH der Gesamt- bevölkerung von 1946
	1939 (in 1000)	1946 ^b (in 1000)		
Schleswig-Holstein	1 589,0	2 590,2	+ 1 001,2	960,5
Hamburg	1 711,9	1 418,0	- 293,9	90,4
Niedersachsen	4 539,5	6 277,6	+ 1 738,1	1 754,4
Nordrhein-Westfalen	11 945,1	11 735,4	- 209,7	855,1
Britische Zone	19 785,5	22 021,2	+ 2 235,7	3 660,4
Bayern	7 037,6	8 789,7	+ 1 752,1	1 826,2
Hessen	5 479,1	3 995,7	+ 516,6	651,1
Württemberg-Baden	3 217,3	3 607,3	+ 390,0	569,3
Bremen	562,9	485,5	- 77,4	56,2
Amerikanische Zone	14 237,0	16 878,2	+ 2 581,2	5 082,8
VWVG	54 082,5	58 899,4	+ 4 816,9	6 743,1

^a Vertriebene und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten und dem Ausland, sowie Zuwanderer aus der SBZ und Berlin am 29. Okt. 1946;
^b einschl. Personen in Kriegsgefangenen- und Interniertenlagern.

Quelle: Stat. Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 8 ff.; Edding v. a., Das deutsche Flüchtlingsproblem, Kiel 1949, Tabelle I.

stärker gelitten hatten, registrierten hingegen Bevölkerungsverluste, so Hamburg mit 17,2 ‰, Bremen mit 13,8 ‰ und Nordrhein-Westfalen mit 1,8 ‰. Diese Verteilung gibt einen Hinweis auf die Ursachen des Bevölkerungswachstums im gesamten Zweizonengebiet. Nur dort, wo der Zustrom von Evakuierten, Vertriebenen und Flüchtlingen besonders groß war, konnte die Wirkung der Kriegsverluste, der natürlichen Abgänge und der Wanderungsverluste völlig ausgeglichen werden oder die Bevölkerung sogar wachsen. In beiden Zonen übertraf die Zahl der Zuwanderer den absoluten Bevölkerungszuwachs der Jahre 1939 bis 1946. Nur in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und in den Ballungszentren an Rhein und Ruhr hielt sich der Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen in Grenzen, da dort das Angebot an Wohnraum im Verlauf des Bombenkrieges rapide sank. Der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung blieb dort weit unter dem „Bizonen“-Durchschnitt von 17,3 ‰. Bis zum 29. Oktober 1946 bewirkten 6,7 Millionen Zuwanderer einen Anstieg der Wohnbevölkerung im gesamten britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet um 4,8 Millionen oder 14,1 ‰.

Nach dem Krieg hielt das schnelle Bevölkerungswachstum an. Bis zum Herbst 1948 stieg die Bevölkerungszahl im Vereinigten Wirtschaftsgebiet um weitere 6,2 ‰ an. Tabelle 18 zeigt die Herkunft dieses Zuwachses. Nur rund die Hälfte des Be-

Tabelle 18 Bevölkerungsentwicklung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1939–1948

Länder bzw. Zonen	Bevölkerung* (in 1000)	Zu- oder Ab- nahme seit 1939	Zuwanderung ^b in vH der Ge- samtbevölkerung von 1948	
			Insgesamt (1000)	
Schleswig-Holstein	2 712,3	+ 1 123,3	1 034,4	38,2
Hamburg	1 502,9	+ 209,0	125,7	8,3
Niedersachsen	6 745,0	+ 2 205,5	2 017,2	30,0
Nordrhein-Westfalen	12 608,6	+ 663,5	1 111,4	8,8
Britische Zone	23 568,8	+ 3 783,3	4 288,7	18,2
Bayern	9 141,2	+ 2 103,6	2 086,1*	22,8*
Hessen	4 214,0	+ 734,8	736,6*	17,4*
Württemberg-Baden	3 811,1	+ 593,8	728,1*	19,2*
Bremen	525,4	– 37,5	38,9*	7,4*
Amerikanische Zone	17 691,7	+ 3 394,7	3 589,7*	20,3*
VWG	41 260,5	+ 7 178,0	7 878,4*	19,1*

* Schätzung der dtsh. Landesbehörden; * „Nährmittelbevölkerung“ am 1. Okt. 1948; ^b Vertriebene und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten und dem Ausland, sowie Zuwanderer aus der SBZ und Berlin.

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 48, Stat. Annex, S. 26.

völkerungsanstiegs ist auf natürliches Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Dagegen sind in zwei Nachkriegsjahren über 1,1 Millionen Menschen als Vertriebene oder Flüchtlinge in die beiden Zonen zugewandert². Das Ergebnis dieser

² Die Zuwanderung aus der französischen Zone, die in Tabelle 17 und 18 nicht berücksichtigt wird, fällt zahlenmäßig nicht ins Gewicht.

gewaltigen Ost-West-Wanderung im Gefolge des Zweiten Weltkrieges: Für das Basisjahr 1936 eine Bevölkerungszahl von 33,060 Millionen zugrundegelegt³, ergibt sich bis 1946 ein Anstieg der Wohnbevölkerung um 18 0/0. Bis Oktober 1948 schließlich hat die Bevölkerungszahl um nicht weniger als ein Viertel des Standes von 1936 zugenommen.

Arbeitskräftepotential Das Arbeitskräftepotential⁴ des Untersuchungsgebietes war freilich nicht im gleichen Umfang gewachsen. Mit 7,3 0/0 macht das Wachstum des im arbeitsfähigen Alter stehenden Bevölkerungsteils nur etwa die Hälfte des zwischen 1939 und 1946 stattfindenden Wachstums der Gesamtbevölkerung aus (vgl. Tabelle 19). Dies läßt auf erhebliche Verschiebungen in der Altersstruktur der

Tabelle 19 Das Arbeitskräftepotential^a im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1939 und 1946

	1939	1946 ^b		IV davon weibl. in vH	V III in vH von I
	I insgesamt	II davon weibl. in vH	III insgesamt		
Schleswig-Holstein	988 177	42,0	1 461 033	44,9	147,9
Hamburg	1 105 878	45,7	860 270	46,7	77,8
Niedersachsen	2 838 712	43,0	3 648 751	50,3	128,5
Nordrhein-Westfalen	7 605 673	46,2	7 064 042	50,2	92,9
Britische Zone	12 538 440	45,1	13 034 096	49,4	104,0
Bremen	372 001	43,0	296 538	47,8	79,7
Hessen	2 186 554	45,5	2 373 131	50,1	108,5
Württemberg-Baden	2 028 519	45,8	2 137 269	51,0	105,4
Bayern	4 355 745	45,3	5 205 201	50,7	119,5
Amerikanische Zone	8 942 819	45,4	10 012 139	50,6	112,0
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	21 481 259	45,2	23 046 235	49,9	107,3

^a Männliche Einwohner im Alter von 14 bis unter 65, weibliche von 14 bis unter 50 Jahre:

$$A = M + W = \sum_{i=14}^{64} m_i + \sum_{i=14}^{49} w_i$$

^b Amerikanische Zone: Wohnbevölkerung; Britische Zone: ortsanwesende Bevölkerung; einschl. Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Insassen von Flüchtlingsdurchgangslagern; ^c ohne den Kreis Lindau.

Quelle: Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Monat Juli 1949, S. 399; Stat. Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 20 ff.

³ Dieser Schätzung liegt die Annahme zugrunde, daß die Bevölkerung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1936 bis 1939 ebenso schnell gewachsen ist wie die Gesamtbevölkerung des Reiches. Diese wuchs in diesem Zeitabschnitt bei gleichem Gebietsstand (1937) um knapp 3 0/0.

⁴ Das Arbeitskräftepotential ist für diesen Zweck als Summe der männlichen Einwohner im Alter von 14 bis unter 65 und weiblichen Einwohner von 14 bis unter 50 Jahren definiert, um es mit der „registrierten Bevölkerung“ gemäß Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. 1. 1946 vergleichbar zu machen. Die „registrierte Bevölkerung“ wird auch nach der Volkszählung von 1946 ständig ausgewiesen und umfaßt Männer von 14 bis unter 65, Frauen von 15 bis unter 50 Jahren.

Bevölkerung schließen, die sich auch auf die altersmäßige Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials selbst auswirken konnten. Darauf muß in anderem Zusammenhang noch näher eingegangen werden.

Nach 1946 hielt das Wachstum des Arbeitskräftepotentials parallel zur Bevölkerungsentwicklung an. Mit einem Anstieg von 6,5 % wuchs es in der Zeit von Ende 1946 bis Mitte 1948 annähernd so stark wie in den sieben Jahren von 1939 bis 1946.

Insgesamt gesehen hatte damit das Arbeitskräftepotential des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes im Juni 1948 etwa 118 % des Standes von 1936 erreicht. Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtentwicklung:

Tabelle 20 Entwicklung des Arbeitskräftepotentials im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1936-1948

Jahr	Absolut (1000)	Zuwachsraten (vH)	
		zum jeweiligen Vordatum	1936-1948
1936 ^a	20 610		
1939 ^b	21 247	5,0	
1946 ^b	22 780	7,3	
1947 ^c	23 822	4,6	
1948 ^c	24 249	1,8	17,7

^a Nach der Entwicklung der Gesamtbevölkerung geschätzt; ^b nach Ergebnissen der Volkszählungen berechnet. Sie entsprechen den in Tabelle 19 ausgewiesenen Zahlen, abzüglich des Anteils weiblicher Personen im Alter von 14 bis unter 15 Jahren. Der Anteil dieses Personenkreises an der Bevölkerung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes wurde nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1946 für Deutschland im Rahmen der vier Besatzungszonen und Groß-Berlins geschätzt, Berufszählung, Textteil, a. a. O., S. 9; ^c „registrierte Bevölkerung“ wie amtl. ausgewiesen (1947: Dezember; 1948: Juni).

Quelle: ^a und ^b Tabelle 19; ^c Monthly Stat. Bulletin of the CCG (BE), Vol. III, No. 12, Dez. 1948, S. 9.

Ungeachtet der relativ langsamen Entwicklung des Arbeitskräftepotentials muß aber festgehalten werden, daß nach dem Krieg erheblich mehr Personen im arbeitsfähigen Alter zur Verfügung standen als vor dem Krieg⁵. Proportionale Entwicklung von Arbeitskräftepotential und Gesamtbevölkerung vor dem Kriege unterstellt, läßt sich das Arbeitskräftepotential für 1936 auf rund 20,6 Millionen Menschen schätzen. Während die Industrie der beiden Zonen 1946 erst etwa 42 %⁶ der Produktion von 1936 erreicht hat, ist der Stand des Arbeitskräftepotentials mit

⁵ Anders in der französischen Zone. Dort liegt noch zum Jahresende 1948 das Arbeitskräftepotential um etwa 4 % unter dem des Jahres 1936; vgl. dazu: Manz, a. a. O., S. 70; Die Ursache liegt hier in der restriktiven Flüchtlingspolitik der französischen Militärregierung. Durch Kontrollratsbeschluß vom 20. 11. 1945 wird der FBZ lediglich ein Kontingent von 150 000 Personen zugewiesen und bestimmt, daß die Aufnahme dieser Flüchtlinge nicht vor dem 15. 4. 1946 erfolgen muß; vgl. Ruhm v. Oppen, a. a. O., S. 89 f.

⁶ Der amtl. Index steht bei 34 (vgl. Tab. 7); 42 ist vom Verf. grob geschätzt, da annähernd genaue Korrekturwerte sich erst für 1947/48 ermitteln lassen, eine Korrektur der Indexziffer nach oben aber gleichwohl geboten erscheint. Vgl. Tab. 12 u. 13.

111 % des gleichen Basisjahres anzusetzen. Diese Gegenüberstellung macht deutlich, daß im ersten Nachkriegsjahr 1946 die Rekonstruktionsvoraussetzungen – was die Quantität des potentiell ausschöpfbaren Produktionsfaktors Arbeit betrifft – in reichem Maße gegeben waren.

Qualifikationsstruktur Die qualitative Zusammensetzung des Produktionsfaktors Arbeit, die Qualifikationsstruktur, ist damit allerdings noch nicht umrissen. Der Begriff der Qualifikationsstruktur entzieht sich indes weitgehend einer empirischen Fassung. Ihn mit der Berufsstruktur gleichzusetzen, stößt auf Hindernisse. Entscheidend im Sinne des „Rekonstruktionansatzes“ ist ja nicht die jeweilige, durch die Umstände oft kurzfristig erzwungene Tätigkeit, entscheidend sind vielmehr die tatsächlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Menschen. Denn diese verkörpern den ökonomisch-technischen Stand einer Volkswirtschaft. Gerade nach Kriegen erzwingt die veränderte Arbeitsplatzstruktur in vielen Fällen den zeitweiligen Wechsel des ausgeübten Berufes. Dazu kommt die Starrheit der in der Berufsstatistik ausgewiesenen Berufskategorien, die die Erfassung von Änderungen der konkreten beruflichen Fähigkeiten der Arbeitskräfte nur in sehr langfristigen historischen Vergleichen zuläßt⁷. Es ist daher nicht möglich, Qualifikationsgewinn oder -verlust des Arbeitskräftepotentials, wie er möglicherweise in den Jahren 1936 bis 1946 im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet stattgefunden hat, aus der Berufsstatistik abzulesen.

Noch wichtiger als praktische Schwierigkeiten der Berufsabgrenzung und der statistischen Erfassung⁸ erscheint aber die grundsätzliche Frage, ob Veränderungen in der Qualifikationsstruktur bei arbeitsteiliger Produktionsweise überhaupt an der Entwicklung einzelner Berufe gemessen werden können. Es ist denkbar – wenn auch nicht generell empirisch gültig⁹ –, daß im Zuge der Ausbreitung des technischen Fortschritts die Summe der Kenntnisse und Fähigkeiten, die zur Beherrschung des Arbeitsprozesses erforderlich sind, zwar wächst und auch aufgebracht wird, die individuellen Kenntnisse und Fähigkeiten jedes einzelnen Produktionsbeteiligten – auch in der Produktionsmittelerzeugung selbst – aber geringer werden¹⁰. Die Anwendung des technischen Fortschritts im arbeitsteiligen Produktionsprozeß fordert demnach vom Einzelnen grundsätzlich nicht mehr oder höhere Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern lediglich andere¹¹.

⁷ Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Dreher oder Werkzeugmacher des Jahres 1936 nicht unmittelbar vergleichbar sein muß mit einem Angehörigen dieser Berufe im Jahre 1946 – ganz davon zu schweigen, daß innerhalb der einzelnen Berufssparten ganze Qualifikationsspektren vertreten sind.

⁸ Die Berufsstatistik umfaßt nur Erwerbspersonen; Kenntnisse und Fähigkeiten der übrigen zum Arbeitskräftepotential gehörenden Personen bleiben unberücksichtigt, die Gruppe der selbständig Berufslosen bleibt unspezifiziert; regionale Gliederung nach Zonen und Länder im Vorkriegsvergleich läßt das Material nicht zu.

⁹ Vgl. z. B. für die USA: Kuznets, *Modern Economic Growth*, S. 192.

¹⁰ Karl Marx weist im Zusammenhang mit der Entstehung von Manufakturen auf diesen Widerspruch hin: „Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital.“ (*Das Kapital*, I. Band, Berlin 1968, S. 382).

¹¹ Vgl. dazu Jánossy, a. a. O., S. 207 ff.

Gerade solche Änderungen lassen sich aber in den notwendigerweise starren Kategorien der Berufsstatistik nicht ausmachen. Relative Gewichtsverlagerung zugunsten einzelner Berufe kann daher aus praktischen und grundsätzlichen Erwägungen nicht als Indikator der Entwicklung der Qualifikationsstruktur in jenem wachstumstheoretischen Sinne dienen. Die Annahme erscheint daher als zweckmäßig und auch zulässig, die Qualifikationsstruktur der Vorkriegszeit sei nach dem Krieg im Arbeitskräftepotential noch immer enthalten gewesen, zumal das Arbeitskräftepotential unterdessen angewachsen war. Das heißt, die Summe der Kenntnisse und Fähigkeiten dürfte durch den Krieg nicht vermindert worden sein. Im Gegenteil ist zu vermuten, daß die Qualifikation der Arbeitskräfte im Sinne der Beherrschung neuer und produktiver Produktionsprozesse sich auch in den zehn Jahren seit 1936 weiterentwickelt hat¹².

Für diese Annahme sprechen die Qualifizierungsanstrengungen, die die deutsche Industrie zur Überwindung des wachsenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften als Folge der Rekrutierung für die Wehrmacht unternahm. Umfassende statistische Angaben liegen dazu nicht vor. Es darf jedoch als sicher gelten, daß während des Krieges die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte noch beschleunigt werden konnte¹³. Das Ausbildungsprogramm, das in der Regie der Unternehmen selbst durchgeführt wurde, legte seinen Schwerpunkt vor allem auf die Ausbildung von Arbeitskräften, die aus anderen Wirtschaftssektoren in die Industrie kamen. Hinzu kam ein „learning-by-doing“-Effekt durch intensiveren Austausch von Patenten und technischen Produktionsverfahren, durch Vereinfachung der Herstellungstechnik und Typenrationalisierung¹⁴. Die „Overall Economic Effects Division“ der US-Luftwaffe resümierte: „shortage of skilled workers . . . cannot have been a serious limiting factor in war production, which showed the greatest expansion during 1943 and 1944.“¹⁵

Was für die Zeit des höchsten Produktionsstandes während des Krieges gilt, muß erst recht für die ersten Nachkriegsjahre gelten. Der Produktion entzogen wurden – seit jenem Höhepunkt der industriellen Erzeugung im Juli 1944 – vor allem ausländische Arbeitskräfte, die knapp 30 0/0 der Beschäftigten in der Industrie ausmachten¹⁶ und vorzugsweise für weniger qualifizierte Tätigkeiten eingesetzt wurden. Auf der anderen Seite ist der größere Teil der in den Streitkräften kämpfenden, im besten Erwerbssalter stehenden Soldaten schon bald nach dem Krieg heimgekehrt¹⁷.

Aus all dem kann geschlossen werden, daß die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials der Nachkriegszeit den während des Krieges erreichten Entwick-

¹² Kuznets, *Postwar Economic Growth*, S. 78 ff., betont in seinem Überblick des Nachkriegswachstums die Plausibilität dieser Annahme ebenso entschieden, wie die Schwierigkeit, ihre Auswirkungen zu quantifizieren.

¹³ Vgl. dazu: *The United States Strategic Bombing Survey*, S. 37.

¹⁴ Vgl. Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege*, S. 40.

¹⁵ S. Anm. 13.

¹⁶ Ebda, S. 35; diese Zahl bezieht sich auf Juni 1944.

¹⁷ 1944 betrug die Zahl der aktiven Wehrmachtangehörigen 9,1 Millionen. Im März 1947 waren 2 356 000 – fast die Hälfte davon aus der UdSSR – noch nicht zurückgekehrt. Im Herbst 1947 schätzt die Verwaltung für Arbeit ihre Zahl noch auf 1 750 000 (BA, Z 40/159).

lungsstand repräsentierte und damit relativ günstige Rekonstruktionsbedingungen hergestellt waren. Allerdings wurde die Produktivität der Arbeitskraft kurzfristig durch andere Änderungen ihrer Struktur unmittelbar beeinträchtigt. Verschiebungen des Altersaufbaus und der Sexualproportion, aber auch Änderungen der Erwerbsquoten und der regionalen Verteilung der Arbeitskraft blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Effizienz des Produktionsfaktors Arbeit.

Altersaufbau und Sexualproportion Die unterschiedliche Entwicklung im Wachstum von Arbeitskräftepotential und Gesamtbevölkerung signalisierte bereits Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung des britisch-amerikanischen Besat-

Tabelle 21 Der Altersaufbau der Bevölkerung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1933, 1939 und 1946

Altersklasse	1933 (vH)	1939 (vH)	1946 (vH)
Gesamtbevölkerung			
0 bis unter 6	9,2	10,1	9,2
6 bis unter 14	14,3	11,9	14,2
14 bis unter 20	8,0	10,6	9,1
20 bis unter 25	9,7	5,6	7,0
25 bis unter 30	9,5	9,1	5,8
30 bis unter 40	16,2	17,6	14,7
40 bis unter 50	12,3	13,0	15,3
50 bis unter 60	10,6	10,3	11,4
60 bis unter 65	3,8	4,5	4,5
65 und darüber	6,4	7,3	8,8
Männer			
0 bis unter 6	9,5	10,5	10,5
6 bis unter 14	14,8	12,3	16,1
14 bis unter 20	8,3	11,1	9,9
20 bis unter 25	9,9	5,6	5,8
25 bis unter 30	9,7	9,3	4,7
30 bis unter 40	15,6	18,0	12,9
40 bis unter 50	11,6	11,9	15,5
50 bis unter 60	10,6	9,9	11,0
60 bis unter 65	3,9	4,4	4,5
65 und darüber	6,1	7,0	9,1
Frauen			
0 bis unter 6	8,8	9,7	8,2
6 bis unter 14	13,7	11,5	12,7
14 bis unter 20	7,8	10,2	8,4
20 bis unter 25	9,5	5,7	8,1
25 bis unter 30	9,4	8,9	6,6
30 bis unter 40	16,6	17,1	16,1
40 bis unter 50	13,0	14,0	15,2
50 bis unter 60	10,7	10,8	11,6
60 bis unter 65	3,8	4,5	4,5
65 und darüber	6,7	7,6	8,6

Quelle: Hilde Wander, Bevölkerung, Arbeitspotential und Beschäftigung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet, Kiel 1948, S. 21.

zungsgebietes. Sie sind Folge altersspezifischer Kriegsverluste und Zuwanderungen. Aus Tabelle 21 läßt sich das Ausmaß des Strukturwandels gegenüber 1933 und 1939 ablesen. Die Gruppe der Kinder bis 14 Jahren hat dabei, auf Grund der relativ hohen Geburtenjahrgänge kurz vor und während des Krieges und des verhältnismäßig großen Anteils von Kindern unter den Zuwanderern, ihren Anteil im Vergleich zu 1939 leicht verbessern können. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg von 22,0 % im Jahr 1939 auf 23 % im Jahre 1946. Eine ähnliche Entwicklung nahm in dieser Zeit die Alterklasse der über 65jährigen Personen. Sie wuchs bis 1946 um 1,5 Prozentpunkte auf 8,8 % der Gesamtbevölkerung. Allerdings ordnete sich diese Entwicklung in einen längerfristigen Trend ein, wie das stetige Anwachsen des Anteils dieser Gruppe seit 1933 zeigt.

Aber auch innerhalb des Arbeitskräftepotentials¹⁸ selbst haben sich die einzelnen Altersklassen unterschiedlich entwickelt. Während der Anteil – an der Gesamtbevölkerung – der 14- bis unter 25jährigen Personen mit 16,1 % praktisch gehalten wurde, hat sich der Anteil der leistungsfähigen Altersgruppe der 25- bis unter 40jährigen wesentlich verringert. Er sank von 26,7 % (1939) auf 20,5 % (1946). Noch deutlicher verschlechterte sich der Altersaufbau bei den Männern. Bereits die Gruppe der 14- bis unter 25jährigen wurde um einen Prozentpunkt relativ schwächer. Ihr Anteil sank von 16,7 % auf 15,7 %. Noch klarer zeigt sich der Rückgang bei der Alterklasse von 25 bis unter 40 Jahren. Hier waren es 1939 noch 27,3 %, 1946 aber nur mehr 17,6 %.

Entsprechend zugenommen hat der Anteil der 40- bis unter 65jährigen an der Gesamtbevölkerung. Er hat sich gleichermaßen bei Männern wie bei Frauen auf rund 31 % erhöht.

Innerhalb des Arbeitskräftepotentials hat sich damit der Anteil der jüngeren Altersgruppen von 42,9 % auf 36,6 % verringert, während der (körperlich) weniger leistungsfähige ältere Teil seinen Anteil von 27,8 % im Jahre 1939 auf 31,2 % im Jahre 1946 erhöht hat. Die Verschlechterung der Altersstruktur des Arbeitskräftepotentials geht dabei im wesentlichen zu Lasten des Anteils der Männer.

Auch insgesamt nahm das Gewicht der weiblichen Bevölkerung am Arbeitskräftepotential zu. Tabelle 19 zeigt dies für die Länder des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes. In beiden Zonen steigt der Anteil der Frauen¹⁹ etwa gleich stark an. In der vereinten Zone waren 1939 etwa 45 % des Arbeitskräftepotentials weiblichen Geschlechts; bis 1946 steigt dieser Prozentsatz auf knapp 50 % an. Der Anstieg des Arbeitskräftepotentials in den Jahren 1939 bis 1946 ist also ausschließlich durch das Anwachsen der weiblichen Bevölkerung zustande gekommen, während der männliche Teil des Arbeitskräftepotentials um 2 % zurückging.

Erwerbstätigkeit Diese Veränderungen im Altersaufbau und in der Sexualproportion des Arbeitskräftepotentials erklären leicht, warum der kräftige Anstieg der Bevölkerung und – ein wenig langsamer – des Arbeitskräftepotentials in der

¹⁸ Hier: 14- bis unter 65jährige Personen.

¹⁹ Hier: von 14 bis unter 50 Jahren.

Zeit von 1936 bis 1946 keine entsprechende Vergrößerung der Erwerbspersonenzahl mit sich brachte.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen übertrifft zwar 1946 die Vorkriegsquote, ist aber nicht hoch genug, um die entstandene Lücke an erwerbsfähigen Männern ganz zu schließen. Deshalb liegt die Zahl der Erwerbspersonen 1946 noch unter dem Stand von 1933 (vgl. Tabelle 22). Da die Bevölker-

Tabelle 22 Erwerbspersonen und Erwerbsquoten im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1935–1948

Jahr ^a	Männer		Frauen		Insgesamt		Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen
	1000	in vH der Bevölkerung	1000	in vH der Bevölkerung	1000	in vH der Bevölkerung	
1933	10 390	65,6	5503	33,2	15 893	49,1	34,6
1936	10 452	—	5612	—	16 064	—	34,9
1939	11 331	67,7	6110	35,2	17 441	51,2	35,0
1946	9 633	—	5563	—	15 196	—	36,6
1947	11 109	61,2	6159	28,3	17 268	43,3	35,7
1948	11 829	62,4	6120	27,7	17 949	43,8	34,1

^a 1939 im Mai, sonst jeweils im Juni.

Quelle: OMGUS, Monthly, Report No. 48, Stat. Annexe, S. 58 f.

rung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet gleichzeitig gewachsen ist, führte dies zu einem Rückgang der Erwerbsquote von 49,1 % im Jahre 1933 und 51,2 % im Jahre 1939 auf knapp über 40 % im Jahre 1946.

Doch schon 1947 ist der absolute Stand von 1936 überschritten und der von 1939 annähernd wieder erreicht. Auch der Anteil der Frauen an der Erwerbspersonenzahl nimmt in den Jahren 1947 und 1948 wieder ab und bewegt sich damit im Rahmen der vor dem Kriege üblichen Relation von Frauen- und Männerarbeit. Diese Entwicklung spiegelt sich in der weiblichen Erwerbsquote wider, die in den ersten Nachkriegsjahren deutlich unter dem Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Bevölkerung der Jahre 1933 und 1939 liegt. In der niedrigen Frauenerwerbsquote kommt der geringe Anreiz zur Erwerbstätigkeit in einer Zeit inflationären Geldüberhanges zum Ausdruck²⁰. Bei den Männern steigt hingegen die Erwerbsquote bis 1948 an, bleibt aber selbst 1948 mit 62,4 % noch weit unter den Vorkriegswerten 65,6 % (1933) und 67,7 % (1939).

Ungeachtet günstiger Rekonstruktionsvoraussetzungen im Arbeitskräftepotential war seine kurzfristige wirtschaftliche Einsatzfähigkeit also beschränkt. Zur Wachstumsschranke, die den Rekonstruktionsbeginn im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet hätte verzögern können, wurde dies freilich zu keinem Zeitpunkt. Selbst in der Gruppe der erwerbstätigen Männer ist der Stand von 1936 im Jahre

²⁰ Frauen im Alter von 14 bis unter 50 Jahren waren zwar grundsätzlich zur Arbeit verpflichtet, konnten aber befreit werden, wenn sie als Hausfrauen selbst tätig waren oder als Tochter im elterlichen Haushalt mithalfen, studierten oder Kinder im schulpflichtigen Alter zu betreuen hatten. Von der Arbeit befreite Frauen bezogen dennoch – soweit sie sich registrieren ließen – Lebensmittelkarten, deren Besitz wichtiger war als zusätzlicher Geldlohn.

1947 schon überschritten, zu einem Zeitpunkt, da die Industrieproduktion gerade die Hälfte ihrer Vorkriegsleistung wieder erreicht hat.

Arbeitsplatzstruktur Während es gute Gründe gibt, die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials über den Krieg hinweg für konstant zu halten, ist der Wandel der Arbeitsplatzstruktur im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet in dieser Zeit offensichtlich. Hierin muß eine weitere vorübergehende Einschränkung der Möglichkeit produktiver Umsetzung des größeren Arbeitskräftepotentials und der nach wie vor hohen Erwerbspersonenzahl vermutet werden.

Die Arbeitsplatzstruktur der vereinten Zone läßt sich grob – unter Vernachlässigung der offenen Stellen²¹ – durch Aufgliederung der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren darstellen. In Tabelle 23 ergibt dies folgendes Bild: Während das Gewicht des Tertiären Sektors 1947 dem von 1939 ungefähr entsprach, hat sich der Beschäftigtenanteil der Landwirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet um 3 Prozentpunkte erhöht, der industrielle Anteil hingegen um 4 Prozentpunkte vermindert. Insgesamt blieb die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitabschnitt praktisch konstant. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze stieg aber absolut um 11 0/0, während gleichzeitig die Beschäftigung in der Industrie um 9 0/0 zurückging.

Die starke Verlagerung der Beschäftigung zugunsten landwirtschaftlicher Arbeitsplätze findet sich vor allem in der britischen Zone. Hier ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft um nicht weniger als 18 0/0 gestiegen und in der Industrie um 13 0/0 zurückgegangen. Entsprechend sank in der britischen Zone die Beschäftigtenzahl des Sektors Handel und Transportwesen um 11 0/0, da seine Entwicklung eng mit dem industriellen Sektor zusammenhing. Die Zahl der im Tertiären Sektor Beschäftigten blieb nur deshalb konstant, weil öffentliche und private Dienste gewaltig expandierten.

In der amerikanischen Zone hielt sich dagegen die trendwidrige Reduzierung industrieller Arbeitsplätze in Grenzen. Ihre Zahl verringerte sich dort lediglich um 4 0/0; entsprechend expandierte die Beschäftigung in der Landwirtschaft – im Vergleich zur britischen Zone schon vor dem Krieg sehr hoch – im betrachteten Zeitraum um 5 0/0, wenngleich auch diese Bewegung gegen den langfristigen Trend abließ. Außerordentlich erhöht hat sich in der amerikanischen Zone die Zahl der im öffentlichen und privaten Dienst beschäftigten Personen: Von Mai 1939 bis Juni 1947 stieg sie um 32 0/0 an.

Zum ersten Mal seit der ersten Berufszählung im Jahre 1882 – wahrscheinlich seit Beginn der Industrialisierung in Deutschland überhaupt – wurde damit in einem für das Reich repräsentativen Gebiet der stetige Trend der absoluten und relativen Expansion des industriellen Sektors aus anderen als konjunkturellen Gründen aufgehoben und sogar in sein Gegenteil verkehrt.

Eine der Ursachen des Gefalles, das sich hieraus zwischen Arbeitsplatz- und Qualifikationsstruktur ergab, lag in der regionalen Fehlleitung des Arbeitskräftepoten-

²¹ Tabelle 25 gibt einen Hinweis auf die Geringfügigkeit des dadurch entstehenden Fehlers.

Tabelle 23 Beschäftigte^a nach Wirtschaftssektoren im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1939 und 1947

Sektor	Amerikanische Zone ^b						Britische Zone						VVG					
	Mai 1939		Juni 1947		Mai 1939		Juni 1947		Mai 1939		Juni 1947		Mai 1939		Juni 1947			
	I 1000	II vH	III 1000	IV vH	V III in vH von I	VI 1000	VII vH	VIII 1000	IX vH	X VIII in vH von VI	XI 1000	XII vH	XIII 1000	XIV vH	XV XIII in vH von XI			
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	2562	53	2479	54	105	1902	20	2240	24	118	4 264	25	4 719	28	111			
Industrie und Handwerk	2762	38	2638	56	96	4418	45	3861	41	87	7 180	45	6 499	39	91			
Handel und Transportwesen	1098	15	1013	14	92	1927	20	1723	18	89	3 025	18	2 736	16	90			
Öffentl. u. private Dienste	702	10	929	15	152	1014	10	1242	15	122	1 716	10	2 171	13	127			
Verwaltung	247	4	230	3	93	444	5	415	4	93	691	4	645	4	93			
Tertiärer Sektor	2047	29	2172	50	106	3380	35	3380	35	100	5 432	32	5 532	33	102			
Zusammen	7171	100	7289	100	102	9705	100	9481	100	98	16 876	100	16 770	100	99			

^a Arbeitnehmer und selbständig beschäftigte Personen; ausschließlich verschleppter Personen, Zivilinternierter und Kriegsgefangener in der britischen Zone; einschließlich der geschätzten Anzahl selbständig tätiger Männer über 65 Jahre und Frauen über 50 Jahre; ^b einschließlich Bremen.
Berechnet nach: Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszone, a. a. O., S. 84 und 94.

tials. Sie bildete eine wichtige Restriktion der unmittelbaren ökonomischen Nutzungsmöglichkeiten des reichlich vorhandenen Produktionsfaktors Arbeit. Der breiteste Strom zusätzlicher Arbeitskraft aus Zuwanderung ergoß sich nämlich in jene Länder des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes, in denen der Anteil industrieller Arbeitsplätze relativ klein und während des Krieges noch zurückgegangen war.

Der Ausgangspunkt dieser Fehlleitung produktiver Ressourcen ist in der Wohnraumnot im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet zu suchen. Die Verluste an Wohnungen im Verlauf des Luftkrieges und sonstiger Kampfhandlungen auf deutschem Gebiet waren aber regional unterschiedlich hoch. In den Ländern der britischen Zone trat dieser Effekt am klarsten hervor, während die Länder der amerikanischen Zone – mit Ausnahme von Bremen – sich im Rahmen der durchschnittlichen Entwicklung des gesamten Zweizonengebietes hielten. Eine Übersicht (Tab. 24) macht die negative Koinzidenz von Arbeitsplatzstruktur und ihrer Ent-

Tabelle 24 Dislokation des Arbeitskräftepotentials in der britischen Zone

	Kriegsbedingter Verlust ^a an Wohnungen; Stand 1945/47 in vH des Vorkriegsstandes	Entwicklung des Anteils der abhängig Beschäftigten des industriellen Sektors an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten			Wachstum des Arbeitskräftepotentials 1939–1946 vH
		1938	1947	Differenz	
Schleswig-Holstein	14	44,5	35,3	– 9,2	+47,9
Hamburg	54	44,5	40,2	– 4,3	–22,2
Niedersachsen	16	50,7	36,6	–14,1	+28,5
Nordrhein-Westfalen	27	66,4	56,9	– 9,5	– 7,1
Britische Zone	–	59,1	47,6	–11,5	+ 4,0

^a Luftkrieg und sonst. Kampfhandlungen, nur schwere Schäden.

Berechnet nach: Verwaltung für Arbeit, Das Arbeitspotential in der Britischen Zone, Lemgo, Okt. 1947, Tab. 5, BA, Z 40/159; Tabelle 19; Der Bundesmin. für Wohnungsbau, Der Wohnungsbau in der BRD, a. a. O., S. 46.

wicklung einerseits und Wachstum des Arbeitskräftepotentials andererseits am Beispiel der britischen Zone deutlich.

Das Wachstum des Arbeitskräftepotentials war in den Jahren 1939 bis 1946 in Schleswig-Holstein am höchsten. Gerade die Wirtschaft Schleswig-Holsteins wies aber von allen Ländern der britischen Zone sowohl vor als auch nach dem Krieg den geringsten Anteil industrieller Arbeitsplätze auf. Er war zudem während des Krieges um 9,2 Prozentpunkte zurückgegangen. In Hamburg hingegen, das den größten Verlust an Arbeitspotential erlitt, fiel der relative Rückgang industrieller Arbeitsplätze weit geringer aus. Hamburg lag, was den Anteil abhängig Beschäftigter in der Industrie an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten betraf, nach dem Krieg hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle der Länderskala. Nieder-

sachsen, das vor dem Krieg relativ mehr Arbeitsplätze in der Industrie aufwies als Hamburg, fiel bis 1947 hinter Hamburg zurück, während gleichzeitig sein Arbeitskräftepotential um mehr als ein Viertel zunahm.

Die regionale Fehlleitung des Arbeitskräftepotentials als Folge der Zuwanderung, die sich in erster Linie nach der Wohnraumsituation und nicht nach Kriterien der optimalen Arbeitslenkung richtete²², zeigt sich auch in der Gegenüberstellung von Arbeitslosenzahlen und offenen Stellen – beide nach Berufsgruppen geordnet – an einem beliebigen Stichtag. Sie wies beispielsweise am 30. November 1946 in der britischen Zone²³ (vgl. Tabelle 25) in vielen der als Mangelberufe geltenden Grup-

Tabelle 25 Die Arbeitsmarktlage in der Britischen Zone; Stand: 30. 11. 1946

	I Arbeitslose	II Davon voll einsatzfähig (vH)	III Offene Stellen	IV Auf eine offene Stelle entfallen ... Arbeitslose
Insgesamt	272 906	33,6	134 753	2,03
Darunter u. a. die Berufsgruppen: Land- und Forst- wirtschaftliche Berufe, Fischer	14 859	37,3	11 754	1,26
Bergleute	1 760	22,6	29 815	0,06
Metallerzeuger und -verarbeiter	18 608	24,9	15 630	1,19
Chemiewerker	1 180	23,9	1 220	0,97
Textilhersteller	3 601	23,9	1 397	2,58
Holzverarbeiter	2 978	26,1	1 927	1,55
Nahrungs- und Genuß- mittelberufe	6 597	25,9	588	11,22
Bekleidungsberufe	5 234	41,0	921	5,68
Friseure und sonst. Körperpfleger	1 587	34,5	22	72,14
Bauberufe	5 336	23,7	13 030	0,41
Verkehrsberufe	17 793	20,3	9 297	1,91
Kaufmännische, Büro- und Verwaltungsberufe	84 027	37,9	3 202	26,23
Ingenieure u. Techniker	10 941	35,2	168	65,13
Sonst. (geistige) Berufe	16 323	37,4	590	27,67

Berechnet nach: ZfA (Hrsg.), Arbeitsblatt für die Britische Zone, 1. Jg. 1947, S. 37 f.

pen hohe Arbeitslosenzahlen aus. Dazu zählten die Berufe der Land- und Forstwirtschaft, der Metallerzeugung und -verarbeitung, des Baugewerbes oder des Verkehrswesens. Zu einem beträchtlichen Teil sind die registrierten Arbeitslosen allerdings nur sehr beschränkt berufsfähig gewesen. Im wesentlichen waren es aber die bereits genannten ungünstigen Auswirkungen der regionalen Fehlleitung der

²² Vgl. Arbeitsblatt für die Brit. Zone, 1 (1947), S. 38.

²³ Zur Arbeitsmarktlage in der US-Zone, die ähnliche Züge trägt, vgl. Wander, Bevölkerung, Arbeitspotential und Beschäftigung, S. 37.

Arbeitskräfte, die „es den Arbeitsämtern so schwer machen, die verfügbaren Arbeitskräfte dort einzusetzen, wo sie benötigt werden“²⁴.

Die festgestellte generelle Regel, daß die Arbeitskraft während des gesamten Zeitraums nicht zur Wachstumsschranke wurde, wird allerdings durch strukturelle Ausnahmen eingeschränkt. So konnte der Bedarf an Bauhandwerkern und -arbeitern selbst bei optimaler Einsatzplanung nicht aus den vorhandenen Qualifikationsreserven gedeckt werden. Erst recht traf dies auf den Bergbau zu, wo 100 offenen Stellen nur sechs arbeitslose Bergleute gegenüberstanden, von denen nicht einmal zwei als voll einsatzfähig gelten konnten. Es wird daher noch im Einzelfall zu untersuchen sein, ob Arbeitskräftemangel auf Teilarbeitsmärkten als Engpaß im breiten Rekonstruktionsansatz wirken konnte. Andererseits lokalisiert Tabelle 25 Arbeitsmarktreserven, soweit überhaupt vorhanden, bei den hochqualifizierten Berufsgruppen. Als Beispiel kann die Arbeitsmarktlage bei Ingenieuren und Technikern, aber auch bei den geistigen Berufen sowie den Verwaltungs- und kaufmännischen Berufen dienen. Es zeigt sich hier das klassische Rekonstruktionsmuster, das „Reisig- und Pilzesammeln“ als Arbeitsplatz „für Ingenieure, Bergarbeiter, Lokomotivführer, Juristen und Philosophen“²⁵ ausweist.

b) *Die Determinante Kapitalstock*

Selbst ein erhebliches Mißverhältnis zwischen den Einsatzmengen und -qualitäten von Kapital und Arbeit stellt grundsätzlich kein Hindernis für den Beginn eines Rekonstruktionsprozesses dar. Es konnte im Gegenteil theoretisch abgeleitet werden, daß gerade dieses Mißverhältnis als eine der wichtigsten Triebfedern dieses Prozesses wirkt. Umfang und Verfassung des Produktionsapparates waren deshalb in dieser Phase der Nachkriegsentwicklung nicht ohne Einfluß auf das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums: Je höher der Bestand an Produktionskapital und je niedriger der marginale Kapitalkoeffizient zu Beginn der Rekonstruktionsperiode, desto schneller wird der langfristige potentielle Wachstumspfad erreicht, der durch die Entwicklung der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials vorgezeichnet ist. Strukturelle Schwächen des Kapitalstocks im Bereich der Vorstufenproduktion können allerdings zu Minimumsektoren des Produktionsapparates werden und den nachgeordneten Produktionsprozeß dominieren, d. h. den Anlauf der Rekonstruktion bis zu ihrer Überwindung erheblich verzögern. Es soll daher im folgenden versucht werden, Menge und Zustand des industriellen Anlagekapitals im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet zu Beginn der Rekonstruktionsperiode im Vergleich zum Vorkriegsstand zu berechnen. Der Untersuchung liegt der Begriff des industriellen Kapitalstocks zugrunde, d. h. der reale Bestand an Baulichkeiten und Ausrüstungen in der Industrie. Da hier in erster Linie der Kapazitätsaspekt des Anlagevermögens interessiert, muß vom Brutto-Anlagevermögen ausgegangen werden. Darunter ist das auf Grund von Neuwerten berechnete Anlagevermögen der Industrie zu verstehen. Hinter dieser Entscheidung steht die Einsicht, daß industrielle Anlagen in der Regel während ihrer gesamten (durch-

²⁴ S. Anm. 22.

²⁵ Jánossy, a. a. O., S. 241.

schnittlichen) technischen Lebensdauer in annähernd gleichem Umfang Güter ausstoßen.

Eine industrielle Vermögensrechnung Das Vorhaben, die Höhe des realen Brutto-Anlagevermögens der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes für die Jahre 1936, 1945 und 1948 zu bestimmen, läßt sich systematisch in den folgenden drei Schritten durchführen:

1. Bestimmung des Brutto-Anlagevermögens 1936
2. Darauf aufbauend, durch Saldieren der Zu- und Abflüsse (in Preisen von 1936):

Brutto-Anlagevermögen 1936	
+ Brutto-Anlageinvestition	./ . volkswirtschaftliche Abschreibung 1936–1945
	./ . Kriegszerstörung 1936–1945
	Saldo:
	Brutto-Anlagevermögen 1945 (Wert 1936)

3. Der so gewonnene Wert bildet den Ausgangspunkt für den dritten Schritt:

Brutto-Anlagevermögen 1945 (Wert 1936)	
+ Brutto-Anlageinvestition 1946–1948	./ . Restitution 1945–48
	./ . Demontage 1945–48
	./ . volkswirtschaftliche Abschreibung 1946–48
	Saldo:
	Brutto-Anlagevermögen 1948 (Wert 1936).

Amtliche Zahlen, die dieses Vorgehen erleichtern würden, liegen nicht vor. Wohl aber darf sich der Versuch einer Berechnung des Brutto-Anlagevermögens auf eine Untersuchung Kregels²⁶ stützen, der im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf gründliche Vorarbeiten zurückgreifen konnte²⁷. Allerdings erstreckt sich Kregels Untersuchung auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Andere – insbesondere zeitgenössische – Angaben²⁸ waren für die politische Auseinandersetzung um die Demontagen in der deutschen Industrie bestimmt und müssen deshalb als jeweils extreme Schätzungen gelten. Wiederum andere sind systematischer Aufarbeitung nicht dienlich²⁹.

²⁶ Kregel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956.

²⁷ U. a. Seume/Mahnke, Über die Durchführbarkeit des Industrieplanes der Alliierten; DIW, Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch; Eisendrath, Anlagevermögen und Dekapitalisation der deutschen Industrie.

²⁸ So vor allem Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, S. 80 ff. und Anlage VII, Die Industrie; Ders., Am Abend der Demontage; Agence Interalliée des Réparations (IARA), Rapport du Secrétaire Général pour l'Année 1949.

²⁹ Beispielfhaft: Dokumente Deutscher Kriegsschäden, Bd. III.

Das Basisvermögen läßt sich mit Hilfe des Nettoproduktionswertes der Industrie im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet und des empirischen Brutto-Kapitalkoeffizienten³⁰ für das Jahr 1936 errechnen. Während der Nettoproduktionswert 1936 aus Tabelle 16 abgelesen werden kann, muß der Brutto-Kapitalkoeffizient von Kregel übernommen werden. Kregel gibt den empirischen Brutto-Kapitalkoeffizienten für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1936 mit 1,18 an³¹. Die hohe Repräsentanz des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes für ganz Westdeutschland³² läßt die Verwendung dieses Wertes für das Gebiet der Doppelzone zu.

Unter dieser Annahme kann das Brutto-Anlagevermögen 1936 für die Industrie³³ des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes nunmehr errechnet werden:

Realer Produktionswert 1936	17,904 Mrd. RM
Brutto-Kapitalkoeffizient 1936 (empirisch)	× 1,18
Brutto-Anlagevermögen 1936	21,127 Mrd. RM

Die Entwicklung des Kapitalstocks wird in der Öffentlichkeit begreiflicherweise vor allem unter dem Eindruck der Kriegsschäden in der Industrie gesehen und beurteilt. Nicht selten wird die Vorkriegsproduktionskraft „gedanklich nur um die kriegsbedingten Kapazitätsverluste“³⁴ vermindert, das zur gleichen Zeit erfolgte Wachstum des Kapitalstocks aber nicht berücksichtigt. Gerade in den Jahren 1936 bis 1943, bevor der Bombenkrieg erstmals spürbare Auswirkungen zeigte, stieg das Volumen der Brutto-Anlageinvestitionen der Industrie ständig an und erreichte ein bis dahin nicht bekanntes Ausmaß³⁵. Bis 1945 belief sich die Summe der Brutto-Anlageinvestitionen der westdeutschen Industrie auf rund 75 0/0 des Brutto-Anlagevermögens von 1936. Im gleichen Zeitraum summierte sich die volkswirtschaftliche Abschreibung auf 37 0/0 des Basisvermögens³⁶.

Das Ausmaß der Kriegsschäden, das dieses positive Bild industrieller Kapazitätserweiterung wesentlich modifizieren könnte, ist umstritten. Bis heute liegt keine Erhebung vor, die Klarheit schaffen könnte³⁷. Unmittelbar nach Kriegsende wurde das Ausmaß der Schäden gewaltig überschätzt. Kennzeichnend dafür ist die Einschätzung der deutschen Industriekapazität im Detmolder Memorandum vom 17. November 1945 als „Produktionsapparat . . . , der nahezu auf die Anfangszeiten der Industrialisierung Deutschlands zurückgeworfen ist“³⁸. Harmssen³⁹ nimmt

³⁰ Relation industrielles Brutto-Anlagevermögen zu Nettoproduktionswert.

³¹ Kregel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung, S. 84; Der Koeffizient bezieht sich auf die gesamte Industrie ohne Kleinbetriebe.

³² Vgl. dazu den Anteil des Nettoproduktionswertes der Industrie der Bizone am Nettoproduktionswert aller drei westlichen Zonen (Tabelle 16).

³³ Ohne Kleinbetriebe.

³⁴ Kregel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung, S. 15.

³⁵ Ebda, S. 98.

³⁶ Ebda; volkswirtschaftliche Abschreibung gleich Wertminderung des gesamten Bruttoanlagevermögens unter der Annahme einer durchschnittlichen Lebensdauer der Anlagen.

³⁷ In den „Dokumenten Deutscher Kriegsschäden“, a. a. O. wird bezeichnenderweise auf die Untersuchung Kregels verwiesen.

³⁸ Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 117.

³⁹ Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Heft 3, S. 69.

eine Verminderung des gewerblichen Anlagevermögens zwischen September 1939 und Mai 1945 im alten Reichsgebiet von immerhin 22 0/0 an; für den Westen des Reiches schätzt er den Umfang der Kriegsschäden noch beträchtlich höher ein. Piéttre⁴⁰ veranschlagt den Rückgang des Industriepotentials im Reichsgebiet auf 15 bis 20 0/0, im Ruhrgebiet aber auf 25 0/0. Unter den einzelnen Industriegruppen hält er die Schwerindustrie – speziell den Bergbau und die Stahlindustrie – für „la moins touchée de toutes“⁴¹.

Spätere Arbeiten stützen sich auf Angaben des „United States Strategic Bombing Survey“⁴². Dort hat ein Team angelsächsischer Wirtschaftswissenschaftler die Auswirkungen des alliierten Bombenkrieges auf die deutsche Kriegswirtschaft im Auftrag der US-Streitkräfte festgehalten⁴³. Das wesentliche Ergebnis: nicht Zerstörung von industriellem Anlagevermögen, sondern die Lähmung des Transportsystems durch Luftangriffe war Ursache des seit Mitte 1944 zu registrierenden Rückgangs der industriellen Erzeugung⁴⁴.

Eine umfassende Statistik der Kriegsschäden liefert indes auch dieser Bericht nicht. Für den Bereich der Werkzeugmaschinen wird jedoch festgestellt, daß selbst im Jahre 1944, dem Höhepunkt der alliierten Luftoffensive, nicht mehr als 6,5 0/0 aller Maschinen beschädigt oder zerstört wurden, wobei nur 10 0/0 der beschädigten Maschinen völlig zerstört waren. Selbst in der Kugellagerindustrie wurden während aller Angriffe nur 15,9 0/0 aller Werkzeugmaschinen zerstört oder beschädigt⁴⁵. Vor Sommer 1943 war der kapazitätsmindernde Effekt alliierter Luftangriffe gleich Null⁴⁶.

Krengel⁴⁷ beginnt daher mit der Schätzung der Kriegsschäden erst im Jahre 1943. Für dieses Jahr nimmt er Schäden in Höhe von 2 0/0 des im Jahresdurchschnitt von 1942 verfügbaren Brutto-Anlagevermögens an. Für die Jahre 1944 und 1945 schätzt er den Verlust auf 10 0/0 bzw. 7,5 0/0 des Brutto-Anlagevermögens des jeweiligen Vorjahres. Daraus ergibt sich ceteris paribus eine Schrumpfung des Brutto-Anlagevermögens – bezogen auf 1936 – um 27 0/0⁴⁸.

⁴⁰ Piéttre, a. a. O., S. 65 f.

⁴¹ Ebda.

⁴² S. Anm. 13.

⁴³ Der Leiter des Teams, John Kenneth Galbraith, berichtete dem Verfasser am 22. 11. 1972, daß das gemessen an den Zielen des Bombenkrieges für die Air Force wenig schmeichelhafte Ergebnis der Untersuchung durchaus nicht die Billigung des Auftraggebers gefunden habe. Der Versuch, die Veröffentlichung der Studie zu unterdrücken, blieb aber erfolglos (es wurde allerdings eine weitere, durch die Air Force manipulierte Fassung veröffentlicht). Der Verf. dankt Prof. Galbraith für die Überlassung des Originalberichts.

⁴⁴ Ebda, S. 107.

⁴⁵ Ebda, S. 45.

⁴⁶ Ebda, S. 11.

⁴⁷ Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung, S. 76.

⁴⁸ In die Vermögensrechnung muß allerdings der Zeitwert der Kriegsschäden eingehen, da er das Äquivalent von Sonderabschreibungen darstellt, während der Schadens-Neuwert nur zur Basisbereinigung herangezogen wird (Zur Methode siehe Krengel, a. a. O., S. 76 ff.; Ders. Die Entwicklung des Anlagevermögens, S. 106 f.). In Zeitwerten gemessen ergibt sich ein Rückgang um rund 17%. Dieser Schätzwert liegt damit über einer Schätzung des Ifo-Instituts, das 12% Kapazitätsrückgang bis 1945 annimmt (Fünf Jahre Deutsche Mark, S. 32).

In die Vermögensrechnung gehen damit folgende Größen ein:

Brutto-Anlagevermögen 1936	21,127 Mrd. RM	
Brutto-Anlageinvestition 1936–1945 (real)	+ 15,909 Mrd. RM	
Volkswirtschaftliche Abschreibung 1936–1945 (real)		./. 7,880 Mrd. RM
Kriegszerstörung (real)		./. 3,670 Mrd. RM
Brutto-Anlagevermögen 1945 (Wert 1936)		25,486 Mrd. RM

Damit ist der reale industrielle Kapitalstock des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes in den Jahren 1936 bis 1945 trotz Bombenkrieg und – in den letzten Kriegsjahren – unterlassener Investitionen um 20,6% gewachsen. Der Vergleich mit der Höhe des zu diesem Zeitpunkt kaum nennenswerten industriellen Output (Tabellen 5 und 6) zeigt, daß zu Beginn des ersten Rekonstruktionsversuchs der Kapitalstock als aggregierte Größe sich nicht als limitierender Produktionsfaktor auswirken konnte. Andererseits hätte der Kapazitätszuwachs ohne Kriegszerstörungen *ceteris paribus* 38% des Basisvermögens betragen.

Der kapazitätsmindernde Effekt der Kriegseinwirkungen auf das Produktionspotential des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes sollte sich aber in den Jahren 1945 bis 1948 noch verstärken. Kapazitätsausbau war angesichts des geringen Auslastungsgrades des vorhandenen Brutto-Anlagevermögens nur in solchen Industriezweigen sinnvoll, deren Produktionsstätten zum größten Teil jenseits der Grenzen der angelsächsischen Zonen lagen. Tabelle 26 gibt eine Schätzung des DIW zur Ausnutzung des Kapitalstocks der westdeutschen Industrie im Jahre 1948 (im Vergleich zu 1936). Sie kennzeichnet die Verhältnisse im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet:

Tabelle 26 Ausnutzung^a des industriellen Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1936 und 1948 (in vH)

	1936	1948/1	1948/2
Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	92,3	38,8	53,3
Investitionsgüterindustrien	67,5	27,9	43,2
Verbrauchsgüterindustrien	81,3	32,5	47,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	83,9	41,1	58,2
Gesamte Industrie ^b	84,2	35,9	50,9

^a Unter der Annahme errechnet, daß bei optimaler Anlagennutzung der Brutto-Kapitalkoeffizient in den einzelnen Bereichen konstant bleibt; ^b gewogener Durchschnitt.

Quelle: DIW, Sonderhefte, N. F. Nr. 42, S. 87.

Der Auslastungsgrad in den Nachkriegsjahren vor 1948 darf in Anbetracht des Produktionsverlaufs noch niedriger angesetzt werden.

Zu den Industriezweigen, die zwar über aktuelle Überschußkapazitäten verfügten, trotzdem aber „einen gewissen Kapazitätsausbau“ betrieben, gehörte die elektrotechnische Industrie. Sie blieb jedoch die Ausnahme. Schwerer als solche Erweiterungsinvestitionen dürften selbsterstellte Anlagen und Großreparaturen kriegs-

zerstörter Anlagen ins Gewicht gefallen sein. Es ist sogar – bei allerdings sehr niedrigem Sozialprodukt – eine hohe Investitionsquote und damit ein Ausbau von Kapazitäten auf zum Teil sehr einfache Weise, so durch Freilegen von Maschinen aus Trümmerschutt, zu vermuten. Der Schwerpunkt geplanter und durch konzentrierte Rohstoffzuteilung auch ermöglichter Investitionen lag aber im Infrastruktursektor. Eine Quantifizierung dieser Anstrengungen ist mangels systematischer Daten nicht möglich. Kregel setzt jedoch die Summe der Brutto-Anlageinvestitionen 1946–48 mit 8,7 % des Basisvermögens eher zu niedrig an⁴⁹. Im gleichen Zeitraum fielen indes auch volkswirtschaftliche Abschreibungen an. Dabei gleichen sich negative Auswirkungen der verstärkten Abnutzung der Anlagen durch intensive Nutzung während des Krieges und positive Effekte durch längere Inanspruchnahme, Reparatur und Pflege der Maschinen und Gebäude in der Summe der Abschreibungen tendenziell aus. In Anlehnung an Kregel werden sie hier mit 11,5 % des Brutto-Anlagevermögens des Jahres 1936 in die industrielle Vermögensrechnung eingeführt⁵⁰.

Zu diesen „natürlichen“ Abgängen kamen Kapazitätsverluste durch Demontagen⁵¹ und Restitutionsen⁵² hinzu. Hierzu liegen zwar Zahlen vor⁵³, doch unterscheiden sie sich nach Herkunft und Höhe beträchtlich.

In der deutschen Öffentlichkeit spiegelt sich in der Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung der Demontagen noch heute⁵⁴ ihr ursprünglich geplanter Umfang, der weniger infolge des Widerstandes deutscher Stellen, als vor allem durch den Wandel der politischen Strategie der USA in Europa später schrittweise reduziert wurde⁵⁵.

Eine Übersicht über die in den Westzonen für Reparationszwecke vorgesehenen Industrie-Anlagen gibt die Abfolge dieses Prozesses wieder:⁵⁶

	Anlagen ^a	%
Nach dem 1. Industriepan März 1946	1800	100
(Davon im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet)	(1356)	(100)
Nach dem revidierten Industriepan August 1947	858	48
(Davon in der Bizone)	(683)	(51)
Nach dem Petersberg-Abkommen November 1949	680	38

^a oder Teile von Anlagen

⁴⁹ Berechnet nach Kregel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung, S. 94 und 98.

⁵⁰ Berechnet nach ebda, S. 94 und 100.

⁵¹ Abbau und Entnahme industriellen Anlagevermögens.

⁵² Rückgabe widerrechtlich angeeigneter Vermögenswerte.

⁵³ Insgesamt von drei Seiten: 1. der IARA (Rapport 1949, a. a. O.); 2. den Militärregierungen (OMGUS, Three Years of Reparations, a. a. O. und Monthly Report of the CCG (BE), Juli 1949); 3. der Harmssen-Kommission (Harmssen, Am Abend der Demontage, a. a. O.).

⁵⁴ Vgl. etwa Ringel, Aus Kriegs- und Zwangswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft, S. 12 ff. Typisch für diesen Umstand auch die Übernahme des nach dem Stand des revidierten Industriepans geschätzten Umfangs der Demontage in Handbuchartikeln, obwohl dieser Betrag im Petersberg-Abkommen noch erheblich verringert wurde. (Artikel „Demontage“ in: Wörterbuch des Völkerrechts hrsg. von H.-J. Schlochauer, Berlin 1960).

⁵⁵ Zur neueren Darstellung des Reparationsproblems siehe Treue, Die Demontagepolitik der Westmächte.

⁵⁶ IARA, Rapport 1949, S. 15; OMGUS, Three Years of Reparations, S. 6.

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf den revidierten Industrieplan. Für die vereinte Zone ist danach die Demontage von 683, im gesamten westlichen Reparatonsgebiet von 858 Objekten vorgesehen; das sind noch 51 bzw. 48 % des ursprünglich geplanten Umfangs.

Den niedrigsten Wert gibt mit insgesamt 507 Mill. RM (Wert 1938) die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) an⁵⁷. Ende 1948, dem Abschlußdatum unserer Vermögensrechnung, belief sich der Restwert der Anlagen und Anlagenteile, die der IARA bis dahin zugewiesen worden waren, auf 419 Mill. RM (Wert 1938). Die Zuweisungen entwickelten sich von Jahr zu Jahr wie folgt⁵⁸:

Jahr	Mill. RM (Wert 1938)	%
1946	215	42,4
1947	59	11,6
1948	145	28,6
1946–1948	419	82,6
1949	88	17,4
1946–1949	507	100,0

In den gewählten Untersuchungszeitraum fielen also etwa vier Fünftel der insgesamt vorgenommenen Demontagen. Vernachlässigt wird demnach nur ein Fünftel des Demontagewertes, d. h. Anlagen, die zwar noch bei Abschluß der Vermögensrechnung in der westdeutschen Wirtschaft standen, unter der Demontageandrohung jedoch in ihrer Produktionsbereitschaft möglicherweise schon eingeschränkt waren.

Die von der IARA ausgewiesenen Werte entsprechen aber nicht dem tatsächlichen Kapazitätsverlust der westdeutschen Industrie. Die Zeitwerte der demontierten Anlagen liegen nach deutscher Berechnung rund drei- bis viermal höher, mindestens aber doppelt so hoch als der von alliierter Seite eingesetzte Restwert⁵⁹. Während die IARA den Anteil der Demontageschäden, gemessen am Wiederbeschaffungswert des in der deutschen Industrie investierten Kapitals (Neuwert 1938), auf 1,3 % bzw. umgerechnet auf Westdeutschland auf 3,1 % veranschlagt⁶⁰, kommt Harmssen „rein rechnerisch“ – im Vergleich zwischen 1936 und Ende 1949 – auf eine „durchschnittliche Kapazitätsminderung“ der westdeutschen Industrie durch Demontage um 5,3 %⁶¹. Zwischen diesen Extremwerten steht die Schätzung der amerikanischen Militärregierung. Sie übersteigt den IARA-Ansatz um rund ein Viertel⁶².

⁵⁷ Stand 31. 12. 1949; es stehen zu diesem Zeitpunkt nach Rechnung der IARA noch 80,2 Mill. RM (Wert 1938) aus; a. a. O., S. 5.

⁵⁸ Berechnet nach IARA, Rapport 1949, S. 23.

⁵⁹ Harmssen, Am Abend der Demontage, S. 22; Diese Bewertung diente der IARA, vor allem als Maßstab für die Verteilung der Reparationsgüter auf die verschiedenen Gläubigerländer nach dem hierfür vereinbarten Prozentschlüssel.

⁶⁰ IARA, Rapport 1949, S. 13; Harmssen, Am Abend der Demontage, S. 22.

⁶¹ A. a. O., S. 26; die volkswirtschaftliche Gesamtwirkung der Demontage setzt Harmssen mit 8 % an. Auf den Qualitäts- und Industriestrukturereffekt wird noch einzugehen sein.

⁶² Three Years of Reparations, S. 4; OMGUS rechnet mit den Wiederbeschaffungswerten von 1938 (ohne Installationskosten) bei Annahme eines Abschreibungssatzes von 1,35 für jedes

Da die vorliegende industrielle Vermögensrechnung mit dem Ende des Jahres 1948 abschließt, also nur etwa vier Fünftel der Demontageschäden berücksichtigen kann, erscheint es angemessen, mit Kregel eine Kapazitätsminderung – gemessen am Brutto-Anlagevermögen von 1936 – von 4,4^{0/0} einzusetzen⁶³. Diese Annahme führt für das britisch-amerikanische Besatzungsgebiet zu einem absoluten Demontageverlust von 0,927 Mrd. RM (in Preisen von 1936), ein Wert, der sogar den sicherlich eher zu hoch angesetzten Maßstäben Harmssens gerecht wird. Zu den Restitutionsen, die ebenfalls die Industriekapazität von 1945 verminderten, liegt eine – auch von Harmssen akzeptierte – Berechnung der britischen Militärregierung vor⁶⁴. Der Gesamtwert aller erfüllten Restitutionsansprüche wird dort mit 1 022 955 184 RM (in Preisen von 1938) beziffert. Harmssen schätzt, daß davon rund 500 Mill. RM auf Güter der gewerblichen Wirtschaft entfielen⁶⁵. In dieser Höhe sollen die Restitutionsen in die Kapazitätsrechnung eingehen. Es ergibt sich dann folgende Bilanz:

Brutto-Anlagevermögen 1945 (Wert 1936)	25,486 Mrd. RM	
Brutto-Anlageinvestition 1946–1948 (real)	+ 1,834 Mrd. RM	
Volkswirtschaftliche Abschreibung 1946–1948 (real)		/.
Restitution 1945–1948 (real)		/.
Demontage 1945–1948 (real)		/.
Brutto-Anlagevermögen 1948 (Wert 1936)	23,468 Mrd. RM	

Der Kapitalstock der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes war also in den Nachkriegsjahren bis einschließlich 1948 um 8^{0/0} geschrumpft. In der Weltwirtschaftskrise hatte der Rückgang der Investitionsneigung das Brutto-Anlagevermögen der westdeutschen Industrie zwischen 1930 und 1935 lediglich um 4,4^{0/0} vermindert⁶⁶.

Gemessen am Brutto-Anlagevermögen der Industrie im Jahre 1936 blieb Ende 1948 der Industrie der Bizone dennoch ein Kapitalstockzuwachs von insgesamt 11^{0/0}. Die globale und mengenmäßige industrielle Vermögensrechnung führt daher zu dem Schluß, daß weder 1945 noch 1948 Kapitalmangel das Wachstum der Industrie im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet limitieren konnte. Es muß im Gegenteil angenommen werden, daß neben dem Arbeitskräftepotential auch das industrielle Anlagevermögen die besten Voraussetzungen für ein schnelles Nachkriegswachstum bot. Zur Entfaltung der im Arbeitskräftepotential des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes ruhenden Rekonstruktionskräfte bedurfte es in den ersten Nachkriegsjahren im wesentlichen keiner Neuerrichtung

Kriegsjahr, wobei die Verminderung des Wiederbeschaffungswertes maximal bis 78^{0/0} der Kosten von 1938 möglich ist, Monthly Report 39 (Reparations and Restitutions) Jul. bis Sept. 1948, S. 5.

⁶³ Berechnet nach: Kregel, Anlagevermögen, Produktion u. Beschäftigung, S. 94 und 105.

⁶⁴ Monthly Report of the CCG (BE), Vol. 4, No. 7, Juli 1949, S. 45.

⁶⁵ Am Abend der Demontage, S. 27.

⁶⁶ Ohne Kleinbetriebe; Kregel, a. a. O., S. 94.

von Produktionsanlagen. Trotz der hohen potentiellen Kapazität des Kapitalstocks, die zur Verfügung stand, nimmt sich die effektive Kapitalintensität⁶⁷ in der Industrie der vereinten Zone im Vergleich zu 1936 sehr bescheiden aus⁶⁸:

1936	100
1948/1	42
1948/2	56

In noch größerem Umfang als nach der Weltwirtschaftskrise konnte daher die Industrieproduktion in die vorhandene Produktionskapazität hineinwachsen.

Struktur und Produktionsbereitschaft Neben der Menge des verfügbaren Realkapitals ist für die Beurteilung der Rolle des Kapitalstocks im Rekonstruktionsprozeß auch seine Struktur, Qualität und Produktionsbereitschaft von Bedeutung. In einem System sachlich nachgeordneter, aber zeitlich parallel geschalteter Produktionsumwege, wie es dem Entwicklungsstand der deutschen Industrie entsprach, konnten Engpässe – gerade auf den unteren Produktionsstufen⁶⁹ – die Gesamtent-

Tabelle 27 Die Wachstumsstruktur der realen Bruttonproduktion der deutschen Industrie 1936–1944

	Zu(+) bzw. Abnahme(–) in vH
1) Industriegruppen	
Bau- und Investitionsgüterindustrie	+ 65,0
Bergbau und Grundstoffindustrie	+ 37,5
Gesamte Industrie ^a	+ 29,1
Verbrauchsgüterindustrie	– 8,2
2) Industriezweige	
Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau ^b	+145,1
Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie	+116,9
Feinmechanische und optische Industrie	+ 91,4
Chemische und Kraftstoffindustrie	+ 72,9
Elektroindustrie	+ 71,3
Eisenschaffende-, NE-Metall- und Gießereindustrie	+ 38,7
Holzindustrie ^c	+ 28,5
Bergbau	+ 19,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	+ 4,0
Industrie der Steine und Erden ^d	– 15,6
Papierindustrie und Druckgewerbe	– 17,6
Leder- und Bekleidungsindustrie	– 22,6
Textilindustrie	– 25,9
Bauindustrie	– 71,7

^a Ohne Energiewirtschaft; ^b einschl. Schiffbau und Flugzeugindustrie; ^c einschl. Sägeindustrie; ^d einschl. Keramik und Glas.

Berechnet nach: B. Gleitze, Ostdeutsche Wirtschaft, Berlin 1956, S. 169.

⁶⁷ Ausgenutztes Brutto-Anlagevermögen pro Beschäftigten in der Industrie.

⁶⁸ Quelle: Eigene Berechnung; Tabelle 26; OMGUS, Monthly Report 49, Stat. Annex S. 68.

⁶⁹ Den inneren oder konsumfernen „Reifeklassen“ der Produktion im Böhm-Bawerkschen Sinne.

wicklung – zumindest kurzfristig – determinieren. Es muß daher geprüft werden, ob sich hinter der positiven Gesamtentwicklung des Kapitalstocks in den Jahren 1936 bis 1945, deren Folgen noch 1948 deutlich spürbar sind, strukturelle Fehlentwicklungen verbergen. Diese könnten geeignet sein, den Wert dieser Expansion des Anlagevermögens für die Rekonstruktion nach dem Krieg zu relativieren.

Tabelle 27 zeigt die Wachstumsstruktur der realen Bruttonproduktion der deutschen Industrie in den Jahren 1936 bis 1944. Sie kann Hinweise geben, wo die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit in dieser Zeit lagen. Einen zwingenden direkten Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Bruttonproduktion und dem Anlagevermögen der Industrie gibt es nicht. Der relativ hohe Grad der Anlagenausnutzung im Jahre 1936 und die Beibehaltung des Einschichtensystems in fast allen Industriezweigen während des Krieges⁷⁰ sprechen hier jedoch für einen solchen Zusammenhang. Die Wachstumsstruktur der Bruttonproduktion läßt vermuten, daß in der Tat die Entwicklung des Kapitalstocks in den einzelnen Industriegruppen unterschiedlich verlief. Besonders groß fiel die Zunahme im Bereich der Investitionsgüter- und Grundstoffindustrie aus. Eine Ausnahme bildete allerdings die Bau- und Baustoffindustrie, was anzeigt, daß die Investitionstätigkeit – vor allem in den Kriegsjahren selbst – auf industrielle Ausstattungen beschränkt wurde. Das Bauvolumen hingegen ging ständig zurück⁷¹. Deutlich zeichnet sich auch die negative Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie ab, so daß bei Kriegsende Strukturschwächen im Kapitalstock der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes am ehesten dort und in der Bauindustrie zu vermuten sind.

Eine Analyse der Demontagestruktur im westlichen Reparationsgebiet bestätigt dieses Bild. Immerhin könnten die globalen Angaben zur Kapazitätsminderung durch Demontagen den wahren Umfang der Beeinträchtigung der industriellen Leistungsfähigkeit verschleiern, da die Entnahme von rund 5 0/0 der Ausrüstung ja der Industrie eines Landes ebensogut das „Rückgrat brechen“ wie „ihr damit aber auch nur einen leichten Aderlaß bereiten“⁷² kann. In Tabelle 28 wurden deshalb auch die von IARA als „reine“ Rüstungsbetriebe deklarierten Anlagen, die nach diesen Angaben etwa 70 0/0 des gesamten Demontagewertes bis Ende 1948 ausmachten, auf die einzelnen Industriezweige umgelegt. Dadurch entsteht die Möglichkeit, zu prüfen, ob durch Massierung von Demontagen in bestimmten Industriezweigen strukturelle Engpässe im westdeutschen industriellen Kapitalstock entstehen konnten.

Der Vergleich der Tabellen 27 und 28 zeigt, daß im Gegenteil die Masse der Demontagen gerade in jenen Industriezweigen vorgenommen wurde, die während des Krieges am kräftigsten expandierten. Dennoch bleibt zu vermuten, daß durch Demontagen ein der mengenmäßigen Entnahme überproportionaler Effekt der Leistungsminderung am gesamten Kapitalstock entstanden ist, da – jedenfalls in der

⁷⁰ Vgl. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege, S. 60.

⁷¹ Ebda, S. 56.

⁷² Harmssen, Am Abend der Demontage, S. 24.

Tabelle 28 Demontagestruktur in Westdeutschland

Industriezweig ^a	Anteil am Demontagewert ^b bis Ende 1948 (vH)	Zuwachs der realen Bruttoproduktion im Reich 1936–1944 (vH)
Maschinenbau	37,4	} + 143,1
Flugzeugbau	16,1	
Schiffbau	1,8	
Chemie und Kraftstoffe	35,5	+ 72,9
Eisen und Stahl	3,5	+ 116,9
NE-Metall	2,9	+ 38,7 ^c
Energieversorgung	1,7	+ 77,0 ^d
Feinmechanik	1,1	+ 91,4

^a Die von der IARA als „reine“ Rüstungsbetriebe deklarierten Anlagen wurden auf die jeweiligen Industriezweige umgelegt. Sie machen nach IARA-Angaben rund 70 vH des gesamten Demontagewertes aus; ^b Restwerte in Preisen von 1938 nach den Bewertungsrichtlinien der IARA; ^c Eisenschaffende-, NE-Metall- und Gießereiindustrie; ^d 1936–1943.

Berechnet nach: IARA, Rapport, a. a. O., S. 23; B. Gleitze, Ostdeutsche Wirtschaft, Berlin 1956, S. 169; Vfw, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone, Sept.-Okt. 1947, BA Z 8/207.

ersten Phase – nur neue und besonders wertvolle Anlagen entnommen wurden⁷³. Es kann weiterhin nicht ausgeschlossen werden, daß durch Entnahme „produktionsstrategischer“ Maschinen überproportionale Produktionsausfälle zu beklagen waren⁷⁴.

Über die Leistungsfähigkeit und Produktionsbereitschaft des Anlagevermögens kann auch sein Altersaufbau Auskunft geben. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß neuinvestiertes Produktivkapital, da es den neuesten Stand des technischen Fortschritts verkörpert, älteren Anlageteilen im Output überlegen ist. Eine Berechnung des DIW für die Jahre 1935, 1945 und 1948 ist in Tabelle 29 wiedergegeben. Danach ist der Altersaufbau des Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie am günstigsten im Jahre 1945 – ein Ergebnis, das angesichts der starken Investitionstätigkeit seit 1936 nicht verwundert. Die Demontageverluste machten sich in der Altersstruktur des Kapitalstocks des Jahres 1948 bemerkbar. Hinzu kam die Stagnation beim Bau neuer Industrieanlagen in der Vorwährungszeit. Dennoch ist die Alterszusammensetzung des Kapitalstocks 1948 weitaus günstiger als 1935. Damals war die Altersstruktur des Anlagevermögens noch stark von den Folgen der Weltwirtschaftskrise geprägt. Am „jüng-

⁷³ Selbst diese Aussage bedarf einer gewissen Einschränkung. So beklagt der Präsident der IARA, Jacques Rueff, im September 1948 in einem Schreiben an die Oberbefehlshaber der Zonen, daß „ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen, die von auffallend schlechter Qualität oder schlecht erhalten waren“, festzustellen sei (Deutsche Industriereparaturen 1948, in: EA, 4 (1949), S. 2108 f.). Außerdem muß angenommen werden, daß gerade unter den im Zuge der Revisionen des Reparationsprogrammes in Westdeutschland verbliebenen Anlagen besonders wichtige und wertvolle in der Mehrzahl waren.

⁷⁴ Es fällt allerdings auf, daß auf solche Auswirkungen nur im Zusammenhang mit der Abwehr von Demontagen hingewiesen wird. Der Verf. konnte hingegen in den Akten des ZAW/VAW/VfW keinen einzigen Fall von Produktionseinbuße durch Demontage – außerhalb von alliierten Stellen zugeordneten Memoranden – dokumentiert finden.

Tabelle 29 Der Altersaufbau des Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1935, 1945 und 1948
(Alle Altersklassen = 100)

Altersklassen (Jahre)	1. 1. 1935	1. 1. 1945	1. 1. 1948
Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie			
0- 5	9	40	18
5-10	21	24	40
10-15	} 70	5	12
über 15		31	30
Investitionsgüterindustrie			
0- 5	7	37	19
5-10	15	20	32
10-15	} 78	5	12
über 15		38	37
Verbrauchsgüterindustrie			
0- 5	10	18	10
5-10	22	16	21
10-15	} 68	8	12
über 15		58	57
Nahrungs- und Genußmittelindustrie			
0- 5	12	21	13
5-10	23	18	22
10-15	} 65	10	14
über 15		51	51
Industrielle Kleinbetriebe			
0- 5	9	15	9
5-10	15	14	17
10-15	} 76	9	12
über 15		62	62
Industrie gesamt ^a			
0- 5	9	34	16
5-10	20	21	34
10-15	} 71	6	12
über 15		39	38

^a Ohne Energieversorgung und Bauindustrie.

Quelle: DIW, Sonderhefte, N. F. Nr. 42 (Reihe A) S. 52 f.

sten“ ist der Kapitalstock nach dem Krieg in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie in der Investitionsgüterindustrie – eine weitere Bestätigung der bereits skizzierten Investitionsschwerpunkte in den Jahren der Rüstungsproduktion⁷⁵. Selbst in der Verbrauchsgüterindustrie, deren Kapitalbildung im Laufe des Krieges zugunsten der Schwerindustrie blockiert war, setzte sich der Kapitalstock 1948 altersmäßig kaum ungünstiger zusammen als 1935. Die günstigste Struktur wird ebenfalls im Jahre 1945 erreicht.

⁷⁵ Zum Altersaufbau in den Industriebauptgruppen siehe: DIW, Sonderhefte, N. F., Nr. 42, S. 53.

Der nahezu totale Rückgang der Neuinvestitionen in den Jahren 1944 bis 1948 schlug sich am deutlichsten in der Verschlechterung des „Gütegrades“⁷⁶ des Anlagevermögens nieder. Die kontinuierliche Verschlechterung der Relation von Netto- zu Brutto-Anlagevermögen läßt sich für die Jahre 1946, 1947 und 1948 generell für alle Industriebauptgruppen aus Tabelle 30 ablesen. Allerdings wurde

Tabelle 30 Der Gütegrad^a des Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1936–1948

Hauptgruppen/Jahr ^b	1936	1945	1946	1947	1948	1949
Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	49,0	63,7	61,6	59,6	57,9	56,3
Investitionsgüterindustrie	47,6	62,8	61,0	59,0	57,6	57,4
Verbrauchsgüterindustrie	54,1	54,9	53,8	53,1	52,6	53,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	52,5	55,1	53,7	52,7	52,1	53,3
Kleinbetriebe	50,7	50,9	50,0	49,3	48,9	49,1
Gesamte Industrie	49,9	61,3	59,4	57,7	56,3	55,7

^a Relation von Netto- zu Bruttoanlagevermögen; ^b jeweils am 1. Januar.

Quelle: DIW, Sonderhefte, N. F. Nr. 42, S. 79.

der Gütegrad des Jahres 1936 nur in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und bei Kleinbetrieben geringfügig unterschritten. Dort und in der Verbrauchsgüterindustrie setzte aber auch schon 1948 die Wende zur Besserung ein, d. h. die relativ wenigen Neuinvestitionen der „Vorwährungszeit“ müssen sich auf diese Bereiche konzentriert haben. In den beiden anderen Hauptgruppen hielt der negative Trend an. Der Gütegrad blieb dabei aber weit über seinem Vorkriegsniveau.

Das insgesamt positive Ergebnis der – allerdings hochaggregierten – Analyse der qualitativen Verfassung des Anlagevermögens läßt mit einiger Sicherheit den Schluß zu, daß die empirisch feststellbare Einschränkung der Produktionsbereitschaft des Kapitalstocks im Beobachtungszeitraum nicht in ihm selbst begründet sein kann. Vielmehr muß vermutet werden, daß der industrielle Produktionsprozeß durch Ausfälle anderer Inputfaktoren als Kapital und Arbeit behindert wurde. Dies muß die Aufmerksamkeit auf die Versorgung der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes mit Rohstoffen, Hilfs- und Betriebsstoffen und Zwischenprodukten (Halbfabrikaten) lenken.

c) Zusammenfassung

Wichtigster Träger eines Rekonstruktionsprozesses ist das Arbeitskräftepotential. Seine Größe und seine Struktur determinieren weitgehend Niveau und Anstieg des potentiellen Wachstumspfad. Im Arbeitskräftepotential, wie es sich nach Kriegsende im Vergleich zu 1936 darbot, liegen die wichtigsten Grundlagen des Nachkriegswachstums eingeschlossen:

⁷⁶ Relation von Netto- zu Bruttoanlagevermögen; der Begriff wurde zuerst bei der Deutschen Bundesbahn verwendet, um schließlich vom DIW in diesem Zusammenhang gebraucht zu werden; vgl. Krenkel, a. a. O., S. 78 f.

1. Bis 1946 hat sich das Arbeitskräftepotential des britisch-amerikanischen Besatzungsgebiets um mehr als 10 % erhöht; 1948 betrug der Zuwachs schon knapp 18 %. Das waren 3,6 Mill. im erwerbsfähigen Alter stehende Menschen, die der vereinten Zone zusätzlich zur Verfügung standen (vgl. Tabelle 20).
2. Dieses erweiterte Arbeitskräftepotential wies nach dem Krieg cum grano salis dieselbe Qualifikationsstruktur auf. Seine Fähigkeit, industrielle Prozesse zu beherrschen, war durch die in der Kriegsindustrie gemachten Erfahrungen mit hoher Wahrscheinlichkeit noch gewachsen.
3. Seine Altersstruktur hatte sich hingegen verschlechtert: Der Anteil der jüngeren Hälfte der Altersgruppen (14 bis unter 40 Jahre) verringerte sich von 60,7 % (1939) auf 54,0 % (1946), während die im Durchschnitt weniger leistungsfähigen Älteren ihren Anteil von 39,3 % auf 46,0 % erhöhten (vgl. Tabelle 21).
4. Gleichzeitig nahm der Anteil weiblicher Personen am Arbeitskräftepotential zu: Der Anstieg des letzteren war in den Jahren 1939 bis 1946 ausschließlich auf das Anwachsen der weiblichen Bevölkerung zurückzuführen, während der männliche Teil des Arbeitskräftepotentials um 2 % zurückging (vgl. Tabelle 19).
5. Die relative Erwerbstätigkeit lag noch 1948 weit unter den Vorkriegsquoten. In absoluten Zahlen wurde aber selbst in der Gruppe der erwerbstätigen Männer schon 1947 der Stand von 1936 überschritten (vgl. Tabelle 22).
6. Die Arbeitsplatzstruktur des britisch-amerikanischen Besatzungsgebiets verschob sich zugunsten landwirtschaftlicher Arbeitsplätze; die Zahl industrieller Arbeitsplätze ging in beiden Zonen zurück. Gerade in den Ländern des Besatzungsgebietes, in denen diese Umschichtung besonders weit ging, schwoll auch das Arbeitskräftepotential – vor allem durch den Zustrom von Flüchtlingen und Evakuierten – am kräftigsten an (vgl. Tabelle 24). Die regionale Fehlleitung der Arbeitskraft, die sich aus dieser negativen Koinzidenz ergab, verhinderte kurzfristig die Ausschöpfung der Qualifikationsreserven im Arbeitskräftepotential. Einerseits fanden selbst Arbeitskräfte mit Mangelberufen keinen Arbeitsplatz, andererseits mußten hochqualifizierte Fachkräfte, für die keine geeignete Verwendung gefunden werden konnte, relativ unproduktiver Beschäftigung nachgehen (vgl. Tabelle 25).

Die verfügbaren Einsatzmengen – durch Zuwanderung sprunghaft angestiegen – erlaubten ein potentiell weit höheres Produktionsniveau als vor dem Krieg. Der Mengeneffekt glich sogar Strukturschwächen des Arbeitskräftepotentials aus, die in der Untersuchung zu Tage traten. Altersstruktur, Sexualproportion und Erwerbsquote hatten sich zwar verschlechtert. In absoluten Zahlen gemessen wurde dennoch der Stand von 1936 in keinem der Strukturbereiche unterschritten. Da der Produktionsindex der Industrie 1946 erst 42 % des Standes von 1936 erreichte, konnte von dieser Seite keine restriktive Wirkung auf den einsetzenden Rekonstruktionsprozeß ausgehen.

Andere Eigenschaften des Arbeitskräftepotentials, die in statischer Betrachtung den Rekonstruktionsprozeß zu hemmen scheinen, erweisen sich langfristig geradezu als Grundvoraussetzungen der besonderen Wachstumsentwicklung Westdeutschlands nach dem Kriege. So das Gefälle zwischen der Qualifikationsstruktur und der

trendwidrig deformierten Arbeitsplatzstruktur. Aus diesem Gefälle, das im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet durch das sprunghafte Ansteigen der Bevölkerungszahl seine besondere Ausprägung fand, nährte sich zu einem nicht geringen Teil das exzeptionell hohe Wachstum der fünfziger Jahre. Am Ausgangspunkt der westdeutschen Rekonstruktionsperiode waren also – was den Faktor Arbeit betrifft – alle Voraussetzungen für eine schnelle Annäherung der realen Produktionsentwicklung an ihren langfristigen Wachstumspfad gegeben. Die Wachstumsschranke, als die die Qualifizierung der Arbeitskraft langfristig gelten muß, war im untersuchten Wirtschaftsgebiet weit geöffnet. Sie mußte nicht immer wieder überwunden werden, um Wirtschaftswachstum zu garantieren.

Der Produktionsfaktor Kapital spielte im Rekonstruktionsprozeß eine doppelte Rolle. Der Umfang des industriellen Kapitalstocks determinierte einmal weitgehend die Arbeitsplatzstruktur und trat damit als eine Ursache des Gefälles in Erscheinung, dessen zentrale Bedeutung für den Rekonstruktionsprozeß bereits dargestellt wurde. Andererseits waren die anfängliche Qualität, Struktur und Produktionsbereitschaft des Anlagevermögens für die Geschwindigkeit der Entwicklung entscheidend. Je höher der Bestand an Produktionskapital und je niedriger der marginale Kapitalkoeffizient zu Beginn einer Rekonstruktionsperiode, desto schneller kann der langfristige, potentielle Wachstumspfad erreicht werden, der durch die Entwicklung der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials vorgezeichnet ist. Wachstum unter Rekonstruktionsbedingungen heißt auch, daß für eine begrenzte Zeit – die Rekonstruktionsperiode – und im Gegensatz zum langfristigen Trend das Wachstumstempo im wesentlichen vom Kapitalstock bestimmt wird. Gerade in der Anfangsphase der Rekonstruktion ist seine Struktur und Produktionsbereitschaft maßgebend für die Schnelligkeit, mit der die im Arbeitskräftepotential angelegten besonderen Wachstumsbedingungen produktionswirksam umgesetzt werden können.

Um die Rolle des industriellen Kapitalstocks am Anfang der Rekonstruktionsperiode beurteilen zu können, wurde zuerst der Versuch unternommen, seine Höhe im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet für die Jahre 1936, 1945 und 1948 zu bestimmen. Die industrielle Vermögensrechnung kam dabei zu folgendem Ergebnis:

1. Mit Hilfe des realen Netto-Produktionswertes und des empirischen Brutto-Kapitalkoeffizienten kann das Brutto-Anlagevermögen der Industrie für das Basisjahr 1936 mit 21,127 Mrd. RM angesetzt werden.
2. Nach Addition der Brutto-Anlageinvestition, Subtraktion der volkswirtschaftlichen Abschreibungen und Abzug der durch Kriegszerstörungen bis Kriegsende entstandenen Schäden ergibt sich für 1945 ein Brutto-Vermögensbestand von 25,486 Mrd. RM (Wert 1936).
3. In den folgenden Jahren bis Ende 1948 übersteigen Abschreibungen, Demontagen und Restitutionsen die Summe der Brutto-Anlageinvestitionen. Das Brutto-Anlagevermögen schrumpft daher auf eine Höhe von 23,486 Mrd. RM (Wert 1936) im Jahre 1948.

Es fällt auf, daß der reale industrielle Kapitalstock des britisch-amerikanischen Be-

satzungsgebietes in den Jahren 1936 bis 1945 trotz Bombenkrieg und – in den letzten Kriegsjahren – unterlassener Investitionen um mehr als 20 % gewachsen ist. Mangel an Realkapital kann angesichts dieses Faktums und der zu diesem Zeitpunkt noch kaum nennenswerten industriellen Produktion nicht als limitierender Faktor im einsetzenden Rekonstruktionsprozeß geltend gemacht werden. Dennoch hat Kapitalzerstörung die Arbeitsplatzstruktur verzerrt: Ohne Kriegszerstörungen hätte der Kapazitätswachstum – ceteris paribus – 38 % des Basisvermögens betragen.

In den folgenden Jahren wird dieser Effekt durch Demontage, Restitution und Desinvestition im industriellen Sektor⁷⁷ noch verstärkt. Der Kapitalstock ist in den Nachkriegsjahren um 8 % geschrumpft. Das Ausmaß der Dekapitalisation übertrifft damit die negativen Folgen, die die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1935 für das Anlagevermögen der deutschen Industrie hatte, um annähernd das Doppelte.

Dennoch bleibt Ende 1948 – gemessen am Kapitalstock des Basisjahres – noch ein Zuwachs des Brutto-Anlagevermögens um 11 %. Die globale und quantitative Betrachtung führt daher zu dem Schluß, daß weder 1945 noch Ende 1948 das Wachstum der Industrie durch Kapitalmangel beeinträchtigt wurde. Dafür spricht auch die äußerst geringe effektive Kapitalintensität. Sie lag im ersten Halbjahr 1948 noch bei 42 % des Standes von 1936.

Der hohe Aggregatzustand des „Kapitalstocks“, dessen positive Entwicklung und relativ hoher Stand bisher belegt wurden, könnte allerdings über strukturelle Fehlentwicklungen täuschen. Ihr mögliches Auftreten als Minimumsektoren müßte alle bisherigen Aussagen weitgehend entwerfen. Die Einbeziehung von Demontagestruktur, Altersaufbau und Gütegrad in die Analyse der im Kapitalstock liegenden Rekonstruktionsvoraussetzungen bestätigt diese Vermutung indes nicht. Die Masse der Demontagen wurde gerade in denjenigen Industriezweigen vorgenommen, die während des Krieges am schnellsten expandierten. Störungen der laufenden Produktion blieben in ihrer Wirkung unterhalb der Schwelle gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Alterszusammensetzung und Gütegrad erreichten zum Kriegsende ihre günstigste Konstellation. Auch hier zeigt sich die Folge der starken Investitionstätigkeit seit 1936. Bis 1948 verschlechtern sich Altersstruktur und Gütegrad erheblich (vgl. Tabellen 29 und 30). Doch selbst in der Verbrauchsgüterindustrie, wo während des Krieges Kapitalbildung praktisch unterblieb, setzt sich der Kapitalstock 1948 altersmäßig kaum anders zusammen als 1935, das als Basisjahr gewählt wurde. Beim Gütegrad verläuft der Trend nicht anders. Für die gesamte Industrie gilt in beiden Fällen, daß Strukturverschlechterung im Vergleich zum Basisjahr nicht stattfand. Am ehesten sind Strukturschwächen im Bereich der Bau- und Baustoffindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie zu vermuten. Die reale Brutto-Produktion weist in diesen Industriezweigen für die Jahre 1936 und 1944 negative Wachstumsraten auf, woraus auf die Investitionsentwicklung geschlossen werden kann.

⁷⁷ Anders im Infrastrukturbereich. Zu seinem Wiederaufbau wurde der Großteil der zentral verplanten und bewirtschafteten Ressourcen konzentriert eingesetzt.

Abschließend kann festgestellt werden, daß sowohl das Arbeitskräftepotential als auch das industrielle Anlagevermögen während des gesamten Beobachtungszeitraums die Bedingungen für schnelle Rekonstruktion in den Grundlagen erfüllen. Das Gefälle zwischen der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials und der Arbeitsplatzstruktur im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet ist ungewöhnlich groß, und der bei Kriegsende vorhandene Kapitalstock stellte eine Voraussetzung für eine schnelle Umsetzung dieser Antriebskraft in wirtschaftliches Wachstum dar. Die hohen Zuwachsraten der fünfziger Jahre und ihr fallender Trend finden damit weitgehend ihre Erklärung. Die Ursachen des Zusammenbruchs der ersten Rekonstruktionsphase müssen indes in anderen Faktoren gesucht werden.

4. Engpaßfaktoren der Wirtschaft Westdeutschlands

Anders als im Falle der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit läßt sich die Zwischenprodukt- und Materialversorgung des Produktionsprozesses für die Nachkriegsjahre nicht vollständig und methodisch zufriedenstellend in eine operationale Anzahl von Inputfaktoren auflösen¹. Eine Verflechtungs-Matrix, die eine auch nur grobe quantitative Analyse zuließe, ist für die Industrie unseres Gebietes weder aus der Vor- noch aus der Nachkriegszeit überliefert und auch ex post nicht sinnvoll herzustellen. Die isolierte Betrachtung einzelner Bereiche der Zwischenprodukt- und Materialversorgung – mögen sie für die Gesamterzeugung noch so wichtig sein – führt ebenfalls nicht weiter, da bei einem bestimmten Tiefstand der Erzeugung nur eine gleichgewichtige und gleichzeitige Verbesserung der Versorgung auf breiter Front zu einer Outputsteigerung führen kann. Deutlich wird der enge Zusammenhang der Inputströme durch folgende, auch für viele andere Bereiche repräsentative Feststellung, die eine Anordnung der Militärregierung an VELF einleitet: „Es wird uns berichtet, daß die Unmöglichkeit der Grubenholzhersteller, an ausreichende Versorgung mit Hufeisen und Hufeisennägel heranzukommen, sehr schwerwiegend für das Grubenholzproblem bei den Kohlenbergwerken ist.“² Ähnlich klingt die Klage des Direktors der VELF, Schlange-Schöningen, an den Direktor der VfW, Semler: „Wir sollen Grubenholz liefern, und die Forstarbeiter hören bei dem nassen Wetter auf zu arbeiten, weil sie keine Kleidung, namentlich keine Schuhe haben.“³ Die Verbrauchsgüterindustrie wiederum ist unter anderem von der Kohlenproduktion abhängig. Verbesserungen in Einzelbereichen der Zwischenproduktversorgung lassen in diesem Stadium des „Gleichgewichts des Man-

¹ Dieses Problem sieht auch Manz in seiner Studie zum wirtschaftlichen Wachstum in der FBZ. Er löst es in einer den spezifischen wirtschaftspolitischen Tatsachen der FBZ gerecht werdenden Weise, indem er Zwischenproduktzuflüsse durch Urproduktion und Import und Zwischenproduktabflüsse durch Zwangsexporte und Entnahmen aus der laufenden Produktion durch die Besatzungsmacht saldiert. Für das britisch-amerikanische Besatzungsgebiet muß ein davon abweichendes Verfahren gewählt werden.

² BICO, Food and Agriculture Group, an Direktor VELF am 30. 1. 1948; BA, Z 6 I/20.

³ Schreiben vom 27. 11. 47, BA, Z 6 I/27.

Tabelle 31 Prioritätenliste für die Güterbeförderung auf Schiene und Wasserstraße im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet

Stand: 28. Juni 1947

Dringlichkeitsstufe^a

- 1 a Militärgut
- 1 b Besatzungsverkehr
- 2 Lebensmittel aller Art, einschließlich landwirtschaftlicher und Gartenbauerzeugnisse
- 3 a Kohle und Koks (außer in Stufe 13 aufgeführte minderwertige Arten)
- 3 b Bergwerksbedarf einschließlich Kleidungs- und Kantinenbedarf
- 3 c Grubenholz und Gasreinigungsmasse
- 4 a Einfuhrgut
- 4 b Ausfuhrgut einschließlich Reparationen u. Restitutionen
- 4 c Transitgut
- a-c nur insoweit, wie nicht höher eingestuft
- 5 a Rohöl, Benzin, Generatorholz, Schmieröl, Petroleumraffinerieerzeugnisse und Reifen
- 5 b Seife und Reinigungsmittel
- 5 c Pharmazeutischer und medizinischer Bedarf
- 6 a Lieferungen für vom VAW mit dem VAV vereinbarte Reparaturprogramme der Verkehrsträger mit Ausnahme der unter 12 genannten Güter
- 6 b Erz, Schrott, Kalk, Kalkstein, Dolomit und sonstige Roh- und Zusatzmaterialien für die Eisen-, Stahl- und Metallerzeugung
- 6 c NE-Metalle und die zu ihrer Erzeugung erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe
- 7 a Fertige und halbfertige Erzeugnisse der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie
- 7 b Reparaturmaterial und Ausrüstungsgegenstände für öffentliche Betriebe (Gas, Wasser, Elektrizität)
- 8 a Materialien für die Nahrungsmittelerzeugung (einschl. Düngemittel aller Art, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Geräte, Maschinen, Zuchtvieh, Saatgut aller Art)
- 8 b Verpackungsmaterial und Hilfsmaterial für die Nahrungsmittelindustrie
- 9 Lieferungen für den Bedarf der Schienenbahnen soweit nicht unter 6 a erfaßt
- 10 Chemische oder chemisch-technische Grundstoffe und Produkte
- 11 Baustoffe außer denjenigen für die Erneuerung und Instandhaltung von Straßen und Wasserstraßen
- 12 Materialien zur Erneuerung und Instandhaltung von Straßen und Wasserstraßen
- 13 a Holz, soweit nicht in den Gruppen 1-12 enthalten (einschl. Brennholz, Zellstoff, Papier, Torf)
- 13 b Minderwertige Kohle: Schieferkohle, Schieferkohle-Koks, Schlamm, Aschenkohle, Aschenkoks, Rauchkammerlösch, Abschlamms der Steinkohle-Hydrierung, Rückstand der Kohle-Hydrierung, Kohle- und Koksstaub der Braunkohleverschwelung
- 14 Roh- und Hilfsstoffe für Betriebe, soweit sie nicht bereits in den Stufen 1-13 enthalten sind
- 15 Textilien, Bekleidung und Schuhwaren
- 16 Möbel, Bettzeug, Porzellan, Eisenwaren und Umzugsgut von Personen, welche nicht auf Weisung der Militärregierung oder einer deutschen Behörde umziehen
- 17 Sonstiger Verkehr

^a Dringlichkeitsstufen 1-4 unterliegen der Genehmigung der Militärregierung, 5-17 ausschließlich dem Prioritätenausschuß.

Quelle: Prioritätenausschuß für Verkehr, BA, Z 8/65.

gels“⁴ vor allem andere Engpaßfaktoren deutlicher heraustreten und schlagen noch kaum auf das Produktionsergebnis durch. Die Suche nach der Tendenzwende in der Zwischenprodukts- und Materialversorgung muß sich daher auf ein Bündel von

⁴ Keiser, Die deutsche Wirtschaftsnot, Denkschrift vom 18. 6. 1947; BA, Z 8/1326.

Faktoren erstrecken, das für die Gesamtentwicklung hinreichend repräsentativ ist.

Wo immer die deutsche Wirtschaftsverwaltung Planungsschwerpunkte zur Überwindung der „Lähmungskrise“ setzte, finden sich – in wechselnder Reihenfolge und praktisch gleichwertig – die gleichen Engpaßbereiche: Ernährung, Kohlenversorgung, Transportleistung, Eisen- und Stahlproduktion und – nicht zuletzt – der Außenhandel. Dies spiegelt sich in den Dringlichkeitslisten für die Güterbewegung auf Schienen und Wasserstraßen. Sie dokumentieren nicht allein den Engpaßcharakter der Transportleistung, sondern geben auch – soweit sie deutschen Entscheidungen entsprechen – die Planungsprioritäten der Wirtschaftsverwaltung wieder. Tabelle 31 zeigt den Prioritätenstand vom 28. Juni 1947 an, wie er in den wesentlichen Positionen für den gesamten untersuchten Zeitraum gültig ist⁵.

Dem Zusammenhang der Engpässe in der Zwischenproduktversorgung wurde in den Ausführungsbestimmungen des Prioritätenausschusses für Verkehr Rechnung getragen. Bei Transportmittelknappheit durfte demnach der Transport von Gütern niederer Dringlichkeitsstufe nicht völlig unterbleiben. Es wurde vielmehr angestrebt, die Prioritäten 1 bis 4 zwar voll zu bedienen, aber auch „den ferneren Prioritäten zu einem angemessenen Prozentsatz gerecht zu werden“⁶.

Diesem Zusammenhang entsprechend muß der Durchbruch zum zweiten, entscheidenden Rekonstruktionsabschnitt – wenn er mit der Verbesserung der Zwischenproduktversorgung begründet werden soll – mit einer positiven Entwicklung auf breiter Front belegbar sein. Anders im Winter 1946/47. Hier kann die restriktive Wirkung der Zwischenproduktversorgung nur am Beispiel des Bereiches demonstriert werden, der zuerst als Wachstumsschranke wirksam wurde, da alle übrigen Schwächen der Versorgung dahinter zurücktraten.

a) Ernährung

Nahrungsmittelversorgung und Industrieproduktion Die Ernährungslage wirkte im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet während des ganzen Beobachtungszeitraumes restriktiv auf die industrielle Produktion. Es liegt auf der Hand, daß bei Deckung nur eines Teilbedarfs an Arbeitskalorien⁷ – wie dies in der Vorwährungszeit die Regel war – auch nur ein Teil der normalen Arbeitsleistung erzielt werden konnte. Ist das Ernährungsniveau über längere Zeit hinweg sehr niedrig, so korrelieren Kalorienzufuhr⁸ und Arbeitsleistung fast unmittelbar. Am Beispiel des Bergbaus, wo menschliche Arbeitskraft untertage noch eine der wichtigsten Energiequellen darstellte, läßt sich dies zeigen.

Das Bergarbeiterpunktsystem sah für Bergleute und Zechenangestellte bei be-

⁵ Vgl. BA, Z 8/65; Z 8/1326 (Rundschreiben der Hauptabt. Planung und Statistik).

⁶ Prioritätenausschuß für Verkehr, BA, Z 8/65; vgl. auch BA, Z 8/1326 (Rundschreiben).

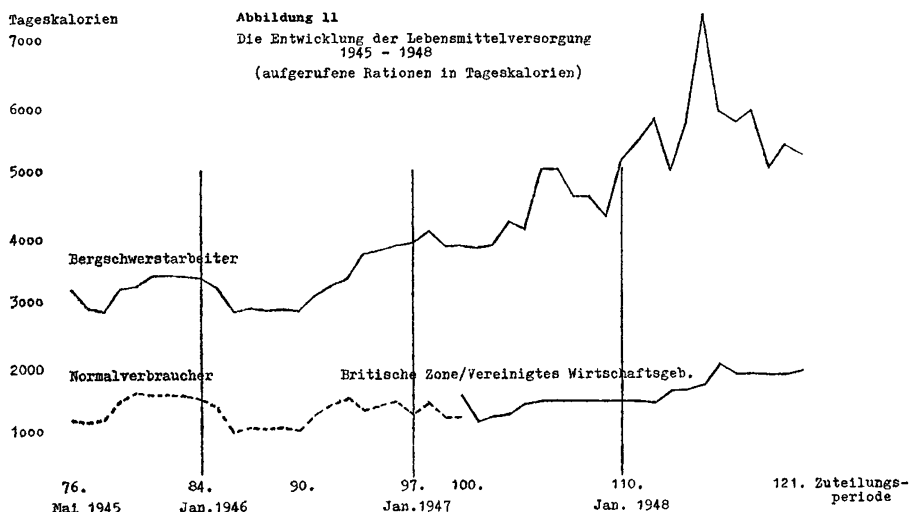
⁷ Grundumsatz plus bei jeder Beschäftigung zusätzlich erforderliche Kalorienzufuhr.

⁸ Ernährungsphysiologisch kommt es nicht allein auf die Kalorienzahl an. Wesentlich ist auch die Zusammensetzung der Nährstoffe. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet niedere Kaloriensätze auch mit niedrigem Eiweiß- oder Fettgehalt der Ration einhergehen et vice versa; vgl. Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel u. Verbrauchsgüter 1939–1950, S. 451.

stimmten Leistungen die Ausgabe von Bezugsberechtigungen für Speck, Zucker, Kaffee, Schnaps, Tabak und andere – dem Normalverbraucher oft unerreichbare – Nahrungsmittel vor⁹. Damit verbesserte sich die Ernährungslage der meisten Bergarbeiterfamilien schlagartig. Gleichzeitig erlebte die Steinkohlenförderung in der britischen Zone einen sprunghaften Anstieg von durchschnittlich 198 462 t im Dezember 1946 auf 233 006 t im März 1947¹⁰. Ebenso jäh wurde der Anstieg gestoppt, als der April eine deutliche Verschlechterung der allgemeinen Ernährungs- und Versorgungslage brachte (vgl. Abbildung 11 mit Tabelle 36). Der Förderungshöchststand wurde erst wieder im August erreicht, als sich die Ernährungslage besserte. Diese für den Bergbahn geltende Erfahrung, die dort mit der Einführung des Punktsystems als Hebel planerischer Produktionslenkung benutzt wurde, ist auch für die übrigen Bereiche der Produktion relevant.

Die Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung 1945–1948 Während des Krieges war die Nahrungsmittelversorgung im Reich – nicht zuletzt auf Kosten der besetzten Gebiete – stets gesichert. Erst Ende 1944, als konzentrierte Bombardierung des Transportsystems auch die Verteilung von Nahrungsmitteln störte, wurden die tatsächlich ausgegebenen Rationen knapper. Mit 2000 Tageskalorien für den Normalverbraucher hielten sie im Winter 1944/45 aber immer noch einen Stand, der im gesamten Untersuchungszeitraum nicht wieder erreicht werden konnte¹¹.

Abbildung 11 zeigt die Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung am Beispiel



Quelle: VELF, Food and Agriculture Statistics, 1935–47, Part II, S. 26; H. Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950, Essen 1956, S. 499

⁹ Zur Ausgestaltung des Bergarbeiter-Punktsystems siehe: Arbeitsgruppe Kohle, Berichterstatter E. Deissmann, Bericht über das Bergarbeiter-Punktsystem, Düsseldorf März 1947, BA, Z 8/1938.

¹⁰ Ebda, S. 21.

¹¹ BA, Z 40/159; vgl. auch Abbildung 11.

zweier Verbrauchergruppen. Die Kurve der Normalverbraucher-Rationen kennzeichnet die Ernährungssituation von rund zwei Dritteln aller Bezieher von Lebensmittelkarten. Die zu dieser offiziellen Ration zusätzlich beschafften Lebensmittel dürften im Durchschnitt 200 bis 500 Tageskalorien nicht überschritten haben¹². Die dadurch gewonnene höhere Leistungsfähigkeit wurde aber durch den beim Erwerb der zusätzlichen Nahrungsmittel entstehenden Energie- und Arbeitszeitverlust gelegentlich überkompensiert. Örtlich und zeitweilig blieben auch die tatsächlich ausgegebenen Rationen unter den geplanten Werten. So sanken die Kalorienwerte der ausgegebenen Rationen im 2. Quartal 1947 im Ruhrgebiet bis auf 750 Kalorien, während sie in der vereinten Zone noch deutlich über 1000 lagen. In der britischen Zone wurden zur gleichen Zeit statt der offiziellen 939,7 Kal. nur 867,5 Kal. ausgegeben¹³. Die zweite in Abbildung 11 wiedergegebene Kurve gibt die Entwicklung der Versorgung von Untertage-Bergarbeitern wieder, die die höchsten Zulagen zur Normalverbraucher-Ration erhielten. In ihrer Bewegungsrichtung ist sie aber auch für die übrigen Zusatzkategorien repräsentativ. Sie zeigt eine seit Sommer 1946 bei gelegentlichen Rückschlägen anhaltende Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der Zulageempfänger¹⁴.

Für den Normalverbraucher trat eine deutliche Verbesserung seiner Ernährungslage erst ab April 1948 ein. Allerdings stieg bis zu diesem Zeitpunkt der Anteil der Verbraucher mit Zusatzverpflegungsanspruch beträchtlich:

Tabelle 32 Verbraucherstruktur in der vereinten Zone

	98. Zuteilungsperiode (März 1947)	112. ZP (März 1948)
Verbrauchergruppen	Anteil an der Gesamtzahl der Verbraucher in vH	
Selbstversorger ^a	13,4	13,1
Teil-Selbstversorger ^b	7,3	8,0
Gemeinschaftsverpflegte ^c	4,7	4,2
Nicht-Selbstversorger ^d	74,2	74,4
	100,0	100,0
Nicht-Normalverbraucher ^e	36,3	43,9

^a Personen, die ihre Ration selbst produzieren; ^b Landwirte, die einen Teil ihrer Ration selbst erzeugen; ^c Insassen von Lagern, u. ä.; ^d Personen, die alle Nahrungsmittel über den Handel beziehen; ^e Selbstversorger, Teilselbstversorger und Bezieher von Zusatzrationen.

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 49, Stat. Annex, S. 191 f.

¹² Schätzung des ZfA, BA, Z 40/159; in den Kruppschen Betrieben wurde 1946 ein durch Schrebergartenbau gewonnener Kalorienanteil von durchschnittlich 100 Kal. pro Familienmitglied und Tag ermittelt.

¹³ VAW, Informations- und Presseabteilung, Interne Mitteilung am 11. 7. 1947; das VAW glaubte deshalb den Vergleich mit der Versorgung von Hunden und Insassen von Konzentrationslagern (1632 Kal.) anstellen zu müssen, BA, Z 8/65.

¹⁴ Hinzu kommt gerade bei den Bergarbeitern Zusatzverpflegung aus dem Punktsystem ab Januar 1947.

Anfang 1948 mußte sich demnach fast nur noch jeder Zweite mit der Grundaussstattung des Normalverbrauchers begnügen. Dennoch signalisiert die Kurve der Nahrungsmittelversorgung weder Alarmzeichen am Vorabend des Zusammenbruchs des ersten Rekonstruktionsaufschwunges im Winter 1946/47 noch Impulse für den Beginn des zweiten Anlaufs im Spätjahr 1947. Eine langsame Verbesserung der Ernährungslage ist aber spätestens Anfang 1948 unverkennbar.

Nahrungsmittelbewirtschaftung Die Anhebung des Versorgungsniveaus war jedoch weder einem Anstieg der Nahrungsmittelproduktion der deutschen Landwirtschaft noch verstärkter Zufuhr von außen zu verdanken. Der Düngemittelverbrauch, eine der wichtigsten Voraussetzungen hoher Hektarerträge, stieg zwar nach dem Krieg von Jahr zu Jahr wieder an:

Tabelle 33 Düngemittelverbrauch je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1938/39–1947/48

(1938/39 = 100)			
Jahr ^a	Stickstoff	Phosphor	Kali
1938/39	100	100	100
1945/46	11	8	35
1946/47	53	36	49
1947/48	74	57	68

^a Landwirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni.

Quelle: WiSta, 1. Jg. 1949/50, Zahlenteil, Bd. 2, S. 734.

Verstärkter Abbau von Rohstoffen (Kali), bessere Versorgung mit Zwischenprodukten (Stickstoff) und Fortschritte in der Kohlen- und Stahlproduktion (Phosphor, Stickstoff) ermöglichten diesen Anstieg der Kunstdüngererzeugung. Die agrarische Produktion selbst wuchs im selben Zeitraum aber nicht. Im Gegenteil, gerade im Landwirtschaftsjahr 1947/48 ging die Produktion sogar zurück¹⁵:

Tabelle 34 Nahrungsmittelproduktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet (1935–39 = 100)

Jahr ^a	Pflanzl. Nahrungsm.	Tierische Nahrungsm.	Alle Nahrungsmittel
1946/47	89	60	67
1947/48	84	50	58
1948/49	109	69	79

^a Landwirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni.

Quelle: O. Thiel und K. Padberg (VELF), a. a. O., S. 6.

¹⁵ Allerdings muß auch hier – trotz schärferer Kontrollen als in der Industrie – mit einem erheblichen statistischen Manko gerechnet werden. Vgl. dazu auch Schreiben des Leiters ZEL an Leiter ZAW vom 28. Sept. 1946, BA, Z 6 I/65.

Im gleichen Zeitraum ist eine wesentliche Steigerung der Lebensmittelimporte ebenfalls nicht festzustellen. Die weltweite Knappheit an Lebensmitteln, eine Folge schlechter Nachkriegsernten bis 1948, machte ausländische Hilfe für das Besatzungsgebiet in größerem Umfange – als zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Abwendung von Hungerkatastrophen unbedingt notwendig – praktisch unmöglich¹⁶. Die deutschen Besatzungszonen lebten zwar auf dem niedrigsten europäischen Ernährungsniveau, doch erreichte auch keines der übrigen Länder drei Jahre nach Kriegsende den vor dem Krieg üblichen Kalorienwert der täglichen Nahrungsmenge¹⁷; z. T. lag die Versorgung mit Lebensmitteln – wie in Frankreich – noch weit unter dem Vorkriegsniveau. Unter diesen Umständen war es gewiß unvermeidlich, daß „Deutschland als besiegttes Feindland . . . sich am Ende der Schlange von Ländern, die Anspruch auf Lebensmitteltransporte haben, aufstellen“¹⁸ mußte. Selbst in den kritischen Frühjahrsmonaten des Jahres 1947 genehmigte die Militärregierung zusätzliche Nahrungsmittelimporte nicht, obwohl Devisen vorhanden waren, sie zu bezahlen¹⁹.

Gegen Ende 1947 stieg dennoch die Nahrungsmiteleinfuhr geringfügig an (vgl. Tabelle 35). Diese Änderung der alliierten Importpolitik konnte aber angesichts der geringen Mengen nur symbolischen Charakter haben. Die Fetteinfuhr setzte ohnehin erst 1948 in nennenswerten Größenordnungen ein. Fleischeinfuhren fanden während des gesamten Beobachtungszeitraumes nicht statt²⁰. Die ins britisch-amerikanische Besatzungsgebiet zur zivilen Verwendung eingeführten Nahrungsmittel bestanden vor allem aus Brotgetreide, dessen Einfuhrmenge im ersten Halbjahr 1948 aber nur unwesentlich über den Zahlen für das erste Halbjahr 1947 lag. Gut die Hälfte der Getreidezufuhr machten außerdem in Mitteleuropa nicht sonderlich geschätzte Sorten aus, z. B. Mais, Graupen oder Sojamehl. Der Direktor der VFW, Semler, charakterisierte die Qualität dieser Lieferungen wohl einigermaßen zutreffend, als er in einer Rede von „Hühnerfutter“ sprach, das die Deutschen „teuer zu zahlen“ hätten²¹.

Angesichts von Produktionsrückgängen und nur leicht steigender Importziffern ist es verständlich, daß sich im Laufe des Jahres die Alarmrufe der Ernährungsverwaltung häuften. Eine Verwaltung, der am 1. April 1947 von alliierter Seite bescheinigt wurde, daß „jeder, der sich mit dem Rationierungswesen und der Verteilung befaßt, . . . davon beeindruckt (ist), wie schlecht das augenblickliche System arbeitet“²², mußte dem Winter 1947/48 mit großer Sorge entgegensehen.

Nach dem Zusammenbruch war zunächst die Organisationsform des Reichsnähr-

¹⁶ Vgl. Clay, *Decision in Germany*, S. 196.

¹⁷ Vgl. H. Schlange-Schöningen, *Im Schatten des Hungers*, S. 292.

¹⁸ OMGUS – Memorandum vom März 1947 „Betr. Ausfälle deutscher Leistungen in der Ernährungs- und Landwirtschaft, BA, Z 6 I/27.

¹⁹ Vgl. dazu die Rede des Direktors der VFW, Johannes Semler, vor dem Landesauschuß der CSU in Erlangen am 4. 1. 1948, BA, Z 6 I/70.

²⁰ Vgl. OMGUS, *Monthly Report* 49, Stat. Annex, S. 195.

²¹ Ebda; Semler wurde deshalb und wegen weiterer Angriffe auf die Militärregierung von dieser schon wenige Tage später seines Amtes enthoben.

²² BICO, FAG, an Direktor VELF, BA, Z 6 I/188.

Tabelle 35 Die wichtigsten Posten der Nahrungsmittelleinfuhr ins britisch-amerikanische Besatzungsgebiet 1947-1948 (monatlich)

Monat	Mehl*	Zucker	Fett	Fisch	Milch
1000 t					
Jan	293,2	—	—	6,0	0,7
Feb	235,1	—	—	31,3	1,6
März	209,5	—	—	19,3	0,1
April	170,0	—	—	3,1	—
Mai	288,2	—	—	12,9	2,4
Juni	454,4	—	0,2	6,8	2,1
Juli	410,5	—	5,9	6,4	23,1
Aug	480,4	—	0,1	8,6	8,9
Sept	430,0	—	—	1,5	0,9
Okt	266,1	—	1,4	4,3	0,4
Nov	202,5	18,6	4,2	9,2	3,0
Dez	219,0	35,1	0,8	4,0	8,3
1947	3658,9	53,7	12,6	113,4	51,4
Jan	229,4	14,5	11,1	10,9	1,6
Feb	192,2	34,7	19,6	56,5	0,4
März	276,7	77,5	21,7	10,5	—
April	307,0	127,1	36,3	25,9	1,9
Mai	306,7	47,2	18,8	34,5	—
Juni	433,2	74,5	9,1	26,0	0,1
Juli	462,9	0,3	18,4	20,8	0,3
Aug	614,0	116,3	6,1	16,7	0,3
Sept	500,1	97,9	4,5	27,7	0,6
Okt	230,9	35,1	6,8	18,3	1,1
Nov	349,8	—	37,6	19,5	2,0
Dez	289,8	9,9	51,3	15,1	7,0
1948	4192,5	634,9	241,3	282,5	15,1

* Getreidelieferungen in Mehl-Äquivalente umgerechnet; etwa zur Hälfte Weizen, der Rest Mais, Graupen, Hafer, Hülsenfrüchte, Soja- und Kartoffelmehl.

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 49, Stat. Annex, S. 194 f.

standes beibehalten worden, da sie „successful and efficient“²³ erschien. Gleichzeitig wurde jedoch den Ländern „a greater share in the control of the food and agriculture administration“²⁴ zugebilligt. Die Effizienz der Erfassung und die Bereitschaft der Länder, an einem überregionalen Ausgleich mitzuwirken, blieben jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. Seit Frühjahr 1947 wurden deshalb mit den Militärregierungen Gespräche über eine Reorganisation des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (VELF) geführt. Erst die Errichtung des Wirtschaftsrates am 10. Juni 1947 machte – zumindest im Prinzip – dem Mißstand ein Ende, daß z. B. in der britischen Zone „5 Oberpräsidenten, 1 Ministerpräsident und 1 Regierender Bürgermeister . . . nebeneinander Ernährungspolitik auf eigene Faust treiben“²⁵. Dem „vorbehaltlosen Bekenntnis“ des Ernäh-

²³ Hollins, stellv. Leiter der Food and Agriculture Division, Zonal Executive Offices C. C. G. BAOR an Schlange-Schöningen am 16. 9. 1946, BA, Z 6 I/17.

²⁴ Ebda.

²⁵ Schlange-Schöningen an Hollins (FAG) am 23. April 1946, BA, Z 6 I/17.

rungsdirektors Schlange-Schöningen (CDU) „zu einer staatlich gelenkten Planwirtschaft“ entsprechend²⁶, wurden in der Folge schärfere Maßnahmen – wie etwa das Gesetz über die öffentliche Kontrolle der landwirtschaftlichen Ablieferungen vom 5. September 1947 – zur Sicherung kontinuierlicher Lebensmittelversorgung ergriffen. Durch sparsamere Zuteilung im Sommer 1947 (vgl. Abbildung 11), wirksamere Erfassung der einheimischen Produktion und die Garantie eines stetigen – wenn auch relativ geringen – Imports von Brotgetreide konnte die für Winter 1947/48 erwartete „Ernährungskatastrophe“ abgewendet werden. Hatte Johannes Semler noch am 4. Januar 1948 „eine schwere Ernährungskrise“²⁷ für den Winter prophezeit, so konnte die alliierte Ernährungsverwaltung im Sommer 1948 rückblickend feststellen: „Mit den Importen für dieses [Halb-]Jahr und der einheimischen Erzeugung waren Sie [Schlange-Schöningen] jedoch im Stande, eine 10 000 gr Brotration für die 43–45 Millionen Menschen der Bizone und Berlins aufrecht zu erhalten. Im letzten Jahr mit derselben Menge Importe war die Durchschnittsbrotration für den gleichen Zeitraum nur ungefähr 7000 gr.“²⁸

Zusammenfassung So muß festgestellt werden, daß während des untersuchten Zeitraumes die Ernährungslage die wirtschaftliche Entwicklung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes behindert hat. Es gibt jedoch keine Anhaltspunkte, der mangelhaften Versorgung mit Lebensmitteln eine auslösende Funktion für den Zusammenbruch der Industrieproduktion im Winter 1946/47 zuzuschreiben. Die Wachstumsschranke Ernährung konnte – unabhängig von der Wirtschaftslage – immer einen Spalt offengehalten werden, während offenbar andere Faktoren das wirtschaftliche Wachstum in der in Frage stehenden Zeit unmittelbar unterbunden haben. Im Winter 1947/48 hingegen drohte zwar die Ernährungslage zum wichtigsten Engpaß der wirtschaftlichen Entwicklung zu werden, nachdem – wie Semler behauptete – „das Problem . . . nicht mehr ein Kohlen-, Eisen- und Energieproblem“²⁹ war. Der sich abzeichnende Engpaß konnte aber durch bessere Voraussetzungen und größere Anstrengungen auf dem Sektor der Lebensmittelbewirtschaftung abgewendet werden, obwohl Produktions- und/oder Importsteigerungen versagt blieben. Diese Entwicklung, die die alliierte Ernährungsverwaltung als „besonders tüchtige Arbeit“³⁰ hervorhob, hat während des Winters 1947/48 den im Herbst einsetzenden industriellen Aufschwung abgestützt und seine Fortsetzung ermöglicht.

b) Kohlenversorgung

Das Kohlenproblem Die Förderung und Verteilung der Kohle, der traditionell wichtigsten Rohstoffbasis der deutschen Industriewirtschaft, beherrschte Wirtschaftsplanung und -lenkung der „Vorwährungszeit“ so total, daß ihre Protagonisten

²⁶ Ebda.

²⁷ Erlanger Rede, BA, Z 6 I/70.

²⁸ BICO, FAFG, an Schlange-Schöningen, am 9. Juli 1948, BA, Z 6 I/19.

²⁹ Rede am 4. 1. 1948, BA, Z 6 I/70.

³⁰ Stanley Andrews, BICO, FAFG an Schlange-Schöningen, am 9. Juli 1948, BA, Z 6 I/19.

sten im Kohlenproblem ‚pars pro toto‘ der gesamten Wirtschaftslage und in der Lenkung der Kohlenwirtschaft den „Schlüssel zur industriellen Produktionssteigerung“³¹ sahen. Wenn es im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet zielbewußte Wirtschaftslenkung gegeben hat, dann auf dem Gebiet der Kohlenförderung und -verteilung. Dennoch bot sich noch im Sommer 1947 ein „völlig hoffnungsloses Bild“³² der Kohlenversorgung der Industrie. Dies ist umso erstaunlicher, als gerade die Kohlenproduktion, zusammen mit dem übrigen Bergbau und der Elektrizitäts- und Gasversorgung, während der gesamten Vorwährungszeit an der Spitze der industriellen Rekonstruktion lag. Selbst im Frühjahr 1947, dem Tief- und Endpunkt der ersten Rekonstruktionsphase, lag die Kohlenförderung im Vergleich zur Vorkriegszeit doppelt so hoch wie die gesamte Industrieproduktion (vgl. Tabelle 7). Wenn Kohle dennoch zu den wichtigsten Engpaßfaktoren der Nachkriegszeit zählte, so muß neben der Förderung – und über sie hinaus – die Verteilung das eigentliche Kohlenproblem ausgemacht haben.

Förderung Die Entwicklung der arbeitstäglichen Förderung nahm einen Verlauf, der sich vom allgemeinen Wachstumstrend der Industrie deutlich absetzte (vgl. Tabelle 36). Ein Rückgang der Förderung war nur kurzfristig aus saisonalen Gründen im Winter 1945/46 und wieder 1947/48 zu verzeichnen, sowie als Folge der Ernährungskrise an der Ruhr im April und Mai 1947. Zu dem starken Wachstumseinbruch, den die Industrie im Winter 1946/47 erlebte, kam es im Kohlenbergbau nicht. Im Gegenteil, gerade in diesem Winter gelang es zum ersten Mal, die Förderung sprunghaft zu erhöhen. Der Durchbruch wurde „durch Konzen-

Tabelle 36 Steinkohlenförderung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet^a 1945–1948
Arbeitstägliche Monatsdurchschnitte in 1000 t
(Arbeitstäglicher Jahresdurchschnitt 1936 = 384 Tsd t)

Monat	1945	1946	1947	1948
Januar	—	180	211	255
Februar	—	181	227	268
März	—	160	234	288
April	—	162	219	269
Mai	—	169	216	270
Juni	—	174	218	285
Juli	60 ^b	178	224	287
August	80 ^c	178	237	287
September	127 ^d	180	241	291
Oktober	143	183	247	303
November	163	193	280	318
Dezember	173	199	262	318
Jahres- durchschnitt	—	178	235	287

^a Reviere der Ruhr, Aachen und Ibbenbüren; ^b 7. Juli; ^c 4. Aug.; ^d 29. Sept.

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 5 (Coal), S. 3; No. 12 (Industry incl. Coal), S. 32, No. 49, Stat. Annex, S. 176; Wirtschaftsverwaltung, 1. Jg. 1948, Heft 2, S. 12.

³¹ VAW, Die Industrie der vereinten Zone im Feb./März 1947, BA, Z 8/202.

³² Keiser, Die deutsche Wirtschaftsnot, BA, Z 8/1326.

tration aller Kräfte³³ auf den strategischen Leitsektor Kohlenbergbau ermöglicht. In der gleichen Zeit, da die Erzeugung der verarbeitenden Industrie binnen eines Vierteljahres um ein Viertel eingeschränkt werden mußte, bahnte sich im Kohlenbergbau die Wende zur Besserung an.

Schon im Herbst 1946 wurde der tägliche Kaloriensatz für Schwerstarbeiter im Bergbau an 4000 Kalorien herangeführt (vgl. Abbildung 11). Am 1. November folgte eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um 20 % und gleichzeitig die Aufhebung der von den Alliierten im Mai 1945 verfügten Leistungskürzung in der Knappschaftsversicherung. Auf dieser Grundlage gab die Einführung des Bergarbeiterpunktsystems am 16. Januar 1947 einen weiteren Anreiz zur Produktionssteigerung.

Allerdings stützte sich der Produktionsanstieg nicht auf steigende Produktivität, wengleich als Folge des Prämiensystems die Zahl der Feierschichten spürbar zurückging (Tabelle 37). Auch die Leistung des Hauers Untertage stieg 1947 merklich an (Tabelle 38).

Tabelle 37 Feierschichten im Kohlenbergbau^a des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1936–1948 (in vH der möglichen Schichten)

1936	8,8
1938	11,4
1946	20,8
1947	15,3
1948	14,1

^a Ohne Pechkohle.

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 49, Stat. Annex, S. 177.

Tabelle 38 Produktivität im Kohlenbergbau^a des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1936–1948

	Output pro Mann und Schicht in Tonnen			Insgesamt
	Hauer	Untertage	Alle	
1936	3,30		2,11	1,64
1938	3,10		1,92	1,50
1946	2,19		1,19	0,86
1947	2,41		1,20	0,93
1948	2,51		1,26	0,96

^a Ohne Pechkohle.

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 49, Stat. Annex, S. 177.

Bei den übrigen – ebenfalls am Punktesystem partizipierenden – Beschäftigten des Bergbaus lassen sich hingegen nur geringfügige Leistungssteigerungen feststellen. Als wichtigste Ursache des Förderanstieges muß daher die schnelle Zunahme der Bergarbeiterzahl im Jahre 1947 gelten.

³³ VAW, Die Industrie der vereinten Zone im Jan./Feb. 1947, BA, Z 8/202.

Tabelle 39 Arbeiter im Steinkohlenbergbau der vereinten Zone 1946–1948

	Zahl	vH
Durchschnitt 1936	284 114	100
Ende 1945	287 360	101
Ende 1946	320 129	113
Ende 1947	390 819	138

Berechnet nach Angaben der DKBL im Stat. Hausdienst der Vfw, 1948, Nr. 4, Übersicht 8, BA, Z 8/195.

Ende 1947 war also die Zahl der Bergarbeiter auf 138 % der Belegschaftsstärke von 1936 angewachsen. Allein im Jahre 1947 betrug der Anstieg 22 %. Der große Zustrom von Neubergleuten verbesserte gleichzeitig die im Vergleich zum Vorkriegsstand ungünstige Altersstruktur der Untertage-Arbeiter.

Tabelle 40 Altersgliederung der Untertage-Arbeiter im Ruhrbergbau (in vH der Gesamtzahl)

Altersklasse	1939	1946	1947
Bis 35	45,1	29,2	35,7
36 bis 55	52,7	62,2	56,3
über 55 Jahre	2,2	8,6	8,0

Berechnet nach Angaben der DKBL im Stat. Hausdienst der Vfw, 1948, Nr. 4, Übersicht 7, BA, Z 8/195.

Wenn dennoch die Produktivität im Bergbau stagnierte, lag dies vor allem an der geringen bergmännischen Qualifikation, die die meisten der durch Punktsystem, Anspornplan und Care-Pakete angelockten Neubergleute aufwiesen. Die Sogwirkung der Zechen hatte zudem negative Auswirkungen auf die Arbeitsmoral der Beschäftigten anderer Industriezweige. Vor allem in Nachbarindustrien wie der Bauwirtschaft, der Baustoffindustrie, der Eisenschaffenden Industrie oder der Kraftstoffindustrie traten Abwanderungstendenzen zu den Zechen auf, die für die betroffenen Betriebe neue Probleme schufen³⁴.

Im Steinkohlenbergbau hielt der Aufwärtstrend nach der Überwindung der Ernährungskrise³⁵ im Revier an. Nach erneutem „sprunghaften Aufschwung“³⁶ zu einer arbeitstäglichen Monatsproduktion von 280 000 t (November) stabilisierte sich die Förderung auch im Winter auf einem höheren Niveau, nämlich im Bereich von 260 000 t arbeitstäglich (vgl. Tabelle 36), um schließlich ab April 1948 stetig weiter zu wachsen. Schon im Herbst 1947 gab es keinen Zweifel mehr, daß der Förderanstieg des Jahres 1947 „gewisse Voraussetzungen geschaffen (hatte), die

³⁴ Ebda.

³⁵ Ein im Hinblick auf die Ernährungskrise ausgerufenen fünftägiger Streik brachte einen Produktionsausfall von schätzungsweise 232 000 t.

³⁶ Deutsches Kohlenstatistisches Amt, Die Kohlenwirtschaft zu Beginn des Winters 1947/48, Essen, Mitte November 1947, BA, Z 40/2.

Schwierigkeiten in der Brennstoffversorgung zu erleichtern³⁷, wie die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) vorsichtig formulierte. Sie fügte einschränkend hinzu: „Ob sich aber die Kohlenversorgung wirklich bessern wird, hängt . . . von der Leistungsfähigkeit der Transportmittel ab.“³⁸

Verteilung Wo und für wen sich die Kohlenversorgung bessern sollte, bestimmten bis 1947 ausschließlich die Militärregierungen. Auch als am 1. Januar 1947 dieses Recht an die Planungsabteilung des VAW überging, behielten sie sich die Genehmigung des Verteilungsplanes vor und machten von dieser Einschränkung regen Gebrauch³⁹. Die Ausführung übernahm das North German Coal Distribution Office⁴⁰ (NGCDO) in Essen. Die Militärregierungen bestimmten damit praktisch allein die Struktur des Kohlenverbrauchs, wie sie aus Tabelle 41 hervorgeht. Insgesamt ergibt sich dabei für das Jahr 1947 ein für den deutschen Verbrauch günstigeres Bild.

Tabelle 41 Struktur des Kohlenverbrauchs im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet

	1946		1947	
	(Mill. t)	(vH)	(Mill. t)	(vH)
Verwertbare Förderung	53,9	100	71,1	100
Zechenselbstverbrauch	11,2	20,8	12,2	17,2
Einsatzkohle für Briket- tierung und Kokerei	2,6	4,8	4,0	5,6
Deputate	2,0	3,7	2,3	3,2
Sonst. Verbrauch	0,5	0,9	0,9	1,3
Absatzfreie Menge	37,7	69,9	51,7	72,7
Lieferung	42,0	100	50,8	100
– Reichsbahn und Schifffahrt	8,6	20,5	10,6	20,9
– Besatzung	1,4	3,5	2,5	4,9
– Industrie	20,9	49,8	27,2	53,5
– Hausbrand	1,1	2,6	1,3	2,6
– Export	10,0	23,8	9,3	18,3
Haltenänderung	(–) 4,3		(+) 1,1	

Quelle: DKBL, Zahlen zur Kohlenwirtschaft Nr. 3 (April 1948), S. 14.

Der Anteil des – infolge geringer Auslastung der Anlagen – zunächst relativ hohen Zechenselbstverbrauchs ging allmählich zurück, da die steigende Fördermenge zu einer Senkung der realen Stückkosten führte. Der Exportanteil wurde 1947 ebenfalls spürbar reduziert. Über die Höhe dieser wichtigsten, nicht für deutsche Zwecke bestimmten Lieferung entschied formal die Europäische Kohlen-

³⁷ Ebda.

³⁸ Ebda.

³⁹ Vgl. Schreiben des Leiters VAW, Agartz, an BECG, am 12. 2. 1947, BA, Z 8/60; Agartz beklagt sich dort, daß die Verantwortung für die Kohlenverteilung zwar in der Öffentlichkeit das VAW trage, diesem in Wahrheit aber nicht der geringste Entscheidungsspielraum verbleibe.

⁴⁰ NGCDO bedient sich dabei weitgehend des Apparates des früheren Kohlensyndikats. Vgl. Industrieverband Bergbau, Jahrbuch 1947, Bochum (1948), S. 9.

organisation⁴¹ (ECO) in Genf, bis schließlich die Außenminister der vier in Deutschland stehenden Mächte auf der Moskauer Konferenz (10. 3. – 24. 4. 1947) die Ausfuhrmenge durch Einführung einer gleitenden Exportskala direkt mit der Förderungsentwicklung verknüpften. Der Exportanteil belief sich danach – gemessen an der Gesamtförderung – auf 20 0/0, die er im Jahre 1948 geringfügig überschritt:

Tabelle 42 Kohlenexporte der britischen Zone (Mill. t SKE)

Jahr	Förderung	Export	Export in vH der Förderung	Export in vH der absatzfreien Menge ^a
1936	158,0	28,0	18,0	—
1946	53,9	10,0	20,0	23,8
1947	71,1	9,5	14,6	18,3
1948	87,0	16,5	21,0	24,4

^a Nach Abzug des Zechenselbstverbrauchs, der Einsatzkohle und der Deputate.

Quelle: Stat. Jb. f. d. Deutsche Reich 1937; DKBL, Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Nr. 3 (April 1948), S. 14 und Nr. 7 (April 1949), S. 14.

Dieser Prozentsatz lag zwar nur unwesentlich höher als der Exportanteil des britischen Zonengebiets im Jahre 1936, seine Auswirkungen sind aber in zweierlei Hinsicht mit Vorkriegsverhältnissen nicht zu vergleichen. Zum einen verkauften die Alliierten deutsche Kohle bis September 1947 weit unter Marktpreis zu 10,50 Dollar pro Tonne. Der Weltmarktpreis schwankte damals zwischen 25 und 30 Dollar pro Tonne⁴². Dann wurde der Preis zwar auf 15 Dollar erhöht, lag aber immer noch 5 bis 7 Dollar unter dem Marktpreis. Allein bis Ende 1947 verlor somit die deutsche Wirtschaft schätzungsweise 200 Millionen Dollar an Exporterlösen⁴³. Der Schaden wäre leichter zu verkraften gewesen, hätte der Resterlös der deutschen Wirtschaft als Devisen zur Verfügung gestanden. Während die Empfängerländer in Dollar bezahlen mußten, wurden aber die Erlöse dem deutschen Bergbau nur zum Inlandsverrechnungspreis in Reichsmark gutgeschrieben. Der Devisenwert der Kohlenexporte ist demnach unkontrollierbar „in der allgemeinen Passivität der deutschen Außenhandelsbilanz nach dem Kriege untergegangen“⁴⁴. Angebote der europäischen Nachbarländer, Nahrungsmittel gegen Kohle zu tauschen, konnten auch nicht wahrgenommen werden⁴⁵. Zum anderen zog es die deutsche Wirtschaftsverwaltung unter den gegebenen Umständen natürlich vor, die geförderten Kohlen möglichst der heimischen Industrie zuzuführen, da der Erlös der damit veredelten Produkte den der reinen Rohstoffausfuhr erheblich übertraf.

⁴¹ Die ECO ist eine Unterorganisation der Economic Commission for Europe (ECE) der Vereinten Nationen.

⁴² Vgl. Semler, Erlanger Rede, BA, Z 6 I/70.

⁴³ Vgl. Balabkins, a. a. O., S. 124.

⁴⁴ Industrieverband Bergbau, Jahrbuch 1947, S. 8.

⁴⁵ Vgl. Semler, a. a. O.

Im Jahre 1947 lag der Exportanteil mit 14,6⁰/₀ wesentlich niedriger, weil in den beiden ersten Quartalen – wie auch im vierten Quartal 1946 – die Liefermengen drastisch sanken. Die folgende Aufstellung der Exportlieferungen nach Quartalen macht dies deutlich:

Tabelle 43 Kohlenexport des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1946–1948 (1000 t SKE)

	1946	1947	1948
1. Quartal	3 161	1 837	3 965
2. Quartal	3 224	2 562	4 115
3. Quartal	3 268	3 032	} 9 744
4. Quartal	2 300	3 340	
Insgesamt	11 953	10 771	17 824

Quelle: OMGUS Monthly Report No. 36 Stat. Annex, S. 28 und No. 49, Stat. Annex, S. 178.

Dies ist umso erstaunlicher, als in der gleichen Zeit die Kohlenförderung an der Ruhr kräftig anzog (vgl. Tabelle 36).

Es gibt zwei Möglichkeiten, die über drei Quartale anhaltende Reduzierung der Exportquote zu erklären. Entweder war das Transportsystem des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes einfach nicht imstande, die Lieferungen zu bewältigen, oder die Militärregierungen haben bewußt die Höhe der Ausfuhr vermindert, um den begrenzten Transportraum verstärkt für Kohlenlieferungen an die vom völligen Zusammenbruch bedrohte deutsche Industrie zur Verfügung zu stellen⁴⁶.

Tabelle 44 Haldenbestände^a an Steinkohle im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946–1948 (1000 t)

Monat	1946	1947	1948
Januar	1853	503	904
Februar	1586	1239	770
März	1197	1227	820
April	922	919	801
Mai	768	710	476
Juni	592	588	550
Juli	500	607	404
August	411	688	267
September	355	715	201
Oktober	318	910	219
November	315	1213	176
Dezember	358	1024	210

^a Ohne Zechenreserve.

Quelle: VfW, Stat. Hausdienst, 1948, Nr. 1, Übersicht 6, BA, Z 8/195; OMGUS, Monthly Report No. 49, Stat. Annex, S. 179.

⁴⁶ Denkbar wäre auch eine bewußte Kürzung der Lieferungen an Frankreich, um vor der Moskauer Außenministerkonferenz Druck in der Frage der deutschen Wirtschaftseinheit auszuüben. Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, bestätigt diese Vermutung aber nicht, während er genau diese Taktik im Falle des Stops der Reparationslieferungen im Mai 1946 gegenüber Frankreich nachweist.

Versorgung der Industrie Für die erste Hypothese spricht die Bewegung auf den Halden der Ruhrzechen. Seit November 1946 wuchsen die Bestände dort wieder an, nachdem die bei Kriegsende dort vorgefundenen Vorräte von über 5 Millionen Tonnen stetig hatten abgefahren werden können⁴⁷ (vgl. Tabelle 44).

Der sprunghafte Anstieg, der von Dezember 1946 bis Februar 1947 die Halden um mehr als das dreifache anwachsen ließ, signalisiert in der Tat eine Transportkrise großen Ausmaßes. Während die Förderung im Revier gesteigert werden konnte, blieb die Industrie in weiten Teilen des Besatzungsgebietes nach wie vor unterversorgt:

Tabelle 45 Tatsächliche Kohlenlieferungen an die Wirtschaft der vereinten Zone in vH der Zuteilungen 1946/47

Wirtschaftsgebiet	Dezember	Januar	Februar
Nördliches Gebiet	83,3	99,2	85,7
davon			
NRW	—	109,3	103,5
Niedersachsen	—	89,2	63,7
Schleswig-Holstein	—	80,3	52,4
Hamburg	—	83,2	58,0
Bremen	—	90,6	55,9
Südliches Gebiet	65,8	84,4	58,5

Quelle: VAW, Die Industrie der vereinten Zone im Januar/Februar 1947, BA, Z 8/202.

Ab Februar verbesserte sich aber die Kohlenversorgung der Industrie – wenn auch das Liefersoll nach wie vor nicht erfüllt werden konnte.

Tabelle 46 Versorgung der Industrie mit Kohle. Vereinte Zone 1946–1948
Durchschnittliche wöchentliche Lieferungen in 1000 t SKE

Monat	1946	1947	1948
Januar		406,6	611,7
Februar		427,1	688,6
März		513,7	695,5
April		541,9	656,2
Mai		482,4	646,8
Juni		440,9	731,6
Juli		610,9	
August		646,1	
September		730,9	
Oktober		627,7	
November	425,6	694,1	
Dezember	410,5	626,9	

Berechnet nach Angaben der DKBL im Stat. Hausdienst der VfW, 1946–1948, BA, Z 8/192–195.

⁴⁷ Vgl. Agartz, Die westdeutsche Wirtschaftskrise, S. 175.

Die neue Einstellung der Besatzungsmächte zum deutschen Kohlenproblem schlug sich in der steigenden Gesamtzuteilung an die deutsche Industrie nieder (Tabelle 41). In das Bild einer sich wandelnden alliierten Industriepolitik im Besatzungsgebiet fügt sich auch die bereits skizzierte Einführung materieller Anreizsysteme im Bergbau. Solange das Transportsystem der Doppelzone nicht in der Lage war, die gestiegenen Fördermengen an alle Verbraucher gleichzeitig zu bringen, räumte die Militärregierung der Kohlenversorgung der deutschen Industrie jedenfalls Vorrang ein – selbst auf Kosten politisch opportuner Kohlenlieferungen an die befreiten Länder Europas⁴⁸. Die rigorose Herabsetzung der Exportquote im Februar kam schließlich auf Drängen des Leiters des VAW, Viktor Agartz, zustande. Er forderte die Militärregierung auf, zumindest den Truppenbedarf einzuschränken, „um in der vereinten Zone eine Katastrophe zu verhindern, die unweigerlich eintreten wird, wenn an den gegenwärtigen Lieferbefehlen festgehalten wird“⁴⁹. Dieser Forderung der deutschen Verwaltung wurde dann sogar über den vorgeschlagenen Rahmen hinaus entsprochen. Die aktive Industriepolitik, die das Entgegenkommen bestimmte, wurde vor allem von der amerikanischen Militärregierung vertreten. Der Einsatz der Kohlenversorgung als Hebel zu allgemeiner Produktionssteigerung wurde von der amerikanischen Wirtschaftsverwaltung geplant und in konkrete Aktionsprogramme umgesetzt⁵⁰.

Im zweiten Quartal 1947 stiegen die Ausfuhrlieferungen wieder. Da das Transportsystem aber noch immer nicht voll belastbar war, verschlechterte sich die Versorgungslage der Industrie kurzfristig erneut. Erst mit der Normalisierung der Verkehrslage im Juli, die zum ersten Mal die Übererfüllung des Auslieferungssolls für Industriekohle ermöglichte⁵¹, änderte sich die Kohlenversorgung der Industrie schlagartig von 440 000 t wöchentlich auf 610 900 t. Dieses Niveau konnte über den Winter hinweg gehalten werden.

Mit der Anhebung des Versorgungsniveaus differenzierten sich auch die Auswirkungen der Kohlenknappheit auf die einzelnen Zweige der Industrie. Solange akuter Mangel herrschte, war an eine Schwerpunktbildung nicht zu denken. So blieb der Planungsabteilung des ZAW Ende 1946 nur die Feststellung, daß „praktisch jeder Bedarf, der innerhalb dieser Grenzen überhaupt befriedigt werden kann, die gleiche Dringlichkeit hat“⁵². Der Nutzen einer Schwerpunktbildung ist ja dann gering, wenn sie den Stillstand anderer Industriezweige bewirken und durch den Ausfall wichtiger Zwischenprodukte schließlich auch die Produktion des geförderten Bereiches limitieren muß. Die Verbesserung der Versorgungslage ab

⁴⁸ Schon im September wurde ein Embargo für sämtliche Auslandslieferungen mit Ausnahme von Reparationen und Restitutionen ausgesprochen (Vgl. OMGUS, Monthly Report 15, S. 13).

⁴⁹ Agartz an BECG am 12. 2. 1947, BA, Z 8/60.

⁵⁰ Vgl. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes – Der Beauftragte für den Interzonen- und Außenhandel – Vorschlag zu einer Sofortmaßnahme für die Lösung des Kohlenproblems, Stuttgart, 9. 12. 1946, BA, Z 8/1939.

⁵¹ VAW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone im Juli 1947, BA, Z 8/205.

⁵² Rundschreiben Nr. 24 vom 6. 12. 1946, BA, Z 8/1197.

Juli 1947 erlaubte aber eine Änderung des Planungsgebarens. Vorher lagen die Prioritäten bei der Ernährungsindustrie und den öffentlichen Betrieben. Darüber hinaus wurden industrielle und sonstige zivile Kleinverbraucher möglichst ausreichend bedient. Anpassungen an die jeweils begrenzt verfügbare Liefermenge vollzogen sich hingegen im Bereich der potentiellen Großverbraucher, wie der Eisen- und Stahlindustrie oder der chemischen Industrie⁵³. Damit war zwar überall eine gewisse Grundversorgung garantiert, die gesamtwirtschaftliche Rekonstruktion aber durch Drosselung der Zwischenproduktversorgung mit Eisen und Stahl gleichzeitig restringiert.

Nun fiel diese Beschränkung in zunehmendem Maße weg. Auf alliierten Druck hin erhielt jetzt die Eisen- und Stahlproduktion Priorität. Der Engpaß Kohlenversorgung, der bis Juli 1947 ziemlich gleichmäßig alle Bereiche der Wirtschaft in ihrem Wachstum hemmte, begrenzte somit seine Auswirkung auf einzelne, meist der Verbrauchsgüterindustrie angehörende Zweige und verlor damit bis zu einem gewissen Grade seine gesamtwirtschaftliche Dimension.

Zusammenfassung Als auslösender Faktor des Zusammenbruchs der ersten industriellen Rekonstruktionsanstrengung im Winter 1946/47 ist die Kohlenwirtschaft nicht unmittelbar auszumachen – selbst wenn der Stillstand der meisten Betriebe aus Kohlenmangel erfolgte. Sowohl die Entwicklung der Förderung als auch die in dieser Zeit gefällten Entscheidungen über die Verbraucherstruktur weisen in eine andere Richtung. Die Rolle der Kohlenversorgung ist daher insgesamt ähnlich zu beurteilen wie diejenige der Ernährung. Zwar wirkte sie während des gesamten Zeitraumes als ein die industrielle Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet limitierender Faktor. Engpaßfaktor im definierten Sinne war sie dennoch nur vor Juli 1947. In der akuten Krisenphase selbst war mit dem völligen Versagen des Transportsystems ein anderer Engpaß vorgeschaltet, der die gesamte Entwicklung unmittelbar determinierte. Deutlicher als im Ernährungssektor zeichnete sich in der Kohlenwirtschaft schon Mitte 1947 ein neuer positiver Trend ab. Die Kohlenversorgung der Industrie wurde dadurch zu einer der wichtigsten Determinanten des zweiten Rekonstruktionsaufschwunges, der dann im Spätjahr 1947 einsetzte.

c) *Eisen- und Stahlproduktion*

Auf den bisher betrachteten Gebieten leisteten die beiden angelsächsischen Besatzungsmächte der deutschen Erholung von Anfang an Hilfestellung, soweit das die herrschende politische Doktrin erlaubte und wenngleich die Früchte der Anstrengungen nicht immer der deutschen Wirtschaft zugute kamen. Hingegen stand die Eisen- und Stahlindustrie im Mittelpunkt der Bestrebungen, Deutschland zu demilitarisieren und industriell abzurüsten.

⁵³ Agartz an BECG am 31. 3. 1947, BA, Z 8/60.

Industrieplan und Produktionsentwicklung Im ersten Industrieplan⁵⁴ schlug sich dies in der Beschränkung der Stahlindustrie auf ein Produktionslimit von 5,8 Millionen jato nieder. Damit stand die Stahlindustrie an der Spitze der „beschränkten Industrien“, wohingegen der Kohlenwirtschaft eine Mindestförderung abverlangt wurde. Im Produktionsverlauf scheinen sich diese ungünstigen politischen Voraussetzungen widerzuspiegeln. Im Gegensatz zur Kohlenförderung bewegte sich die Eisen- und Stahlproduktion in den ersten drei Nachkriegsjahren zusammen mit benachbarten und unmittelbar nachgeordneten Industriezweigen in der Nachhut der Rekonstruktionsindikatoren (vgl. Tabelle 7). Nicht allein der relative Stand der Eisen- und Stahlproduktion ist äußerst niedrig, auch in absoluten Zahlen läßt sich der Tiefstand und der – vor allem bis 1948 – nur langsame Fortschritt der Erzeugung dokumentieren:

Tabelle 47 Eisen- und Stahlproduktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1936–1949 (1000 t)

Jahr	Eisenerz (FE-Gehalt)	Roheisen (insg.)	Rohstahl (Blöcke)	Walzstahlfertig- erzeugnisse
1936	1776	12 552	14 244	10 330
1946	940	2 083	2 484	1 943
1947	1046	2 261	2 952	2 102
1948	1716	4 610	5 371	3 619
1949	2153	7 062	8 823	6 125

Quelle: OMGUS, Monthly Report No. 49, Stat. Annex, S. 152; STAVEWI, Fachstatistik Eisen und Stahl, Stat. Vjh., Jan.-März 1950, S. 10–36.

Hier zeigt sich allerdings die geringe Relevanz des bis zum 26. August 1947 für alle vier Besatzungszonen geltenden Produktionslimits von 5,8 Millionen jato. Es wurde in dieser Zeit auch nicht annähernd erreicht⁵⁵. Die im revidierten Industrieplan⁵⁶ für die Bizone vorgesehene Produktionsbeschränkung auf 10,7 Millionen jato Rohstahl brauchte während der gesamten Dauer ihrer Gültigkeit ebenfalls nicht wirksam zu werden⁵⁷. Die Verantwortung der alliierten Industriepläne für das extrem niedrige Niveau der Stahlproduktion muß insoweit relativiert werden. Im April 1948 wurde im Gegenteil von alliierter Seite ein britisch-amerika-

⁵⁴ Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft, entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz, vom 28. März 1946, abgedr. bei Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Heft 1, S. 91 ff.

⁵⁵ In der SBZ belief sich die Rohstahlproduktion im Jahre 1947 auf schätzungsweise 200–250 Tsd. t (s. dazu Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948, S. 102), in der FBZ auf 50 000 t (STAVEWI, Fachstatistik Eisen und Stahl, Stat. Vjh., Jan. bis März 1950, S. 30). Für die britische Zone war eine Quote von 5,4 Mill. jato vorgesehen. Vgl. Rische, Wie kommen wir zu 5,4 Mill. t Stahl?

⁵⁶ Revidierter Plan für das Industrieniveau der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands vom 26. August 1947, abgedr. bei Harmssen, a. a. O., Heft 1, S. 95 ff.

⁵⁷ Als im Jahre 1951 die Stahlproduktion an ihrem Limit angelangt war, wurde „im Abkommen betreffend die Überwachung der Industrie“ vom 2. August 1951 eine Überschreitung der Quote eingeräumt, „wenn sie die Verteidigungsanstrengungen fördert“. (Art. VI des Gesetzes, abgedr. bei Harmssen, Am Abend der Demontage, S. 190 f.).

nischer Regierungsausschuß zum Studium der Stahlproduktion eingesetzt, der die Ursachen der auch für die Alliierten unbefriedigenden Stahlmisere untersuchen sollte⁵⁸.

Rohstoffversorgung Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung wirkten sich naturgemäß unmittelbar auf die Höhe der Produktion aus. Zerstörungen von und an Produktionsanlagen konnten hingegen bei dem niedrigen tatsächlichen Stand der Produktion kein wesentliches Hindernis der Produktionsausweitung darstellen – selbst wenn der Norddeutsche Verband der Eisen- und Stahlindustriellen den Schaden mit 30 % richtig geschätzt hätte⁵⁹.

Entscheidend war die Versorgung mit Eisenerz, Schrott und Kohle. Bis zum Februar 1948 untersagten die Besatzungsbehörden die Einfuhr schwedischen Eisenerzes, das 1939 rund zwei Drittel des deutschen Verbrauchs befriedigt und der deutschen Wirtschaft bis 1944 zur Verfügung gestanden hatte⁶⁰. Die Eisen- und Stahlindustrie der vereinten Zone war in den ersten drei Nachkriegsjahren ausschließlich auf die Verwendung inländischer Erze angewiesen, die aber, obwohl die Eisenerzförderung relativ weit entwickelt war (vgl. Tabelle 47), nicht als Ersatz dienen konnten. Selbst bei voller Vorkriegsförderung wäre nur ein Bruchteil der früheren deutschen Eisen- und Stahlproduktion möglich gewesen. Zum anderen besitzt schwedisches Erz den Vorzug höherer Ergiebigkeit. Zur Produktion einer Tonne Roheisen werden mit Schwedenerz 1,2 t Kohle, bei Einsatz von deutschem Erz rund 5 t benötigt. Bei der Stahlverhüttung muß die doppelte Kohlenmenge eingesetzt werden⁶¹.

Ein anderer Rohstoff der Stahlerzeugung war zwar im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet reichlich vorhanden, seine Verwendung für die deutsche Stahlerzeugung aber ebenfalls beschränkt: Schrott. Vor allem die britische Militärregierung unternahm alle Anstrengungen, Schrott nach Großbritannien zu exportieren⁶². Hinzu kamen Beuteschrott aus militärischen Anlagen und Schrott aus Reparationsgütern, für die die IARA keinen Abnehmer finden konnte. Die genaue Höhe der gesamten Schrottentnahme aus der britischen und der amerikanischen Zone ist nicht festzustellen. Auch deutsche Händler betrieben schon früh die Spekulation mit Schrott im großen Stil⁶³.

⁵⁸ Vgl. Probleme der westdeutschen Wirtschaft, Tätigkeitsbericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, für das Geschäftsjahr 1946–1949, Köln 1949, S. 109.

⁵⁹ Rische, a. a. O., S. 147; Piétte, a. a. O., S. 65, rechnet den Anlagen der Eisen- und Stahlindustrie hingegen „le moins souffert“ zu und schätzt den Grad der Zerstörung mit 10% wohl realistischer ein. Dafür sprechen die Ergebnisse des US-Strategic Bombing Survey. Nach Besichtigung der Schäden ist dort von „nicht mehr als ein paar Hochöfen und wichtigen Maschinen“ die Rede, die völlig zerstört wurden. Nur ein einziges Walzwerk wurde total zerstört.

⁶⁰ Vgl. Klein, Germany's Economic Preparations for War, S. 57.

⁶¹ Balabkins, a. a. O., S. 130.

⁶² Allein zwischen den Jahresmitten 1946 und 1947 kauften die Briten weit unter Marktpreis 450 000 t Schrott auf – eine Menge, die etwa dem gesamten Bestand bei den Händlerlagern entspricht, STAVEWI, Fachstatistik Eisen und Stahl, Stat. Vjh. Jan.–März 1950, S. 23; VSE, Bericht über die Tätigkeit des VSE, 4. Quartal 1947, S. 18.

⁶³ Vgl. Balabkins, a. a. O., S. 132.

Die Kohlenversorgung der Stahlindustrie hat sich von der Versorgung der übrigen Industrie während der ersten beiden Nachkriegsjahre kaum unterschieden. Vor Juli 1947 wurden der Stahlindustrie nur minimale Lieferquoten zugestanden. Schwankungen in der Kohlenversorgung wirkten sich aber in der Stahlindustrie zu allererst aus, weil die Planungsabteilung des ZAW/VAW – sobald ein Mindestniveau der Kohlenversorgung gesichert war – Kürzungen des Gesamtkontingents vorzugsweise an die Großverbraucher (mit Ausnahme des Energie- und Verkehrssektors) weitergab⁶⁴. Ausnahmen ergaben sich nur, wenn Transportschwierigkeiten die Lieferung von Kohlen auf die unmittelbare Zechennähe beschränkten⁶⁵. Mit der anhaltenden Kohlenmehrförderung in den Revieren und der sich allmählich besessernden Transportlage nahmen dann auch die Kohlenlieferungen an die Eisen- und Stahlindustrie zu, um schließlich ab Juli 1947 Priorität zu erlangen.

Mit der spürbaren Verbesserung der Kohlenversorgung der Industrie gelangte der Rückstand in der Eisen- und Stahlerzeugung in die vorderste Linie der Produktionsengpässe – in eben dem Maße, in dem sich das Schwergewicht der wirtschaftlichen Anstrengungen der Bizone vom Produktionsgüterbereich in den Investitionsgüterbereich verlagerte⁶⁶. Gleichzeitig wechselte innerhalb der Stahlindustrie der Engpaß von Kohle zu Eisenerz und Schrott. Diesem Mangel konnte erst die Zufuhr von 55 000 t ausländischer Erze im Februar 1948, darunter 19 000 t aus Schweden, für einige Monate abhelfen⁶⁷.

Verflechtung Die Bedeutung der Eisen- und Stahlindustrie als „Basisindustrie“ nachgeordneter verarbeitender Zweige ist offenkundig. Mit den Absatzschwerpunkten Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie, Baugewerbe und Maschinenbau wird die unmittelbare Verflechtung der Eisen- und Stahlindustrie mit dem Investitionsgüterbereich sichtbar⁶⁸. Der relative Vorsprung der Eisen und Stahl verarbeitenden Industriezweige, wie er in Tabelle 7 dokumentiert wird, ging nicht zuletzt auf Vorräte an Rohblöcken und Halbzeug zurück. Diese Lager schienen 1947 ausgeschöpft, um schließlich zum Zeitpunkt der Währungsreform – selbst zur Überraschung der deutschen Planungsexperten – wieder wohlgefüllt in Erscheinung zu treten⁶⁹.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Ausfuhr. Hieraus folgten auch direkte Auswirkungen des deutschen Stahldefizits auf die europäische Wirtschaft. Vor diesem

⁶⁴ Vgl. VAW, Hauptabt. B, Planung und Statistik (Unterzeichner: Agartz) an BECG, am 31. 3. 1947, betr. Vorausplanung der Kohlenzuteilung, BA, Z 8/60; noch im Dezember 1946 hatte die Planungsabt. des ZAW auf linearen Kürzungen aller Zuteilungen bestanden (Rundschreiben Nr. 24 vom 6. 12. 1946, BA, Z 8/119).

⁶⁵ Vgl. VAW, Die Industrie der vereinten Zone im Jan./Febr. 1947, BA, Z 8/202.

⁶⁶ Vgl. VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone im Februar 1948, BA, Z 8/210.

⁶⁷ Ebda.

⁶⁸ Zahlen zur Absatzstruktur von Walzwerkerzeugnissen und Schmiedestücken im Reich (1936) bei: Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Heft 2, S. 72.

⁶⁹ G. Keiser, Leiter der Hauptabt. Planung und Statistik des ZAW/VAW und Leiter der Sonderabt. Wirtschaftsplanung der VfW sah zum Zeitpunkt der Währungsreform auf den Lagern der Wirtschaft „größere Reserven als wir je geahnt haben“. Auch erhebliche „Geheimvorräte“ an NE-Metallen kamen plötzlich ans Tageslicht (Befragung am 5. 4. 1972).

Hintergrund sind auch die Erzeinfuhren seit Februar 1948 zu sehen, die schließlich dazu führten, daß, zum ersten Mal in der Nachkriegszeit, die „Erzzufuhr . . . größer als der laufende Bedarf der Hütten“ war⁷⁰. Im Frühjahr 1948 wurden daher die Kohlenanforderungen der Eisen- und Stahlindustrie voll bedient, während die übrigen Großverbraucher nur zu 89 bis 91,5 0/0 befriedigt werden konnten⁷¹.

Zusammenfassung Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg läßt sich demnach die Rolle der Eisen- und Stahlindustrie für die Rekonstruktion der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes folgendermaßen zusammenfassen: Bis Herbst 1947 traten die von der Schwäche der Eisen- und Stahlerzeugung ausstrahlenden negativen Wirkungen weit hinter die Schwierigkeiten der Versorgung der Industrie mit anderen Grundstoffen und Zwischenprodukten zurück. Der beherrschende Mangel an Kohlen ließ das niedere Niveau der Eisen- und Stahlversorgung nicht unmittelbar zum Produktionsengpaß werden. Mit der Verbesserung der Kohlenversorgung im Sommer 1947 wurde aber der Mangel an Eisen und Stahl in der Industrie akut, in der Eisen- und Stahlindustrie selbst der Erz-Engpaß zum zentralen Problem. Die Konzentration aller Kräfte auf die Stahlproduktion, wie sie im Erz-Import vom Februar 1948 und in verstärkten Kohlenzuteilungen zum Ausdruck kam, ist ein Indikator für die Verlagerung des Planungs- und Lenkungsschwerpunktes durch die Bizonenverwaltung von der Grundstoff- zur Investitionsgüterindustrie, da in größerem Umfange eisenbestimmte Neu- und Ersatzinvestitionen vorzunehmen waren. In dieser Phase der Entwicklung wurde die für die Fortführung und Verbreiterung des Produktionsanstiegs so wichtige Eisen- und Stahlproduktion zu einem – wenn auch stetig erweiterten – Engpaß, der das Wachstumstempo der Industrie seit Anfang 1948 wesentlich mitbestimmte.

d) *Verkehrsleistungen*

Bei der Analyse der Produktionsbereitschaft der Ernährungswirtschaft, des Bergbaus und der Stahlindustrie wurde bisher kaum auf die Folgen des Bombenkrieges eingegangen, obwohl doch gerade das Bild weiter Trümmerlandschaften die zeitgenössische Einschätzung der deutschen Wirtschaftskraft geprägt hat. Die untersuchten Bereiche boten jedoch entweder keine geeigneten Ziele für eine systematische Bombardierung oder erwiesen sich, wie die Stahlindustrie und die Untertageanlagen des Bergbaus, als ungewöhnlich resistent gegen Bombentreffer.

Kriegszerstörungen Ganz anders das Transportsystem. Das westdeutsche Verkehrsnetz stand seit September 1944 im Mittelpunkt systematischer Angriffe der strategischen Luftflotten Großbritanniens und der USA⁷². Ihren Höhepunkt erreichte die Luftoffensive gegen das westdeutsche Transportsystem im Februar

⁷⁰ VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone im April 1948, BA, Z 8/210.

⁷¹ VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone im Februar 1948, BA, Z 8/210.

⁷² Vgl. The United States Strategic Bombing Survey, S. 5 ff.

1945, als in der „Operation Clarion“ 8000 bis 9000 Bomber zur völligen Lähmung des Eisenbahnverkehrs eingesetzt wurden. Tabelle 48 zeigt den absoluten Vorrang, den zu dieser Zeit die Ausschaltung des Transportsystems für die alliierte Luftkriegsführung einnahm.

Tabelle 48 Von britischen und amerikanischen Bomberverbänden auf dem europäischen Kriegsschauplatz abgeworfene Bombenlast 1944–1945; in t^a; nach Hauptzielen

1944/45	Städte	Treibstoff- produktion	Transport- system	Insgesamt
1944				
1. Quartal	40 469	176	17 623	102 924
2. Quartal	52 907	21 072	96 487	300 200
3. Quartal	103 142	52 849	63 588	363 427
4. Quartal	95 951	55 310	104 116	314 829
1945				
1. Quartal	69 270	59 469	137 671	332 718
April	17 515	5 806	37 799	100 316

^a Die in der Quelle angegebenen short tons wurden in metrische Tonnen (t) umgerechnet.
Quelle: The United States Strategic Bombing Survey, a. a. O., S. 4 und 5.

Schließlich gelang es den angelsächsischen Bomberverbänden am 24. März 1945, das Ruhrgebiet völlig vom übrigen Deutschland zu isolieren. Damit war der wahrscheinlich gefährlichste Engpaßfaktor der deutschen Kriegswirtschaft, der Transport von Kohle, „zur wichtigsten Einzelursache des endgültigen deutschen Wirtschaftszusammenbruchs“⁷³ geworden.

In den Bahnhofsgebäuden und Reparaturhallen, den Stellwerken und Weichen, den Signal- und Gleisanlagen, dem rollenden Material, den Verladeeinrichtungen und in Brücken und Häfen fanden die Bomben lohnende Ziele und hinterließen unübersehbare Schäden. Sprengungen durch zurückflutende deutsche Truppen bewirkten ein übriges. Am härtesten wurde die Reichsbahn getroffen. Sie hatte vor dem Krieg rund zwei Drittel aller Gütertransporte zu bewältigen⁷⁴. Nun waren im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet Gleisanlagen in einer Länge von 3428 km zerstört, darunter gerade die wichtigsten Strecken. 2395 Eisenbahnbrücken und 14 Tunnels konnten nicht mehr benutzt werden, 10 111 Lokomotiven, 112 281 Güterwagen und 12 828 Weichen und Kreuzungen waren unbrauchbar geworden, Reparaturwerke in Schutt und Asche gelegt⁷⁵. Der Restbestand an Transportmitteln befand sich in einem denkbar schlechten Zustand. Ende 1945 waren von 15 700 noch vorhandenen Dampflokomotiven nur 38,6% betriebsbereit, 31% des übrigen rollenden Materials schadhaft⁷⁶. Im Mai 1945 waren in der britischen Zone von insgesamt rund 13 000 Streckenkilometern nur 1000 km be-

⁷³ Ebda, S. 13.

⁷⁴ 1937; berechnet nach Tonnenkilometer-Leistung; Stat. Jb. d. Dt. Reiches 1938.

⁷⁵ Verwaltung für Verkehr, Die derzeitige Verkehrslage in der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands, (August) 1947, BA, Z 6 I/187.

⁷⁶ Deutsche Bundesbahn, Sechs Jahre Wiederaufbau, S. 15; vor dem Krieg waren es nur 4%.

fahrbar⁷⁷, es gab keine einzige dauerhafte Brücke über den Rhein, und alle Wasserwege der Zone waren von Wracks und Brückentrümmern blockiert. „Völlige Stagnation des Verkehrs“⁷⁸ war die Folge.

Erste Aufbauversuche Jedoch reichten schon wenige Maßnahmen hin, um ein dem geringen Produktionsstand genügendes Verkehrsangebot zu gewährleisten. Ende Juni 1946 waren in der BBZ 93 0/0 der Schienenwege wieder offen und 800 Brücken repariert oder wiederaufgebaut, darunter zwei behelfsmäßig errichtete Rheinbrücken⁷⁹. In der amerikanischen Zone hatte sich der Anteil befahrbarer Hauptstrecken, im Juli 1945 78 0/0 der Vorkriegslänge, innerhalb eines Jahres auf 97 0/0 erhöht⁸⁰. Es gab im Sommer 1946 „keine wichtige wirtschaftliche Tätigkeit, die unter Mangel an Verkehrsleistungen leidet“⁸¹.

Die Verkehrslage auf den Wasserstraßen, die etwa ein Viertel des Güterverkehrsaufkommens bewältigen mußten, hat sich ähnlich entwickelt⁸². Im Mai 1945 war kein Güterverkehr auf Wasserstraßen möglich. Im Oktober wurde dann auf dem Rhein, der 70 0/0 des Wasserstraßenverkehrs trägt, der Verkehr wieder aufgenommen. Im Sommer 1946 war der Rhein auf der gesamten Strecke von Basel bis Rotterdam wieder schiffbar. Das Kanalsystem, dessen Schleusen und Hebewerke „praktisch nicht zerstört“⁸³ waren, konnte Strecke für Strecke durch Räumung von Brückentrümmern und Heben von Schiffswracks wieder nutzbar gemacht werden.

Transportkrise Trotz dieser – angesichts der Ausgangslage – günstigen Entwicklung wurde der Verkehrssektor im Winter 1946/47 zum beherrschenden Engpaß der industriellen Entwicklung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet – je stärker die Transportanforderungen stiegen und gleichzeitig die Temperaturen sanken. Da „erfahrungsgemäß der entsprechende Verkehrsindex einem Wirtschaftsanstieg vorauslaufen“ muß⁸⁴, stieß der erste Rekonstruktionsanlauf an seine Grenzen, als das Transportsystem über Monate hinweg nicht in der Lage war, die Industrie hinreichend mit Rohstoffen und Zwischenprodukten zu beliefern.

Schon im September erzwang der Ernteverkehr eine Konzentration des Transportraumes auf Nahrungsmittel und – in geringerem Umfang – auf Kohle. Trotz des Einsatzes von Militärlastkraftwagen zog sich der Ernteverkehr weit in den Winter hinein, so daß sich die Lage noch nicht entspannt hatte, als mit dem Kälteeinbruch im Dezember neue Belastungen auf den Verkehrssektor zukamen. Ab 20. Dezember blockierte der Frost alle Wasserwege. Die gesamte Last der im Winter noch

⁷⁷ Monthly Report of the CCG (BE), Vol. 1, No. 1, Juli 1946, S. 22.

⁷⁸ L. Brand, Der Verkehr als wesentlicher Faktor des deutschen Wiederaufbaus, Vortrag gehalten am 15. Juli 1949, Düsseldorf 1949, S. 3.

⁷⁹ S. Anm. 77.

⁸⁰ H. Price u. C. E. Schorske, The Problem of Germany, S. 67.

⁸¹ S. Anm. 77.

⁸² Vgl. Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, Wasserstraßen und Binnenschifffahrt im britischen Besatzungsgebiet, Mai 1945 bis Januar 1947, Windelsbleiche (Bielefeld) 1947 (Maschenschrift).

⁸³ Ebda, S. 3.

⁸⁴ S. Anm. 75.

ansteigenden Transportanforderungen verlagerte sich nun auf die Reichsbahn. Der Güterverkehr brach daraufhin praktisch zusammen⁸⁵.

Im Januar konnten nur noch 65 0/0 der Anforderungen bewältigt werden; im Januar des Vorjahres waren es hingegen noch 94 0/0 gewesen. Frost und ständige Inanspruchnahme hatten mehr Lokomotivausfälle und einen zunehmenden Rückstau von Zügen zur Folge. Die Zahl der monatlich gestellten Waggons verminderte sich im nördlichen Gebiet von 628 000 im Oktober 1946 auf 465 000 im Januar und 401 666 im Februar 1947. Gleichzeitig erreichte die Umlaufzeit je Wagen die Rekorddauer von 10,5 Tagen (gegenüber 4,1 Tagen im Jahre 1936)⁸⁶.

Einschneidende Versandsperrern waren die Folge, die den Absatz der fertigen Erzeugnisse ebenso behinderten wie die laufende Versorgung der Industrie mit Roh- und Hilfsstoffen. Die Großindustrie hatte im Februar 1947 einen Versandrückgang von 106 000 t Eisen und Stahl gegenüber nur 20 000 t Anfang November 1946⁸⁷. Die Schwierigkeiten, die sich für die Kohlenversorgung ergaben, sind bereits genannt worden. Um den Rücklauf leerer Waggons zu beschleunigen, mußten tagelang alle Transporte nach der amerikanischen Zone eingestellt werden. Im März 1947 verbesserte sich zwar die Wagengestellung auf 476 108, doch blieb dieser Stand weit hinter dem Vorjahresangebot zurück⁸⁸. Erst im August entspannte sich die Lage. Befürchtungen, mit dem Herbstanfang könnte eine Wiederholung der Verkehrskrise des Vorjahres eintreten, erwiesen sich „nur zum Teil als begründet“⁸⁹, wie die VfW mit dem gebotenen Rest an Zweckpessimismus feststellte. Die bitteren Erfahrungen des Winters 1946/47 hatten erhöhte Anstrengungen ausgelöst, um die Transportbedingungen binnen Jahresfrist so zu verbessern, daß der vereinten Zone ein zweiter „Katastrophenwinter“ erspart blieb.

Verstärkter Wiederaufbau Der Ausbau des Transportapparates wurde zur „dringendsten Aufgabe“⁹⁰ der Wirtschaftsverwaltung im Jahre 1947. Die Konzentration der Kräfte auf das Verkehrswesen fand ihren organisatorischen Rahmen im „Arbeitskreis Reichsbahn-Bedarf“ der VfW. Unter dem Dach dieses Arbeitskreises wurden Einzelpläne koordiniert, die nach dem Vorbild projektbezogener Organisationsformen der NS-Rüstungswirtschaft von sogenannten Partnerschaften aufgestellt und realisiert wurden. Die Partnerschaften – „Eisen und Stahl“, „Holz“, „Lok-Reparaturen“ und „Waggon-Reparaturen“⁹¹ – waren ermächtigt, „einschneidende Maßnahmen“ zu treffen, und genossen bis zum 31. Dezember 1947

⁸⁵ Vgl. VAW, Die Industrie der vereinten Zone im Januar/Februar 1947, BA, Z 8/202.

⁸⁶ VAW, Die Industrie der vereinten Zone im April 1947, BA, Z 8/203.

⁸⁷ S. Anm. 85.

⁸⁸ VAW, Die Industrie der vereinten Zone im Februar/März 1947, BA, Z 8/202.

⁸⁹ VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone, Sept./Okt. 1947 BA, Z 8/207.

⁹⁰ Protokoll der Kohlezuteilungssitzung für April am 25. 2. 1947, BA, Z 8/1337; der Leiter der Planungsabt., Keiser, betonte die Bedeutung dieser Bemühungen mit der Feststellung: „Wenn es eine Priorität gibt, so ist es der Verkehr.“

⁹¹ Vgl. Protokoll über die Besprechung des Arbeitskreises Reichsbahn-Bedarf am 4. 11. 1947, BA, Z 8/95.

Bevorzugung seitens „der höchsten deutschen Wirtschaftsführung“⁹². In der US-Zone wurde „auf Wunsch der Besatzungsmacht“⁹³ und unter weitgehendem Verzicht auf Verkehrshochbaumaßnahmen zusätzlich ein Sonderprogramm „Alfa“ zur Kapazitätserweiterung der Ausbesserungs- und Bahnbetriebswerke durchgeführt. Selbst private Firmen konnten zur Reparatur rollenden Materials herangezogen werden – auch wenn dadurch höhere Kosten entstanden⁹⁴.

Der Erfolg dieser umfassenden Aktion blieb nicht aus. Schon im Frühjahr 1947 konnte das Wasserstraßennetz zwischen Ems und Elbe wieder für den Verkehr geöffnet werden. Beeinträchtigungen der Fahrrinnen, die auf den meisten Wasserstraßen bis 1947 noch „etwa doppelte Reisezeiten“⁹⁵ verursachten, wurden praktisch völlig beseitigt. Das Schienennetz der Eisenbahn war am 1. Juli 1947 bis auf 689 km Länge im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet wiederhergestellt, der Waggonumlauf auf 6,7 Tage gesenkt⁹⁶. Die wichtigsten Fortschritte konnten aber bei der Ausbesserung des rollenden Materials erzielt werden. Hier waren im Winter 1946/47 die größten Probleme aufgetreten. Im November 1947 war das Plan-Soll sowohl bei den Lok- als auch bei den Waggon-Reparaturen übererfüllt. Die Partnerschaft Lok-Reparaturen stellte fest, daß „daher für den kommenden Winter Erscheinungen katastrophalen Ausmaßes, wie im Vorjahr, von dieser Seite nicht zu erwarten“⁹⁷ seien. Die Erfüllung des Reparaturprogrammes für 29 700 Schadwagen wurde bereits im Oktober 1947 gemeldet. Damit verfügte die Reichsbahn zum erstenmal über eine steigende Zahl einsatzbereiter Waggonen.

Im Januar 1948 – ein Jahr nach dem Höhepunkt der Krise in der vereinten Zone – war die Lage soweit normalisiert, daß Verkehrsprobleme im monatlichen Lagebericht der VfW keine Erwähnung mehr finden mußten. In der Tat waren die angebotenen Verkehrsleistungen, gemessen am immer noch niedrigen Produktionsniveau, zufriedenstellend⁹⁸. Der Kohlenversand auf den Binnenwasserstraßen war im Februar 1948 ebenso groß wie im Juli, dem günstigsten Monat des Vorjahres; die Wagengestellung stieg im Februar sogar noch an. Versandrückstände und Lager konnten abgefahren werden. So haben sich im Kohlenbergbau die Bestände auf Halden und Türmen vermindert (siehe Tabelle 44); die Eisen-schaffende Industrie wurde in die Lage versetzt, ihre Versandrückstände bis auf 25 000 t abzubauen. Schon im Januar konnte der Direktor der VfW die Lösung der dringendsten Transportprobleme als einen der wichtigsten Erfolge seiner Verwaltung feiern⁹⁹. Erst nach der Währungsreform mußte im Verkehrssektor „das Bauprogramm (infolge der angespannten Finanzlage) erheblich eingeschränkt werden“¹⁰⁰.

⁹² Ebda.

⁹³ Verkehrsministerium Württemberg-Baden, Der Wiederaufbau des Verkehrswesens 1945 bis 1947, Stuttgart 1947, S. 32.

⁹⁴ Ebda, S. 30.

⁹⁵ Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, a. a. O., S. 4.

⁹⁶ S. Anm. 75.

⁹⁷ S. Anm. 91.

⁹⁸ Vgl. VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone im Februar 1948, BA, Z 8/210.

⁹⁹ Semler, Erlanger Rede, BA, Z 6 I/70.

¹⁰⁰ Deutsche Bundesbahn, Sechs Jahre Wiederaufbau, S. 20.

Zusammenfassung Nach heftigen Luftangriffen, die im letzten Kriegshalbjahr das Verkehrssystem des Reiches zum bevorzugten Ziel hatten, war der Verkehr im Gebiet der britischen und amerikanischen Zone bei Kriegsende zunächst völlig blockiert und das Transportsystem zusammengebrochen. Durch einfache Maßnahmen, wie die Errichtung von Behelfsbrücken und die Räumung von Trümmern, konnte dennoch schnell ein dem geringen Produktionsstand adäquates Transportangebot wiedererstehen. Es gelang jedoch nicht, genügend Kapazitätsreserven zu schaffen, um auch den saisonalen Spitzenverkehr bei steigenden Anforderungen der Industrie zu bewältigen.

An dieser Sperre scheiterte der erste Rekonstruktionsversuch im Winter 1946/47. Das Transportsystem war monatelang nicht in der Lage, die Industrie mit Rohstoffen und Zwischenprodukten zu versorgen. Vor allem die Kohlenversorgung revierferner Gebiete brach völlig zusammen. Die Transportverbindung zum südlichen Gebiet mußte zeitweise unterbrochen werden. Obwohl die Militärregierungen den Export von Kohle drosselten, wurde die Produktion durch Rohstoff- und Energiemangel wieder auf ihren Vorjahresstand zurückgeworfen. Für den Zusammenbruch des ersten Rekonstruktionsversuches im Winter 1946/47 kann daher die Krise des Transportsystems als wichtigster und dominierender Engpaß verantwortlich gemacht werden.

Im folgenden Jahre wurde das Transportsystem zum bevorzugten Feld kapazitäts-schaffender Investitionen und organisatorischer Anstrengungen. Der Großteil der zentral bewirtschafteten Ressourcen floß in diesen Sektor. Durch solche gezielten Maßnahmen nahm im Laufe des Jahres die Transportkapazität soweit zu, daß im Winter 1947/48 der Verkehrssektor seinen Engpaßcharakter nahezu vollständig verloren hatte. Damit war eine wichtige Voraussetzung für die Fortsetzung des im Herbst einsetzenden Produktionsanstiegs in der Industrie geschaffen. Der reibungslosere Verkehrsfluß legte indes andere Engpässe offen, deren Gesamtwirkung auf die Industrieproduktion allerdings nicht dieselbe Größenordnung erreichte. Auf den wichtigsten dieser Engpässe des Jahres 1948, die Eisen- und Stahlproduktion, wurde schon hingewiesen.

e) *Außenhandel*

Außenwirtschaftliche Verflechtung Angesichts der bekannt hohen Außenhandelsabhängigkeit der deutschen Wirtschaft vor dem Krieg muß die Entwicklung des Außenhandels als ein wesentlicher Indikator der Material- und Zwischenproduktversorgung der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes gelten. Für das kleinere Gebiet des Vereinigten Wirtschaftsgebietes war die Abhängigkeit sogar noch größer als für das Reich (vgl. Tabelle 15). Zu den herkömmlichen Außenwirtschaftsverflechtungen traten nach dem Krieg an die Stelle problemlosen Binnenhandels komplizierte außenhandelsähnliche Austauschbeziehungen mit den übrigen deutschen Besatzungszonen. Ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Reiches und nicht unerhebliche Rohstoffvorkommen waren jenseits von Oder und Neiße deutschem Einfluß völlig entzogen¹⁰¹. Der Schwerpunkt der Ein-

¹⁰¹ Vgl. Gleitze, Ostdeutsche Wirtschaft.

Tabelle 49 Importstruktur^a des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1936–1948, nach Warengruppen

	Agrarprodukte		Industrieprodukte				Alle Importe					
	Mill. \$	vH	Insgesamt Mill. \$	vH	Rohstoffe Mill. \$	vH	Halbfabrikate Mill. \$	vH	Fertigwaren Mill. \$	vH	Mill. \$	vH
1936	718	34	1394	66	782	37	380	18	232	11	2112	100
1946	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	645	100
1947	659	92	61	8	9	1	45	6	7	1	720	100
1948												
1. Quartal	176	88	24	12	5	1	18	10	3	1	200	100
2. Quartal	360	85	66	15	8	1	50	11	8	2	426	100
3. Quartal	359	80	89	20	30	7	44	10	15	3	448	100
4. Quartal	231	75	75	25	30	10	35	12	10	5	306	100
Insgesamt	1126	82	254	18	71	5	147	11	36	2	1380	100

^a Ohne unsichtbare Importe und elektrische Energie.

Quelle: JEIA, Report for the Month of March 1949, Frankfurt/N. 1949, S. 30 und Monthly Stat. Bulletin, CCG (BE) Vol. III, No. 12, S. 100.

Tabelle 50 Exportstruktur^a des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes, 1936-1948, nach Warengruppen

	Agrarprodukte			Industrieprodukte				Alle Exporte				
	Mill. \$	vH	Insgesamt Mill. \$	vH	Mill. \$	Rohestoffe Mill. \$	vH	Mill. \$	Halbfabrikate Mill. \$	vH	Mill. \$	vH
1936	79	3	2565	97	264	10	264	10	2037	77	2644	100
1946	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	143	100
1947	2	1	194	99	126	64	47	24	21	11	196	100
1948												
1. Quartal	4	5	79	95	46	54	24	29	9	11	83	100
2. Quartal	2	2	120	98	76	62	24	20	20	16	122	100
3. Quartal	0	(0,2)	151	100	82	54	45	50	24	16	151	100
4. Quartal	0	(0,1)	180	100	83	46	57	32	40	22	180	100
Insgesamt	6	1	530	99	287	54	150	28	93	17	536	100

^a Ohne unsichtbare Exporte und elektrische Energie.

Quelle: JEIA, Report for the Month of March 1949, Frankfurt/M. 1949, S. 29 und Monthly Stat. Bulletin, CCG (BE) Vol. III, No. 12, S. 100.

führen des Gebietes der späteren Bizone lag bei den Nahrungsmitteln, die 1,7 Mrd. RM oder rund 34 % der Gesamtimporte im Durchschnitt der Jahre 1934–1938 ausmachten¹⁰². Es folgten Rohstoffe und Halbwaren der Schwerindustrie mit 0,85 Mrd. RM (18 %), der Textilindustrie mit 0,75 Mrd. RM (16 %) und sonstige Rohstoffe und Halbwaren in Höhe von 0,80 Mrd. RM oder 17 %.

Nahrungsmittelfuhr Nur bei Nahrungsmitteln erreichte die Einfuhr nach dem Krieg vergleichbare Größenordnungen. Im Jahre 1947 wurden für 659 Millionen Dollar¹⁰³ Nahrungsmittel eingeführt (1936: 718 Mill. Dollar; vgl. Tabelle 49), doch unterschied sich die Zusammensetzung der Lieferungen beträchtlich. Nach dem Krieg beschränkte sich die Nahrungsmittelfuhr fast ausschließlich auf Getreide (vgl. Tabelle 35), während vorher auch Fette und Fleisch importiert werden konnten. Obwohl diese Lieferungen voll aus GARIOA¹⁰⁴ oder U.K.-Contribution-Fonds¹⁰⁵ finanziert wurden und der Industriewirtschaft des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes zugute kamen, gibt es Gründe, sie aus der folgenden Gegenüberstellung der Zu- und Abflüsse von Rohstoffen und Zwischenprodukten auszuklammern.

Zum einen läßt sich die genaue Höhe der Ausgaben der Besatzungsmächte für Nahrungsmittelfuhren vor der Jahresmitte 1946 nicht annähernd feststellen – ebensowenig wie sich deutsche Exporte für diesen Zeitraum namhaft machen lassen. Zweitens kann auch die Höhe der später ausgewiesenen Beträge nicht auf ihre Berechtigung hin überprüft werden. Es gibt allerdings Gründe für die Annahme, daß die Qualität der Lieferungen denkbar schlecht war¹⁰⁶. Drittens wurde, gleichzeitig mit der Kreditierung der Nahrungsmittelimporte, von Seiten der Besatzungs-

¹⁰² Diese und die folgenden Zahlen sind entnommen: Wegner, Die Zonen und der Außenhandel, S. 102 u. JEIA, Report of the Month of March 1949, S. 30.

¹⁰³ Der offizielle Wechselkurs stand bis zum 1. 5. 1948 auf 1 RM = 0,50 \$; in der Praxis wird allerdings ein gestuftes System von Kursen angewandt, das von 1 RM = 0,80 \$ bei Arzneien bis 1 RM = 0,30 \$ bei elektrischen Heizplatten reicht. Ab Mai 1948 wurde die RM generell auf das Verhältnis 1 RM = 0,50 \$ abgewertet. 1936 lag das Austauschverhältnis bei vielen Stufungen im Durchschnitt bei 1 RM = 0,40 \$; Vgl. Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948, S. 58.

¹⁰⁴ Government Appropriations for Relief in Occupied Areas, i. e. Fond des US-Kriegsministeriums, der eingesetzt wurde, um Ruhe und Ordnung in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten und Seuchen zu verhindern. Finanziert wurden Nahrungsmittel (72,4%), sowie kleinere Mengen Saatgut, Kunstdünger und Treibstoff (= Einfuhr der Kategorie A). Siehe zu Zusammensetzung und Umfang der Lieferungen seit dem 1. 7. 1946: Bundesminister für den Marshall-Plan, Wiederaufbau im Zeichen des Marshall-Plans, Bonn 1953, S. 158 und 24; die Ausgaben wurden den Zonen verzinslich kreditiert, die Schuld im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens aber bis auf ein Drittel gestrichen.

¹⁰⁵ Für den Unterhalt ihrer Zone verwendete Haushaltsmittel der britischen Regierung. Ihre Höhe wird 1946 mit jährlich 80 Mill. £ angegeben, Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 213.

¹⁰⁶ J. Semler forderte in seiner Erlanger Rede im Hinblick auf die schlechte Qualität und die Verzinsung der Nahrungsmittelzuschüsse: „Es wird Zeit, daß deutsche Politiker darauf verzichten, sich für diese Ernährungszuschüsse zu bedanken.“ In einem naiv anmutenden Versuch, der Amtsenthebung ihres Direktors entgegenzuwirken, kam VfW zu dem Ergebnis, daß 1947 Mais aus „alten, mehrjährigen Lagerbeständen“ und Hafer, der „so minderwertig“ war, daß es sich um „Abfall“ handeln könnte, geliefert wurden. (Semler, Kommentar zu meiner Erlanger Rede, BA, Z 6 I/70).

mächte alles getan, „um Deutschland vom Weltmarkt fernzuhalten, da diese Summe [80 Millionen £] kleiner wäre als der Betrag, der den englischen Exporteuren als Subvention gezahlt werden müsse, wenn Deutschland mit seinen Exportwaren am Weltmarkt erschiene“¹⁰⁷. Schließlich muß auch ein nicht geringer Teil der Besatzungskosten als „unsichtbarer Export“ gelten. Bis zur Währungsreform wurden allein aus Haushaltsmitteln der beiden Zonen 12,115 Mrd. RM an Besatzungskosten aufgebracht, deren Verwendung weitgehend im Dunkeln bleibt¹⁰⁸. Jedenfalls hatten die Besatzungsmächte mindestens in dieser Höhe Zugriff auf das Sozialprodukt der britischen und amerikanischen Zone. Im Dezember 1946, dem kritischen Monat des ersten Rekonstruktionsanlaufs, erreichten beispielsweise die Lieferungen für die Besatzungsmacht im nördlichen Besatzungsgebiet rund 4 0/0 des gesamten industriellen Umsatzes. Die Schwerpunkte lagen in der Holzverarbeitenden Industrie (25 0/0), dem Fahrzeugbau (22 0/0) und dem Kohlenbergbau (8,2 0/0)¹⁰⁹. Für den gesamten Zeitraum 1946–1947 dürfte bei Industriegütern eine Entnahmerquote von 10 0/0 nicht zu hoch gegriffen sein¹¹⁰. Dies alles spricht dafür, an dieser Stelle die Nahrungsmittellieferungen der Besatzungsmächte gegen einen seiner Höhe nach ebenfalls nicht genau zu bestimmenden, gewiß aber nicht geringeren Strom von Rohstoff- und Zwischenproduktsabflüssen zugunsten der Alliierten aufzurechnen¹¹¹.

Gewerbliche Einfuhr Werden die Nahrungsmittelimporte aber ausgeklammert, so bleiben im Jahre 1947 an gewerblichen Einfuhren nur Waren im Werte von 61 Mill. Dollar in Rechnung zu stellen, das sind 8 0/0 der gesamten Einfuhren dieses Jahres oder 4,4 0/0 der Industrieimporte des Jahres 1936 (vgl. Tabelle 49). Aus deutschen Außenhandelserlösen wurden davon durch JEIA¹¹² wiederum nur Waren im Werte von 34,4 Mill. Dollar eingeführt (vgl. Tabelle 52), obwohl im selben Jahr Exporterlöse in Höhe von 222 Mill. Dollar zur Verfügung standen und die Militärregierung Einfuhren im Werte von 170 Mill. Dollar genehmigt hatte¹¹³. Von nennenswerten deutschen gewerblichen Importen kann daher im Jahre 1947 keine Rede sein. Dies gilt erst recht für die Zeit vor 1947. Der völlige Stillstand

¹⁰⁷ ZAW, Abt. Außenhandel, an Agartz, betr. Arbeitsübersicht der Abteilung Außenhandel, vom 15. 11. 1946, BA, Z 8/1648.

¹⁰⁸ Vgl. Institut für Besatzungsfragen, Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft, Tübingen 1949, S. 175 ff.

¹⁰⁹ VAW, Die Industrie der vereinten Zone im Feb./März 1947, BA, Z 8/202; zur Problematik der unsichtbaren Exporte via Besatzungskosten siehe auch: Eduard Wolf, Investitionsbedarf, Sparvolumen, Zahlungsbilanzausgleich, in: Zeitschr. für das ges. Kreditwesen, 1 (1948), S. 130 f.

¹¹⁰ Vgl. Gottlieb, The German Economic Potential, in: Social Research, 17 (1950), S. 69.

¹¹¹ Semler weist im übrigen auf deutsche Auslandsguthaben in Höhe von 3,4 bis 3,9 Mrd. \$ zur Bezahlung der Nahrungsmittel hin (Kommentar zu meiner Erlanger Rede, a. a. O.).

¹¹² Joint Export-Import-Agency; JEIA wurde nach dem Zusammenschluß der beiden Zonen im Januar 1947 als Zweimächteamt eingerichtet, „um den Außenhandel des Zweizonengebietes zu leiten und zu kontrollieren und Exporte aus diesem Gebiet zu fördern“ (JEIA-Charta vom 19. 1. 47 abgedr. bei Ruhm v. Oppen, a. a. O., S. 235).

¹¹³ VfW, Außenhandel, BA, Z 8/208; Tabelle 50 gibt einen niedrigeren Wert an, da sie unsichtbare Exporte und Stromausfuhren nicht enthält.

des Einfuhrhandels, wie er in der Dämmerung des „Dritten Reiches“ eintrat, wurde durch ein äußerst umständliches Importverfahren abgelöst. Der Einkauf von Waren im Ausland war – und blieb es im Prinzip während des ganzen Beobachtungszeitraumes – allein Sache der Besatzungsmächte. Bis zum 18. August 1947 wickelten diese den Import in Form von Regierungsgeschäften ab¹¹⁴.

Export Ähnlich war die Lage im Export. Vom 8. August 1945 bis zum 31. Dezember 1946 erreichte die Ausfuhr beider Zonen den Wert von 190 Mill. Dollar, an dem die Kohle im Jahre 1945 mit 97 0/0, 1946 mit 77 0/0 beteiligt war¹¹⁵. Vor allem in der britischen Zone ist der Gegensatz zwischen verbalen Beteuerungen, der Export müsse gesteigert werden, und den konkreten Bemühungen, dies zu realisieren, offensichtlich. Erst die Dezentralisierung des Einfuhrsystems brachte einen ersten Schritt in Richtung auf die Wiederbelebung eines Exportes, der, wenn auch vorerst nur annäherungsweise, der früheren Exportstruktur entsprach. Danach konnten Einfuhren von Rohstoffen, Halbwaren und Betriebsmitteln, die der Exportproduktion dienten, „selbst in solchen Fällen durchgeführt werden, in denen für die betreffende Industrie kein bizonaler Fachplan genehmigt worden ist“¹¹⁶. Die Auswirkung dieses Systems, das es den deutschen Exporteuren wieder ermöglichte, direkten Kontakt mit dem ausländischen Handelspartner zu pflegen, wurde ab dem 2. Quartal 1948 sichtbar¹¹⁷.

Außenhandel und Industrieproduktion Der desolate Zustand des Außenhandels konnte nicht ohne Wirkung auf die Industrieproduktion des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes bleiben. Die Existenz der Rohstoff- und Zwischenproduktlager verhinderte für eine gewisse Zeit die völlige Lähmung des industriellen Produktionsprozesses. Als Importe ausblieben, erschöpften sich diese Vorräte oder sie wurden – soweit sie in privater Verfügung standen – in Erwartung höherer Gewinne gehortet. Selbst am Vorabend der Krise des Winters 1946/47 blieben deutsche Versuche, die Einfuhrabwicklung zu erleichtern, erfolglos. Eine im Juli 1946 in Voraussicht der Ereignisse des Winters von Agartz an Kurt Schumacher gerichtete Bitte um Vermittlung in London, da „völliger Zusammenbruch der Industrie in der britischen Zone . . . infolge Ausblutens“¹¹⁸ bevorstehe, blieb ohne praktischen Erfolg. Weder wurden direkte Kontakte zu ausländischen Geschäftspartnern erlaubt noch Kompensationsgeschäfte bei Rohstoffen von der britischen Militärregierung geduldet. In einer Besprechung mit Economic Sub-Commission (Commerce Branch) CCG (BE) am 3. September 1946 wurde der deutschen Verwaltung lediglich in Aussicht gestellt, sie könne mit Hilfe sogenannter „Wunschlisten“ Einfluß auf die endgültige Entscheidung und den Vertragsabschluß neh-

¹¹⁴ Das am 18. 8. 47 eingeführte dezentralisierte Einfuhrverfahren (JEIA-Anweisung Nr. 4) sah zum ersten Mal direkte Käufe des deutschen Empfängers vom ausländischen Lieferer vor, soweit die Importgüter zur Fertigung von Exportgütern bestimmt waren.

¹¹⁵ Außenhandelsstatistik nach 1945, in: Außenhandel, 1 (1948), Heft 4, S. 15.

¹¹⁶ JEIA-Anweisung Nr. 4 (Verfahren zur Erteilung von Einfuhrbewilligungen), BA, Z 8/1341.

¹¹⁷ Vgl. Tabellen 50 und 52.

¹¹⁸ Agartz an Schumacher am 2. Juli 1946, BA, Z 8/1706.

men, die der britischen Seite dann „nur noch“ verblieben¹¹⁹. Doch selbst diese marginale Erleichterung wirkte sich in der Praxis erst im Frühjahr des folgenden Jahres aus.

1946 stagnierten die gewerblichen Einfuhren der britischen Zone bei etwa 60 Mill. Dollar¹²⁰. In der amerikanischen Zone verfuhr die Militärregierung in Fragen des Außenhandels ebenso restriktiv¹²¹. Bis zum 30. November 1946 erreichte die Einfuhr von Rohstoffen und anderen Industriegütern in die US-Zone lediglich einen Wert von 18 Mill. Dollar¹²².

Es kann unter diesen Umständen keinem Zweifel unterliegen, daß die geringe Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten der Produktion der Industrie der vereinten Zone enge Grenzen gezogen hat. Für eine Relation zwischen Einfuhr und Produktionswert wie im Jahre 1936 wäre beispielsweise beim Produktionsstand des ersten Halbjahres 1947 das Achtfache der tatsächlichen Einfuhren notwendig gewesen¹²³. Dennoch gibt es kaum Anzeichen für eine aktive Rolle der Wachstumschranke „Importe“ im Winter 1946/47. Die akute Transportkrise drosselte die Produktion so weitgehend, daß sich die Einfuhrlücke gerade in den Wintermonaten kaum auswirken konnte. Zu der bis dahin noch geringen Einfuhrempfindlichkeit der Industrie trug der relativ niedrige Verbrauch an ausländischen Roh- und Hilfsstoffen im Bereich der allgemeinen Produktionsgüterproduktion bei. Die folgende Aufstellung zeigt den unterschiedlichen Grad der Abhängigkeit von ausländischer Rohstoffzufuhr bei verschiedenen Gütergruppen:

Tabelle 51 Verbrauch* an ausländischen Roh- und Hilfsstoffen im Jahre 1936, in vH der Netto-Produktionswerte

Produktionsgüter mit allgemeinem Verwendungszweck	3,8
Investitionsgüter	5,7
Verbrauchsgüter	16,5

* Innerhalb der Grenzen von 1937.

Quelle: VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone, März 1948, BA, Z 8/210.

Gerade im allgemeinen Produktionsgüterbereich ist aber die Produktionsentwicklung vor der Währungsreform am weitesten fortgeschritten. Andererseits liegt es auch nahe, die stark produktionsgüterlastige Industriestruktur der ersten Rekonstruktionsphase zu einem guten Teil auf die geringe Abhängigkeit dieses Bereichs zurückzuführen. Mit zunehmender Verlagerung des Schwergewichts der industriellen Entwicklung in den Investitionsgüterbereich – und zu einem geringeren Teil später auch in den Verbrauchsgüterbereich – wuchs die Abhängigkeit der Industrie

¹¹⁹ ZAW, Abt. Außenhandel, Besprechung mit Economic Sub-Commission (Commerce Branch) der Brit. Kontrollkommission, Protokoll, BA, Z 8/1706.

¹²⁰ Stat. Monatsheft f. d. Brit. Zone, 1 (1947), Heft 1, S. 43.

¹²¹ Siehe dazu Klagen des Ausschusses Gewerbliche Wirtschaft des Länderrates, Länderratssitzungen (Kurzprotokolle), 8. Tagung am 7. 5. 1946, BTPA.

¹²² OMGUS, Monthly Report (Trade and Commerce) 17, S. 14 f; Hinzu kommen noch Baumwoll-Lieferungen für das Lohnveredelungsverfahren im Werte von 30 Mill. \$.

¹²³ VfW, Die Industrie der vereinten Zone im August 1947, BA, Z 8/206.

der Bizone von ausländischen Rohstoffen und Zwischenprodukten. Ab Sommer 1947 fanden daher die zunehmenden Schwierigkeiten der Versorgung mit ausländischen Rohstoffen auch ihren Niederschlag in den Lageberichten des VAW¹²⁴. Gleichzeitig wurden auf Teilgebieten der Einfuhr Erleichterungen geschaffen – wenn auch noch unregelmäßig und in bescheidenem Maße. In diesem Stadium entwickelten aber schon kleine Einfuhrmengen an Rohstoffen überproportionale Outputwirkungen, da von der Beseitigung von Engpässen nachgeordnete Industriezweige ebenfalls profitierten.

Insgesamt gesehen brachten das Jahr 1947 und die ersten beiden Monate des Jahres 1948 jedoch keinen signifikanten Anstieg der Einfuhrlieferungen (vgl. Tabelle 52). Die gegen den saisonalen Rhythmus fortschreitende zweite Rekonstruktions-

Tabelle 52 Gewerbliche Ein^a- und Ausfuhr der vereinten Zone 1947–1948, monatlich, in Mill. \$

	1947		1948	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Jan	} 6,9	} 19,7	0,5	27,1
Feb			7,5	37,2
Mär	3,5	11,4	14,6	26,4
Apr	4,1	13,8	17,9	51,4
Mai	2,2	15,1	53,1	47,4
Jun	1,3	12,9	69,5	40,4
Jul	1,7	22,4	53,4	47,6
Aug	3,1	18,4	41,5	58,1
Sept	3,9	28,3	52,1	61,3
Okt	2,7	28,7	32,1	62,8
Nov	0,9	29,9	34,6	67,5
Dez	4,1	27,9	43,5	72,0
Durchschnitt	2,9	19,0	35,0	49,9

^a Kategorie B.

Quelle: Stat. Monatsheft f. d. Britische Zone, Heft 1–5; Monthly Stat. Bulletin CCG (BE), Vol. III, No. 12, S. 100.

phase ist somit nicht ursächlich auf Einfuhrerleichterungen zurückzuführen. Der Aufschwung stieß aber, je weiter die Investitionsgüterindustrie den Produktionsvorsprung des allgemeinen Produktionsgüterbereichs aufholte, immer häufiger auf durch Rohstoffmangel hervorgerufene begrenzte Produktionshindernisse. Während die industrielle Produktion im März 1948 schon etwa 55 0/0¹²⁵ des Standes von 1936 erreicht hatte, brachte die gewerbliche Einfuhr erst rund 10 0/0 der Vorkriegsmengen in die Bizone¹²⁶.

Der Marshall-Plan als Wende? Ab März 1948 nahmen die Einfuhren in das britisch-amerikanische Besatzungsgebiet bedeutend zu. Während bis Ende 1947

¹²⁴ Ebda.

¹²⁵ Index nach Schätzung d. Verf. korrigiert; vgl. Tab. 12.

¹²⁶ Vgl. VfW, Die Wirtschaftslage der vereinten Zone im März 1948, BA, Z 8/210.

„Einfuhren unter Rückgriff auf JEIA-Kapital . . . praktisch noch nicht stattgefunden (haben)“¹²⁷ und sich infolgedessen Devisen aus Exporterlösen dort angesammelt hatten, mußte die Vfw im Juni 1948 die Ansätze der Einfuhrplanung reduzieren, weil die Devisenbilanz der JEIA durch „erhöhte Einkäufe im II. Quartal 1948“¹²⁸ passiv zu werden drohte. Tatsächlich überholten im Mai die Einfuhren zum ersten Mal die Exporte. Der Einfuhrüberschuß hielt bis Juli an, um dann erneut in ein Defizit umzuschlagen. Dabei verringerten sich die Einfuhrwerte um die Hälfte (vgl. Tabelle 52).

Dies ist erstaunlich, da doch neben der Währungsreform gerade dem Außenhandel in Gestalt der „Marshall-Plan-Hilfe“ in der herrschenden Einschätzung des deutschen „Wirtschaftswunders“¹²⁹ eine wesentliche kausale Bedeutung zugeschrieben wird. Tatsächlich sind aber noch im September 1948 industrielle Einfuhrgüter des ersten, des sog. 90-Tage-ERP-Programms, das für das zweite Quartal 1948 gedacht war, weder endgültig von ECA genehmigt noch gar in die Bizone geliefert worden. Die folgende Übersicht zeigt den Entwicklungsstand des Programms am 3. September 1948:

Stufe	Einfuhrgüter	
	Kategorie B (Mill. \$)	%
Geliefert	—	—
ECA gebilligt	—	—
Vertrag abgeschlossen	7,300	12
Vertragsverhandlungen	29,766	48
ECA bearbeitet	21,261	34
JEIA bearbeitet	—	—
BICO bearbeitet	1,000	1
Anderer*	2,885	5
Insgesamt	62,212	100

* Gesamtbeschaffung durch US-Regierung, davon 1,778 Mill. \$ genehmigt

Quelle: ERP-Liste für die Bizone für das erste 90-Tage-Wiederaufbau-Programm, 3. September 1948, BA, Z 8/1347.

Demnach waren weit mehr als die Hälfte der geplanten Marshall-Plan-Einfuhren im September noch im Stadium der bürokratischen Vorbereitung. Vor Oktober wurden keine industriellen Waren geliefert¹³⁰. Auf die Ursachen dieser Verzögerung weist das Länderratsprotokoll vom 30. August 1948 hin: „Dr. Pünder [Oberdirektor des Bizonen-Verwaltungsrates] und der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Erhard, tragen vor, daß durch das umständliche Zutei-

¹²⁷ Memorandum des Vfw zur Lage des Außenhandels (Ende 1947), BA, Z 6 I/28.

¹²⁸ Stellv. Direktor Vfw an alle Hauptabt., Abt. und Referate, am 11. Juni 1948, BA, Z 8/1486.

¹²⁹ Baade, Die Wiedereinschaltung Deutschlands in den Welthandel nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Außenwirtschaft, 8 (1953), S. 172.

¹³⁰ ECA-finanzierte Nahrungsmiteleinführungen trafen dagegen zum ersten Mal im Mai 1948 ein. Vgl. JEIA, Abschlußbericht, Oktober 1949, S. 3.

lungsverfahren des Marshall-Planes und die Einschaltung der JEIA bisher keine Einfuhren der dringend benötigten Rohstoffe möglich waren.“¹³¹ Bis Ende November waren schließlich aus allen bis dahin laufenden Programmen Lieferungen der Kategorie B in Höhe von 9 693 000 Dollar geleistet¹³². Sie umfaßten folgende Posten:

Baumwolle	4 072 000 \$
Rohgummi	123 000 \$
Superphosphat	3 800 000 \$
Bindegarn	796 000 \$
Zinn	607 000 \$
Schwefelsäure	42 000 \$
Güterwagen	253 000 \$
Zusammen	9 693 000 \$

Gemessen an einer durchschnittlichen monatlichen Einfuhr von 35 Mill. Dollar im Jahre 1948 (Tabelle 52) nimmt sich dieser auf die Quartale II bis IV bezogene Wert nicht besonders eindrucksvoll aus. Auch die spezifische Zusammensetzung

Tabelle 53 Gewerbliche^a Importe der Bizone nach Warengruppen, 1948, nach Quartalen

Waren-gattung	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal 1000 \$	4. Quartal
Textilien, Fasern u. Faserprodukte	1,896	68,984	57,302	20,827
Pflanzliche Rohprodukte	460	14,425	9,232	13,170
Eisen- u. nichteisenhaltige Zusatz- legierungen und Metalle	2,231	9,896	8,338	6,219
Metallische Erze	199	10,011	9,712	13,097
Tierische Rohprodukte	179	4,233	8,248	4,807
Chemikalien	887	6,174	5,645	3,156
Öle, Fette, Wachse u. Derivate	877	3,747	7,389	4,921
Gummiprodukte u. Grundstoffe	2,415	1,805	6,329	13
Papiermasse, Papier u. Papierprodukte	1,939	4,288	6,897	4,248
Nahrungsmittelerzeugnisse	2,382	3,573	5,076	5,469
Kohle und Kohleprodukte	1,686	2,580	12,254	13,497
Nichtmetallische Rohmineralien und ihre Produkte	1,099	2,499	3,266	4,704
Drogen und Medikamente	574	501	1,129	531
Holz, Nutzholz und Holzprodukte	91	858	392	1,346
Maschinen (einschl. Elektromaschinen) u. Fahrzeuge (einschl. Motoren u. Schiffe)	100	658	1,228	972
Unsichtbare Importe	637	4,765	3,085	2,295
Andere Importe ^b	5,045	1,540	1,510	7,731
Gesamtimporte Kategorie „B“	22,497	140,537	147,030	107,003

^a Kategorie B; ^b einschließlich 4,946, 000 \$ für Elektrizität im März.

Quelle: JEIA, Monatsbericht Dezember 1948, Frankfurt/M. 1949, S. 26.

¹³¹ Länderrat des VWG, Niederschrift über die 11. nichtöffentliche Sitzung des Länderrates am 30. August 1948 in Frankfurt/M., BTPA.

¹³² Dr. Otto Schniewind, „Berater für den Marshall-Plan“, an den Vorsitzenden des ERP-Arbeitsausschusses, Schalfejew, am 9. 12. 48, BA, Z 14/15.

der ERP-Rohstoff-Lieferungen – so wichtig sie angesichts des steigenden Bedarfs bei wachsender Produktion auch gewesen sein mögen – hielt sich im Rahmen der übrigen Einfuhren der Kategorie B. Wertmäßig fallen sie beim Vergleich mit den in den einzelnen Quartalen des Jahres 1948 eingeführten Rohstoffen kaum ins Gewicht (Tabelle 53).

Wurde schon festgestellt, daß der Beginn der zweiten Rekonstruktionsphase im Herbst 1947 nicht mit Einfuhrerleichterungen in Zusammenhang gebracht werden kann, so darf auch der Einfluß des Außenhandels und namentlich der Marshall-Plan-Lieferungen auf den Wachstumsverlauf im Jahre 1948 nicht allzu hoch angesetzt werden.

Zusammenfassung Die Wirtschaft des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes war vor dem Krieg eng mit der Weltwirtschaft verflochten. Die fast vollständige Unterbrechung des gewerblichen Außenhandels mußte daher während der gesamten Beobachtungszeit eine restriktive Wirkung haben. Allerdings dämpfte die einseitige Struktur der Industrieproduktion – mit ihrem Schwergewicht auf Produktionsgütern des allgemeinen Bedarfs – anfänglich die volle Auswirkung der Importsperrung auf die Produktionsentwicklung. Gerade in dieser Hauptgruppe war der Bedarf an ausländischen Roh- und Hilfsstoffen gering. Da sich die Produktionsstruktur seit 1947 ständig zugunsten der importabhängigen Investitionsgüterindustrie verschob und bei Kriegsende vorhandene Lager schwanden, wurde der Mangel an Einfuhrgütern im Laufe des Jahres 1947 eher noch größer.

Eine krisenauslösende Funktion hatte der Außenhandel im Winter 1946/47 hingegen nicht. Allerdings ist es der deutschen Wirtschaftsverwaltung nicht ermöglicht worden, den industriellen Zusammenbruch durch die Erhöhung der Zwischenproduktzufuhr aus dem Ausland aufzufangen. Die monatliche Einfuhr erreichte mit durchschnittlich 2,9 Mill. Dollar auch 1947 (im Vergleich zu den 116 Mill. Dollar des Jahres 1936) noch keine nennenswerte Größenordnung. Immerhin wurde eine gewisse Regelmäßigkeit der Zufuhr erzielt – auch wenn ein steigender Trend vor Februar 1948 nicht feststellbar ist. Gleichzeitig setzte in der Ausfuhr eine spürbare Aufwärtsentwicklung ein, die sich im Herbst 1947 noch verstärkte. Devisen aus diesen Exporterlösen wurden aber erst ab Februar 1948 in größerem Umfang zur Bezahlung von Einfuhren herangezogen.

Immerhin änderte sich die Struktur des gewerblichen Außenhandels während dieser Zeit zunehmend in Richtung seiner Vorkriegs-Zusammensetzung, auch wenn diese nicht annähernd erreicht wurde. Seit dem zweiten Quartal 1948 ging der Anteil der Rohstoffe an den Exporten zugunsten der Fertigprodukte zurück. Mit 17,5% des Industrieexportes nahmen diese 1948 im Vergleich zu einem Vorkriegsanteil von 79,4% allerdings noch keinen zufriedenstellenden Rang innerhalb der Bizonen-Ausfuhr ein. Auf der Importseite stieg hingegen der Anteil der Rohstoffe und Halbwaren. Auch die Fertigwareneinfuhr gewann wieder an Bedeutung. Von allen Warengruppen kam sie ihrem Vorkriegsanteil am nächsten. Der Anteil der Einfuhr von Halbwaren ging dagegen 1948 spürbar zurück. Wenn auch der Trend zur Normalisierung des bizonalen Außenhandels unverkennbar ist, so enthüllen

die absoluten Zahlen seinen anhaltenden Engpaßcharakter. Mit der Stärkung der Verbrauchsgüterindustrie nach der Währungsreform wurde die Außenhandelslage eher noch prekärer.

Der Beginn der zweiten Rekonstruktionsphase im Herbst 1947 setzte Monate vor den ersten Einfuhrerleichterungen für Rohstoffe und Zwischenprodukte ein und muß deshalb unabhängig von ihnen gesehen werden. Im Mai 1948 übertrafen die gewerblichen Einfuhren zum ersten Mal die laufenden Exporte. Der schnelle Anstieg der Importe beschränkte sich aber im wesentlichen auf das zweite Quartal 1948. Durch kurzfristiges Öffnen der Importschleusen sollte offenbar das geplante Währungsexperiment von der Angebotseite her abgesichert werden. Nach der Währungsreform gingen die Einfuhrwerte zunächst zurück und stabilisierten sich auf einem etwas höheren Niveau als zu Jahresbeginn. Lieferungen aus dem ERP-Programm, das seit dem zweiten Quartal des Jahres 1948 aufgestellt wurde und dem in der Literatur große Bedeutung für den Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie zugeschrieben wird, treten in dem hier betrachteten Zeitraum nicht in Erscheinung. Vor Oktober war noch keine einzige Rohstofflieferung in der Bizone angekommen. Der Wert der in der Folgezeit gelieferten Güter fiel im Vergleich zum Volumen der „ordentlichen“ Importe kaum ins Gewicht. Auch der Struktur nach unterschieden sich diese Lieferungen nicht von den aus Ausfuhrerlösen finanzierten Einfuhren. Zumindest für die frühe Phase der westdeutschen Rekonstruktionsperiode darf also der stimulierende Einfluß des Außenhandels und namentlich der ERP-Lieferungen nicht allzu hoch angesetzt werden.

Ergebnis

Das Ergebnis von Darstellung und Analyse des wirtschaftlichen Wachstums vor der Währungsreform ist geeignet, einige weitverbreitete Urteile über Beginn, Ursache und Wesen des schnellen Wiederaufstiegs der westdeutschen Industriewirtschaft zu revidieren:

1. An der Entwicklung der Industrieproduktion wurde gezeigt, daß der Begriff „Stagnation“ auf die wirtschaftliche Entwicklung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebiets bis 1948 ebensowenig zutrifft wie die pauschale Kennzeichnung der Periode von 1945 bis Mitte 1948 als „militärischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch“. In Wirklichkeit hielt die Phase der Stagnation nach Kriegsende nicht lange an. In beiden Zonen folgte auf den Zusammenbruch ein schneller Anstieg der industriellen Produktion, der seine Dynamik bis in den Sommer 1946 bewahrte, sogar bis in das vierte Quartal 1946 anhielt und rund vier Zehntel der Vorkriegsproduktion wiederherstellte. Der bis dahin ungebrochene Aufschwung scheiterte im Winter 1946/47 an der akuten Schwäche des Transportsystems; die Folge war ein Rückgang der Industrieproduktion auf ein schon im Vorjahr erreichtes Niveau. Ein zweiter, anhaltender Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung setzte im Herbst 1947 ein, nachdem der Rückschlag schon im Frühjahr überwunden war.

Das schnelle Wachstum der Industrieproduktion hielt – gegen den saisonalen Rhythmus – auch im Winter an. Die Unterbrechung des Aufwärtstrends im Mai 1948 hatte eine exogene Ursache: Die Erwartung der Währungsreform löste an ihrem Vorabend Warenspekulationen aus, die die Zwischenproduktversorgung der Industrie praktisch unterbanden. Erst der Währungsschnitt selbst setzte diesen Rückstau des Warenkreislaufs wieder frei.

Die wirtschaftliche Entwicklung des britisch-amerikanischen Wirtschaftsgebietes wurde also vor der Währungsreform von zwei kräftigen Aufschwüngen geprägt. Während der erste Rekonstruktionsversuch im Winter 1946/47 an die Schranken der Transportkapazität und der Infrastruktur stieß und zusammenbrach, gelang dem zweiten der endgültige Durchbruch, obwohl bis dahin Hilfe von außen kaum erfolgte.

2. Es ist deutlich geworden, daß der amtliche Index den Stand der industriellen Produktion vor der Währungsreform beträchtlich – vermutlich um nicht weniger als ein Viertel – unterschätzte.

Die Unterschätzung rührte im wesentlichen aus zwei Quellen. Der Produktionsindex wurde in den ersten Nachkriegsjahren auf der Basis 1936 errechnet und deshalb mit den Strukturquoten dieses Basisjahres gewichtet. Während aber der aus „normalem“ Strukturwandel resultierende Fehler früher in engen Grenzen geblieben war, schmälerte die seit 1936 trendwidrige Änderung der Produktionsstruktur das ausgewiesene Produktionsergebnis der ersten Nachkriegsjahre signifikant, und zwar im hier betrachteten Zeitraum um 13 bis 14 0/0. Die Unterschätzung wirkte sich sowohl *vor* als auch *nach* der Währungsreform aus, muß im internationalen Produktionsvergleich berücksichtigt werden und liefert durch ihre allmähliche Aufhebung im Zuge laufender Strukturanpassung eine zusätzliche statistische Komponente des schnellen Wachstums der industriellen Produktion während der frühen fünfziger Jahre. Die zweite Fehlerquelle, die das Ergebnis der Produktion statistisch verminderte, war nur *vor* der Währungsreform wirksam. Schätzungen, auf der Grundlage des spezifischen Energieverbrauchs vorgenommen, belegen, daß das Produktionsniveau im ersten Halbjahr 1948 in der amtlichen Statistik – als Folge lückenhafter statistischer Erfassung der Produktion – um mehr als 12 0/0 zu niedrig angegeben wurde.

3. Die Bedeutung der Währungsreform und der Marshallplan-Lieferungen als Treibsätze des Starts in das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre muß relativiert werden. Wird das Niveau der Produktion *vor* der Währungsreform unterschätzt und die Ursache der Unterschätzung mit dem Währungsschnitt beseitigt, so wird die Entwicklung *danach* zwangsläufig überschätzt. Entsprechend muß der steile Anstieg der amtlichen Produktionskurve korrigiert werden (Abbildung 10). Die Kontinuität des Wachstums der industriellen Produktion seit Beginn des zweiten Rekonstruktionsaufschwungs im Herbst 1947 tritt dadurch deutlich hervor. Die Beschleunigung der Wachstumsraten, die bisher als gesicherte Folgeerscheinung der Währungsreform galt, fand offenbar nur in der amtlichen Statistik statt. Der Wiederaufstieg der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes selbst war am 20. Juni 1948 schon seit Monaten im Gange.

Wie die Währungsreform, so kann auch der Marshall-Plan nicht eine Entwicklung eingeleitet haben, die schon lange vor seiner Realisierung begonnen hat. Als im Oktober 1948 die ersten gewerblichen ERP-Lieferungen im Besatzungsgebiet eintrafen, trat der Rekonstruktionsprozeß schon in sein zweites Jahr. Überdies fallen die Lieferungen im Vergleich zur übrigen Einfuhr weder zahlenmäßig ins Gewicht, noch unterscheiden sie sich von ihr wesentlich in der Zusammensetzung.

Davon blieben die Signalwirkungen unberührt, die sowohl von der Währungsreform wie vom Marshall-Plan ausgingen. Nach dem Währungsschnitt wurden gehortete Warenbestände aufgelöst. Sie erhöhten spürbar das Konsumgüterangebot. Zusätzliche Konsumanreize stimulierten die Arbeitsproduktivität. Die Ankündigung von Rohstofflieferungen aus dem ERP-Programm – und noch mehr die Hoffnung auf eine allgemeine Wiederaufnahme des Außenhandels – führten ebenfalls zur Einbeziehung von Rohstoff- und Materiallagern, die gestreckt oder völlig zurückgehalten worden waren, in den Produktionsprozeß. Wenn sich die Produktionseffekte dieser Vorgänge auch der Quantifizierung entziehen, so trugen sie doch ohne Zweifel zur Konsolidierung des Rekonstruktionsaufschwungs wesentlich bei.

4. Eine vorsichtigere Einschätzung der Bedeutung des Ost-West-Konflikts, bisher für die Verzögerung des westdeutschen Wiederaufstiegs ebenso verantwortlich gemacht wie für seinen endgültigen Durchbruch, wird durch Ergebnisse dieser Studie empirisch untermauert. Weder der späte Beginn des entscheidenden zweiten Rekonstruktionsanlaufs noch seine spezifische Dynamik lassen sich aus dem Gegensatz von sowjetischen und angelsächsischen Vorstellungen über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands ableiten. Der Dissens, der die Realisierung der in Potsdam angestrebten wirtschaftlichen Verbesserungen verhindert hat, bestand vielmehr unter den westlichen Alliierten – USA und Großbritannien einerseits und Frankreich andererseits – sowie zwischen den Vorstellungen des State Department und der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Die sich im Laufe des Jahres 1947 anbahnende Ost-West-Auseinandersetzung hatte ihre ökonomischen Konsequenzen – etwa in Gestalt der Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan – erst im Laufe des folgenden Jahres. Für eine dramatische Wende der amerikanischen Wirtschaftspolitik in Deutschland, die in der Regel mit der Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes und dem erfolglosen Ausgang der Moskauer Außenministerkonferenz in Zusammenhang gebracht wird, findet sich in der industriellen Entwicklung und der konkreten Wirtschaftspolitik der Militärregierung kein Beleg.
5. Die Interpretation des westdeutschen Nachkriegswachstums als „Rekonstruktionsperiode“ wird hingegen durch die gewonnenen Ergebnisse bestätigt. Am Ausgangspunkt der Entwicklung waren alle Voraussetzungen gegeben, die eine schnelle Rückkehr der westdeutschen Wirtschaft auf ihren historischen Wachstumspfad ermöglichen mußten. Das gilt namentlich für die Faktoren Kapital und Arbeit. Die außergewöhnlichen Zuwachsraten der industriellen Produktion in den fünfziger Jahren und der für sie charakteristische fallende Trend sind

weitgehend aus dieser Konstellation der Produktionsfaktoren am Anfang des Wachstumsprozesses zu erklären.

Es wäre indes unzulässig, das Wirtschaftswachstum der späten vierziger und der fünfziger Jahre ausschließlich auf den Rekonstruktionseffekt zurückzuführen. Tatsächlich kamen weitere Faktoren hinzu, die eine über den Rekonstruktionseffekt hinausreichende Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums bewirkten. Dazu zählten in Westdeutschland Wachstumsgewinne aus der Liberalisierung des Welthandels ebenso wie die Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration Westeuropas. Am sichtbarsten vergrößerte der bis Anfang der sechziger Jahre anhaltende Zustrom hochqualifizierter Arbeitskräfte aus den deutschen Ostgebieten und der DDR das westdeutsche Wachstumspotential. Insoweit wirkte die Ost-West-Wanderung der Produktionsfaktoren wie eine ständige Verbesserung der Rekonstruktionsbedingungen weit über die in dieser Arbeit betrachtete Zeit hinaus.

Wenngleich aber der wirtschaftliche Erfolg der fünfziger Jahre nicht allein durch den Rekonstruktionseffekt erklärt werden kann, so doch der hohe Wachstumssockel und der fallende Trend der Wachstumsraten. „Monokausale“ Erklärungsmodelle, die den schnellen Wachstumsprozeß auf einen erst in der Nachkriegszeit hinzutretenden Faktor zurückführen wollen, setzen daher in der Regel dort ein, wo der Erklärungsbereich des Rekonstruktionskonzeptes endet.

6. Die Wirtschaftsordnung des westdeutschen Staates spielte bei der Grundlegung des ökonomisch so erfolgreichen folgenden Dezenniums eine geringere Rolle als andere, systemunabhängige Wachstumsdeterminanten. Bevor nicht die Frage des Eigentums – und damit indirekt auch die der Verteilung des Sozialprodukts – entschieden war, blieb allerdings ein großer Teil des Wachstumspotentials unausgeschöpft. Eine frühe Entscheidung im Sinne der britischen Sozialisierungspläne, die auch deutschen Vorstellungen nahe kamen, wußte die amerikanische Militärregierung zu verhindern. Ansätze der Produktionsplanung und -lenkung mußten daher verkümmern, noch ehe sie unter klaren Verhältnissen erprobt werden konnten. Bedingungen, die für einen effektiveren Einsatz des vorhandenen Potentials notwendig waren, wurden dadurch eine zeitlang geradezu verhindert. Vor diesem Hintergrund stellte die im Sommer 1947 getroffene Vorentscheidung gegen die Sozialisierung gewiß eine wichtige Voraussetzung des folgenden Aufschwungs dar. Sobald aber die Wirtschaftsordnung ihre wesentliche Aufgabe, nämlich die Kombination der Produktionsfaktoren rechtlich und politisch zu regeln, zufriedenstellend erfüllt hatte, trat ihre Bedeutung hinter die Rekonstruktionskräfte zurück. Dies erklärt auch, daß die Wachstumsmuster von Volkswirtschaften unterschiedlicher Wirtschaftsordnung in den fünfziger Jahren übereinstimmten.

QUELLEN UND LITERATUR

I. Unveröffentlichte Quellen

1. Bundesarchiv Koblenz

- Bestand Z 6:* Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der Britischen Zone/Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
- Bestand Z 8:* Zentralamt für Wirtschaft in der Britischen Zone/Verwaltungsamt für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebiets/Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
- Bestand Z 8/Cl 1288:* Handakten von Viktor Agartz aus seiner dienstlichen Tätigkeit als Leiter des ZAW (Mikrofilm)
- Bestand Z 14:* Berater für den Marshall-Plan beim Vorsitz der Verwaltungsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
- Bestand Z 40:* Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone/Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

2. Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv, Bonn

- Zonenbeirat der britisch besetzten Zone, Hamburg 1946–1949
- Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets, Kurzprotokolle zu den Länderratsitzungen 1–36, Stuttgart 1945–1949
- Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets, stenographische Protokolle der Sitzungen 1–36, Stuttgart 1945–1949
- Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets, Direktorium, Kurzprotokolle der Sitzungen 1–86, Stuttgart 1945–1949
- Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, nicht öffentliche Sitzungen, Kurzprotokolle der Sitzungen 1–27, Frankfurt/M. 1948–1949
- Office of Military Government for Germany (U.S.), Economic Development Since Currency Reform, Special Report of the Military Governor, Frankfurt/M., November 1948
- Office of Military Government for Germany (U.S.), Ownership and Control of the Ruhr Industries, Special Report of the Military Governor, Frankfurt/M., November 1948
- Office of Military Government for Germany (U.S.), Three Years of Reparations, Progress of Reparations from Germany in the Form of Capital Industrial Equipment, Special Report of the Military Governor, Frankfurt/M., November 1948

3. Institut für Zeitgeschichte, München

- Monthly Report of the Military Governor, Nr. 1–50, Frankfurt/M. August 1945 – September 1949, (Hrsg.) Office of Military Government for Germany (U.S.), MA 560/1–12 (Mikrofilm)

4. Zeugenbefragungen durch den Verfasser

- Keiser, Günter, Ministerialdirektor a. D., ehemaliger Leiter der Hauptabteilung Planung und Statistik des ZAW/VAW, bzw. Leiter der Sonderabteilung Wirtschaftsplanung der VFW, Befragung am 5. 4. 1972 in München
- Galbraith John K., ehemaliger Direktor der Overall Economic Division des U.S. Strategic Bombing Survey, Befragung am 22. 11. 1972 in Düsseldorf

II. Gedruckte Quellen und Literatur

- Agartz, Viktor, Die westdeutsche Wirtschaftskrise, Rede auf dem Kongreß des DGB (BZ), April 1947 in Bielefeld, in: Die Wirtschaft 2 (1947), S. 175-177
- Agence Interalliée des Réparation, Rapport du Secrétaire General pour l'Année 1949, Bruxelles 1950
- Aukrust, Odd, Factors of Economic Development: A Review of Recent Research, in: WWA 93 (1964), S. 23-43
- Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, Berlin 1950-1953
- Außenhandel-German Foreign Trade, hrsg. vom VfW/BMWi, Frankfurt/M., Bonn, 1.-3. Jahrgang 1948-1950
- Baade, Fritz, Die Wiedereinschaltung Deutschlands in den Welthandel nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Außenwirtschaft 8 (1955), S. 158-177
- Balabkins, Nicholas, Germany Under Direct Controls, Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945-1948, New Brunswick N. J. 1964
- Balfour, Michael, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959
- Boorman, Patrick M., Germany's Economic Dilemma, Inflation and the Balance of Payment, New Haven 1964
- Borchardt, Knut, Methodenprobleme bei der Vorausschätzung langfristiger Entwicklungen, in: H. Giersch und K. Borchardt (Hrsg.), Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme, Berlin 1962, S. 527-592
- Brandt, Leo, Der Verkehr als wesentlicher Faktor des deutschen Wiederaufbaus, Vortrag am 15. Juli 1949, Düsseldorf 1949
- Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), Dokumente deutscher Kriegsschäden Bd. 3, Die kriegssachgeschädigte Wirtschaft, Bonn 1962
- Bundesminister für Wohnungsbau (Hrsg.), Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland, Zwischenbilanz und Vorschau, Bonn 1951
- Clay, Lucius D., Decision in Germany, Garden City N.Y. 1950
- Denison, E. F., Sources of Postwar Growth in Nine Western Countries, in: AER 57 (1967), S. 325-332
- Department of State (Ed.), United States Economic Policy toward Germany, Washington D.C. 1946
- Deuerlein, Ernst, Die Einheit Deutschlands. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949, Frankfurt/M. 1961²
- Deutsche Industriereparation 1948, in: EA 4 (1949), S. 2107-2114
- Deutsche Kohlenbergbauleitung, Zahlen zur Kohlenwirtschaft Nr. 1-7, Essen 1948
- DIW (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947
- Donnison, Frank S. V., Civil Affairs and Military Government North-West-Europe 1944-1946, London 1961
- Dorendorf, Annelies, Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone. Ein Rückblick auf seine Tätigkeit, Göttingen 1953
- Edding, Friedrich, Hans-Erich Hornschu, Hilde Wander, Das deutsche Flüchtlingsproblem. Neue Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und der regionalen Lastenverteilung, Kiel 1949 (maschinenschriftl.)
- Eisendraht, Ernst, Anlagevermögen und Dekapitalisation der deutschen Industrie, Berlin 1950
- Emminger, Otmар, Wirtschaftsplanung in der Bizone, in: DIW, Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 143-178.

- Erhard, Ludwig, Deutsche Wirtschaftspolitik, Rede des Direktors für Wirtschaft Dr. Ludwig Erhard vor dem Wirtschaftsrat am 21. April 1948, in: VfW (Hrsg.), Wirtschaftsverwaltung Heft 1 (1948), S. 4–15
- Friedmann, Wolfgang, The Allied Military Government in Germany, London 1947
- Frowein, Abraham, Erinnerungen an seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat bei der britischen Kontroll-Kommission in Minden, hrsg. und bearbeitet von W. Vogel, Boppard/Rh., 1968
- Galbraith, John K., The Disequilibrium System, in: AER 37 (1947), S. 287–302
- Gimbel, John, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt/M. 1971
- ders., Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: VfZG 20 (1972), S. 39–62
- Gleitze, Bruno, Ostdeutsche Wirtschaft, Berlin 1956
- Gottlieb, Manuel, The German Economic Potential, in: Social Research 17 (1950), S. 65–89
- ders., The German Peace Settlement and the Berlin Crisis, New York 1960
- Grüing, Ferdinand, Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Industriepans, Berlin 1946 (maschinenschriftl.)
- ders., Probleme der deutschen Wirtschaftseinheit, Vortrag am DIW, Berlin 1947 (maschinenschriftl.)
- ders., Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit, in: DIW (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947, S. 49–71
- ders., Die innerdeutsche Wirtschaftsverflechtung, in: DIW (Hrsg.), Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 65–95
- ders., Die makroökonomischen Determinanten des Wirtschaftspotentials, Berlin 1960
- Härtel, Lia, Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart 1951
- Halle, Louis J., The Cold War as History, New York 1967
- Harmssen, Gustav W., Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Heft 1–4, Anl., Bremen 1947, 1948
- ders., Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik, Bremen 1951
- Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt im britischen Besatzungsgebiet (Hrsg.), Wasserstraßen und Binnenschifffahrt im britischen Besatzungsgebiet, Mai 1945 – Januar 1947, Windelsbleiche/Bielefeld 1947 (maschinenschriftl.)
- Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn (Hrsg.), Sechs Jahre Wiederaufbau bei der Deutschen Bundesbahn, Offenbach/M. 1951
- Heininger, Horst, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945–1950, Berlin (Ost) 1959
- Hennessy, J., V. Lutz, G. Scimone, Economic 'Miracles', Studies in the Resurgence of the French, German and Italian Economies since the Second World War, London 1964
- Holborn, Hajo, American Military Government. Its Organisation and Policies, Washington 1947
- Hunold, Albert (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Zürich 1953
- Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Fünf Jahre Deutsche Mark, der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft seit der Währungsreform, Berlin 1953
- 45 Jahre Industrieberichterstattung, in: Statistisches Monatsheft für die BZ 8, Okt./Nov. 1948
- Jacobsson, Per, Some Monetary Problems, International and National, London 1958
- Jánossy, Franz, M. Holló, Das Ende der Wirtschaftswunder, Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt/M. 1969
- JEIA, Report of the Month . . . , Frankfurt/M. 1948–1949

- Keiser, Günter, Die Neuordnung des Bewirtschaftungssystems, in: *Mitteilungsblatt des VAW* (1947), S. 293–297
- Kendrick, John W., *Productivity Trends in the United States*, Princeton 1961
- Kerschbaum, Albert, Die Güterversorgung vor und nach dem 20. Juni, in: *Wirtschaftsverwaltung* 1 (1948), H. 13, S. 5–10
- Kindleberger, Charles P., *Europe's Postwar Growth. The Role of Labour Supply*, Cambridge Mass. 1967
- Klein, Burton H., *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge Mass. 1959
- Köllmann, Wolfgang, Die strukturelle Entwicklung des südwestfälischen Wirtschaftsraumes 1945–1967, Hagen 1969
- Krengel, Rolf, Die Entwicklung des Anlagevermögens der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955, in: *Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung*, Festgabe für F. Friedensburg, Berlin 1956, S. 95–150
- ders., Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, Berlin 1958
- ders., Some Reasons for the Rapid Economic Growth of the German Federal Republic, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 16 (1963), S. 121–144
- Kretschmar, Winfried, *Auslandshilfe als Mittel der Außenwirtschafts- und Außenpolitik*, München 1964
- Kuhlo, K. Ch., Die Wachstumsprognose, insbesondere auch die Prognose der Produktivitätsentwicklung, in: H. Giersch, K. Borchardt (Hrsg.), *Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme*, Berlin 1962, S. 215–268
- Kuznets, Simon, Levels and Variability of Rates of Growth, in: *Economic Development and Cultural Change* 5 (1956), S. 5–94
- ders., *Modern Economic Growth. Rate, Structure and Spread. Studies in Comparative Economics*, New Haven 1967
- Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes (Hrsg.), *Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944*, München 1949
- Lewis, Arthur, *Economic Survey 1919–1939*, London 1970⁷
- Lutz, F. A., The German Currency Reform and the Revival of the German Economy, in: *Economica* 16 (1949), S. 122–142
- Maddison, Angus, Growth and Fluctuation in the World Economy 1870–1960, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 15 (1962), S. 127–195
- ders., *Economic Growth in the West*, London 1964
- Manz, Mathias, *Stagnation und Aufschwung in der französischen Zone von 1945–1948*, Mannheim 1968 (Diss.)
- Marienfeld, Wolfgang, *Konferenzen über Deutschland, Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941–1949*, Hannover 1962
- Mendershausen, Horst, Prices, Money and Distribution of Goods in Postwar Germany, in: *AER* 39 (1949), S. 646–672
- Möller, Hans (Hrsg.), *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948*, Tübingen 1961
- Molotov, Vjačeslav, Zentralverwaltung und Wirtschaftseinheit Deutschlands. Rede auf der Außenministerkonferenz in Moskau am 17. 3. 1947, in: *Das bizonale Industrieabkommen führt zur Teilung Deutschlands. Zusammenstellung von Dokumenten und Artikeln*, Berlin 1947, S. 6–19
- Monthly Report of the Control Commission for Germany (BE), vol. I–VI, Juni 1946 – Sep. 1950
- Monthly Statistic Bulletin of the Control Commission for Germany (BE), vol. I–III, Berlin 1946–1948
- Morgenthau, Henry, *Germany is our Problem*, New York 1945

- Mosley, Philip E., Dismemberment of Germany, The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam, in: *Foreign Affairs* 28 (1950), S. 487-498
- ders., The Occupation of Germany, New light on how the zones were drawn, in: *Foreign Affairs* 28 (1950), S. 580-604
- Nieschlag, Robert, Was sagt der Wirtschaftsplan des Alliierten Kontrollrats über die Verbrauchsgüter?, Berlin 1946 (maschinenschriftl.)
- Otto, Heinz, Der gegenwärtige Stand des deutschen Transportwesens, Vortrag am DIW, Berlin 1947 (maschinenschriftl.)
- Paige, D. C., F. T. Blackaby, S. Freund, Economic Growth: The last hundred Years, in: *National Institute Economic Review* 16 (1961), S. 24-49
- Philippi, Georg, Produktivität und Produktion, in: *Konjunkturpolitik* 10 (1964), S. 349-371
- Piètrre, André, L'Économie Allemande Contemporaine (Allemagne Occidentale) 1945-1952, Paris 1952
- Pollock, James K., James H. Meisel, Henry L. Bretton, Germany under Occupation, illustrative Materials and Documents, Ann Arbor Mich., 1949
- Postan, M. M., An Economic History of Western Europe 1945-1964, London 1967
- Price, Hoyt, C. E. Schorske, The Problem of Germany, New York 1947
- Pünder, Tilman, Das bizonale Interregnum, Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946-1949, Köln 1966
- Ratchford, B. U., Wm. D. Ross, Berlin Reparations Assignment, Chapel Hill 1947
- Reuss, Frederic, Fiscal Policy for Economic Growth without Inflation: The German Experiment, Baltimore 1963
- Ringel, Hermann, Aus Kriegs- und Zwangswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Sieben Nachkriegsjahre im Spiegel der Arbeit einer Industrie- und Handelskammer, Neustadt a. d. Aisch 1972
- Rische, Fritz, Wie kommen wir zu 5,4 Mio t Stahl?, in: *Die Wirtschaft* 1 (1946), S. 146-148
- Roskamp, Karl W., Capital Formation in West Germany, Detroit 1964
- Ruhm von Oppen, Beate (Hrsg.), Documents on Germany under Occupation 1945-1954, London 1955
- Salomon, Richard, Begriff und Problematik der wirtschaftlichen Engpässe, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948-1952, Kiel 1954
- Schlange-Schöningen, Hans (Hrsg.), Im Schatten des Hungers, Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949, Hamburg 1955
- Schmitz, Hubert, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939 bis 1950, Essen 1956
- Schreiber, Bernd, Der spezifische Energieverbrauch der Industrie, seine Entwicklung, seine Bestimmungsfaktoren und ihre Auswirkungen 1950-1960, Berlin 1964
- Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied 1966
- Settel, Arthur (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam, ein Arbeitsbericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung, Oberursel/Taunus 1947
- Seume, Franz, Georg K. Mahnke, Über die Durchführbarkeit des Industriepans der Alliierten, Berlin 1946 (maschinenschriftl.)
- Sohmen, Egon, Competition and Growth: The Lesson of West Germany, in: *AER* 49 (1959), S. 986-1003
- Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Fachstatistik Eisen und Stahl, Stat. Vjh. Jan.-März 1950
- Statistisches Monatsheft für die britische Zone, Heft 1-10, Minden 1947-1949

- Stolper, Gustav, Karl Häuser, Knut Borchardt, *Deutsche Wirtschaft seit 1870*, Tübingen 1966²
- Stolper, Gustav, *Die deutsche Wirklichkeit*, Hamburg 1949
- Strauß, Walter, *Die parlamentarische Aufgabe der Ministerpräsidenten während des Interregnums 1945–1949*, in: *Festschrift für Hans Ehard*, München 1957
- Svennilson, Ingvar, *Growth and Stagnation in the European Economy*, Genf 1954
- Thiel, Otto, K. Padberg, *Produktion, Verkaufserlöse und Betriebsausgaben der westdeutschen Landwirtschaft*, in: *Berichte über Landwirtschaft N. F. 30 (1952)*, S. 2–24
- Treue, Wilhelm, *Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die Wirtschaft in Niedersachsen*, Göttingen 1967
- United Nations (ECE), *A Survey of the Economic Situation and Prospect of Europe*, Genf 1948
- Economic Survey of Europe in 1961, Some Factors in Economic Growth in Europe during the 1950's*, Genf 1964
- Economic Survey of Europe 1948–1950*, 3 vols., Genf 1949–1951
- The United States Strategic Bombing Survey, The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*, Overall Economic Division, Oct. 31., 1945
- Varga, Eugen, *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik*, hrsg. v. E. Altwater, Frankfurt/M. 1969
- Verkehrsministerium Württemberg-Baden, *Der Wiederaufbau des Verkehrswesens 1945–1947*, Stuttgart 1947
- Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, *Food and Agriculture Statistic, Bizonal Area Germany 1935–1947, Part II, Food*, o. O. 1948
- Vogel, Walter, *Westdeutschland 1945–50. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen*, Teil 1, Koblenz 1956, Teil 2, Boppard/Rh. 1964
- Vogt, Winfried, *Makroökonomische Bestimmungsgründe des wirtschaftlichen Wachstums der Bundesrepublik Deutschland von 1950–1960*, Tübingen 1964
- ders., *Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft*, Tübingen 1968
- Wagenführ, Rolf, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, Berlin 1963²
- Wallich, Henry, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, Frankfurt/M. 1955
- Wander, Hilde, *Bevölkerung, Arbeitspotential und Beschäftigung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet*, Kiel 1948 (maschinenschriftl.)
- Wegner, Herbert, *Die Zonen und der Außenhandel*, in: *DIW (Hrsg.), Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen*, Berlin 1948, S. 96–115
- Die westdeutsche Wirtschaftskrise*, in: *Die Wirtschaft 2 (1947)*, S. 74–76
- Wheeler, Georg, *Die amerikanische Politik in Deutschland (1945–1950)*, Berlin (Ost) 1958
- Willis, Roy F., *The French in Germany 1945–1949*, Stanford 1962
- Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948 in Verbindung mit der deutschen Produktionsstatistik der Vorkriegszeit*, Oberursel/Taunus 1948
- Wolf, Eduard, *Preispolitik und Produktivitätsminderung. Zur Problematik der preispolitischen Richtlinien des alliierten Koordinationskomitees*, Berlin 1946 (maschinenschriftl.)
- ders., *Investitionsbedarf, Sparvolumen, Zahlungsbilanzausgleich*, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1 (1948)*, S. 127–131
- Zink, Harold, *The United States in Germany 1945–1955*, Princeton 1957

VERZEICHNIS DER TABELLEN UND ABBILDUNGEN

Tabellen

1	Wirtschaftswachstum westlicher Industrieländer 1913–1959	12
2	Industrielle Produktion in Europa 1945–1949	16
3	Wachstum und Niveau der industriellen Produktion wichtiger europäischer Industrieländer 1946/47	17
4	Durchschnittlich jährliches Wachstum des realen Sozialprodukts je Einwohner in wichtigen Industrieländern 1870–1968 (vH)	24
5	Die Entwicklung der industriellen Produktion in der britischen Zone nach Hauptgruppen 1945–1947 (monatlich)	36
6	Die Entwicklung der industriellen Produktion nach wichtigen Industriegruppen 1946–1947, US-Zone, vierteljährlich	40
7	Die Entwicklung der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946–1948	43
8	Die industrielle Produktion der vereinten Zone im Oktober 1947, verglichen mit 1936	44
9	Versand auf der Schiene im 2. Quartal 1948; Vereinigtes Wirtschaftsgebiet; Öffentlicher Verkehr; Mengen in 1000 Tonnen	47
10	Gliederung der Industrieproduktion der vereinten Zone in Prozenten der Nettoproduktionswerte (in Preisen von 1936)	52
11	Die Auswirkung der trendwidrigen Veränderung der Produktionsstruktur seit 1936 auf das Niveau des Index der industriellen Produktion in der vereinten Zone 1947–1948	53
12	Tatsächlicher Verlauf der industriellen Produktion des VWG, Schätzung auf der Basis des Stromverbrauchs der Industrie 1947–1948	57
13	Das Produktionsniveau in der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1946–1948	58
14	Anteil der Besatzungszonen an Fläche, landwirtschaftlicher Nutzfläche, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential des Gebietes der vier Besatzungszonen Deutschlands (1946; vH)	79
15	Anteil der Besatzungszonen am Volkseinkommen, dem Nettoproduktionswert und dem Auslandsabsatz der Industrie im Gebiet der vier Besatzungszonen Deutschlands (1946; vH)	79
16	Anteil der einzelnen Zonen an den industriellen Nettoproduktionswerten der einzelnen Industriegruppen im Jahre 1936 (vH)	80
17	Bevölkerungsentwicklung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1939–1946	101
18	Bevölkerungsentwicklung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1939–1948	102
19	Das Arbeitskräftepotential im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1939 und 1946	103
20	Entwicklung des Arbeitskräftepotentials im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1936–1948	104
21	Der Altersaufbau der Bevölkerung des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1933, 1939 und 1946	107
22	Erwerbspersonen und Erwerbsquoten im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1933–1948	109
23	Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1939 und 1947	111
24	Dislokation des Arbeitskräftepotentials in der britischen Zone	112
25	Die Arbeitsmarktlage in der britischen Zone; Stand: 30. 11. 1946	113
26	Ausnutzung des industriellen Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1936 und 1948 (in vH)	118
27	Die Wachstumsstruktur der realen Bruttoproduktion der deutschen Industrie 1936–1944	122
28	Demontagestruktur in Westdeutschland	124
29	Der Altersaufbau des Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1935, 1945 und 1948	125
30	Der Gütegrad des Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1936–1948	126

31	Prioritätenliste für die Güterbeförderung auf Schiene und Wasserstraße im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet (Stand: 28. Juni 1947)	131
32	Verbraucherstruktur in der vereinten Zone (98. und 112. Zuteilungsperiode)	134
33	Düngemittelverbrauch je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1938/39–1947/48	135
34	Nahrungsmittelproduktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet	135
35	Die wichtigsten Posten der Nahrungsmittelfuhr ins britisch-amerikanische Besatzungsgebiet 1947–1948 (monatlich)	137
36	Steinkohlenförderung im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1945–1948, Arbeitstägliche Monatsdurchschnitte in 1000 t	139
37	Feierschichten im Kohlenbergbau des britisch-amerikanischen Besatzungsgebiets 1936–1948	140
38	Produktivität im Kohlenbergbau des britisch-amerikanischen Besatzungsgebiets 1936–1948	140
39	Arbeiter im Steinkohlenbergbau der vereinten Zone 1946–1948	141
40	Altersgliederung der Unter-Tage-Arbeiter im Ruhrgebiet	141
41	Struktur des Kohlenverbrauchs im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet	142
42	Kohlenexporte der britischen Zone (Mill. t SKE)	143
43	Kohlenexport des britisch-amerikanischen Besatzungsgebiets 1946–1948 (1000 t SKE)	144
44	Haldenbestände an Steinkohle im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946–1948 (1000 t)	144
45	Tatsächliche Kohlenlieferungen an die Wirtschaft der vereinten Zone in vH der Zuteilungen 1946/47	145
46	Versorgung der Industrie mit Kohle, Vereinte Zone 1946–1948; Durchschnittliche wöchentliche Lieferungen in 1000 t SKE	145
47	Eisen- und Stahlproduktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1936–1949 (1000 t)	148
48	Von britischen und amerikanischen Bomberverbänden auf den europäischen Kriegsschauplätzen abgeworfene Bombenlast 1944–1945; in t; nach Hauptzielen	152
49	Importstruktur des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1936–1948, nach Warengruppen	157
50	Exportstruktur des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes 1936–1948, nach Warengruppen	158
51	Verbrauch an ausländischen Roh- und Hilfsstoffen im Jahre 1936, in vH der Netto-Produktionswerte	162
52	Gewerbliche Ein- und Ausfuhr der vereinten Zone 1947–1948, monatlich, in Mill. \$	163
53	Gewerbliche Importe der Bizone nach Warengruppen 1948, nach Quartalen	165

Abbildungen

1	Trend und Zyklus des Wachstums des realen Bruttosozialprodukts der BRD 1951–1967	14
2	Wachstumstempo der Industrie 1946–1949: Europa und Westdeutschland	17
3	Entwicklung der industriellen Produktion in Europa, vierteljährlich, nach Ländergruppen unterschiedlicher Ausgangsbasis	18
4	Reale Investitionsquote in der BRD: Trend und Zyklus 1950–1967	26
5	Schematische Darstellung des Verlaufs der Rekonstruktionsperiode	27
6	Wachstum der industriellen (Netto-)Produktion im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland 1880–1970	29
7	Die Entwicklung der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet während der ersten Phase der Rekonstruktion 1945–1947	38
8	Die Entwicklung der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946–1948; monatlich	48
9	Zuwachsraten der industriellen Produktion im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1946–1948; monatliche und gleitende Fünf-Monats-Durchschnitte	49
10	Korrektur von Verlauf und Niveau der industriellen Produktion des VWG; Schätzung auf der Basis der Stromproduktivität der Industrie 1947–1948	59
11	Die Entwicklung der Lebensmittelversorgung 1945–1948	133

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Band 21

Studien zur Geschichte der Konzentrationslager

1970. 202 Seiten

Band 22/23

Politik in Bayern 1919–1933

Berichte des württ. Gesandten
Carl Moser von Filseck

herausgegeben von Wolfgang Benz
1971. 290 Seiten

Band 24

Hildegard Brenner

Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution

Die politische Formierung der
Preußischen Akademie der Künste
ab 1933

1972. 174 Seiten

Band 25

Peter Krüger

Deutschland und die Reparationen 1918/19

1973. 224 Seiten

Band 26

Walter L. Dorn

Inspektionsreisen in der US-Zone

Notizen, Denkschriften und
Erinnerungen aus dem Nachlaß,
übersetzt und herausgegeben von
Lutz Niethammer

1973. 178 Seiten

Band 27

Norbert Krekeler

Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik

Die Subventionierung der deutschen
Minderheit in Polen 1919–1933

1973. 158 Seiten

Band 28

Zwei Legenden aus dem Dritten Reich

– Die Prognosen der Abteilung
Fremde Heere Ost 1942–1945

– Felix Kersten
und die Niederlande

Quellenkritische Studien
von Hans-Heinrich Wilhelm
und Louis de Jong

1974. 142 Seiten und 3 Karten

Band 29

Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943

Aufzeichnungen des Majors Engel

Herausgegeben von

Hildegard v. Kotze

1974. 158 Seiten

Die **Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte** ist auch im Abonnement zu ermäßigtem Preis erhältlich.

Sie erhalten dann regelmäßig zwei neue Bände im Jahr.

Studien zur Zeitgeschichte

Reinhard Bollmus

**Das Amt Rosenberg und seine
Gegner**

Studien zum Machtkampf im
nationalsozialistischen Herrschafts-
system

1970. 360 Seiten

Shlomo Aronson

**Reinhard Heydrich und die Früh-
geschichte von Gestapo und SD**

1971. 340 Seiten

Günter Plum

**Gesellschaftsstruktur und
politisches Bewußtsein in einer
katholischen Region 1928-1933**

Untersuchung am Beispiel des
Regierungsbezirks Aachen

1972. 319 Seiten

Lothar Kettenacker

**Nationalsozialistische
Volkstumspolitik im Elsaß**

1973. 389 Seiten

Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang

Okkupation und Wiederaufbau

Die Tätigkeit der Militärregierung
in der amerikanischen Besatzungs-
zone Deutschlands 1944-1947

1973. 228 Seiten

Michael H. Kater

Das Ahnenerbe der SS 1935-1945

Ein Beitrag zur Kulturpolitik des
Dritten Reiches

1974. 523 Seiten

Marie Elise Foelz-Schroeter

**Föderalistische Politik und nationale
Repräsentation 1945-1947**

Westdeutsche Länderregierungen,
zonale Bürokratien und politische
Parteien im Widerstreit

1974. 251 Seiten

Über alle weiteren Veröffentlichun-
gen des

INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

informieren wir Sie gerne.

Schreiben Sie uns!

Deutsche Verlags-Anstalt

Abteilung VB

7 Stuttgart 1, Postfach 209